

Deutsche Architektur

7. Jahrgang · Berlin · Mai 1958 Heft 5

Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 5 1958

Über die nächsten Aufgaben der Bauwissenschaften

Professor Dr. Kurt Liebknecht

In seinem Referat auf dem 33. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ,,Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik" erläuterte Walter Ulbricht in umfassender Weise die große Bedeutung des Wohnungsbaus im zweiten Fünfjahrplan und legte die prinzipiellen Aufgaben dar, die unsere Bauschaffenden in den nächsten Jahren lösen müssen. Er schlug vor, Anfang 1958 die 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen, auf der besonders darüber beraten und beschlossen werden sollte, wie der Wohnungsbau rationeller gestaltet werden kann, wie wir zweckmäßiger, billiger und schöner bauen können.

Im Mittelpunkt der Beratungen der 2. Baukonferenz, die am 26. Februar 1958 nach einer gründlichen Vorbereitungsarbeit und dreitägigen Beratungen ihren Abschluß fand, standen die Aufgaben des Wohnungsbaus und die Weiterführung der Industrialisierung des Bauwesens, die unter der Bedingung der sozialistischen Produktionsweise zur vollen Entwicklung zu gelangen vermag.

Schon die 1. Baukonferenz im Jahre 1955 hatte gezeigt, daß die Industrialisierung im hohen Maße von einer raschen Entwicklung der Bauwissenschaften abhängig ist und eine völlige Veränderung der Organisation und der Arbeitsweise der wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsstellen verlangt. Es ging darum, die Methode der Kollektivarbeit an Komplexaufgaben durchzusetzen.

Eine tiefgreifende und wesentliche Veränderung der fachlichen Arbeit in Richtung der kollektiven Arbeit konnte und kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie aufs engste mit der sozialistischen Erziehung, mit der Aneignung und Anwendung des dialektischen Materialismus verbunden ist.

Obwohl wir noch viel Vorurteile und überlebte Gewohnheiten des Individualismus hinsichtlich der kollektiven Arbeitsweise überwinden müssen, obwohl die Prinzipien einer planmäßigen und komplexen wissenschaftlichen Arbeit noch nicht in vollem Maße zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind, können wir doch feststellen, daß wir einen wesentlichen Schritt vorangekommen sind. Das wird nicht zuletzt durch die Resultate unserer Praxis bestätigt.

In den vergangenen zwei Jahren wurde die Produktion von vorgefertigten Beton- und Stahlbetonelementen systematisch erweitert, die Großblockbauweise wurde zu einem nicht mehr wegzudenkenden Faktor in unserer Bauindustrie und die Großplattenbauweise wurde in unserem Bauwesen an entscheidender Stelle eingeführt. Zahlreiche Ingenieure und Architekten sind in der Typenprojektierung tätig, die noch mehr ausgewertet wird und immer breitere Anwendung findet. In zunehmendem Maße setzt sich die Erkenntnis durch, daß sich die Industrialisierung nicht allein auf die Montage von massenweise hergestellten vorgefertigten Elementen beschränkt, sondern zur Serienproduktion von ganzen Bauwerken im Taktverfahren erweitert werden muß.

Diese praktischen Erfolge unserer Arbeit sind aber nur die ersten Schritte. Die großen Aufgaben, die vor uns stehen, fordern, daß wir unsere Anstrengungen auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Arbeit verdoppeln. Das wird deutlich, wenn wir die Perspektive unserer Entwicklung ins Auge fassen: Muß doch die Umgestaltung unseres Bauwesens im Sinne einer vollen Entfaltung der Industrialisierung innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre abgeschlossen werden, und bis zum Jahre 1975 muß es uns gelingen, die Arbeitsproduktivität fast auf das Fünffache im Vergleich zu 1950 zu erhöhen. Das ist nur möglich, wenn die Bauwissenschaften zur vollen Entfaltung kommen und alle bestehenden Mängel und Hemmnisse beseitigt werden. Die gegenwärtige Situation in der Praxis unseres Bauwesens verlangt unbedingt, bestehende Disproportionen zu beseitigen. Die Verzögerungen im Ausbau der industriell hergestellten Wohnhäuser haben ihre Ursache darin, daß hier immer noch vorzugsweise Handwerksbetriebe tätig sind, was durch die Vernachlässigung einer wissenschaftlichen Bearbeitung dieses Spezialgebietes bedingt ist. Das Zurückbleiben in der Typung des Industriebaus liegt teilweise in den Schwierigkeiten der Technologie der verschiedenen Industriezweige begründet, vor allem aber darin, daß die Bearbeitung der Typisierungsprobleme des Industriebaus noch in einer zersplitterten und individuellen Weise erfolgt. Das weite Gebiet der Anwendung von Kunststoffen kann für die Praxis des Bauwesens nur erschlossen werden, wenn wir die wissenschaftliche Arbeit in einer höheren Form organisieren. Auch das Zurückbleiben der wissenschaftlichen Arbeit im gesamten Tiefbau muß raschestens überwunden werden.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Weiterentwicklung der Bauwissenschaften sind bereits vorhanden. Der Beschluß des Ministerrates vom 6. Juni 1957 über die Verbesserung von Forschung und Technik sowie die im Rahmen des Gesetzes zur Vereinfachung und Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparates erlassenen Bestimmungen bilden die Grundlage für eine Konzentration unserer Kräfte. Die Deutsche Bauakademie wird als höchstes wissenschaftliches Organ auf dem Gebiete des Bauwesens in den nächsten Jahren große Aufgaben zu erfüllen haben. Es wird möglich sein, auch die außerhalb der Deutschen Bauakademie, vor allem die bei den Hoch- und Fachschulen bestehenden Forschungs- und Entwicklungsstellen planmäßig in die Bearbeitung der wissenschaftlichen Hauptaufgaben einzubeziehen. Die enge Verbindung der Deutschen Bauakademie mit dem Ministerium für Bauwesen schafft die Voraussetzung für eine planmäßige Zusammenarbeit mit der Baupraxis. In nächster Zeit kommt es darauf an, systematisch die Planung und die Kooperation innerhalb der Institute und zwischen den einzelnen Instituten zu verbessern.

Was die Ausbildung an den Hoch- und Fachschulen anbetrifft, so sind vor allem Veränderungen in den Lehrplänen und in der Gliederung der Fachgebiete notwendig. Die politische Zielsetzung zur sozialistischen Industrialisierung des Bauens muß zum Allgemeingut in allen Fachrichtungen und an allen Lehrstühlen gemacht werden. Wir müssen Kader erziehen, die die Industrialisierung des Bauens vorantreiben. Dazu gehört die Fähigkeit, die tieferen Zusammenhänge zwischen dem Aufbau des Sozialismus und der Industria-

lisierung des Bauens zu erkennen. Ein im Spezialfachwissen sich abkapselndes Denken ist ungenügend für die Lösung der Aufgaben, die vor uns stehen. Wir müssen uns dessen voll bewußt sein, daß wir alle — Bauarbeiter, Ingenieure, Architekten, Studenten und Lehrer — mit der Industrialisierung des Bauens umlernen und dauernd hinzulernen müssen. Im Bauwesen entwickelt sich eine neue Fachrichtung: „Technologie des Bauens". In Zukunft wird der größere Teil der Bauingenieure an den Hoch- und Fachschulen in dieser Fachrichtung ausgebildet werden müssen. Wir müssen nachholen, was die Maschinenbauindustrie schon seit langem erreicht hat.

Verstärkt brauchen wir Spezialisten, die die technischen, ökonomischen und planerischen Zusammenhänge beherrschen.

Die industrielle Bauproduktion verlangt eine weitaus größere Zahl von Ingenieuren im Verhältnis zu Produktionsarbeitern als bisher. Zur Zeit kommen in der Bauindustrie nur 20 Fachschulingenieure und nur 1 bis 2 Hochschulingenieure auf 1000 Produktionsarbeiter. In der Baustoffindustrie sind es gar nur etwa vier Hoch- und Fachschulingenieure.

Das erfordert Lehrer, die unserer Jugend ein hohes fachliches Wissen vermitteln, das sie befähigt, später mit Erfolg die Aufgaben des sozialistischen Bauwesens zu meistern; Hochschullehrer, die neben ihrer Lehrtätigkeit inmitten des neuen Bauprozesses stehen; Lehrer, die zugleich unsere Jugend zur Liebe zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat erziehen, so daß sie mit Begeisterung am sozialistischen Aufbau teilnimmt.

Alles in allem bedeutet das, daß hohe fachliche Qualifikation und ideologische Erziehung für unseren sozialistischen Aufbau nicht mehr voneinander zu trennen sind.

Eine immer größere Bedeutung erlangt auch die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Die Auswertung der umfangreichen Arbeiten aller sozialistischen Länder, insbesondere der UdSSR, und eine Arbeitsteilung mit ihnen kann uns einen großen Teil eigener Arbeit ersparen. So kann die Leistungsfähigkeit wesentlich erhöht werden. Besonders notwendig wird das auf dem Gebiet der Typisierung im Industriebau sein. Ganz ähnlich liegt es aber auch auf dem Gebiet der Weiterentwicklung der naturwissenschaftlichen Grundlagen und der dazu notwendigen modernen Laboratorien, die wir heute nicht alle selbst bei uns einrichten können.
Auf der 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik wurde der Bauwissenschaft eine Reihe von Aufgaben gestellt, die vordringlich gelöst werden müssen.

Dazu gehören:
die Entwicklung von Grundlagen und Richtlinien für den sozialistischen Wohnkomplex;
die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabenstellung zur Ermittlung des Bedarfs an Gebäuden und der Art ihrer Ausführung;
die Erarbeitung von Richtlinien für die kontinuierliche Produktion von Bauwerken, die in Serien zusammengefaßt werden;
die Weiterentwicklung der Montagebauweise im Hinblick auf die Verringerung des Baugewichts;
die Ausarbeitung eines Baustoffatlasses als Grundlage für die größtmögliche Ausnutzung örtlicher Reserven;
die Entwicklung und Erprobung von Kunststoffen, insbesondere Plasten, für die Anwendung im Bauwesen;
die Entwicklung eines in der Methode einheitlichen Prinzips von technisch-wissenschaftlichen Kennziffern und von Berechnungsverfahren und Rechenhilfen für die Planung.
Diese Aufgaben werden wir lösen können, wenn wir es verstehen, das sozialistische Bewußtsein auch bei unseren Wissenschaftlern und allen in den Forschungs- und Entwicklungsstellen schaffenden Menschen so zu entwickeln, daß ihre ganze Aktivität und schöpferische Initiative auf den Aufbau des Sozialismus gerichtet sind.

Die 2. Baukonferenz und der BDA

Professor Hanns Hopp

Als am 24. Februar 1958 die 2. Baukonferenz in der Sporthalle an der Stalinallee wenige Minuten nach 9 Uhr durch den Minister für Bauwesen, Herrn Winkler, eröffnet wurde, war das weite Rund der Halle bis in die höchsten Reihen mit etwa 2500 Bauschaffenden aller Kategorien besetzt. Anwesend waren Arbeiter der Baustoffindustrie, der Baubetriebe, Meister und Werkleiter, Handwerker und Vertreter der Handwerksgenossenschaften, Wissenschaftler des Bauwesens, Ingenieure und Mitarbeiter des Staatsapparates, Lehrer der Hochschulen, Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen sowie Haupt- und Chefarchitekten der Bezirke und Städte. Manche Bezirksgruppen des BDA hatten erwartet, daß eine viel größere Zahl unserer Mitglieder an dieser bedeutenden, vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik veranstalteten Konferenz teilnehmen würde.

Die speziellen Fragen unseres Berufes, die Probleme des sozialistischen Städtebaus und der Architektur, waren jedoch nicht Gegenstand der Beratung und konnten es auch nicht sein. Auf der Tagesordnung stand eine neue und bessere Organisation des gesamten Bauwesens mit all seinen weiten Verzweigungen, eine Mobilisierung aller Kräfte zur Erfüllung unserer Pläne, ein gegenseitiger Ansporn, eine erhöhte Bereitschaft zur Mitarbeit; das sind Zweck und Wert solcher großen Gemeinschaft. Auch für sie gilt das Wort von Marx, daß Ideen, wenn sie die Massen ergreifen, zur materiellen Gewalt werden, also zu einer Kraft, die unser Bauwesen vorwärtsbringt, um die immer wachsenden Aufgaben, die uns der Aufbau des Sozialismus stellt, planmäßig zu erfüllen.

Als erster Redner begrüßte Oberbürgermeister Ebert im Auftrag des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Konferenz. Sozialistisches Bauen ist nicht die Angelegenheit eines einzelnen Fachgebietes. Es ist eine gesellschaftliche und kulturelle Aufgabe. Sie erfordert die Einheit aller Bauschaffenden. Sie erfordert von allen Bauschaffenden neben höchster fachlicher Leistung eine enge Verbindung zwischen politischer und fachlicher Arbeit, sie erfordert eine aktive begeisterte Teilnahme am Aufbau des Sozialismus. Voraussetzung für alle Erfolge ist die stete und enge Verbindung mit dem Volke. Die durch das Bauen zu befriedigenden Bedürfnisse müssen in ihrer fortschrittlichen Tendenz erkannt werden. Sie erfordert kühne und zugleich reale Pläne.

Staatssekretär Kosel stellte in einem sehr ausführlichen Referat fest, daß trotz vieler Hemmnisse doch beachtliche Erfolge erreicht seien, seitdem auf der 1. Baukonferenz die Forderung nach Industrialisierung des Bauwesens erhoben wurde. Trotzdem sind noch viele Mängel zu überwinden. Dazu gehören die mangelnde Verbindung zwischen politischer und fachlicher Arbeit und viele Schwierigkeiten, die in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus auftreten. Das industrielle Bauen habe sich bisher fast ausschließlich auf den Rohbau beschränkt; es müsse als Gesamtmethode für Roh- und Ausbau entwickelt und angewandt werden. Die Bedeutung des Typenprojektes sei noch nicht genügend erkannt; die Typenprojektierung erfordere viel stärker die Arbeit im Kollektiv, die Kooperation aller Fachkräfte in den Entwurfsbüros. Sie verlange auch endlich die Anwendung des komplexen Planens und Bauens.

Die Vertreter eines Bezirkes und eines Kreises beleuchteten danach die Organisation des Bauwesens aus ihrem Gesichtskreis und ihren Erfahrungen.

Am zweiten Tag waren die Konferenzteilnehmer in elf Arbeitsgruppen zur Beratung spezieller Probleme aufgeteilt. Behandelt wurden folgende Themen: komplexes Bauen, industrielles Bauen, Baustoffe für Roh- und Ausbau, ländliches Bauen, Baukostensenkung, Typenprojektierung, Ausstattung der Wohnungen, Baubestimmungen, staatlicher, genossenschaftlicher und individueller Wohnungsbau, Planung und Ökonomie der Bauausführung und Kader.

In diesen elf Arbeitsgruppen wurde lebhaft diskutiert. Die Ergebnisse dieser Beratungen wurden zum Teil in der Diskussion des dritten Tages vorgetragen. Sie werden im Gesamtbericht der Konferenz veröffentlicht werden.

Am dritten Tage referierte der Präsident der Deutschen Bauakademie, Professor Dr. Liebknecht, über die Aufgaben der Bauwissenschaft. Er kennzeichnete die besonderen Merkmale und die erhöhte Bedeutung der Bauwissenschaften im Sozialismus, schilderte dann die Leistungen der Wissenschaft im ersten Fünfjahrplan und in den ersten zwei Jahren des zweiten Fünfjahrplanes und schließlich die ständig wachsenden Auf-

gaben für die Wissenschaft in der Perspektive.

Obgleich in der Diskussion des dritten Tages viele Redner zu Worte kamen, konnte doch nur ein Teil der vorliegenden Wortmeldungen berücksichtigt werden. Besondere Aufmerksamkeit und Zustimmung fand Nationalpreisträger Tille, als er mit sehr ernsten Worten auf die noch nicht befriedigende Arbeitsmoral auf manchen Baustellen hinwies und die Frage stellte, wie es möglich sei, daß in einigen Baubetrieben die Arbeitsproduktivität pro Kopf der Belegschaft gesunken, die prozentuale Normerfüllung aber gleichzeitig gestiegen sei.

Die nach Schluß der Diskussion erfolgte Abstimmung über die Entschließung, einen Aufruf an die westdeutschen Bauarbeiter und eine Adresse an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und ihren Ersten Sekretär Walter Ulbricht ergab Einstimmigkeit unter lebhaftestem Beifall.

Uns Architekten ließ die Konferenz erkennen, daß auch unsere Arbeit nur ein Teil, ein Zahnrad im Gesamtgetriebe des Bauwesens ist, notwendig, damit das Ganze funktioniert, aber nicht allein bestimmend. Als Mitglied des Präsidiums der Konferenz war es mir vergönnt, die Meinung des BDA zu den großen Aufgaben des Bauwesens in einem kurzen Diskussionsbeitrag darzulegen. Nach einem Hinweis auf unseren III. Bundeskongreß und das auf ihm beschlossene neue Statut und seinem neuen Inhalt machte ich folgende Ausführungen:

„Unsere Mitglieder haben sich durch das Statut und die Entschließung auf dem III. Bundeskongreß dazu bekannt, daß jede fachliche Tätigkeit zugleich eine politische ist,und daß unsere sozialistische Gesellschaftsordnung eine ihr entsprechende Darstellung im Städtebau und in der Architektur finden wird. Sie kann nicht aus einer Nachahmung westlicher oder kosmopolitischer Architektur entstehen.

Die Industrialisierung des Bauens aber — ein wesentliches Problem dieser Konferenz — wird ein bedeutender Faktor und Helfer bei der Entwicklung eines sozialistischen Baustils sein. Ich meine, daß die großartige und weite Perspektive, die sich für unser Bauwesen durch die Industrialisierung eröffnet, von manchem in ihrer ganzen Weite noch nicht erkannt ist. Wir stehen am allerersten Anfang, wenn wir in noch etwas improvisierter Form Großblöcke fertigen und sie durch Maschinenkraft versetzen. Ich sehe den Weg, der uns bis zur vollendeten Industrialisierung führt, soweit, wie er vergleichweise durchschritten wurde von der Arbeit eines Wagners, der eine Kutsche baute, bis zum Fließband einer Autofabrik.

Wir Architekten sind uns bewußt, daß eine so tiefgreifende Wandlung des Bauens auch eine Veränderung unserer bisherigen Arbeitsweise verlangt. Das komplexe Planen und Bauen erfordern auch eine neue Qualität des Architekten. Ein Architekt, dessen Interesse neben seiner politischen Einsicht nicht vom Wasserhahn bis zur Gebietsplanung reicht, hat den Sinn heutiger Architektentätigkeit nicht verstanden. Das bedeutet, daß der Architekt die volkswirtschaftlichen und fachlichen Zusammenhänge erkennen und verstehen muß, auch wenn er sich in seiner eigenen Arbeit einem Spezialgebiet widmet.

Die Industrialisierung erfordert das Bauen nach Typen. Die Typenprojektierung erfordert eine andere Arbeitsweise, als sie bisher von den Architekten angewandt und auch auf unseren Hoch- und Fachschulen gelehrt wurde. Nicht die Phantasie des einzelnen, noch so begabten Architekten, sondern nur die Kollektivleistung aller am Bau wirkenden Fachsparten kann ein Typenprojekt fertigen. Aber so, wie der Gestalter in einem Automobilwerk die Arbeiten aller Spezialisten, der Mechaniker, der Motorenbauer, der Elektriker und schließlich auch der Polsterer zu einer harmonischen Form zusammenführt, so sollte auch der Architekt im Typenkollektiv wirksam sein.

Die Bedeutung des Wohnungsbaus und seiner unmittelbaren Nachfolgeeinrichtungen, in denen sich die Industrialisierung vorrangig durchsetzen muß, wird es für die nächsten Jahre notwendig machen, große Einzelprojekte zurückzustellen. Aber sie werden nicht für die Dauer ausbleiben. Dadurch wird die jetzige Kapazität unserer Entwurfsbüros nicht mehr voll ausgelastet. Auch das ergibt eine Veränderung des Berufsbildes für den Architekten. Im großen Rahmen unseres sozialistischen Aufbaus werden einige Architekten eine neue Tätigkeit übernehmen müssen. Der Verwaltungsapparat in den Bezirks-, Kreis- und Stadtbauämtern ist mit qualifizierten Kräften zu besetzen. Hier entsteht eine große Verantwortung für die zuständigen Staatsorgane. Wir möchten davor warnen, ohne genaue Prüfung den vorhandenen Personenkreis einfach durch die Verleihung eines anderen Titels für die neuen Aufgaben einzusetzen. Die Bezirksgruppen und die Leitung des BDA stehen den Staatsorganen für eine Beratung zur Verfügung. Eine andere Tätigkeit ergibt sich für den Architekten in den Produktionsstätten für alle vorfabrizierten Elemente vom Rohbau bis zum Ausbau. Alle diese Elemente wirken an und im fertigen Haus formbestimmend mit. Sie bedürfen daher, bevor sie in die Massenfertigung gelangen, einer überlegten Gestaltung.

Eine dritte neue Aufgabe für den Architekten entsteht aus der Notwendigkeit, die Qualität unserer Bauleitungen zu verbessern. Der gute Bauleiter muß befähigt sein, das im Projekt vorgezeichnete Endergebnis vorauszusehen und durch alle Maßnahmen während des Bauvorganges zu fördern. Die Verbindung von Projektierung und Bauleitung wird dieses Ziel besser erreichen als die bisherige Trennung.

Wir wünschen, daß unsere Architekten selbst prüfen, welche Art der Tätigkeit ihren Fähigkeiten und Neigungen am besten entspricht, und daß sie dadurch mithelfen, bei der kommenden Neuordnung im Bauwesen den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen.

In den letzten Jahren war eine Tendenz bemerkbar geworden, den Architekten immer mehr vom Bau selbst zu trennen. Seine Arbeit beschränkte sich auf sein Reißbrett und endete oft an der Tür seines Projektierungsbüros. Die Vereinigung von Projektierung und Bauleitung innerhalb desselben Büros wird dazu beitragen, die Verbindung zur Baustelle und besonders zu den Bauarbeitern wieder herzustellen. Der Kontakt zwischen den Bauarbeitern mit ihren reichen praktischen Erfahrungen und den Architekten wird einerseits die Projektierung befruchten und andererseits dazu beitragen, die Absichten und Gedanken des Architekten den ausführenden Köpfen und Händen zu erklären. Die Verbesserung der Bauleitungen kann, dem komplizierten Gefüge unseres Bauwesens entsprechend, nicht schematisch geregelt werden. Sie erfordert eine differenzierte Lösung. Bei großen und bedeutenden Bauwerken mit mehrjähriger Bauzeit ist die Annahme, daß die Projektierung ein oder zwei Jahre vor der Fertigstellung des Bauwerks restlos beendet werden könne, eine wirklichkeitsfremde Theorie. Die letzten Feinheiten des Ausbaus bedürfen stets — wenn sie ihre volle Reife erlangen sollen — der Modellerprobung am Bauwerk. Sie bedürfen auch der Korrektur der Raumvorstellung am ausgeführten Rohbau gegenüber den Vorstellungen, die sich aus den Zeichnungen ergeben haben. Der Autor muß bei einem solchen Werk, wenn auch mit weniger Hilfskräften, bis zur schlüsselfertigen Übergabe verantwortlich sein.

Die Mitarbeit des Architekten beim industriellen Bauen muß anders geregelt sein. Hier kann sich seine intensive Mitwirkung auch in der Bauleitung auf die Erprobungs- und Experimentalbauten beschränken. Wenn ein Typenprojekt, die Bauorganisation und die Baudurchführung durch einen solchen Erprobungsbau vollkommen geklärt sind, kann das industrielle Bauen im Takt- und Fließverfahren ohne die Mitwirkung des Architekten erfolgen. Denn hier liegt das Schwergewicht der gestalterischen Leistung schon beim Städteplaner. Dem Architekten obliegt nur die Anpassung des Typs an die örtlichen Gegebenheiten und Angaben über Anwendung der Farbe, soweit diese nicht schon durch das Material bestimmt ist.

Der BDA begrüßt es, wenn in Zukunft junge Kollegen nach Absolvierung der Hoch- und Fachschule nicht wie bisher sofort in die Projektierung oder wissenschaftliche Arbeit eintreten, sondern wenn sie zunächst für ein oder zwei Jahre auf der Baustelle arbeiten werden.

Architekturwettbewerbe haben im vergangenen Jahr mehrfach stattgefunden. Sie sollten in Zukunft noch häufiger angewandt werden. Sie helfen, befähigte junge Kollegen zu entdecken und zu fördern; sie helfen aber auch, über die unmittelbare Klärung der gestellten Aufgabe hinaus, das Interesse und das Verständnis unserer Volksvertreter und der ganzen Öffentlichkeit für die Probleme des Bauwesens zu entwickeln. Das Ministerium für Bauwesen hat mit dem Wettbewerb um die beste und billigste Wohnung einen neuen Weg beschritten, der gerade das Zusammenwirken aller am Bau beteiligten Faktoren zum Gegenstand des Wettbewerbs macht. Viele unserer Architekten beteiligen sich an den für diesen Wettbewerb gebildeten Kollektiven.

Wir Architekten, die sich im BDA zusammengeschlossen haben, sind uns gemeinsam mit allen Bauschaffenden bewußt, daß unsere Aufgabe heute und in Zukunft heißt:

> Wir bauen nicht nur neue Häuser und sozialistische Städte, wir bauen das neue, bessere, glückliche, wiedervereinigte, demokratische Deutschland!"

Gegen opportunistische Auffassungen in der Architekturtheorie

Lothar Kühne

Die Frage, ob unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Architektur mit sozialistischem Inhalt oder mit Keimen desselben entstehen kann, hat eine sehr enge Beziehung zu den praktischen Problemen der Baukunst in unserer Republik. Bejahen wir diese Frage, so ist eine stärkere Orientierung auf die bürgerliche Architektur notwendig, da ja die Scheidung zwischen den Elementen sozialistischer Architektur und der eigentlichen bürgerlichen Architektur keineswegs vollzogen ist. Verneinen wir diese Frage, so können wir mit Recht jeden Versuch der Übernahme künstlerischer Auffassungen der Baukunst der Periode des Imperialismus ablehnen, was nicht zu verwechseln ist mit dem Studium künstlerischer Gestaltungsmöglichkeiten, die diese Baukunst entwickelt.

Es ist offensichtlich, daß viele Werke der spätbürgerlichen Architektur auch heute noch bei den Architekten und besonders bei dem Nachwuchs große Beachtung finden. Wenn diese Auseinandersetzung von der künstlerischen Position des Sozialismus geführt würde, sähe ich in ihr nur etwas Positives. Es ist wohl unbestritten, daß besonders in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg bedeutende Leistungen vollbracht wurden, auf die die vorangegangene Entwicklung mit innerer Konsequenz hinlenkte. In dieser Zeit wurden von den schöpferischen Kräften schon Aufgaben gestellt, die gerade in der neuen Phase des industriellen Bauens wieder gestellt werden. Wenn wir heute in der Industrialisierung, in der Typung und Normung voranschreiten, so dürfen wir nicht vergessen, daß Architekten wie May, Gropius und Kreis bereits vor Jahrzehnten in diese Richtung strebten und auch viele praktische Ergebnisse erzielten. Zweifellos ist es notwendig, die hier erworbenen Erfahrungen zu werten, ohne die gesellschaftliche Begrenztheit dieser Erscheinungen, die beim Bauhaus zur extremen Maschinisierung und damit zur Entmenschlichung des Wohnens führten, zu übersehen. Die Entwicklung hat gezeigt, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die individualistische, pseudomittelalterliche Architekturauffassung der Kapitalistenklasse besonders die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem Gebiet des Bauwesens hemmen. Die Ansätze zur Entwicklung neuer Baumethoden konnten nicht entfaltet werden, weil sie den Interessen der Kapitalisten nicht entsprachen. So kann man hinsichtlich der technischen Entwicklung in diesem Fall von einer gewissen Kontinuität sprechen. Unterschieden ist diese Beziehung jedoch nicht nur durch den Umfang und die Perspektive der Industrialisierung des sozialistischen Bauens, sondern grundverschieden ist der künstlerische Inhalt, der durch die neuen Methoden im Architekturwerk verwirklicht werden soll.

Die Einführung der Industrialisierung fiel bei uns mit einer Wandlung bestimmter künstlerischer Auffassungen zusammen. Zweifellos besteht zwischen beiden Faktoren ein enger Zusammenhang. Wenn man aber die künstlerische Entwicklung als bloßes Resultat der technischen Entwicklung hinstellt, heißt das, den ideellen Gehalt dieser Veränderung zu verkleinern. Die Veränderung der künstlerischen Auffassung drückt vielmehr das Wachstum des Sozialismus in unserem Staate aus; sie ist der Ausdruck der höheren künstlerischen Anforderungen der Werktätigen, die weniger durch Details an die Vergangenheit erinnert werden wollen und stärker nach der Gestaltung des neuen sozialistischen Lebens drängen. Das schließt die Bewahrung der lebendigen Beziehung zur Vergangenheit keineswegs aus. So gesehen, ergab sich die Forderung nach neuen Baumethoden gleichsam auch aus künstlerischen Gründen. Je tiefer wir nicht nur die brennenden wirtschaftlichen Belange, sondern auch die künstlerischen Aufgaben erkennen, die sich aus der Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse und aller Werktätigen im Kampf um den schnelleren Aufbau des Sozialismus ergeben, um so mehr werden wir die Unbrauchbarkeit der handwerklichen Baumethoden erkennen, und die Kluft zwischen dem Künstler und dem Wirtschaftler, die einige Architekten zu sehen glauben, wird sich schließen. Vom Standpunkt der sozialistischen Architektur ist die Revolutionierung der alten Baumethoden eine wirtschaftliche und künstlerische Notwendigkeit. Der künstlerische Charakter der Architektur wird in seinem Wesen nicht von der Technik, sondern von dem Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, die er widerspiegelt, bestimmt.

Aus diesem Grunde ist es falsch, aus ähnlichen Baumethoden oder anderen Faktoren, die bis zu einem gewissen Grade kapitalistische und sozialistische Architektur gemeinsam aufweisen, auf eine ideelle Beziehung zu schließen.

Obgleich in formaler Hinsicht oft große Gemeinsamkeit zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Architektur bestehen kann und in dieser Beziehung auch die Verwertung der Erfahrungen möglich und sogar erforderlich ist, besteht in künstlerischer Hinsicht ein unüberbrückbarer Gegensatz.

Die neue Stufe in unserer Architektur wird dazu führen, daß die sozialistische Wirklichkeit tiefer und richtiger widergespiegelt wird. Sie ist nicht die Verwirklichung dessen, was manche bürgerliche Spezialisten schon immer wollten, sie ist nicht das bloße Resultat der neuen Technik, und sie ist auch nicht die Ausreifung oder Aufnahme angeblicher sozialistischer Elemente in der kapitalistischen Architektur.

Wer das Wesen der sozialistischen Architektur erfassen will, muß davon ausgehen, daß sie die organisierte sozialistische Gemeinschaft, die Stellung des sozialistischen Individuums und der Familie in dieser Gemeinschaft sowie deren Verhältnis zum kulturellen und politischen Zentrum widerspiegelt. Sie drückt den neuen, humanistischen Lebensinhalt, den Optimismus und die Würde der sozialistischen Arbeit aus.

Keiner dieser Aspekte ist unter kapitalistischen Bedingungen aus dem Geiste des Sozialismus realisierbar. Zweifellos stellte die bürgerliche Architektur — besonders seit einigen Jahren — erneut die Frage der Gemeinschaft. Das ist von der Absicht her keineswegs sozialistisch. Das Gegenteil ist der Fall. Die Wirkung der neuen menschlichen Beziehungen, die werbende Kraft der sozialistischen Gemeinschaft sollen durch ein Gemeinschaftssurrogat ersetzt werden. Betrachtet man einen solchen Entwurf — zum Beispiel das Gemeinschaftszentrum für St. Dié von Le Corbusier —, so stellt man sehr schnell fest, daß sich die Gemeinsamkeit mit dem Sozialismus auf den Begriff „Gemeinschaft" beschränkt.

Die Gestaltung des sozialistischen Lebens im Kapitalismus mit den Mitteln der Baukunst würde Lüge bedeuten und ist schon aus dem Grunde der moralischen Widersprüchigkeit zum Scheitern verurteilt.

Versuche, Lebensinhalte auszudrücken, die sich nur im Sozialismus entwickeln können, gehören zu den künstlerisch schwächsten Leistungen selbst befähigter Architekten. Aus der Lüge kann keine echte Kunst wachsen. Die kapitalistische Gesellschaft muß diese Lüge erzwingen. Sie kann im Interesse ihrer Existenz dem erniedrigten, nur ihrem Profitstreben unterworfenen Arbeiter nicht das Bild seiner Nivelliertheit geben, sondern muß versuchen, ihn mit Romantik und Kohlköpfen in den politischen Schlaf zu wiegen. Die Zeit, da sich die Bourgeoisie die Darstellung des Arbeiters als bloßes Arbeits- und Zeugungstier im Mietkasernenviertel der Gründerjahre erlauben konnte, ist vorbei. Heute muß sie Gemeinschafts- und Persönlichkeitswerte vortäuschen, die sich im Kapitalismus nicht bilden können. Daß viele bürgerliche Architekten durch ihren besten Willen, der sich aber durch ihre politische Blindheit gegen sein Objekt wendet, der Bourgeoisie Hilfe leisten und ihr diese Verschleierung der wahren Verhältnisse realisieren, ist nicht ihre Entschuldigung, sondern ihre Tragik. Wir aber müssen uns gegen die Bestrebungen, den Ersatz, der geschaffen wurde, um das Wahrhaftige zu verhindern, für einen Keim des Wahrhaftigen zu halten, entschieden wenden.

Wenn Faktoren, die nur in einer bestimmten Ordnung zu Trägern künstlerischer Aussagen werden, in ihrer Bedeutung in der kapitalistischen und sozialistischen Architektur metaphysisch verglichen werden, kann man sehr leicht zu dem Schluß gelangen, daß sich „auch im Kapitalismus künftige gesellschaftliche Formen bis zu einem gewissen Grade herauszukristallisieren vermögen", wie die Kreisgruppe Stralsund des BDA meint („Deutsche Architektur", Heft 2/58, S. 97).

Wer von einer derart verschwommenen Auffassung der „Merkmale des sozialistischen Wohnungsbaus" als „absolute Harmonie aller gemeinschaftsbildenden, technischen, funktionellen, hygienischen und ästhetischen Beziehungen" ausgeht und den konkreten Klasseninhalt der gemeinschaftsbildenden und ästhetischen Beziehungen übersieht, kann kaum ein anderes Resultat erwarten.

Diese Bestimmung vermischt klassengebundene Faktoren mit solchen, die klassenindifferent sind, sobald wir sie gelöst von dem Gesamten betrachten.

Es ist bereits betont worden, daß in technischer, funktioneller und hygienischer Hinsicht größte Übereinstimmung herr-

schen kann. Dabei wird in der Tendenz der Sozialismus die führende Rolle einnehmen. Auch wir sind auf dem Wege dazu und haben in vieler Beziehung den Westen bereits überholt.

Es ist jedoch irrig zu glauben, die Kapitalistenklasse sei daran interessiert, daß die Arbeiter schlecht wohnen. Der Produzent von Badewannen zum Beispiel hätte nichts dagegen, wenn nicht nur jede Familie, sondern gleich jedes Familienmitglied eine Wanne besäße. Auch der Fabrikbesitzer hat nichts dagegen, wenn er eine durch gute Belüftung der Fabrikräume noch besser für die Ausplünderung geeignete Arbeitskraft bekommt.

Wer in diesen Faktoren „neue positive Kennzeichen" erblickt, hat den eigentlichen Kern des Problems nicht richtig erfaßt. Die Versuche, die Lage der Arbeiter zu verbessern, um ihre Arbeitskraft dem Kapital besser nutzbar zu machen, reichen bis in das vorige Jahrhundert. Besonders richten sich diese Bestrebungen gegen das sich entwickelnde Klassenbewußtsein (Arbeitersiedlung Krupp). So neu ist das also nicht. Der sogenannte soziale Wohnungsbau ist nichts anderes als der antisozialistische Wohnungsbau. Jedes Moment des Sozialen in der bürgerlichen Architektur ist Verschleierung des unsozialen Wesens der kapitalistischen Gesellschaft. So betonen die bedeutenden Leistungen des bürgerlichen Städtebaus die soziale Seite nicht und sind durch Nüchternheit gekennzeichnet. Aber diese Tendenz der Architektur, die durchaus nicht sozialistisch, aber doch ungeheuchelt ist, fand den entschiedensten Widerstand der Bourgeoisie. Architekten, die romantische, gemütvolle Wohnviertel schufen, die die Häuser in Grün zu ertränken suchten, haben damit keineswegs zum Sozialismus weisende Werke vollbracht. Das Gegenteil ist der Fall.

Leider besteht die Tendenz, gerade diese Formen für sozialistisch zu erklären. Eine Ursache dafür ist die ungenügende theoretische Auseinandersetzung mit Problemen der Architekturtheorie. Die andere und weit gefährlichere Ursache ist der Versuch, bürgerliche Kunstauffassungen für sozialistisch zu erklären, um die Entwicklung einer sozialistischen Baukunst zu hemmen.

Da die Kollegen in Stralsund sich gerade vom „Grün" angesprochen fühlten, möchte ich ihnen an einem Zitat aus Le Corbusiers Buch „Städtebau" zeigen, welche unterschiedlichen Absichten sich hinter einer Forderung nach stärkerer Einbeziehung der Natur verbergen können. Le Corbusier schreibt: „Es kann zum Geist der neuen Architektur gehören, daß man Grün in das Stadtbild trägt und die Natur in die Arbeit mengt: dann würde unser Geist ruhig vor der drohenden Angst der Großstadt, die jene, die sich in sie hineingestürzt haben und darin arbeiten sollen, erdrückt, zermalmt, erstickt, tötet; die Arbeit würde jene herrliche Notwendigkeit zeigen, die unserem Geist Ruhe bringt und zur Begeisterung für die Schöpfung führt." So richtet der geniale Phantast sein Künstlertum gegen den Menschen, den er erlösen will. Das ausgezeichnete Bild der Großstadt des Kapitalismus, das Le Corbusier gibt, ist aber nur die Art der Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft; sie ist es, die erdrückt, zermalmt, erstickt, tötet. Diese Gesellschaft ist nicht durch Bäume zu humanisieren; sie muß durch die sozialistische Revolution vernichtet werden. Jeder andere Versuch der Vermenschlichung dient der im Imperialismus verkörperten Unmenschlichkeit. Diese Humanisierung haben schon zu Beginn unseres Jahrhunderts Sitte und Gurlitt gefordert. Die Stadt als lauschige Ecke, ein mißverstandenes Mittelalter, das ist es, wogegen Le Corbusier und viele mit ihm ankämpften, ohne den Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft aufzugeben. Dieses „Neue" ist also auch schon ziemlich alt. Daß es neu frisiert ist, will ich nicht bestreiten. Das soll ja oft Wunder bewirken. Die Wohnungsnot der Werktätigen, die Unfähigkeit, die Errungenschaften der Technik und die Begeisterung der Architekten für die ganze Gesellschaft nutzbar zu machen, ist so alt wie der Kapitalismus selbst.

Gegen die Auffassung, daß Keime sozialistischer Architektur im Kapitalismus entstehen können, ist der Einwand erhoben worden, daß dies wegen der ökonomischen Schwäche des Proletariats nicht möglich sei, da es nicht als Bauherr auftreten könne. Durch diese zweifellos wichtige Tatsache, die zwar auch nicht absolut zu fassen ist, da ja teilweise die Partei- und Gewerkschaftshäuser mit Mitteln der Arbeiter errichtet wurden, kann jedoch diese These nicht widerlegt werden. Die Geschichte der Architektur ist reich an Beispielen, daß Bauherren die Errichtung von Werken ermöglichten, die in ihrem künstlerischen Gehalt über ihre eigene Klassenposition hinauswiesen. Wenn es sich bisher zwar stets um die Auseinandersetzung zwischen Ausbeuterklassen handelte, so ist von dieser Seite her schwer zu beweisen, warum sich nicht entgegen dem Willen der kapitalistischen Auftraggeber Ansätze zu einer sozialistischen Baukunst entwickeln sollten. Hinzu kommt, daß der künstlerische Inhalt in der Architektur nicht so vordergründig ist wie in der Dramatik und einigen anderen Künsten. Die sozialistische Kunst unter den Bedingungen des Kapitalismus drückt den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat aus und gestaltet die Kraft der Arbeiterklasse und die Perspektive ihres Sieges. Es ist selbstverständlich, daß sie den Haß der alten Gesellschaft auf sich zieht. Eine spontane Entwicklung sozialistischer Kunst durch die ungewollte Hilfe der Kapitalisten wäre nur für einen äußerst geringen Zeitraum denkbar. Jene Faktoren, in denen im allgemeinen sozialistischer Inhalt „entdeckt" wird, werden seit Jahrzehnten von der Bourgeoisie kultiviert.

Wenn die Kollegen aus Stralsund zur Stützung ihrer Auffassung gerade „die Mitwirkung des Grüns" erwähnen, so erinnere ich mich einer sehr analogen Geschichte: In der Prüfung verlangt der Professor vom Studenten die Charakterisierung des Unterschieds des von Knobelsdorff und des von Lenné gestalteten Teiles des Parkes von Sanssouci. Der Student sagt: „Bäume hier wie dort". Der Professor: „Sind es nicht dort etwas weniger?" Der Student erwidert eifrig: „Jawohl, Herr Professor, es sind weniger!" — Was hier ein Witz ist, scheint in der gegenwärtigen Diskussion Ernst zu sein. Zweifellos hat sich sozialistische Kunst bereits im Kapitalismus entwickelt. Es sei an die „Mutter" Gorkis und an Slatan Dudows Film „Kuhle Wampe" erinnert, der durch die begeisterte Mithilfe der Arbeiter und durch die beispielhafte Opferbereitschaft der beteiligten Künstler geschaffen wurde.

Zweifellos hat es auch verschiedene Formen des Zusammenschlusses der Arbeiter zur Linderung der Wohnungsnot gegeben, zweifellos gab es auch Architekten, die für den Sozialismus eintraten. Aber gerade hier liegt der Grundunterschied. Der Kampf der Arbeiterklasse zum Sturz des Kapitalismus ist mit architektonischen Mitteln nicht gestaltbar. Zwar vermag die Architektur auch zu negieren, aber erst dann, wenn ihr Gegenstand — die neuen Produktionsverhältnisse in ihrer ästhetischen Qualität — entstanden ist. Alle Versuche, mit Ausnahme des politischen Kampfes, zur Verbesserung der Wohnungslage der Arbeiter im Kapitalismus führen zum Reformismus, zur Verbürgerlichung des Proletariats.

Schon Engels hat in seiner Arbeit „Zur Wohnungsfrage" nachgewiesen, daß sich die Bestrebungen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus im Kapitalismus sehr wohl mit den Interessen der herrschenden Klasse vertragen, was Kollisionen mit Teilen derselben durchaus nicht ausschließt. Es handelt sich aber hier nicht um Kollisionen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, sondern um den Streit zwischen zwei Gruppen von Eigentümern und Spekulanten, woran das dürftige Dasein des einzelnen Mitgliedes einer solchen Interessengruppe seitens der Arbeiter nichts ändert. Die Aktion der Arbeiter zur Unterstützung des Films „Kuhle Wampe" diente ihrem Zusammenschluß als Klasse und war ein Schritt zu ihrer Befreiung. Die Aktion einzelner Arbeitergruppen zur Lösung der Wohnungsfrage für einzelne durch wirtschaftliche Maßnahmen diente nicht dem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse und der Lösung der Wohnungsfrage für alle Werktätigen.

Die bürgerliche Architektur konnte sich unter den Bedingungen der politischen Herrschaft des Feudalismus entwickeln, weil im Schoße der alten Gesellschaft bereits die kapitalistischen Produktionsverhältnisse entstanden. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse, aus denen sich erst die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens ergeben, die ich als kennzeichnend für die sozialistische Architektur bezeichnete, entstehen erst nach der Vernichtung der politischen Macht des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution und durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Das ist der entscheidende Grund für die Verneinung der These vom Entstehen sozialistischer Architektur im Kapitalismus. Die Verneinung dieser Ansicht ergibt sich aus der Analyse des spezifischen Charakters des architektonischen Abbildes, das selbst nur die Spezifik des Gegenstandes der Architektur widerspiegelt. In dem Maße, in dem die Architektur in Beziehung zu anderen Künsten steht, vermögen sich durchaus gewisse sozialistische Inhalte im Zusammenhang mit ihr zu entwickeln, so zum Beispiel die Wandmalerei. Gerade diese Seiten sind bisher völlig übersehen worden.

Es ist notwendig, die Architekturtheorie auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zu entwickeln. Jede Erscheinung der Architektur müssen wir vom Standpunkt der Parteilichkeit für den Sozialismus betrachten.

Wohnungsbau Leipzig

Ein Querschnitt durch die Tätigkeit des Entwurfsbüros für Hochbau des Rates der Stadt Leipzig

Durch den zweiten Weltkrieg wurden in der Stadt Leipzig 44000 Wohnungen und ungeheure Werte in der Bau- und Baustoffindustrie zerstört. 60 Millionen DM mußten in der Stadt Leipzig bis jetzt allein für die Beseitigung der Trümmermassen aufgebracht werden.

In der ersten Zeit des Aufbaus nach 1945 mußten große Baukapazitäten für den Aufbau der Industrie verwendet werden. Nunmehr liegt das Schwergewicht auf dem Wohnungsbau.

Die Leipziger Bauschaffenden haben die Zielsetzung des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verstanden und kämpfen um die Baukostensenkung auf durchschnittlich 22000 DM pro Wohnung. Daß diese Senkung der Baukosten bis zum Jahre 1959 erreicht werden kann, wenn nicht mehr individuell projektiert und gebaut wird, sondern nach den in der Deutschen Demokratischen Republik gültigen Typen, hat sich als Erkenntnis nicht nur bei den Bauschaffenden und nicht nur bei dem Rat der Stadt, sondern bei der gesamten Bevölkerung durchgesetzt. Die Stadt Leipzig vertritt bereits im Jahre 1958 keine lokalpatriotischen Ziele und Wünsche von Projektierungen und Ausführungen sogenannter „ortsgebundener Typen", sondern die Bauschaffenden der Stadt Leipzig betrachten das Baugeschehen ihrer Stadt vielmehr als einen Teil der großen Baustelle, die Deutsche Demokratische Republik heißt.

Einschließlich der nach dem Kriege bis jetzt errichteten Wohnungen sollen bis 1960 in Leipzig 11730 Wohnungen fertiggestellt sein.

Für das Jahr 1958 sieht der Wohnungsbau 2243 bezugsfertige Wohnungen und 1671 rohbaufertige Wohnungen vor.

Durch Aus- und Umbauten sollen weitere 1110 Wohnungen gewonnen werden.

1857000 Aufbaustunden im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes ermöglichten im Jahre 1957 den Bau von 438 Wohnungen über den Plan.

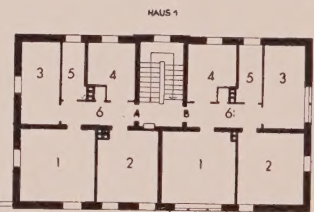
Baldauf

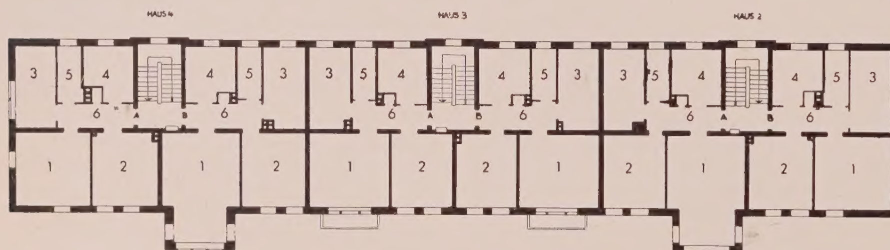


Wohnungsbau Leipzig-Mockau, Essener Straße

Architekt BDA Dipl.-Ing. Walter Lucas

Wohnungsbauzusatzprogramm 1953
Bauprogramm 172 WE und 2 Läden
Baukosten 72,55 DM/m³





Grundriß Obergeschoß 1 : 400

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur

Größe der Wohnungen

	Haus 1 A	Haus 1 B	Haus 2 A	Haus 2 B	Haus 3 A	Haus 3 B
Wohnzimmer	18,47 m²	18,20 m²	25,67 m²	18,47 m²	19,61 m²	19,64 m²
Schlafzimmer	15,59 m²	16,20 m²	15,22 m²	15,68 m²	14,79 m²	14,62 m²
Kinderzimmer	11,40 m²	11,40 m²	11,06 m²	11,40 m²	11,23 m²	11,23 m²
Küche	8,43 m²	8,43 m²	8,80 m²	8,45 m²	8,80 m²	8,80 m²
Bad und WC	4,63 m²	4,63 m²	4,25 m²	4,64 m²	4,25 m²	4,25 m²
Flur	6,03 m²	6,03 m²	6,11 m²	6,03 m²	6,11 m²	6,11 m²
Gesamtfläche	64,55 m²	64,89 m²	71,11 m²	64,67 m²	64,79 m²	64,65 m²

Wohnungsbau Grünewaldstraße

Architekt Rudolf Rohrer



Die vier- und fünfgeschossige Bebauung leitet von den Neubauten am Ring zur allgemeinen innerstädtischen Bebauung über und liegt an der Verbindungsstraße von der Innenstadt zur Technischen Messe. Der Bebauungsplan — bedingt durch die später verbreiterten Ausfallstraßen — ließ eine Verwendung von Typen nicht zu. Innerhalb der individuellen Projektierung wurden die Eckbebauungen verschieden, die Zwischenbauten jedoch einheitlich gelöst.

Die Gebäude wurden in Ziegelbauweise unter Verwendung von DIN-F-Decken, Fertigteiltreppen und der Cossebauder Dachdecke errichtet. Die Läden im Erdgeschoß sowie die Wohnungen sind an eine örtliche zentrale Warmwasserheizung angeschlossen. Die Wohnungen sind mit kombinierten Küchenherden, Gasbadeöfen und Einbauwannen ausgestattet. Kleinwaschküchen befinden sich im Dachgeschoß; Abstellräume für Fahrräder und Handwagen sowie für Mülltonnen sind im Erdgeschoß hofseitig angeordnet. Die Fassaden an der Straßenseite und die Erker erhalten im Erdgeschoß Kunststeinverkleidung. Es wurde ein gelbgetönter Edelputz gewählt. Mit Bandmotiven am Eckgebäude und Sims wurde die Putzfläche gegliedert.

Das Bauobjekt umfaßt Läden für Haushaltwaren, für photographischen Bedarf, für Schuhwaren, Untertrikotagen, Optik und Rundfunk sowie einen Kosmetiksalon.

Die 75 Wohnungen gliedern sich in 4 Vier-, 54 Drei-, 15 Zwei- und 2 Einzimmerwohnungen.

Der Bau wurde vom Januar 1956 bis Oktober 1957 von der Bau-Union Leipzig durchgeführt. Die Gesamtbaukosten einschließlich Zentralheizung, Druckerhöhung und Außenanlagen betragen 4 000 000 DM.

Brüderstraße (Haus 1 und 2) und Grünewaldstraße (Haus 4 und 5)

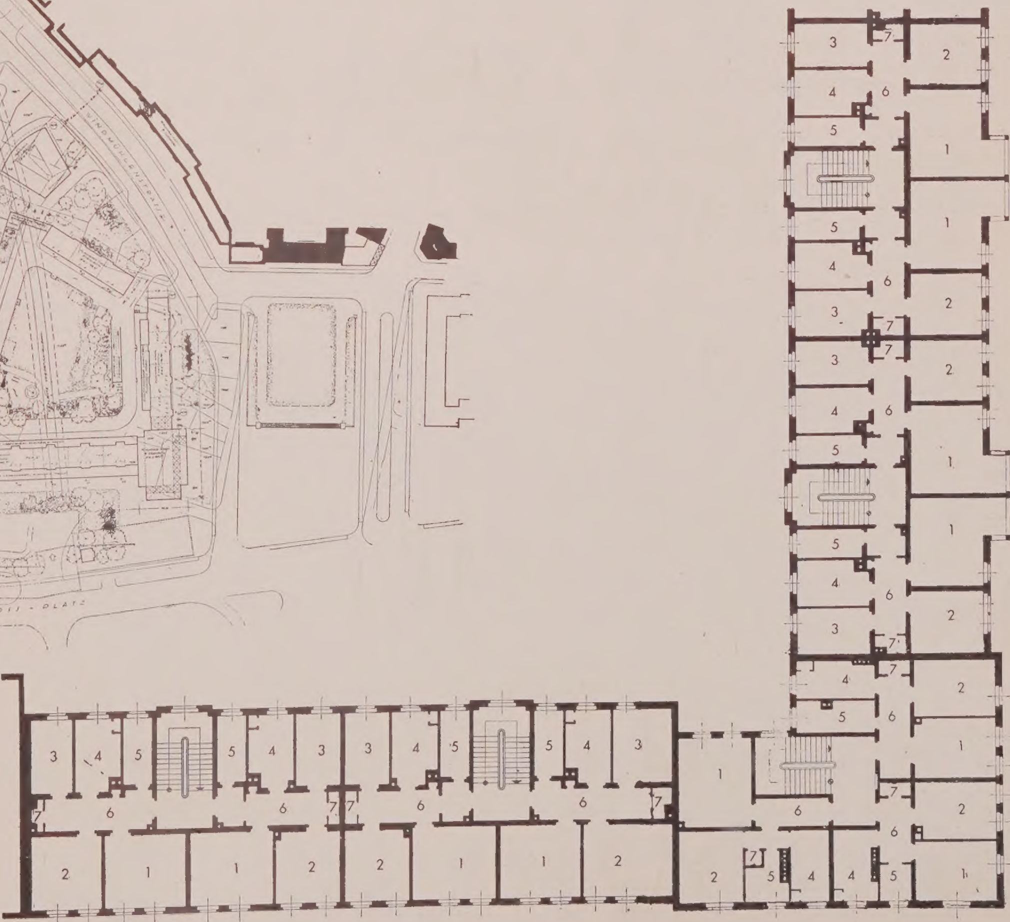
	Wohnungen links	Wohnungen rechts
Wohnzimmer	24,44 m²	19,93 m²
Elternschlafzimmer	15,85 m²	17,80 m²
Kinderschlafzimmer	11,18 m²	9,85 m²
Küche	10,00 m²	10,00 m²
Bad und WC	6,54 m²	6,54 m²
Flur	12,55 m²	13,43 m²
Abstellraum	1,10 m²	1,10 m²

Brüderstraße Ecke Grünewaldstraße (Haus 3)

	Wohnungen links	Wohnungen Mitte	Wohnungen rechts
Wohnzimmer	16,48 m²	16,48 m²	22,02 m²
Elternschlafzimmer	15,68 m²	15,68 m²	17,53 m²
Kinderschlafzimmer	—	—	—
Küche	9,90 m²	9,47 m²	9,50 m²
Bad und WC	7,31 m²	3,74 m²	4,93 m²
Flur	10,40 m²	7,15 m²	9,24 m²
Abstellraum	1,71 m²	1,08 m²	—

Wohnkomplex Ringdreieck, Lageplan 1 : 4000





Wohnkomplex Grünewaldstraße Ecke Brüderstraße
Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

1 Wohnzimmer — 2 Elternschlafzimmer — 3 Kinderschlafzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur — 7 Abstellraum


Blick auf das Haus 1 und 2

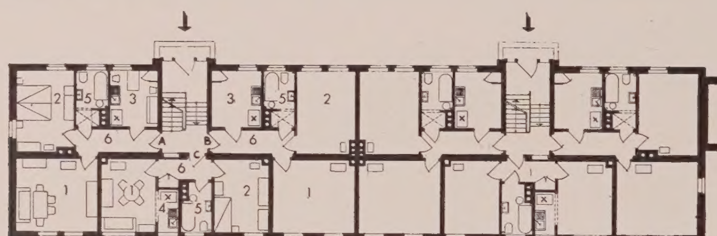
Leipzig-Südvorstadt, Arthur-Hoffmann-Straße

Dipl.-Ing. E. Hofmann

Ersatzwohnungsbauprogramm 1955

Block 1 und 2 : 24 + 16 = 40 WE

Baukosten Block 1: 76,29 DM/m³
Baukosten Block 2: 76,93 DM/m³



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

Größe der Wohnungen — Haus 1 und 2

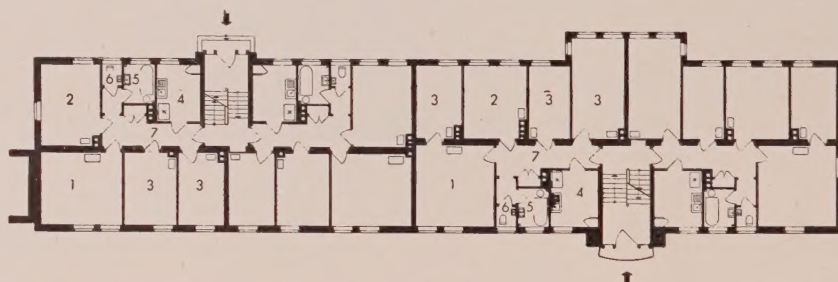
	A und B	C
Wohnzimmer	19,78 m²	14,86 m²
Schlafzimmer	16,15 m²	13,28 m²
Küche	8,67 m²	—
Kochnische	—	2,84 m²
Bad und WC	4,91 m²	4,62 m²
Flur	6,72 m²	3,55 m²
Gesamtfläche	56,23 m²	39,15 m²

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Küche — 4 Kochnische — 5 Bad und WC — 6 Flur

Größe der Wohnungen

	Haus 3	Haus 4
Wohnzimmer	19,78 m²	20,70 m²
Schlafzimmer	16,10 m²	15,49 m²
Kinderzimmer	12,75 m²	10,12 m²
Kinderzimmer	11,14 m²	11,18 m²
Kinderzimmer	—	17,64 m²
Küche	8,13 m²	8,94 m²
Bad	4,09 m²	4,07 m²
WC	1,33 m²	1,53 m²
Flur	9,44 m²	10,74 m²
Gesamtfläche	82,76 m²	100,41 m²

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad — 6 WC — 7 Flur



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400


Blick auf das Haus 3 und 4

Leipzig-Südvorstadt, Arthur-Hoffmann-Straße

Dipl.-Ing. E. Hofmann
Ersatzwohnungsbauprogramm 1956

Block 6: 30 WE

Baukosten 86 DM/m³
22 600 DM/WE im Durchschnitt

Größe der Wohnungen

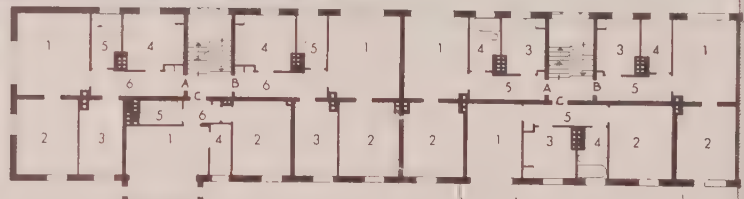
	A und B	C
Wohnzimmer	19,33 m²	18,03 m²
Schlafzimmer	14,67 m²	14,36 m²
Kinderzimmer	10,45 m²	—
Küche	10,27 m²	—
Kochnische	—	3,48 m²
Bad	5,10 m²	3,79 m²
Flur	7,62 m²	3,73 m²
Gesamtfläche	67,44 m²	43,39 m²

Größe der Wohnungen

	A und B	C
Wohnzimmer	17,36 m²	14,99 m²
Schlafzimmer	14,53 m²	14,45 m²
Küche	7,44 m²	7,95 m²
Bad	5,10 m²	4,59 m²
Flur	6,24 m²	6,16 m²
Gesamtfläche	50,67 m²	48,14 m²



Blick auf den Wohnblock



Sektion 53/5 Sektion 53/4

Grundriß Wohngeschoß 1 : 400
Sektion 53/5
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad — 6 Flur

Sektion 53/4
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Küche — 4 Bad — 5 Flur



Leipzig-Südvorstadt, Kantstraße

Dipl.-Ing. E. Hofmann
Ersatzwohnungsbauprogramm 1955

Block 7: 24 WE
Baukosten 77,13 DM/m³

Grundriß Erdgeschoß 1 : 400
Haus 1: 1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Küche — 4 Bad und WC — 5 Flur

Haus 2 A und B: 1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur

Haus 2 C: 1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Kinderzimmer — 5 Küche — 6 Bad und WC — 7 Flur

Größe der Wohnungen — Haus 1

	A	B	C
Wohnzimmer	19,76 m²	13,81 m²	19,76 m²
Schlafzimmer	15,77 m²	13,81 m²	15,79 m²
Küche	8,63 m²	3,11 m²	8,63 m²
Bad und WC	4,68 m²	4,33 m²	4,79 m²
Flur	6,56 m²	3,76 m²	6,39 m²
Gesamtfläche	55,40 m²	38,82 m²	55,36 m²

Größe der Wohnungen — Haus 2

	A	B	C
Wohnzimmer	20,34 m²	19,63 m²	20,25 m²
Schlafzimmer	16,28 m²	19,63 m²	15 85 m²
Kinderzimmer	9,43 m²	—	12,77 m²
Kinderzimmer	—	—	7,70 m²
Küche	8,56 m²	10,87 m²	8,53 m²
Bad und WC	4,90 m²	5,22 m²	4,63 m²
Flur	9,62 m²	7,42 m²	12,68 m²
Gesamtfläche	69,13 m²	62,77 m²	82,41 m²





Straßenansicht

Wohnungsbau AWG Polygrafie

Großblockbauweise 750 kg

Leipzig S 3, Arthur-Hoffmann-Straße
Architekt BDA Horst Krantz

Die ständig zunehmenden Aufgaben der Bauwirtschaft im Leipziger Gebiet zwangen dazu, von der traditionellen Bauweise abzugehen

Das Entwurfsbüro für Hochbau I erhielt für den innerhalb des Bezirkes Leipzig zur Durchführung kommenden Wohnungsbau vom Entwurfsbüro für Typung den Auftrag, eine Sektion für Drei- und Vierzimmerwohnungen in Großblockbauweise zu entwickeln.

Bei der Ausarbeitung der Sektionen standen die Erfahrungen, die bei der Entwicklung der Sektion Hohlblockbauweise im vorhergehenden Jahr gesammelt wurden, zur Verfügung. Die Lösung des Prinzips der Reihung von einzelnen Sektionen zu beliebig langen Wohnblöcken wurde direkt übernommen. Die Anwendung dieser Methode führte zu wesentlichen Einsparungen von Projektierungskosten.

Ferner lagen als Arbeitsunterlagen die „Vorläufigen Richtlinien für die Projektierung von Wohngebäuden und Wohnungen", herausgegeben von der Deutschen Bauakademie, und die Richtlinien für die Großblockbauweisen vom November 1955 zugrunde. Die gezeigten Grundrißlösungen wurden durch die Bedingungen, die die Großblockbauweise auferlegt, stark beeinflußt. Bad und WC wurden von der Außenwand weggelegt und mit einer mechanischen Belüftungsanlage versehen. Die Wahl der Querwandbauweise mit einem Scheibenabstand von 3,75 m und einer Laststufe von 750 kg führte zur besten Ausnutzung der Hebezeuge. Die Wandblöcke wurden aus Ziegelsplittbeton gefertigt.

Für die beiden Grund-Sektionen wurden folgende Elemente benötigt:

Außenwandblöcke	8	Stück
Innenwandblöcke	6	Stück
Spezialelemente	8	Stück
Fenstergewände	2	Stück
Türgewände	2	Stück
Loggiabrüstung	1	Stück
Stürze	4	Stück
Treppenelemente	6	Stück
Deckenfertigteile	7	Stück
Gesimsteile	4	Stück
Gesamtfertigteile	48	Stück

Das Keller- und Dachgeschoß wurde ebenfalls in Großblockbauweise projektiert, aber aus technologischen Bedingungen nicht ausgeführt. Für beide Geschosse waren weitere 31 Elemente notwendig, so daß die Gesamtzahl der Elemente 79 betrug. Die Kranauslastung lag bei 73 Prozent.

Die Projektierung wurde im Januar 1956 aufgenommen. Den Forderungen der AWG-Mitglieder und der Bevölkerung nachkommend, lagen trotz Anordnung der geräumigen Zimmer und Loggien die Wirtschaftlichkeits-Kennziffern äußerst günstig. Der Kubikmeter umbauter Raum kostete 74 DM.

Der Wohnblock Arthur-Hoffmann-Straße wurde 1957 fertiggestellt. Die entwickelten Sektionen der O-Serie mußten im Februar 1957 nach den neuen Richtlinien für die Großblockbauweise vom 4. Dezember 1956 nochmals geändert werden, wobei lediglich die bisher belasteten Schornsteinwangen freistehend ausgebildet wurden.

Gegenwärtig werden in Leipzig insgesamt 470 Wohnungseinheiten in dieser Großblock-Serie gebaut.

Weiterhin sind die Projektierungsunterlagen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Rostock verwendet worden.

Anzahl der Wohnungen: 40 WE

Größe der Wohnungen:

1 Fünfzimmerwohnung mit 111,16 m²
davon:

Wohnzimmer	21,79 m²
Schlafzimmer	16,56 m²
Kinderzimmer	16,56 m²
Kinderzimmer	11,93 m²
Arbeitszimmer	16,70 m²

9 Vierzimmerwohnungen mit je 94,60 m²
davon:

Wohnzimmer	21,79 m²
Schlafzimmer	16,56 m²
Kinderzimmer	16,70 m²
Kinderzimmer	11,93 m²

27 Dreizimmerwohnungen mit je 77,90 m²
davon:

Wohnzimmer	21,79 m²
Schlafzimmer	16,56 m²
Kinderzimmer	11,93 m²

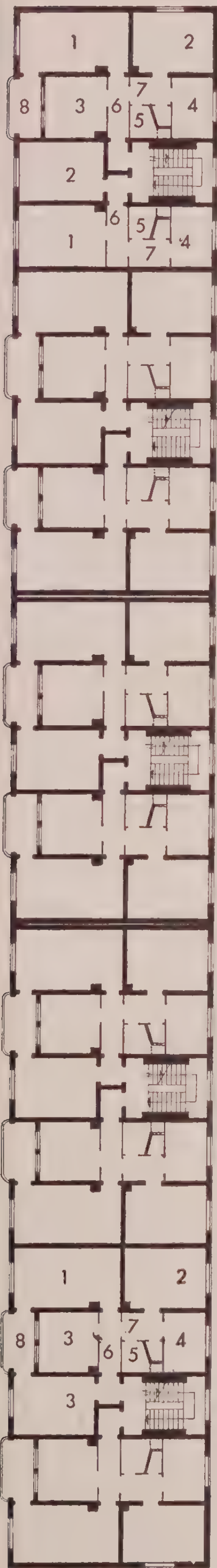
3 Zweizimmerwohnungen mit je 61,69 m²
davon:

Wohnzimmer	21,79 m²
Schlafzimmer	16,70 m²

Alle Wohnungen haben Küche, Bad und WC sind getrennt. Jeder Drei- und Mehrzimmerwohnung ist eine Loggia zugeordnet.

Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad — 6 Flur — 7 Vorraum — 8 Loggia





Blick auf den Hauseingang

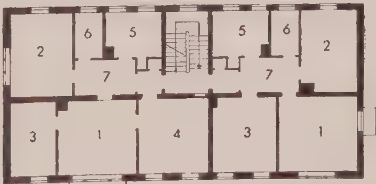
Intelligenzwohnungsbau 1953

Borna, Koloniestraße

Architekt BDA Walter Lucas



Blick auf ein Intelligenzwohnhaus



Grundriß Obergeschoß 1 : 400

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Arbeitszimmer — 5 Küche — 6 Bad und WC — 7 Diele

Größe der Wohnungen:

zwei Vierzimmerwohnungen mit 85,27 m²
davon:

Wohnzimmer	18,70 m²
Schlafzimmer	15,91 m²
Kinderzimmer	12,18 m²
Arbeitszimmer	17,53 m²

zwei Dreizimmerwohnungen mit 72,17 m²
davon:

Wohnzimmer	19,55 m²
Schlafzimmer	15,41 m²
Kinderzimmer	16,26 m²

Neukieritzsch, Kreis Borna

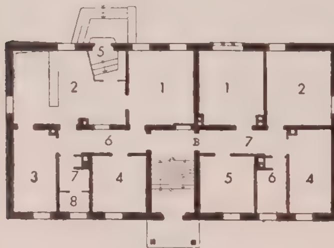
Dipl.-Ing. E. Hofmann



Blick auf das Wohnhaus mit Sparkasse

Wohnhaus mit nachträglich eingebauter Sparkasse

Baukosten 64,86 DM/m³

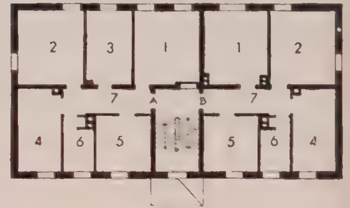


Wohnhaus mit Sparkasse, Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

Sparkasse: 1 Zweigstellenleiter — 2 Schalterraum — 3 Kassenraum — 4 Aktenraum — 5 Windfang — 6 Flur — 7 Garderobe — 8 WC

Wohnung: 1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 4 Kinderzimmer — 5 Küche — 6 Bad und WC — 7 Flur

Grundriß Obergeschoß 1 : 400



1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Kinderzimmer — 5 Küche — 6 Bad und WC — 7 Flur

Neukieritzsch, Kreis Borna

Architekt BDA Dipl.-Ing. Walter Lucas

Lehmbauweise Block 2 : 8 WE

Ersatzwohnungsbauprogramm 1954

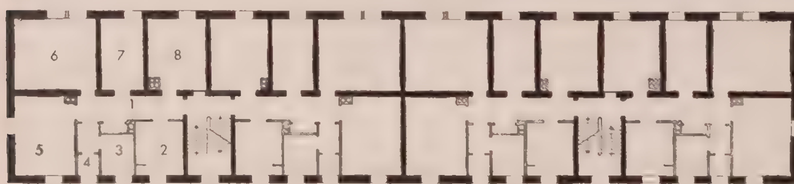
Baukosten 53,10 DM/m³

Größe der Wohnungen

Flur	10,62 m²
Küche	8,52 m²
Bad	4,42 m²
WC	1,51 m²
Schlafzimmer	15,95 m²
Wohnzimmer	19,70 m²
Kinderzimmer	9,95 m²
Kinderzimmer	13,40 m²
Gesamtfläche	84,07 m²



Blick auf den Wohnblock



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

1 Flur — 2 Küche — 3 Bad — 4 WC — 5 Schlafzimmer — 6 Wohnzimmer — 7 Kinderzimmer — 8 Kinderzimmer



Borna – Südwest

Blick auf den Wohnkomplex Borna-Südwest

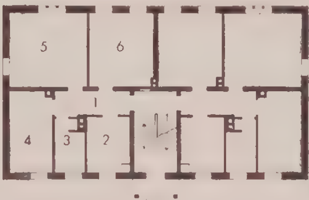
Dipl.-Ing. E. Hofmann

Wohnungsbauprogramm 1954

Baukosten 60,70 DM/m³

Größe der Wohnungen

Flur	5,9 m²
Küche	8,1 m²
Bad	4,1 m²
Kinderzimmer	11,7 m²
Wohnzimmer	19,1 m²
Schlafzimmer	15,9 m²
Gesamtfläche	64,8 m²



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

1 Flur — 2 Küche — 3 Bad — 4 Kinderzimmer — 5 Wohnzimmer — 6 Schlafzimmer



Böhlen AWG-Wohnungsbau, Blick auf den Block A

Böhlen-Süd

Dipl.-Ing. E. Hofmann

AWG-Wohnungsbau, Block A: 18 WE

Wohnungsbauprogramm 1954

Ziegelbauweise

Wohnungsbau Borna, Koloniestraße

Architekt BDA Horst Krantz

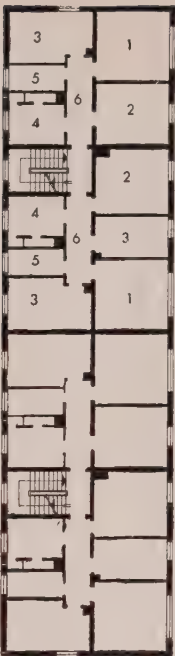
Block 4, Typ Hbl 3
Anzahl der Wohnungen: 8 WE

Über die Entwicklung der hier abgebildeten Sektionen wurde bereits in der „Deutschen Architektur", Heft 4/1956, unter dem Thema „Neue Wege und Gedanken bei der Projektierung und Typisierung von Wohnungsbauten" ausführlich berichtet.

Der Projektant entwickelte Sektionen, die auf der Grundlage der allgemein bekannten Sektion W 53/2, W 53/4 und W 53/18 des Entwurfsbüros für Typung fußen.

Das Neue an dieser Serie war die Möglichkeit einer beliebigen Aneinanderreihung der Sektionen, ohne dabei die Fassaden ändern zu müssen. Als Gestaltungselement wurde lediglich ein vierflügeliges Fenster mit einer Breite von 2,51 m verwendet.

Die Bauvorhaben wurden vorwiegend im Bezirk Leipzig durchgeführt. Von dieser Serie wurden 956 Wohnungseinheiten gebaut. Der Kubikmeter umbauter Raum kostet 71 DM.



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur

Größe der Wohnungen

vier Dreizimmerwohnungen mit	66,06 m²
davon:	
Wohnzimmer	17,08 m²
Schlafzimmer	14,95 m²
Kinderzimmer	13,45 m²
vier Vierzimmerwohnungen mit	75,74 m²
davon:	
Wohnzimmer	17,08 m²
Schlafzimmer	15,50 m²
Kinderzimmer	13,45 m²
Kinderzimmer	10,03 m²

Böhlen-Nord

Dipl.-Ing. E. Hofmann
Ersatzwohnungsbauprogramm 1955
Baukosten 66,55 DM/m³

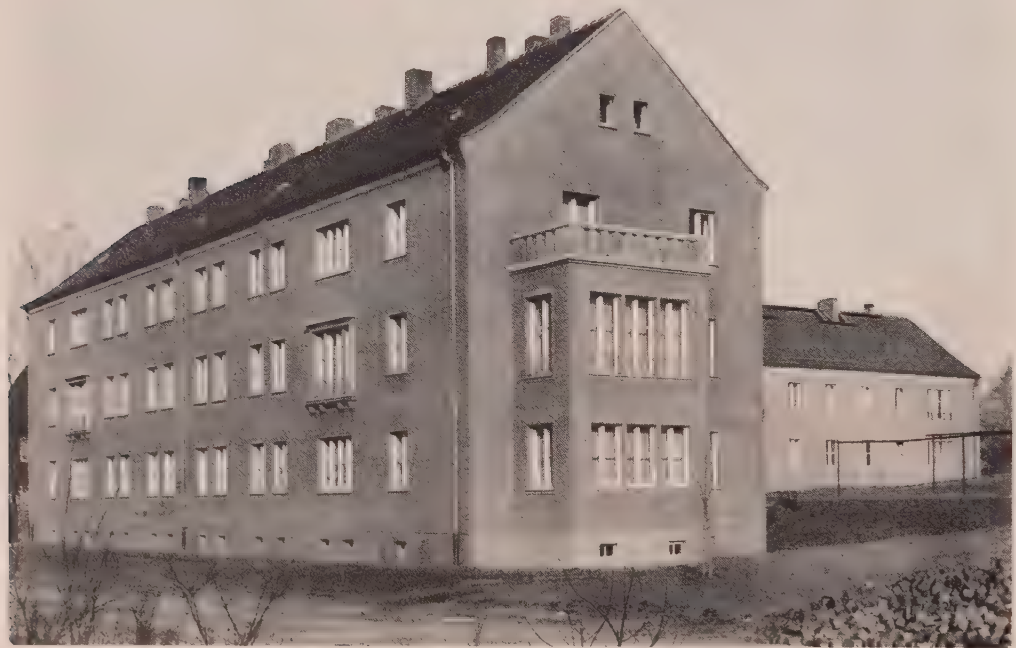
Größe der Wohnungen

	B	A
Wohnzimmer	19,12 m²	23,60 m²
Schlafzimmer	15,96 m²	15,96 m²
Kinderzimmer	11,69 m²	11,69 m²
Küche	7,82 m²	7,82 m²
Bad und WC	4,79 m²	4,79 m²
Flur	6,20 m²	6,20 m²
Gesamtfläche	65,58 m²	70,06 m²



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

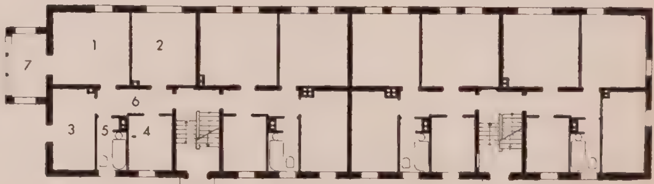
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC



Rötha, Kreis Borna

Dipl.-Ing. E. Hofmann
Ersatzwohnungsbauprogramm 1955

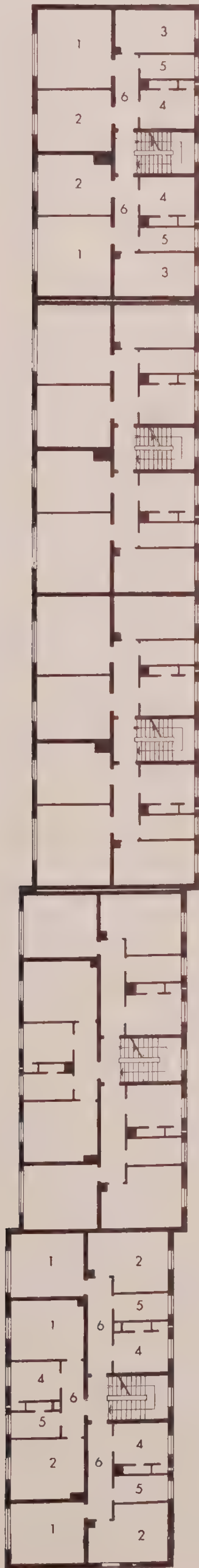
Grundriß Erdgeschoß 1 : 400
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur — 7 Erker

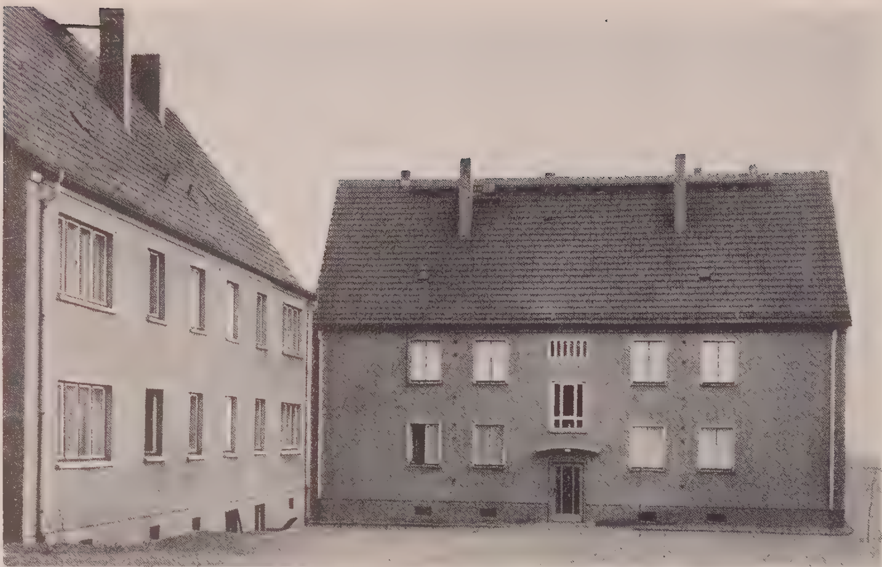


Wohnungsbau Kitzscher
Kreis Borna

Architekt BDA Horst Krantz
Wohnungsbau Kitzscher, Nordstraße
Anzahl der Wohnungen: 24WE
Hohlblockbauweise Kitzscher

Grundriß Erdgeschoß 1 : 400
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimme
— 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur





Blick auf den Block 1



Blick auf den Block 2 und 3



Blick auf das Kopfhaus mit Erker

Wohnungsbauprogramm 1954
Ziegelbauweise
Architekt BDA Dipl.-Ing. Walter Lucas

Wohnstadt Calbe/Saale
Block 15a



Block 15a. Ansicht vom Suden (Standpunkt 1)

Entwurfsbüro für Hochbau Magdeburg

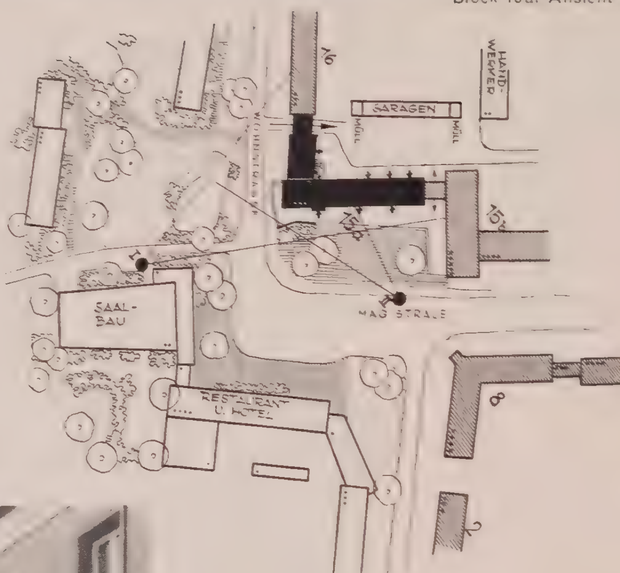
Architekt BDA Herwig Hrussa
Architekt BDA Eberhard Leuthold
Ing. Fritz Retzloff

Als Fortsetzung der Veröffentlichung im Heft 1/1956 der „Deutschen Architektur" wird hier der inzwischen fertiggestellte Block 15a an der Magistrale besprochen.

Er liegt an einer platzartigen Erweiterung — Versammlungsplatz — und hat folgendes Raumprogramm:

1 Ein-Raum-Wohnung,
1 Zwei-Raum-Wohnung,
5 Drei-Raum-Wohnungen,
1 Vier-Raum-Wohnung,
9 Fünf-Raum-Wohnungen,
1 Drogerie mit Fotolabor,
1 Lebensmittelladen und
1 Kurzwarenladen, der während der Fertigstellung als Postnebenstelle eingerichtet wurde.

Der Grundriß ist in Anlehnung an die damaligen Typen entwickelt. Um günstigere Ladenverhältnisse zu erreichen, ist hier die Mehrzahl der größeren Wohnungen untergebracht. Der Ladenraum wird noch um die etwa 60 cm vor die Flucht vorgezogenen Schaufenster erweitert. Die Belieferung der Läden erfolgt von rückwärts über eine Zufahrtstraße, an der auch Müll- und Garagenbauten liegen.



Lageplan 1:2500

Die städtebauliche Konzeption wurde gegenüber dem ursprünglichen Plan geändert, da die Magistrale nicht mehr in dem sehr langgestreckten Bogen durch die neue Anlage geführt wird, nicht zuletzt aber auch aus dem Grunde, einen zu harten Eingriff in bestehende Bausubstanz zu vermeiden. Sie bedarf jedoch noch der Zustimmung der örtlichen Instanzen.

Die Fläche vor dem Block wird mit farbigen Platten in unregelmäßigen Mustern verlegt und durch zwei Grüninseln aufgelockert.

Die äußere Gestaltung ist zurückhaltender als die der früheren Neubauten, ohne daß jedoch der Zusammenklang gestört wird. Kunststein ist nur straßenseitig im Sockelgeschoß, am Erker und an einigen betonten Fenstern verwendet. Sonst sind die Flächen in Kratzputz und glattem Putz hergestellt. Die Fenster sind farbig behandelt.

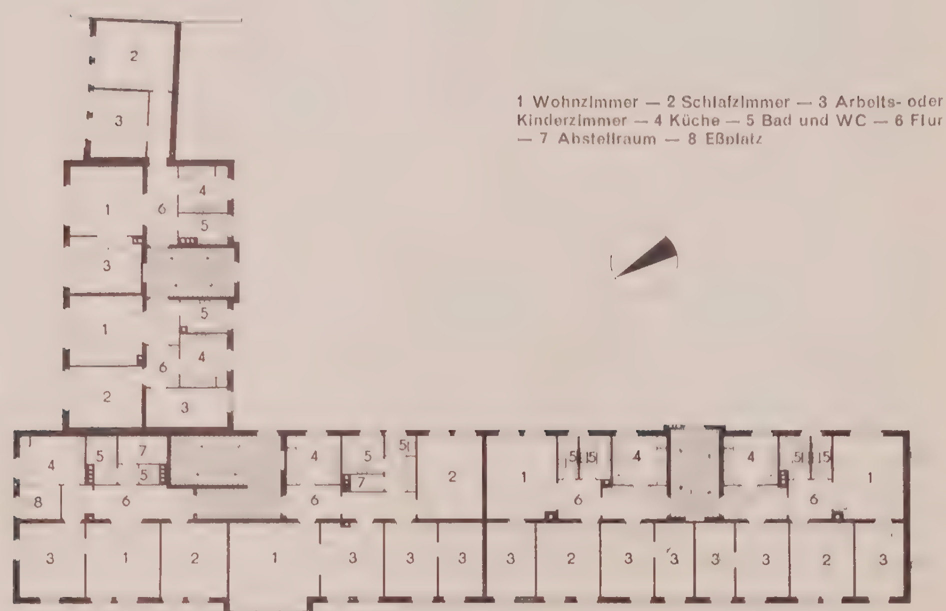
Der Innenausbau bewegt sich in Grenzen des normalen Aufwandes. Günstig wirkte sich die Möglichkeit der Beheizung durch Ferndampf aus, der als Abdampf vom Kraftwerk geliefert wird, und zwar unter Ausnutzung der Niederschachtofengichtgase der Eisenwerke West.



Block 15a. Fassadendetail (Standpunkt 2)



Block 15a, Grundriß Erdgeschoß 1 : 400



Block 15a, Grundriß Obergeschoß 1 : 400

Wohnungsbau Premnitz

„Am Dachsberg"

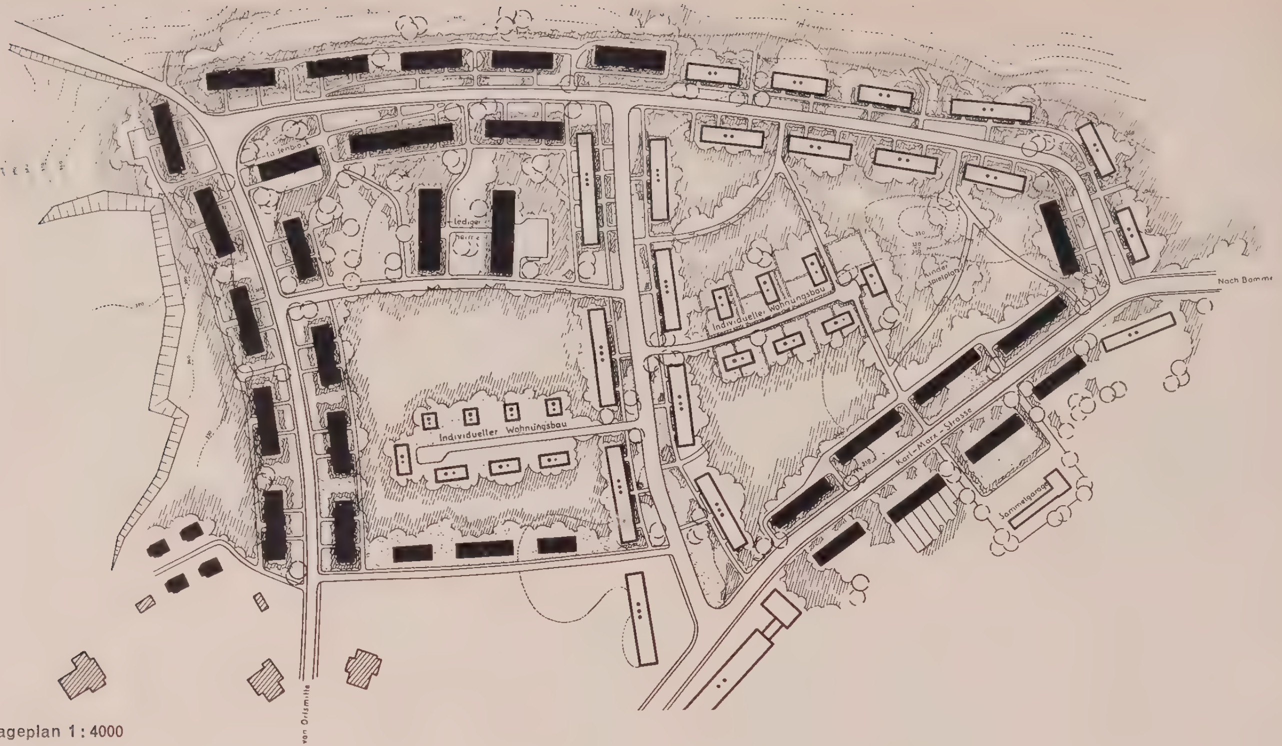
Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam

Etwa 8 km südlich von Rathenow liegt am rechten Ufer der Havel die Gemeinde Premnitz, ursprünglich eine alte Sorbensiedlung, deren Rundform allerdings im Laufe der Jahrhunderte verlorengegangen ist. Am 15. August 1816 brannte Premnitz durch Blitzschlag fast völlig nieder.

Die Einwohner von Premnitz trieben Ackerbau, Viehzucht, Schiffahrt und Fischerei, bis im ersten Weltkrieg außerhalb des Dorfes eine Pulverfabrik errichtet wurde. Dadurch verwandelte sich das Dorf Premnitz in kurzer Zeit in eine Industriegemeinde. Nach dem ersten Weltkrieg wurde aus der Pulverfabrik eine Kunstseiden- und Zellwollefabrik, die damals zum IG Farben-Konzern gehörte. Nach dem zweiten Weltkrieg hat das Werk als Kunstseidenwerk „Friedrich Engels" große Bedeutung erlangt.

Die wachsende Belegschaftsstärke hatte eine rege Wohnungsbautätigkeit zur Folge. Zwischen dem Ort und dem Werk, in der Umgebung des vorhandenen Sees und an der Havel in Richtung Döberitz entstanden Wohnsiedlungen. Im Rahmen der komplexen Perspektivplanung für den Wohnungsbau 1956 bis 1960 war es notwendig, ein Waldgebiet an der Bergstraße auszuwählen, das sich an die Landhausbebauung am See in nördlicher Richtung anschließt. Das Gelände wird im Westen und Norden von Bodenerhebungen umschlossen, die fast durchweg Kiefernbestand aufweisen. Nach dem „Teilbebauungsplan am Dachsberg" entsteht zur Zeit in Premnitz ein Wohngebiet, das die Bebauung der Industriegemeinde im Norden organisch abschließt.

Da nach der mittleren jährlichen Windverteilung die vorhandene Windrichtung W—SW ist, liegt das Gebiet außerordentlich windgeschützt. Nach dem Klimagutachten des meteorologischen und hydrologischen Dienstes sind das Gebiet nördlich des Sees sowie die Hänge des Dachsberges und der Premnitzer Berge unter möglichster Einbeziehung und Schonung des dort vorhandenen Baumbestandes für die Anlage von Wohngebieten besonders geeignet.



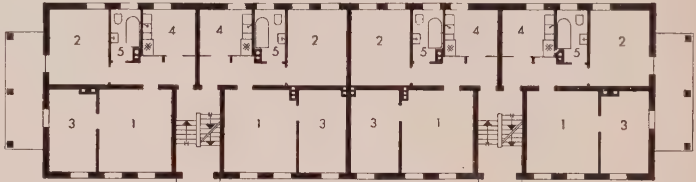
Lageplan 1 : 4000



Vorderansicht vom Block 8 1 : 400

Raumfolge für die Wohnblocks 7 bis 9 und 16 bis 19

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und Toilette



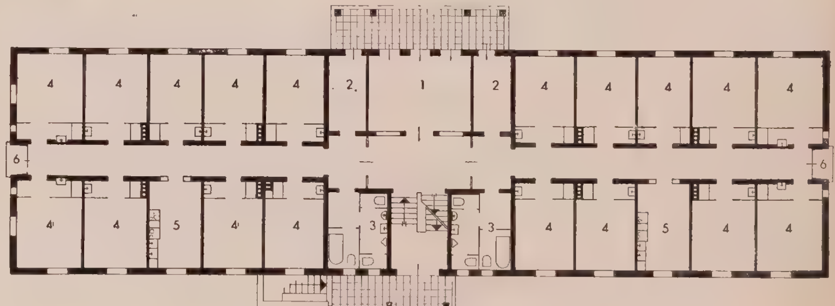
Grundriß Erdgeschoß (Block 8) 1 : 400



Vorderansicht des Ledigenheims Premnitz (Block 2) 1 : 400

Raumfolge für das Ledigenheim Premnitz (Block 2)

1 Gemeinschaftsraum — 2 Putzraum — 3 Bad und Toiletten — 4 Zimmer — 5 Teeküche — 6 Putzbalkon



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

Bei der Bearbeitung des Planes wurde — dem Gutachten entsprechend — der Erhaltung des Baumbestandes seitens des Planverfassers, der Stadt- und Dorfplanung Potsdam, besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

In der Perspektivplanung sind 500 Wohnungseinheiten vorgesehen.

Vom Entwurfsbüro für Hochbau Potsdam — Brigade I — wurden bis jetzt 114 Zweizimmerwohnungen, 58 Drei- und 8 Vierzimmerwohnungen projektiert.

Die Wände im Erd- und Obergeschoß sind in Ziegelmauerwerk errichtet, die Kellerdecken wurden gewölbt, während die übrigen Decken nach DIN 4233 — F 24 — mit 3 cm Druckbeton ausgeführt sind.

Der größte Teil der Dächer besteht aus Stahlbetonfertigteilen der Werknorm.

Für die Wohnungen ist Ofenheizung vorgesehen.

Im Block 15 werden im Erdgeschoß Läden eingerichtet.

Inmitten der Wohnsiedlung liegen zwei Blocks eines Ledigenheims, Entwurf: Architekt Joachim Richter.

Im Block I sind 52 Personen und im Block II 68 Personen untergebracht.

Da alle Insassen am Werkessen teilnehmen (Entfernung etwa 1 km), ist keine Küche vorgesehen.

Im Block I ist lediglich ein Pförtner- und ein Personalraum untergebracht. Die anderen Räume teilen sich auf in Ein- und Zweibettzimmer, die durch einen Schrank- und Waschraum vom Flur getrennt sind. Zu neun Zimmern gehören eine Teeküche, ein Bad- und Toilettenraum sowie ein Putzraum mit Putzbalkon.

Auf 18 Zimmer (1 Geschoß) kommt ein Gemeinschaftsraum, der in der Mitte liegt. Außerdem steht ein Fahrrad- und Kellerraum für die Ledigen zur Verfügung.

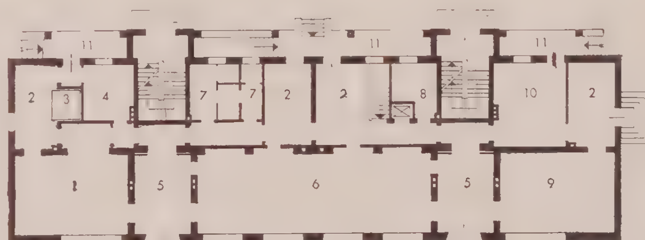
Beide Blocks sind zentralbeheizt.



Rückansicht Block 3, 2 und 1



Vorderansicht vom Ladenblock (Block 15) 1 : 400



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

Raumfolge für den Ladenblock (Block 15)

1 Fleischwarenladen — 2 Lager — 3 Kühlzelle — 4 Aufenthaltsraum — 5 Windfang — 6 Lebensmittelladen — 7 Wasch- und Toilettenräume — 8 Büro — 9 Molkereiprodukte — 10 Gemüselager — 11 Rampe



Ansicht Block 1



Ansicht Block 17

Ideenwettbewerb für ein Feierabendheim im Stadtbezirk Köpenick von Groß-Berlin

Ausschreiber: Rat des Stadtbezirks Köpenick, Groß-Berlin

Preisgericht:

1. Professor Hermann Henselmann, Chefarchitekt von Groß-Berlin
2. Stadtrat Wilhelmine Schirmer-Pröscher, Magistrat von Groß-Berlin
3. Herr Rudolf Fehlhaber, Bezirksrat für Sozialwesen beim Rat des Stadtbezirks Köpenick
4. Dr. Karl-Heinz Segel, Vorsitzender der ständigen Kommission für Gesundheits- und Sozialwesen der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin
5. Herr Willi Schumann, Leiter der Abteilung Sozialwesen beim Magistrat von Groß-Berlin
6. Architekt BDA Joachim Näther, Chefarchitekt im Entwurfsbüro für Hochbau Rostock
7. Architekt BDA Emil Leibold, Chefarchitekt im Entwurfsbüro für Hochbau II Berlin
8. Dipl.-Ing. Ernst Heidl, Entwurfsbüro für Hochbau I Berlin
9. Architekt BDA Walter Schmidt, Institut des Chefarchitekten von Groß-Berlin

Als Vorprüfer waren tätig:

1. Dipl.-Ing. Schulze, Institut des Chefarchitekten von Groß-Berlin
2. Architekt Lange, Abteilung Stadtplanung beim Rat des Stadtbezirks Köpenick

72 Entwürfe waren eingesandt worden.

Nach drei Rundgängen wurden folgende Arbeiten prämiiert:

1. Preis mit 7500 DM an Dipl.-Ing. Architekt Heiner Kulpe, Dresden

2. Preis mit 4500 DM an Architektenkollektiv Dipl.-Ing. Architekt Udo Schultz, Berlin, Dipl.-Ing. Architekt Roland Jaenisch, Hohenneuendorf bei Berlin, Architekt Wladimir Rubinow, Berlin, Gartenarchitekt Helmuth Kruse, Wilhelmshagen, Innenarchitekt Hans Witte, Berlin

3. Preis mit 3000 DM an Entwurfskollektiv Dipl.-Ing. Carl Krause, Dipl.-Ing. Hermann Richter, Dresden

Folgende Entwürfe wurden angekauft:

Kollektiv: Dipl.-Ing. Walter Nitsch, Architekt Manfred Stephan, Joachim Cichos, Erfurt — 1500 DM

Kollektiv: Dr.-Ing. Walter Krönert, Dipl.-Ing. Rosemarie Krönert, Dresden, 1500 DM

An Anerkennungen wurden vergeben:

Kollektiv: Dipl.-Ing. Hans Beuster, Lehnitz bei Oranienburg, Architekt Fritz Menz, Berlin — 500 DM

Kollektiv: Dipl.-Ing. Rolf Ermisch, Dipl.-Ing. Manfred Gruber, Dipl.-Ing. Karl-Heinz Lohmann, TH Dresden — 500 DM

Kollektiv: Architekt Heinz Peetz, Berlin, Architekt Gerd Bartel, Architekt Joachim Härter — 500 DM

Kollektiv: Dipl.-Ing. Horst Eckardt, Dipl.-Ing. Günther Gerhardt, Dipl.-Ing. Architekt Siegfried Hein, Gartenarchitekt Walter Schmeil, Gera — 500 DM



1. Preis: Dipl.-Ing. Architekt Heiner Kulpe

Erd- und Kellergeschoßgrundrisse 1 : 800



1. Preis: Dipl.-Ing. Architekt Heiner Kulpe

Ansicht 1 : 800

Begründungen des Preisgerichts

1. Preis

Heiner Kulpe

Der Verfasser bietet eine überlegende Lösung. Er schafft auf einem Raster eine Grundeinheit, die typisierbar ist. Jede dieser Grundeinheiten hat 24 Wohnräume, und zwar in jedem Geschoß 12. Diese Grundeinheiten bindet er an einen Flur, der durch acht Differenzstufen von jedem Geschoß aus zu erreichen ist. Die gesellschaftlichen und Verwaltungsräume faßt er in je einem Baukörper zusammen.

Dieses System ist variabel. Für die Varianten macht der Verfasser ebenfalls mehrere Vorschläge. Die Sozialfürsorger weisen darauf hin, daß diese Elemente auch bei Pflegeheimen Verwendung finden könnten. Das System, das der Verfasser vorschlägt, kommt der sozialistischen Lebensweise in einem Feierabendheim sehr entgegen, weil sowohl die Bildung kleinerer Gruppen als auch die Zusammenführung aller Heimbewohner in dem Kulturraum sowie die Erfüllung der individuellen Bedürfnisse infolge der gelungenen Gestaltung der einzelnen Wohnräume möglich ist.

Die Betreuung der Heimbewohner ist durch die Anlage nur eines Flurs und dem damit verbundenen Wegfall der Treppenhäuser sehr übersichtlich und wirtschaftlich. Die Gliederung in einzelne Heimgemeinschaften erleichtert den alten Menschen die Eingewöhnung im Feierabendheim; zugleich bieten die nicht zu langen Wege günstige Bedingungen für die Erreichung der gesellschaftlichen Räume. Auch die Anordnung der Klubräume ist gut. Es wird jedoch empfohlen, die Differenzstufen zu diesen Räumen wegfallen zu lassen. Schade ist, daß der Verfasser die Chance nicht erkannt hat, den Kulturraum der Spreelandschaft zuzuwenden.

Dieser Mangel kann jedoch durch eine Drehung des Saales leicht behoben werden. Es wird gelobt, daß auch an Erholungsflächen durch die Anlage eines Gartenhofes für das Pflegepersonal gedacht ist. Ferner ist der Vorschlag gut, die Sanitätsräume aus dem allgemeinen Wohntrakt herauszunehmen. Die Trennung in einen Wohn- und einen Schlafteil wird begrüßt. Die Installation ist gut zusammengefaßt.

Ebenso ist zu loben, daß die Loggien immer von zwei Zimmern betreten werden können. Das Preisgericht erkennt dieser Lösung einstimmig den ersten Preis zu.

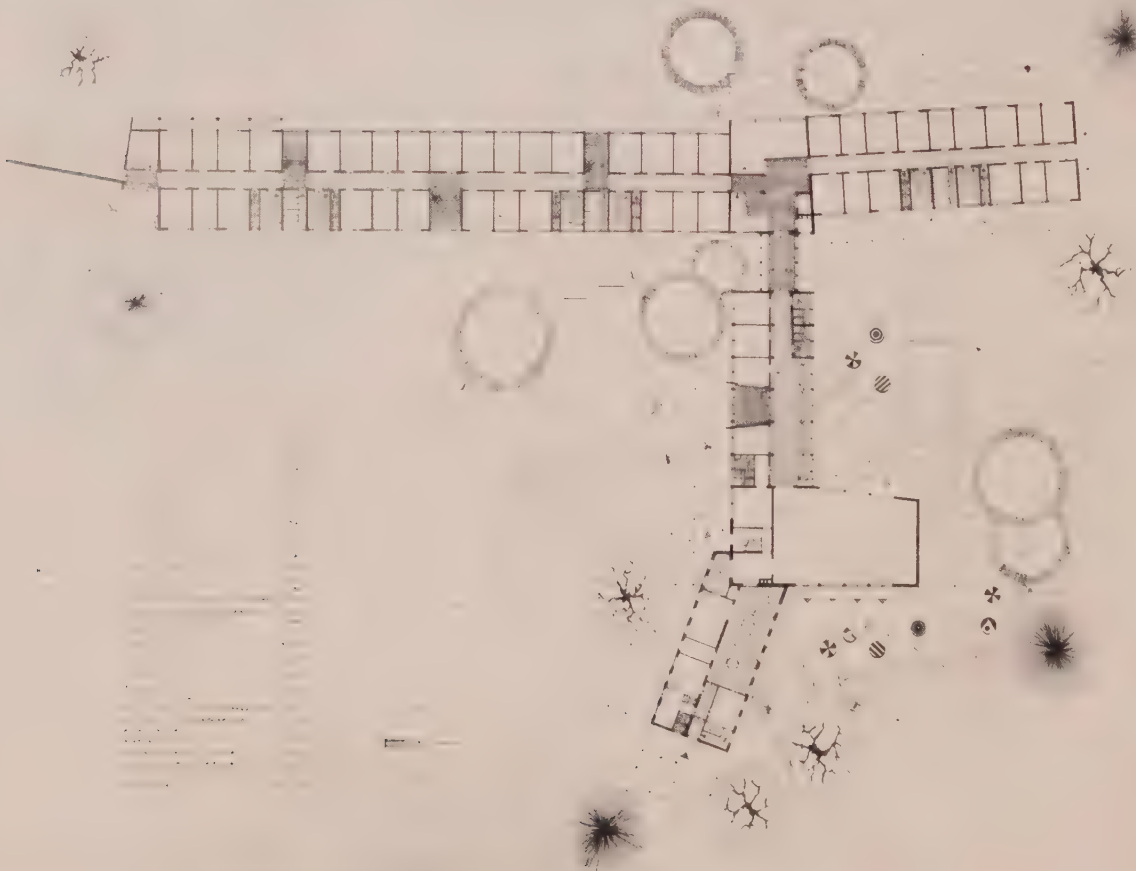


1. Preis: Dipl.-Ing. Architekt Heiner Kulpe

Grundrisse des Halb- und 1. Obergeschosses 1:800



2. Preis
Udo Schultz, Roland Jaenisch, Wladimir Rubinow, Helmuth Kruse, Hans Witte
Die Verfasser haben sich in sehr liebevoller Weise mit der Aufgabe beschäftigt, alten Menschen ein Heim zu schaffen. Sie haben die Grundstückssituationen mit ihren landschaftlichen Erlebnismöglichkeiten gut erfaßt. Auch die Architektur ist in ihrer Durcharbeitung bis ins Detail hinein freundlich. Funktionell ist dieser Entwurf klar aufgebaut. Er hat keine grundsätzlichen Mängel. Die Eingangssituation ist sehr gut gelöst. Die Zuordnung der Bäder und Toiletten zu den Wohnräumen ist gut. Die zahlreichen Vorschläge zur Bereicherung des Lebens der Alten, wie Einzelgärten, die Anlage eines kleinen Golfplatzes, eines Vogelhauses und eines Angelsteges, lassen erkennen, daß sich die Verfasser bemühen, den Lebensabend der Bewohner schön zu gestalten. Es wird begrüßt, daß die Verfasser die Verwendung von Großblöcken



2. Preis: Dipl.-Ing. Architekt Udo Schultz, Dipl.-Ing. Architekt Roland Jaenisch, Architekt Wladmir Rubinow, Gartenarchitekt Helmuth Kruse, Innenarchitekt Hans Witte

Erdgeschoßgrundriß 1 : 800

und Normenelementen anstreben und erreichen. Der Verteilerschlüssel der Wohnräume muß zugunsten der Doppelzimmer auf Kosten der Anzahl der Einzelbettzimmer verändert werden. Es wird gelobt, daß die Verfasser unter der vorgesehenen Summe bleiben. Das Preisgericht erkennt den Verfassern mit ihren Vorschlägen einstimmig den zweiten Preis zu.



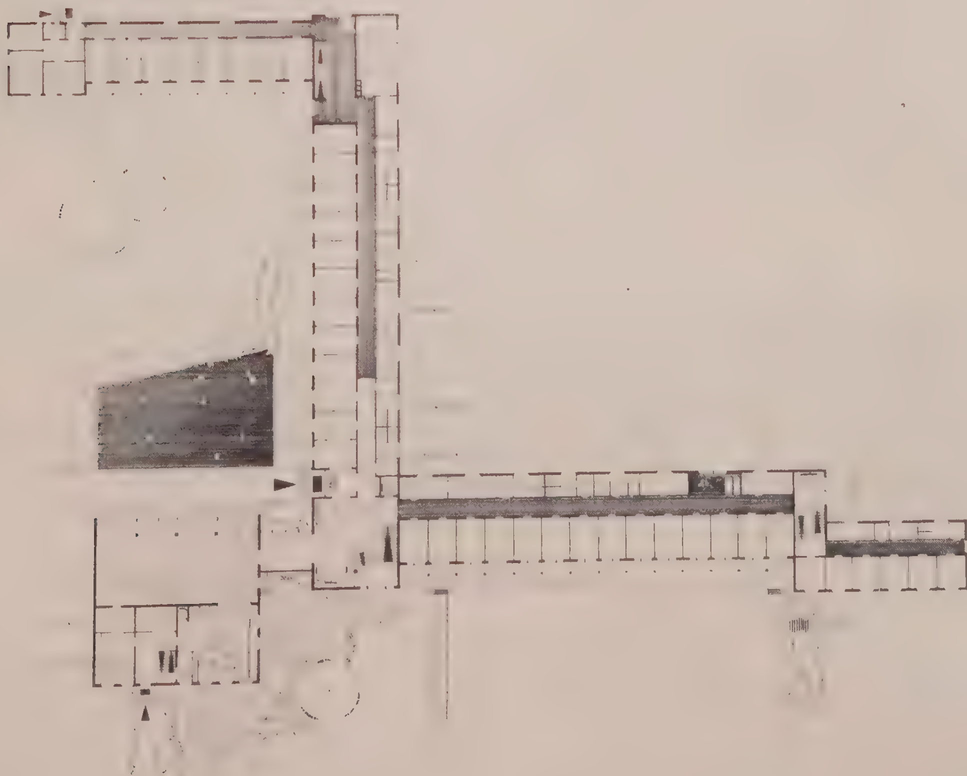
3. Preis

Carl Krause, Hermann Richter

Der Entwurf schafft eine klare, übersichtliche Disposition der Baukörper auf dem zur Verfügung stehenden Gelände. Dadurch werden eine gute räumliche Disposition auf dem Gelände und eine zweckmäßige Bewirtschaftung erreicht.

Die Verwendung von Großblöcken und genormten Einzelteilen ist möglich. Die Eingangshalle ist gut angeordnet. Die Besonnung der Wohnräume ist einwandfrei.

Durch eine Drehung des Baukörpers, in dem sich auch der Kultur- und Speiseraum befinden, könnte die Blickwendung zur Spreelandschaft erreicht werden. Zu bemängeln ist, daß der Speisesaal nur über die zentrale Halle zu erreichen ist. Zwei Klubräume sind nach Norden orientiert. Die gestalterischen Mittel sind gut. Die Verfasser überschreiten die Baukosten. Die Verringerung der Baukosten kann jedoch durch die Reduzierung der angenommenen Geschoßhöhen von 3 auf 2,75 m erreicht werden. Ebenso kann das zweite Krankenzimmer mit zwei Betten wegfallen. Die Südlage der Küche ist ein Mangel, der jedoch durch das Abschwenken des Anbaus beseitigt werden kann. Das Preisgericht lobt die Anwendung von bildender Kunst. Den Verfassern wird für ihren Vorschlag einstimmig der dritte Preis zuerkannt.



3. Preis: Dipl.-Ing. Architekt Carl Krause, Dipl.-Ing. Architekt Hermann Richter

Erdgeschoßgrundriß 1 : 800

Gemischtwarenverkaufsstellen und Landwarenhäuser

Dipl.-Ing. Herbert Cammradt
Ministerium für Bauwesen

Im Heft 12/1957 unserer Zeitschrift veröffentlichten wir unter der Bezeichnung Konsum-Landwarenhaus Typ A, Typ B und Typ C einige Entwürfe des Entwurfsbüro für Hochbau Stralsund. Vom Ministerium für Bauwesen wurde uns mitgeteilt, daß die Bezeichnung ,,Typ'' Mißverständnisse hervorrufen könnte. Um alle Unklarheiten, die unter Umständen aufgetreten sein könnten, zu beseitigen, veröffentlichen wir im folgenden einige Entwürfe, die in Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bauakademie, dem Institut für Typung, dem Verband Deutscher Konsumgenossenschaften und dem Ministerium für Bauwesen entstanden sind und die als Wiederverwendungsprojekte zur Anwendung kommen sollen.

Bemerkungen zu den im Heft 12/1957 veröffentlichten Konsum-Landwarenhäusern Typ ,,A bis C'' des Entwurfsbüros für Hochbau Stralsund

Die Grundrisse zeigen, daß sich der Verfasser mit den Problemen einer Vereinheitlichung der Technologie und der Entwicklung einer Gebäudereihe beschäftigt hat, und zwar unter Berücksichtigung der Anwendung gleicher Stützweiten.

Dies bedingt jedoch, daß man kompakte Baukörper anwendet, wenn die oben angeführten Gedanken zu Ende geführt werden sollen, um dadurch eine Reihe von Projekten zu erhalten, die konstruktiv und funktionell einheitlich aufgebaut ist. Bei Entwicklungen in den Bezirken sollte die Bezeichnung Typ nicht angewendet werden. Die Bezeichnung Typ setzt die Bestätigung der zentralen Dienststelle voraus und kann bei anderer Anwendung zu Komplikationen führen.
Die im Bezirk Rostock entwickelten Projekte haben noch bautechnische und funktionelle Mängel. Bei Landwarenhäusern sollte grundsätzlich eine zentrale Warenannahme vorgesehen werden. Das Lebensmittellager ist in Naß- und Trockenlager zu untergliedern. Die Rampen sind nicht unbedingt erforderlich, da die Ware von der Rampe bis zu 8 m weit im Wagen transportiert werden muß. Das Abladen schwerer Ware kann auch durch schiefe Ebenen gelöst werden, deren Herstellung weniger kostet als entsprechende bauliche Maßnahmen für Rampen.

Es sollte darauf geachtet werden, daß sich der Funktionsweg der Ware und der Kundenweg nicht überschneiden, wie dies bei ,,B'' und ,,C'' der Fall ist. Der bauliche Aufwand für die ,,Notwohnung'' in den Projekten ,,B'' und ,,C'' ist sehr groß und funktionell nicht befriedigend.

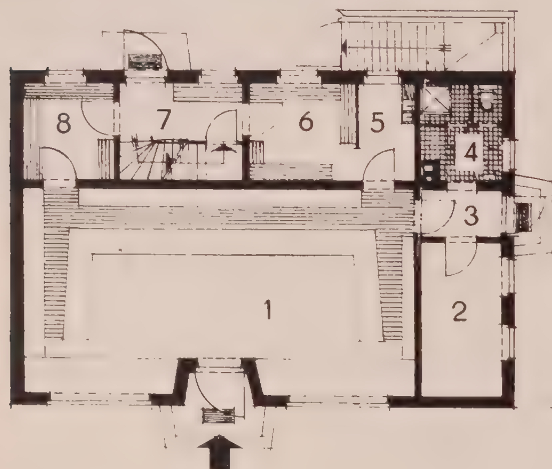
Die Dachflächen sollten durch Gaupen nicht zu stark aufgerissen werden.



Gemischtwarenverkaufsstelle Typ ,,A''
Gesamtkosten 85300 DM; L III-Bereich 64913 DM
Eingangsfassade 1 : 200

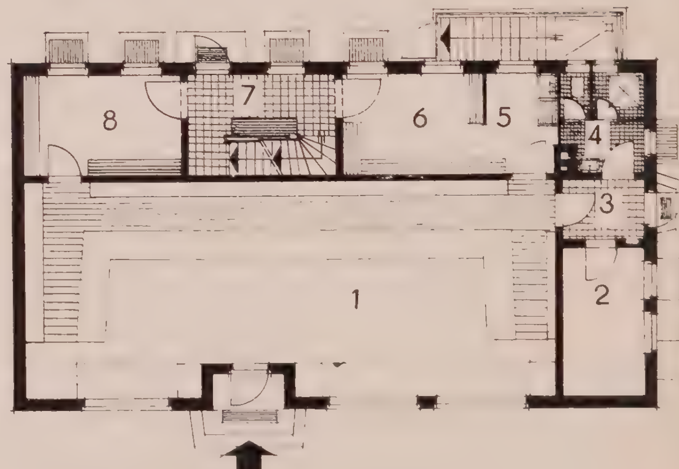


Gemischtwarenverkaufsstelle Typ ,,B''
Gesamtkosten 93720 DM; L III-Bereich 77290 DM
Eingangsfassade 1 : 200



Grundriß Erdgeschoß 1 : 200

1 Verkaufsraum 65,19 m² — 2 Personal- und Aufenthaltsraum 10,38 m² — 3 Windfang 2,94 m² — 4 WC und Duschraum — 5 Naßecke 4,72 m² — 6 Lager für Lebensmittel 8,68 m² — 7 Warenannahme 5,74 m² — 8 Lager für Industriewaren 7 m²



Grundriß Erdgeschoß 1 : 200

1 Verkaufsraum 87,44 m² — 2 Büro und Aufenthaltsraum 10,48 m² — 3 Flur 2,85 m² — 4 Waschraum, Dusche und WC — 5 Naßecke 6,07 m² — 6 Lager für Lebensmittel 11,21 m² — 7 Warenannahme 11,93 m² — 8 Lagerraum für Industriewaren 12,65 m²

Bei Anordnung von mehreren Toiletten, die von beiden Geschlechtern benutzt werden, muß ein offener Stichflur zu den Vorräumen vorhanden sein.

Die seitlichen Rampen bei den Landwarenhäusern „A" und „B" wirken sich für die städtebauliche Einordnung und Gestaltung nachteilig aus.
Trotz dieser Mängel ist die Initiative der Kollegen im Bezirk Rostock zu begrüßen und gibt den auf dem Gebiet der Typisierung arbeitenden Architekten und Ingenieuren wertvolle Anregungen.

*

Zur allgemeinen Entwicklung von Landwarenhäusern muß jedoch noch einiges gesagt werden. Der Handel hat die Aufgabe, den Warenumsatz bis 1960 um 27 Prozent zu erhöhen. Das bedeutet, daß die Arbeitsproduktivität um ein Wesentliches gesteigert werden muß, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden soll. Dies ist jedoch mit dem Einzelverkauf nur bedingt möglich. Es muß deshalb zu rationelleren Verkaufsmethoden übergegangen werden. In den Städten zeigen sich auf diesem Gebiet schon gute Ansätze. In den neuen Wohnkomplexen und Wohnbezirken werden Einkaufszentren für den täglichen und monatlichen Bedarf gebaut, die auf der Teilselbstbedienung basieren. Diese Projekte verlangen nicht nur eine rationellere Verkaufsmethode und eine dadurch bedingte Technologie, sondern darüber hinaus eine wesentliche Senkung der Baukosten.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheint es notwendig, daß auch auf dem Lande diese neuen Gedanken in den Projekten für Landwarenhäuser ihren Niederschlag finden, wenn eine Erhöhung des Warenumsatzes durch rationellere Verkaufsmethoden erreicht werden soll.

Planung und Einzugsbereich

Bei der Ermittlung der Größen und der Kapazitäten sind sowohl die Mindestgröße des Einzugsbereiches als auch die höchstzulässige Größe des Einzugsbereiches zu berücksichtigen.

Diese beiden Faktoren sind bestimmend für die Wirtschaftlichkeit, die Umsatzhöhe und die sich daraus ergebende Rentabilität des Gebäudes. Ferner müssen die regionale Siedlungsdichte und der Teil der Bevölkerung berücksichtigt werden, der seine Ware beim privaten Einzelhändler oder in der Stadt kauft. Aus diesen Gründen ist die Festlegung des Handelsnetzes im Bezirk auf Grund regionaler Untersuchungen von entscheidender Bedeutung. Durch die Aufgliederung in MTS-Bereiche sowie durch die Festlegung der Hauptdörfer ist es möglich, unter Berücksichtigung der vorhandenen Verkaufskapazität und des Einzugsbereiches sowie der Verkehrsverbindungen zur Stadt, die wirtschaftlichste Größe des Projektes zu bestimmen. Die Entfernung zum Landwarenhaus sollte 3 km nicht überschreiten.

Das Landwarenhaus beziehungsweise die Gemischtwarenverkaufsstelle sollte entsprechend der gesellschaftlichen Bedeutung im Zentrum des Dorfes angeordnet sein.

Grundstück

An das Grundstück sind folgende Forderungen zu stellen:

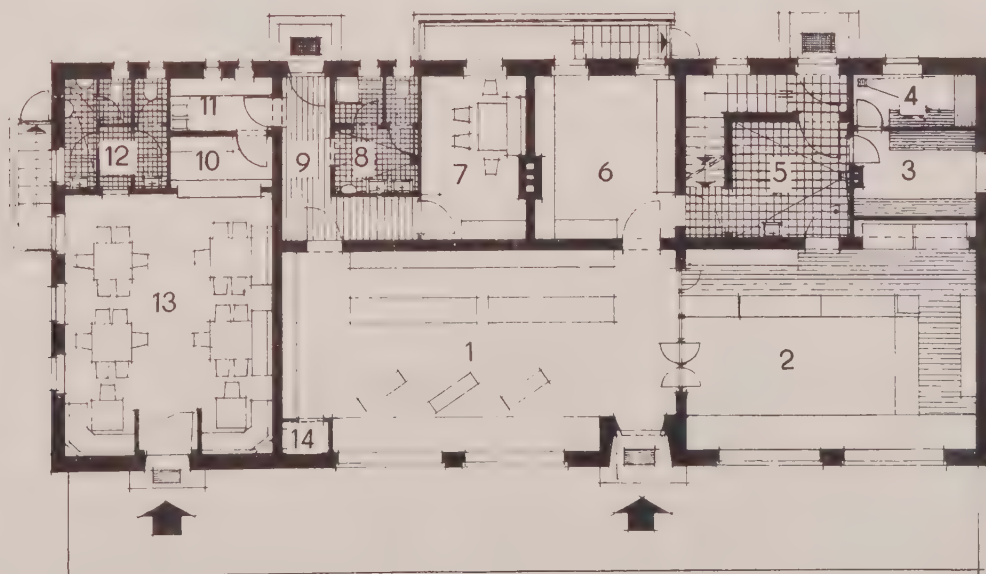
1. Das Grundstück muß für Starkstrom und Trinkwasser erschließbar sein.
2. Das Grundstück muß so groß sein, daß eine Ost-West-Orientierung des Gebäudes möglich ist, wobei die Schaufensterfront nach Norden gerichtet ist.
3. Das Grundstück ist entsprechend zu befestigen, um ein Befahren mit Lastwagen bis 5 Tonnen zu gewährleisten.
4. Vor dem Gebäude sollte ein Grünstreifen angeordnet werden, um die Staubeinwirkung zu mindern.

   Ein Parkstreifen ist vorzusehen. Sollte das aus besonderen Gründen nicht



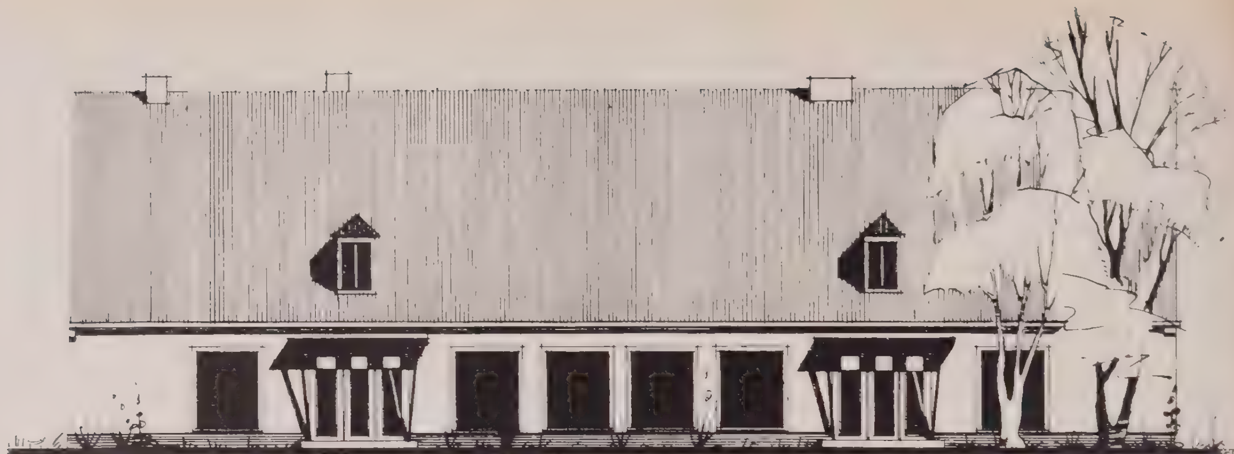
Landwarenhaus Typ „A" mit Imbißstube
Gesamtkosten 169535 DM; L III-Bereich 139926 DM

Eingangsfassade 1 : 200



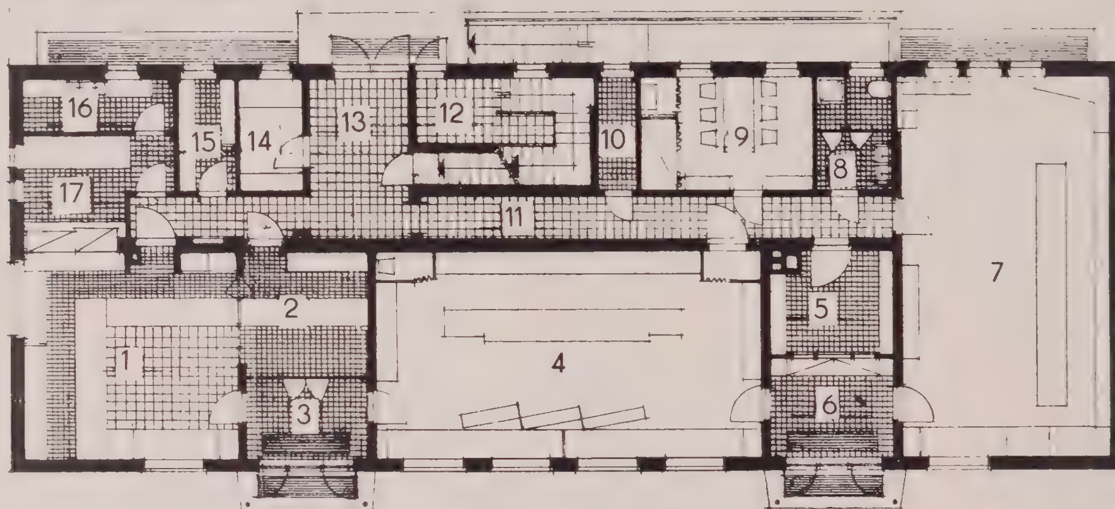
1 Verkaufsraum für Textil- und Industriewaren 68 m² — 2 Verkaufsraum für Lebensmittel 51,60 m² — 3 Lebensmitteltrockenlager 8,48 m² — 4 Lebensmittelnaßlager 5,94 m² — 5 Warenannahme 13,41 m² — 6 Lagerraum für Textil- und Industriewaren 19,39 m² — 7 Aufenthaltsraum 14,11 m² — 8 Waschraum 8 m² — 9 Flur 10 m² — 10 Anrichte 4,51 m² — 11 Küche 5,12 m² — 12 WC für Gäste — 13 Imbißstube 45,67 m² — 14 Ankleidekabine

Grundriß Erdgeschoß 1 : 200



Landwarenhaus Typ „B"
Gesamtkosten 236781 DM; L III-Bereich 192304 DM

Eingangsfassade 1 : 200



Grundriß Erdgeschoß 1 : 200

1 Verkaufsraum Lebensmittel 37,50 m² — 2 Verkaufsraum für Fisch und Gemüse 12,60 m² — 3 Windfang 8,40 m² — 4 Verkaufsraum für Textilien 66,20 m² — 5 Textil- und Industriewarenlager 9,90 m² — 6 Windfang 8,40 m² — 7 Verkaufsraum für Industriewaren 66,40 m² — 8 Waschraum, Dusche und WC 7,40 m² — 9 Aufenthaltsraum 15,90 m² — 10 Leergutraum 4,70 m² — 11 Flur 26,10 m² — 12 Treppenflur 5,20 m² — 13 Warenannahme 13,70 m² — 14 Büro 6,20 m² — 15 Trockenlager 5,30 m² — 16 Arbeitsraum 6,60 m² — 17 Naßlager 7,20 m²

möglich sein, muß eine entsprechende Parkfläche in der Nähe des Landwarenhauses dafür ausgewiesen werden.

5. Hinter dem Gebäude ist ein Wirtschaftshof anzuordnen. Die dafür benötigte Tiefe beträgt etwa 12 m.

Grundstücksgrößen:

Gemischtwarenverkaufsstelle	„A"	600 m²
Gemischtwarenverkaufsstelle	„B"	650 m²
Landwarenhaus ohne Imbiß	„A"	800 m²
Landwarenhaus mit Imbiß	„A"	900 m²
Landwarenhaus ohne Imbiß	„B"	900 m²
Landwarenhaus mit Imbiß	„B"	1100 m²

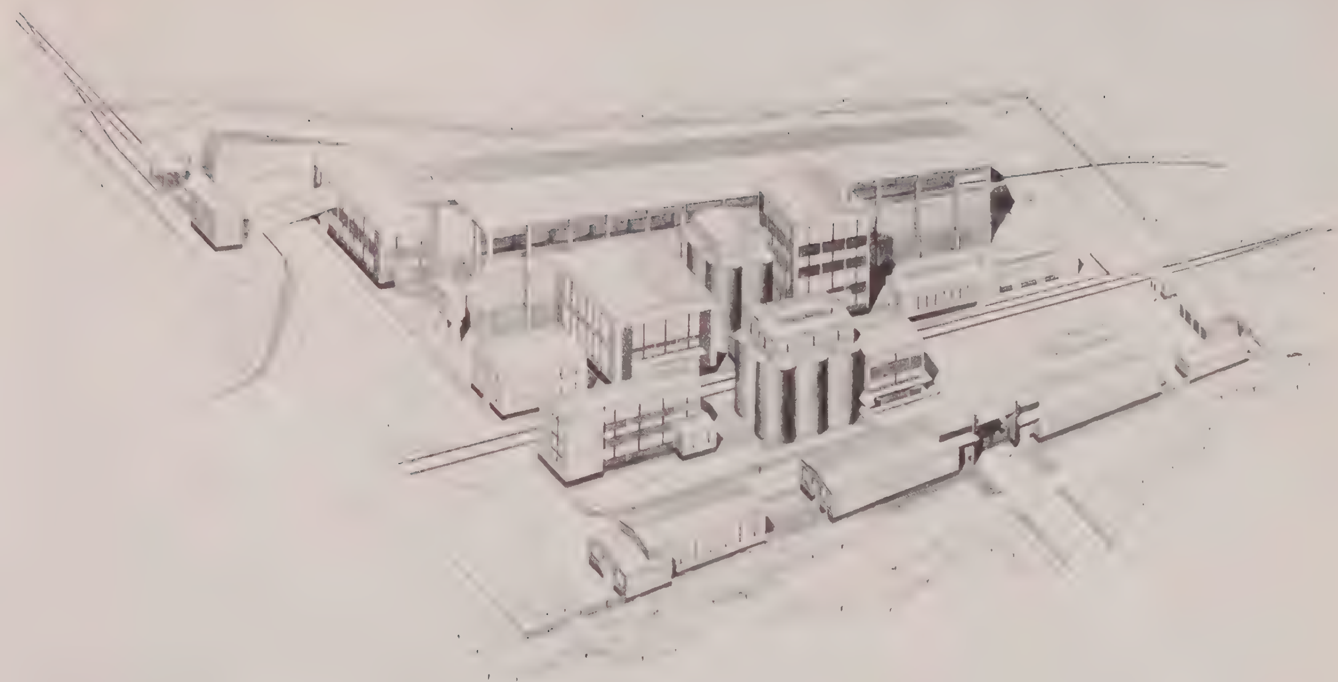
Funktionelle Forderungen

Der Verkaufsraum soll eine Mindesttiefe von 6 m haben. Der Kundenraum soll mindestens 3 m, die Arbeitsfläche 2,40 bis 2,60 m in Anspruch nehmen. Die Flure sind 1,20 m, die Lager- und Sozialräume 2,40 m und die Treppen (Laufbreite) 1,10 m breit. Der Warenweg und der Weg des Kunden dürfen sich nicht überschneiden. Die Ware gelangt über eine Warenannahme, die genügend groß sein muß, in die einzelnen Lager. In der Warenannahme vollziehen sich Annahme, Kontrolle und Verteilung der Ware sowie die Rückgabe des Leergutes. Bei einem größeren Warensortiment ist eine Trennung der Verkaufsräume notwendig. Die Lagerung muß jedoch selbst bei den kleinsten Projekten getrennt erfolgen.

Programm

	Gemischtwarenverkaufsstelle Typ „A"	Gemischtwarenverkaufsstelle Typ „B"	Landwarenhaus Typ „A"	Landwarenhaus Typ „B"
1. Anzahl der zu versorgenden Personen	250 bis 500	500 bis 700	700 bis 1200	1200 bis 2000
2. Umsatzhöhe pro Jahr	240 TDM	350 TDM	500 TDM	850 TDM
3. Relation Lebensmittel: Industriewaren	70 : 30	65 : 35	40 : 60	30 : 70
4. Flächenmaße und Raumbedarf in m² Hauptflächen:				
Verkaufsraum fürLebensmittel	45	60	55	65
Verkaufsraum für Hart-Industriewaren	—	—	—	65
Verkaufsraum für Textilien...	25	30	80	60
Lagerraum für Lebensmittel (trocken)......	—	—	8	8
Lagerraum für Lebensmittel (naß).........	15	15	12	12
Lagerraum für Lebensmittel (gekühlt).....	—	—	—	4
Arbeitsraum ..	—	—	—	6
Lagerraum für Industriewaren	10	10	20	20
Leergutraum ..	5*	7*	8	8
Bierlager......	—	—	10	10
Warenannahme	10	10	15	15
Imbißstube (einschließlich Bufett und Küche).......	—	—	70	70
Nebenflächen: Büro..........	—	—	—	6
Aufenthaltsraum (einschließlich Liegeraum und Kochnische) ..	10	15	20	20
Umkleideraum, Wasch- und WC-Anlage ..	7	8	10	15
Heizraum	10	10	10	10
Brennstofflager*........	15	15	30	30
Maschinenraum*......	5	5	8	10
Reserveraum*	10	20	20	20

Die zulässige Verkehrsfläche beträgt 10 Prozent der Nutzfläche. Die mit * bezeichneten Räume können im Kellergeschoß angeordnet werden.

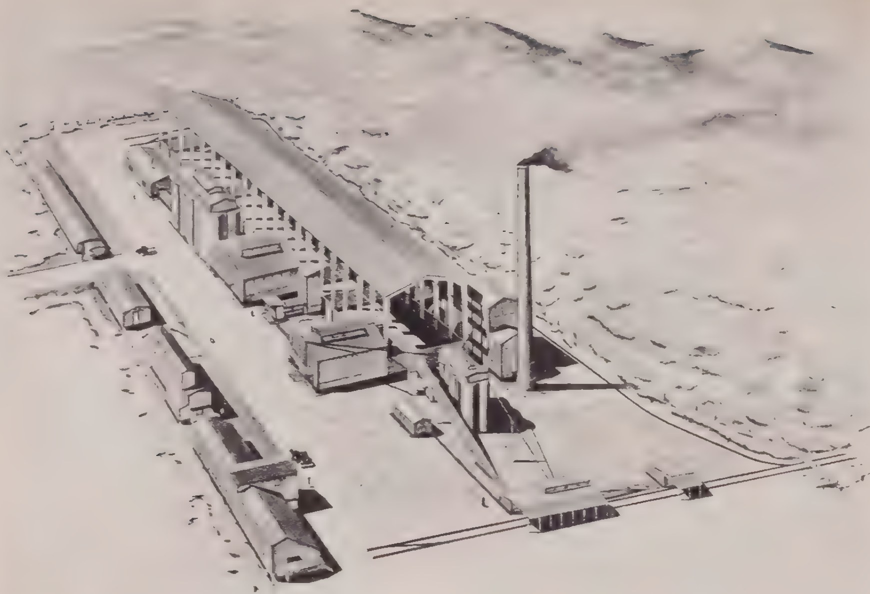


Städtebauliche Probleme beim Aufbau von Zementfabriken

Dr.-Ing. Karel Svoboda, Keramoprojekt, ČSR

Zementwerk. Die nicht unmittelbar der Produktion dienenden Gebäude bilden einen Komplex, der längs einer gemeinsamen Achse angeordnet ist, die mit der Achse der Schleppbahn gleichläuft. Der technologische Kern ist ebenfalls längs der Schleppbahn geordnet, und zwar in zwei Komplexen

Modellstudie einer Zementfabrik mit einem Drehofen auf unregelmäßigem Grundstück, ein Werk in Vorderasien, mit Eigenarten im Betrieb und in der Verwaltung. Der technologische Kern ist zweckmäßig konzentriert. Die nicht unmittelbar der Produktion dienenden Gebäude sind der örtlichen Forderung nach zerstreut angeordnet, da einige Hofräume gebildet wurden



Zementwerk mit Drehofen, ein typisch fortschreitender Entwurf. Besonders zu beachten ist die lange und hohe Konstruktion der Klinkerhalle

Eine moderne Zementfabrik ist ein komplizierter Komplex, dessen Aufbau durch die Technologie bestimmt wird, eine Technologie, die im mechanisierten Bruch beginnt und in der Packabteilung, in der der fertige Zement für den Abtransport automatisch abgefüllt wird, endet. — In diesem Komplex besteht eine innere Abhängigkeit zwischen den technologischen, technischen, organisatorischen und ökonomischen Bedingungen. Außer diesen inneren Zusammenhängen und Abhängigkeiten stellt die Zementfabrik auch eine städtebauliche Grundeinheit dar.

In bezug auf die städtebauliche Einheit sind die staatsökonomischen Pläne bestimmend, während die Lage des Werkes durch die Raum-, die Regional- oder die Rayonpläne festgelegt wird.

Da in den Zementfabriken trotz aller vorbeugenden Maßnahmen eine sehr starke Staubentwicklung zu beobachten ist, sieht der Regionalplan für ihren Aufbau Gebiete vor, die im allgemeinen dem Wind abgekehrt sind.

Der Projektant, der eine neue Zementfabrik projektiert, steht also vor wichtigen Problemen. Er muß alle wichtigen Daten für den Aufbau kennen und imstande sein, sie zu meistern. Dabei muß er alle groben Eingriffe, und zwar nicht nur die, die daß Landschaftsbild, sondern auch die, die das biologische Gleichgewicht stören, vermeiden.

Um alle wichtigen Bedingungen zu erfüllen, muß sich der Projektant sorgfältig mit den technischen und technologischen Erfordernissen für den Bau eines Zementwerkes befassen; darüber hinaus aber auch mit der topographischen, der hydrologischen und der ingenieur-geologischen Beschaffenheit des Grund und Bodens sowie mit der Rohmaterialgrundlage, der Wasserhaltung, der zur Verfügung stehenden Energie, dem Verkehrsproblem, der Beschaffung der Arbeitskräfte, den physikalisch-klimatischen und schließlich den strategischen Bedingungen.

Unter Berücksichtigung der Technologie des Betriebes sind dann folgende Grundaufgaben zu lösen:

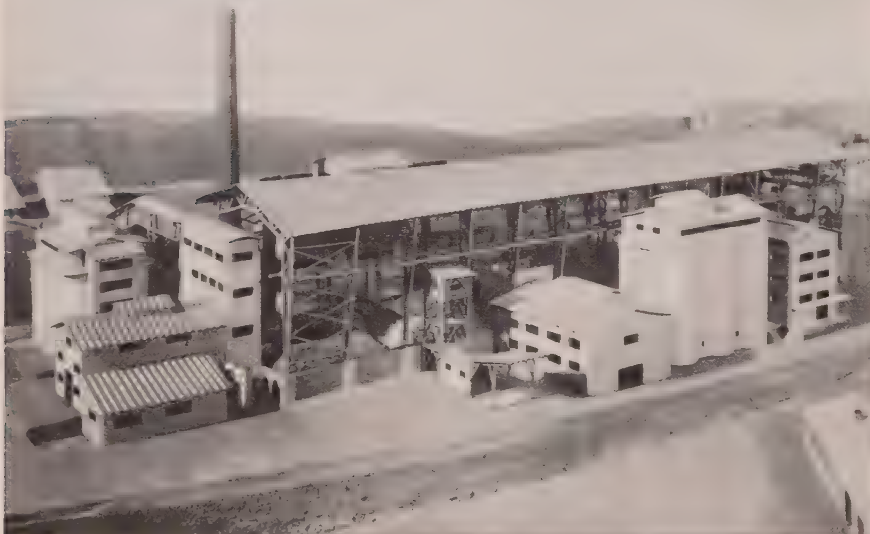
1. die Aufstellung eines Generalplanes für das Werk und die weitere Umgebung,
2. die Entstaubung des Werkes und seiner Umgebung und
3. der architektonische Entwurf einzelner Bauten sowie des gesamten Werkes.

Die ersten zwei Aufgaben betreffen den Städtebau und die Architektur der Umgebung und bestimmen die Grundlage des Raum- und Kompositionsentwurfes, während sich die dritte Aufgabe mit der Architektur einzelner Bauten sowie mit ihrer Komposition beschäftigt.

Der Generalplan muß vor allem die städtebaulichen Hauptgrundsätze berücksichtigen, die für die Beziehungen der Zementfabrik zur Landschaft und zu den einzelnen Bestandteilen des Siedlungsorganismus maßgebend sind, so zum Beispiel die Lage der Wohnbauten, der Parkanlagen und der Grünflächen und deren Lage wiederum zu den gesellschaftlichen und den hygienisch-technischen Bauten. Eventuell ist auch die Schaffung einer Schutzzone vorzusehen. Der Generalplan kann aber nur unter Berücksichtigung des Territorialplanes aufgestellt werden, und zwar so, daß das Zementwerk in das Siedlungsgebiet eingeschaltet wird, wobei alle Regeln des Aufbaus und des Schutzes dieses Gebietes zu respektieren sind.

Eine weitere Aufgabe ist die Beachtung des Zusammenhangs zwischen dem kontinuierlich ablaufenden Produktionsprozeß und dem Aufbau des Werkes sowie der Hilfsbetriebe, der Sozial- und Verwaltungsbauten, des Verkehrs- und des Energienetzes. Hier gilt der Grundsatz, daß das gesamte Werk in bezug auf die Technologie, die Architektonik und den Verkehr eine Einheit bilden muß. Alle erwähnten Bauten sollen auf der Werkfläche in einer gewissen Ordnung und im Einklang mit den Anforderungen der Technologie, der Hygiene sowie den Schutzmaßnahmen gegen Feuersgefahr und Luftangriffe stehen. — Es wird hier meist das klassische Schema angewendet: Auf einem Grundstück von großem Umfang, das gewöhnlich eine regelmäßige Form hat, sind in ein Blocksystem Objekte konzentriert, wobei der Hauptblock den technologischen Kern bildet. Das Rückgrat dieses Blocksystems bilden in ein Rechteck geprägte Betriebsverbindungen. — Dieses Schema entspricht in jeder Hinsicht den Anforderungen des Städtebaus, da es reichlich Raum, Luft, Licht und Grün bietet, günstig auf die Beseitigung zum Beispiel unangenehmer Staubbelästigung durch die Zementfabrik wirkt und so im ganzen die städtebauliche Konzeption des Werkes beeinflußt. Die Technologie der Zementproduktion beschränkt die Möglichkeiten der vertikalen Gestaltung der Bauten. So werden die Zementwerke im angeführten Schema meist horizontal entworfen. Ihr Charakter ist entweder fortschreitend — in der Richtung der Längsachse des Grundstücks — oder parallel — in der Richtung senkrecht zur Längsachse — oder auch gemischt (Seite 265 und 266 oben).

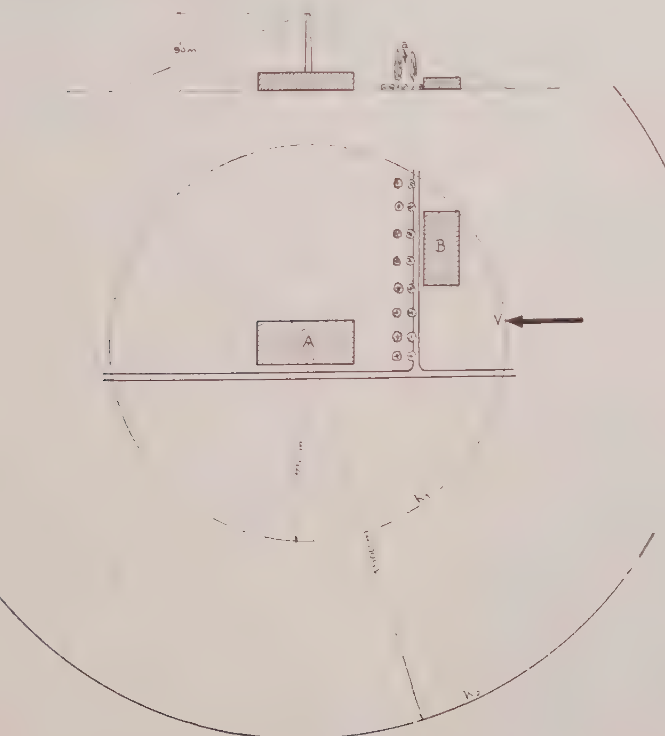
Ein weiteres wichtiges Problem, das den Städtebauer beim Bau einer Zementfabrik interessiert, ist die Bekämpfung des Staubes innerhalb des Werkes und der Umgebung. Obwohl es erwiesen ist, daß dieser Staub keine ungebundene Kieselsäure enthält und daher auch keine Lungenkrankheiten verursacht, ist der Staub doch sowohl für die Arbeiter im Werk als auch für die gesamte Umgebung unangenehm. In modernen Zementwerken werden heute einzelne Abteilungen und Aggregate schon so entstaubt, daß bei normalem Betrieb kaum von einer Belästigung durch Staub gesprochen werden kann. — Noch vor dem Jahre 1933 wurden wertvolle — durch den Krieg leider unterbrochene — Beobachtungen über die Staubbildung in Zementwerken gemacht. Die Staubbelästigung wurde in acht Werken verschiedenen Typus untersucht. Aus dem Diagramm (Seite 267) ist zu ersehen, daß die Staubbelästigung des Werkes und der Umgebung sehr stark von der Art des Zementwerkes, von der Wahl der Technologie und von der Art der Maschineneinrichtung abhängt.

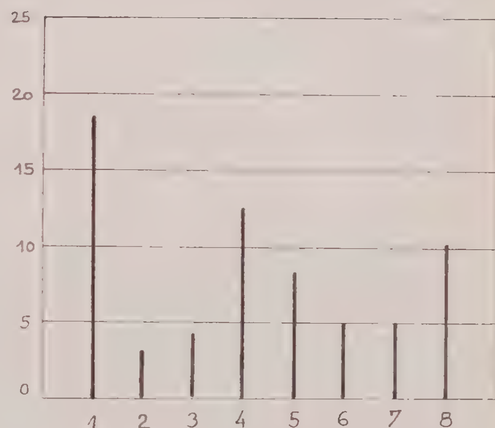


Der technologische Kern der Zementfabrik in Vorderasien. Alle Bauten sind zweckmäßig und in Übereinstimmung mit der Technologie um die Klinkerhalle gruppiert

Zwei Drehöfen mit den im Vordergrund des Baus befindlichen Schlamm- und Kohlendrehofenkopf und seinen Antrieben, dahinter die Klinkerhalle

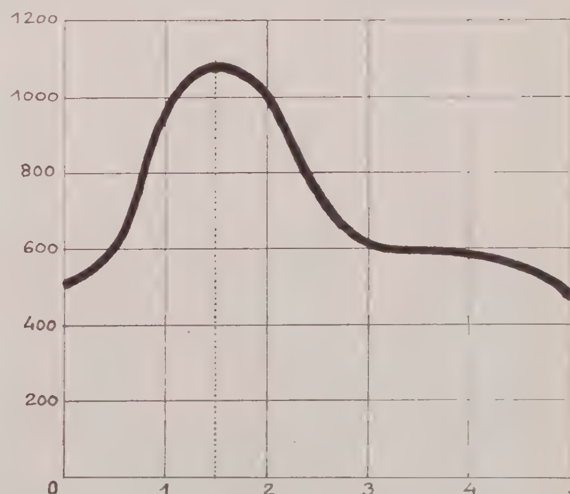
Das Schema über die Lage der Zementfabrik mit Schachtöfen (A) und der Siedlung (B) im Zusammenhang mit der Bestaubung. K_1 ist die Grenze der Staubbelästigung, K_2 die maximale Grenze der Staubbelästigung, V deutet die Richtung der vorherrschenden Winde an, a die Schutzallee mit Pappeln



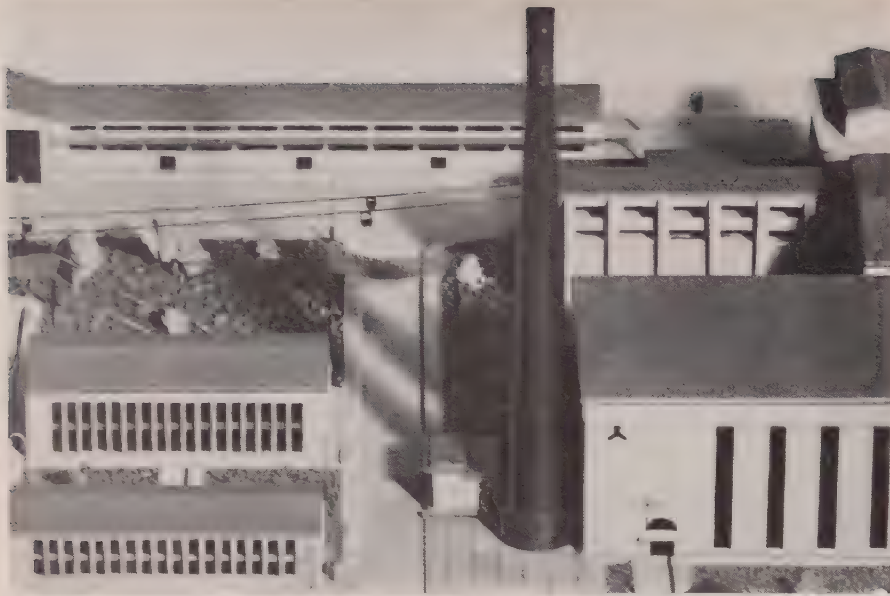


Die Staubmenge auf eine Tonne Zement. Die y-Achse zeigt die Staubmenge in Verhältnissen ausgedrückt. Auf der x-Achse sind einzelne Typen von Zementfabriken angegeben:

Drehöfen für das Zement-Naßverfahren: 1. in einer ebenen Landschaft; 2. in einem weiten Stromtal; 3. und 4. in einem Stromtal, das an beiden Seiten erhöht ist; 5. Drehofen für Zement-Trockenverfahren in einem ebenen Tal; 6. und 7. Schachtöfen in einem niedrig gelegenen Tal; 8. in einem Tal am Fuß eines großen Gebirges



Die y-Achse zeigt die Anzahl der Staubteilchen auf 1 cm^2 auf, während die x-Achse die Entfernung von der Staubbildungsquelle in Kilometer zeigt. Das Maximum des Staubeinfalls liegt in der Entfernung von 1500 m. Die Zementfabrik arbeitet mit einem Elektrofilter



Ein vertikales und horizontales System der Gliederung der Flächen der Bauobjekte der Zementfabriken mit zwei Drehöfen. Rechts der Schlammofenkopf, links die Verwaltungs- und Sozialobjekte. Links im Hintergrund die Hilfsbetriebe mit einem Horizontalmotiv

Einen großen Einfluß üben auch die Geomorphologie und die Topographie des Gebietes aus. Hier müssen wir berücksichtigen, daß die Luftströmung in den Tälern den Staub oft zwingt, auf einen engen Gebietsstreifen und in kleineren Entfernungen herabzufallen.

P. J. Andree leitete empirische Formeln ab, mittels welcher man die nötige Höhe des Rauchfangs und die Breite der Schutzzone einzelner Bauten im Werk oder des gesamten Werkes feststellen kann.

Wie groß die erwähnte Staubablage ist, ersieht man aus folgendem Beispiel: Bei einer durchschnittlichen Produktion eines Zementwerkes mit vier Schachtöfen (Seite 267) nehmen bei 120° C die Gase, die im Schachtofen entstehen, innerhalb von 24 Stunden in einem Ofen folgenden Umfang an:

Kohlendioxyd (CO_2)	118 000 m³
Stickstoff (N)	262 000 m³
Luft	33 000 m³
Wasserdampf	63 000 m³
insgesamt	476 000 m³ 24 h

Bei vier Öfen beträgt die gesamte Rohgasmenge 1 904 000 m³ 24 h. Wenn durchschnittlich in einem Kubikmeter Rohgas 8 Gramm Staub enthalten sind, so beträgt die Staubabgabe in 24 Stunden 15 232 Kilogramm. Die Staubteilchen verbreiten sich fächerartig, während die Intensität mit der Entfernung abnimmt.

Das Maximum des Staubniederschlages liegt nach dem Diagramm auf Seite 267 in einer Entfernung von 1500 m von der Quelle der Staubbildung. Erfahrungsgemäß fallen in einer ebenen Landschaft, und zwar in der Entfernung von einem Kilometer vom Rauchfang, durchschnittlich vier Kilogramm Staub auf einem Hektar in 24 Stunden nieder. Der Rest zerstreut sich auf eine Fläche von ungefähr zehn Kilometer im Durchmesser, gemessen vom Rauchfang. Wir ersehen daraus, daß es sich hier um eine verhältnismäßig große Menge Staub handelt, und es ist nötig, alle technischen Maßnahmen zur Verhinderung einer derartigen Staubentwicklung anzuwenden. In bezug auf die Technologie handelt es sich hier um die Anwendung der Elektrofilter oder anderer Entstauber zwischen Ofen und Rauchfang, während der Städtebau zweckmäßige Schutzzonen vorschlägt (Seite 267).

In diesem Falle handelt es sich um den konkreten Schutz einer Wohnkolonie durch zwei dichte Alleen hochstämmiger Laubbäume, und zwar Pappeln, die mit Gebüsch untersetzt sind. Dieses System dient zum Auffangen des Staubes. Dazu ist nötig, sowohl das Strömen der Erdluftschichten als auch der höheren Luftschichten mittels metereologischer Methoden, eventuell durch Ballonsondierung, mit großer Sorgfalt zu untersuchen.

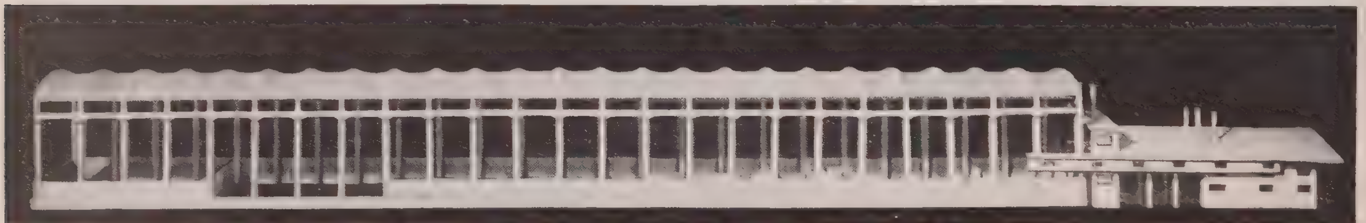
Schwieriger ist das Problem der Reinigung der Zementöfen von Gasen. Dieses Problem hängt eng mit der Lage des Werkes, den klimatischen Verhältnissen und dem Produktionsablauf zusammen.

Wie bei allen Industriewerken, so sind auch bei dem Bau von Zementfabriken der städtebauliche und der architektonische Entwurf wertvolle und gleichwertige Bestandteile des gesamten Landschaftsbildes, gegebenenfalls auch der Stadt. Der klare architektonische Entwurf bildet eine Gesamtheit, welche die Gesetze der architektonischen Komposition, vor allem die Proportionalität, den Maßstab des Baus, den architektonischen Rhythmus und die Einheit respektiert.

Man muß das Verhältnis der Längen, der Breiten und der Höhen zueinander beachten sowie die richtige Komposition der Horizontalen und der Vertikalen, die Farben- und Formgliederung der Flächen und endlich die Zweckmäßigkeit und Einfachheit der Konstruktionen und der architektonischen Formen, besonders einiger markanter Objekte im Rahmen des Werkbildes: die Silos und die Klinkerhalle (Seite 263).

Bei der Anwendung von Standardprojekten müssen wir die Varianten des architektonischen Entwurfs beachten und mit großer Sorgfalt die Beherrschung der künstlerischen Ausführung der Standardbauten anstreben.

Aus den Darlegungen ist ersichtlich, daß der Entwurf eines modernen Zementwerkes eine Komplexarbeit des Technologen, des Ingenieurs für Maschinenbau, des Bauingenieurs, des Zement-Spezialisten, des Architekten und des Ökonomen ist, und daß an einem solchen Entwurf der Städtebauer großen Anteil hat.



Modellstudie der Konstruktion der Klinkerhalle — des Zentrallagers der Rohmaterialien und der Halbware (Klinker). Die Klinkerhalle bildet fast stets den markantesten Bau. Ihrer Konstruktion und Architektur ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Klinkerhalle siehe untenstehende Abbildung



Blick in eine neuerbaute Zementfabrik mit Schachtöfen in der ČSR mit einer Komposition der Vertikalen und Horizontalen

Die Freilichtbühne im Kulturpark Zwickau

Architekt H. Busse, Zwickau



Parkgaststätte — 2 Ausstellungsbau — 3 Schwanenbrunnen — 4 Festwiese — 5 Kinderspielplatz — 6 Planschbecken — 7 Rollerbahn — 8 Ballspielplatz — 9 Puppenbühne — 10 Ponyreitbahn — 11 Gartenpflegehof — 12 Kompostplatz — 13 Erholungs- und Schaugärten — 14 Freilichttheater Sommerkino — 15 Tennisplätze — 16 Volleyplätze — 17 vorhandener Sportplatz — 18 Klubheim — 19 Parkplatz — 20 Räder-Parkplatz — 21 Kiosk — 22 vorhandenes Pionierhaus — 23 Kindertagesstätte — 24 Freiluftausstellungen und Lesegarten — 25 vorhandene Bibliothek und Kunstkabinette — 26 Ausstellungsbau für techn. und naturwissenschaftliche Kabinette — 27 Freizeitgarten — 28 Kulturhaus mit Terrassencafé (ehemaliges Schwanenschloß) — 29 Bootshaus/Klubhaus — 30 Gondelstation — 31 Wassercafé mit Terrasse — 32 Schwanenhaus — 33 Uferbastion — 34 Fontäne — 35 vorhandenes Ehrenmal — 36 Ziegelwiese — 37 Hotel — 38 vorhandener Musikpavillon — 39 Melzerwiese (vorhandene Spielwiese) — 40 vorhandenes Wasserbecken

Lageplan 1 : 5500

Bühnenanlage mit Bühnengebäude



Treppenanlage am Bühnengebäude



Anläßlich eines Besuches im Oktober 1954 gab der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht die Anregung, die im Herzen der Stadt Zwickau gelegene Schwanenteichanlage zu einem Kulturpark umzugestalten.

Dieser Vorschlag fand bei der Zwickauer Bevölkerung vollste Zustimmung und tatkräftigste Unterstützung.

Der Entwurf für die Umgestaltung wurde vom Landschaftsgestalter Professor Werner Bauch, Dresden, aufgestellt. Den Mittelpunkt des neuen Kulturparks bildet der von malerischen Baumgruppen umrahmte 14,5 Hektar große Schwanenteich. Bei der Umgestaltung zum Kulturpark wurde besonderer Wert auf eine Betonung aller gesellschaftlich wichtigen und inhaltlich bedeutenden Einrichtungen durch entsprechende künstlerische Mittel gelegt. Ihre Zuordnung zum Schwanenteich war dabei oberstes Gestaltungsprinzip.

Entsprechend den Wünschen der Zwickauer Bevölkerung wurde als erstes Objekt der Bau der Freilichtbühne begonnen, deren Standort die günstige Verkehrslage zur Parkstraße und der alte Baumbestand, der eine gute Einbindung der Gesamtanlage ermöglichte, bestimmten.

Die Freilichtbühne hat ein Fassungsvermögen von 3250 Sitzplätzen, die amphitheatralisch um die weit vorgezogene Bühnenanlage gruppiert sind.

Der Grundriß der Freilichtbühne ist ellipsenförmig mit Durchmessern von 75 und 56 m. Die Treppenanlagen sowie das Bühnen- und Kassengebäude folgen dieser Kurvenform. Die Stützmauer der Bühnen- und Treppenanlagen wurden aus vogtländischem Schiefergestein in handwerkgerechter Vermauerung ausgeführt.

Das Bühnengebäude öffnet sich mit sieben Arkadenbögen zur Bühnenanlage und verbindet sie zu einem einheitlichen architektonischen Ensemble. Dieses Arkadenmotiv, das funktionell bedingt ist, wiederholt sich an allen Gebäuden und gibt der Gesamtanlage eine heitere, festliche Note. Alle Gebäude wurden glatt verputzt und erhielten einen zitronengelben Anstrich. Die Innenflächen der Arkaden sowie die Fensterumrahmungen wurden weiß abgesetzt. Die Dachdeckung erfolgte in Schiefermaterial, das aus Abbrüchen gewonnen wurde. Die Sitzbänke bestehen aus Betonfertigteilen mit Sitzflächen aus wetterbeständigem Plastefol.

Im Bühnengebäude sind die Garderoben, Waschanlagen, Geräteräume und die Regie untergebracht.

Im Kassengebäude befinden sich im Untergeschoß straßenseitig die Kassen-



Kassengebäude, Ansicht vom Zuschauerraum

Freilichtbühne, Gesamtgrundriß 1 : 500

anlage sowie Sanitäts- und Verwaltungsräume. Theaterseitig im Arkadengang sind ein Erfrischungskiosk sowie die Toiletten für Männer und Frauen untergebracht. Im Obergeschoß liegen die Räume für Scheinwerfer und Freilichtkino.

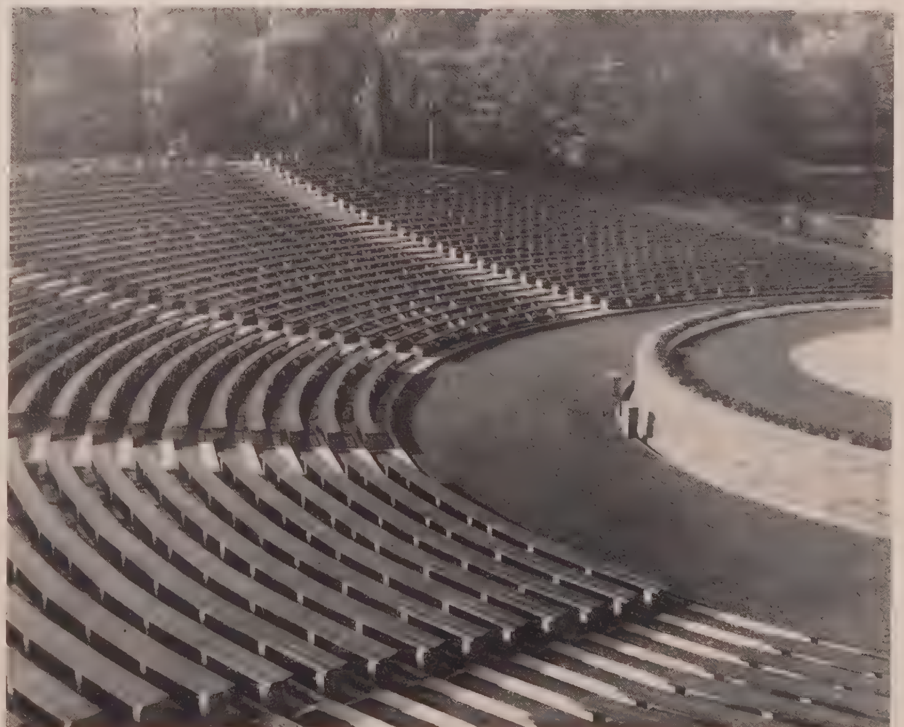
Mit dem Bau der Freilichtbühne wurde im Herbst 1955 begonnen. Die umfangreichen Erdarbeiten wurden zum größten Teil durch freiwillige Sondereinsätze im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes von der Zwickauer Bevölkerung ausgeführt. Das gesamte Baumaterial ist vorwiegend aus Abbrüchen gewonnen.

Die Freilichtbühne wurde am 22. August 1957 zum III. Pressefest mit der Aufführung „Zigeunerbaron" termingemäß eröffnet.

Die Gesamtanlage der Freilichtbühne mit ihrer heiteren und farbenfreudigen Architektur fügt sich harmonisch in die vorhandene Parklandschaft ein und findet bei der Zwickauer Bevölkerung vollste Anerkennung.

Die Zwickauer Bevölkerung ist stolz darauf, daß die Freilichtbühne als erstes Objekt des neuen Kulturparks durch ihre Einsatzfreudigkeit in kürzester Zeit erbaut wurde.

Sitzbankanlage im Zuschauerraum





Gartenansicht, südlicher Teil 1:350

Die Orangerie in Gera

Restaurierung von 1954 bis 1957

Gesamtlageplan, jetziger Zustand 1:2500

1 Orangeriegebäude — 2 Ehemaliger Küchengarten — 3 Theaterbühnen der Stadt Gera — 4 Kulissenhaus — 5 Gärtnerei

Fassadenausschnitt Mittelbau Straßenseite 1:50



Straßenansicht, südlicher Teil 1 : 350

Gesamtanlage, Grundriß Erdgeschoß 1 : 350



Entwurf und Gesamtleitung:

Dipl.-Architekt BDA Werner Lonitz, Chefarchitekt im Entwurfsbüro für Hochbau Gera

Mitarbeiter:
Detailbearbeitung:
Architekt BDA Karl-Heinz Günther
Örtliche Bauleitung:
Bauingenieur Kurt Müller

Gesamtansicht der wiederhergestellten Orangerie mit dem ehemaligen Küchengarten — heute Stalinpark



Ende 1957 wurde in den wiederhergestellten Räumen der ehemaligen Orangerie in Gera ein

„Museum der Geschichte der Arbeiterbewegung des Bezirkes Gera"

eröffnet.

Im Stadtteil Gera-Untermhaus — in der ehemaligen Ansiedlung „Unter dem Hause" des Schlosses Osterstein — ließ Graf Heinrich XVIII. (1686 bis 1735) ein Orangeriegebäude in einer französischen Gartenanlage bauen (1729 bis 1732). Eine weitere Anzahl von Bauten, die unter seiner Regierungszeit entstanden, beeinflussen heute noch das Geraer Stadtbild, zum Beispiel die 1717 bis 1720 erbaute St. Salvatorkirche ohne Turm, die Anlage

Orangerie aus den Jahren 1729 bis 1732 nach einer Rekonstruktion des Verfassers

Der heutige Mittelteil und die Satteldächer fehlten anfangs und wurden erst nach 1746 errichtet



Nördlicher Zwischenbau
Wände: Stuck
Fußboden: Parkett
Farbe: grau getönt
Gardinen:
Wolkenstores mit goldgelben Damastüberhängen



der Neustadt (1730), das Zucht- und Waisenhaus (1732) sowie Erweiterungsbauten am Schloß Osterstein.

Der Architekt der Orangerie ist nicht bekannt, vermutlich ist der Weimarer Landbaumeister Gottfried Heinrich Krohne* als beratender Architekt am Bau beteiligt gewesen.

*Gottfried Heinrich Krohne wurde 1703 in Dresden geboren. Als Patensohn von Georg Bährs Frau kommt er mit dem Dresdner Baumeister frühzeitig in Berührung.

David Schatz errichtete 1717 bis 1720 die Salvatorkirche in Gera. Vielleicht arbeitete Krohne bei dem gleichaltrigen Schatz als Conducteur in Gera? (Möller)

Nach Kretschmer weisen die „Hofgeldrechnungen" des Jahres 1731 Summen auf, die für den Fürstlichen Sächsischen Baumeister Gottfried Heinrich Krohne, den Hofmaurermeister Tittul und den Bauinspektor Hermann für den Bau der vier Pavillons der Orangerie im Küchengarten bezahlt wurden. Archivalien verbrannten im letzten Krieg.

Literatur: Hans-Herbert Möller, Gottfried Heinrich Krohne und die Baukunst des 18. Jahrhunderts in Thüringen. Bruno Hessling, Berlin 1956, S. 26 bis 27 und 206



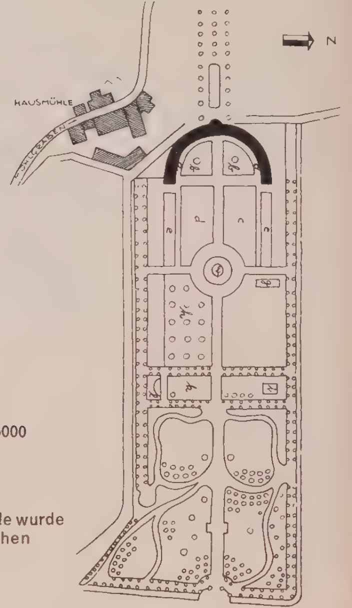
Großer Mittelsaal
mit Blick zum Vestibül
Decke: Stuck und Konsolen Original
Wände und Decke: beige abgesetzt
Gardinen: Wolkenstores mit Übergardinen, sektfarben, Damast



Blick vom Mittelpodest des Haupttreppenhauses
Fußboden: roter Saalburger Marmor
Geländer und Kapitäle: vergoldet, nach alten Originalen hergestellt
Wände: Stuck
Farbe: rosa und mittelgrau

Ausführender war Hof-Maurermeister K. J. Tittul.

Die ursprüngliche Anlage bestand aus zwei Gebäudegruppen mit je zwei quadratischen mehrgeschossigen Pavillons und je einem segmentförmigen eingeschossigenZwischenbau mitFlachdächern, die zur Aufnahme der Orangenbäume in den Sommermonaten dienten. Der heutige Mittelbau fehlte anfangs (1746 bis 1748 erbaut). Ein dreiachsiges Portal stellte die Verbindung der Gebäude dar und schloß die Anlage nach Westen ab. Die Skizze auf Seite 274 ist eine Rekonstruktion des alten Zustandes.



Lageplan des alten Küchengartens
mit Orangeriegebäude von 1843 1 : 5000

Die in Südwesten gelegene Hausmühle wurde in den Jahren 1936 bis 1937 abgebrochen



Der Geraer Stadtchronist Ferdinand Hahn berichtet in seiner „Geschichte von Gera" aus dem Jahre 1855, daß einige Jahre nach der Ausführung bewegliche hölzerne Dächer über die Dachterrassen gebaut wurden, um die darunter liegenden Räume im Winter vor dem Einfluß der Witterung zu schützen. Später erhielten die eingeschossigen Bauten die heutigen Satteldächer und nach 1780 die anfänglich mit Holzschindeln eingedeckten Dächer eine Schieferdeckung.

Die Orangerie wurde 1802 aufgegeben. Wechselvoll war von da an die Benutzung der Gebäudeteile. So wurden sie als Lazarett, Kaserne und Pferdestall, als Gartenlokal und Ballsaal, als Turnhalle, Wachlokal, Wohnhaus und Malsaal des Theaters verwendet.

In den letzten Kriegsjahren zerstörten Bomben teilweise das Gebäude. 1947 bis 1953 wurde in dem verhältnismäßig gut erhaltenen Mittelteil ein „Museum für Musik und Theatergeschichte" eingerichtet.

Haupttreppenhaus im nördlichen Mittelpavillon
Fußboden: roter Saalburger Marmor
Geländer: vergoldet, nach alten Originalen hergestellt
Wände: Stuck
Farbe: rosa und grau

Haupttreppenhaus — Vestibül und Obergeschoß
Fußboden: roter Saalburger Marmor
Geländer: vergoldet, nach alten Originalen des Kunstschmiedes J. G. Freitag, nach gegebenen Entwürfen von Kunstschlossermeister Erich Arnold, Gera, hergestellt



Die letzte größere Restaurierung an dem Gebäude führte der Architekt Kurt Jahn in den Jahren 1935 bis 1936 durch. Anlaß war die bevorstehende 700-Jahr-Feier der Stadt Gera im Jahre 1937. Durchgreifende Erneuerungen wurden damals jedoch nicht vorgenommen. So verzichtete man auf die Isolierung des Mauerwerks, die Auswechslung verfaulter Deckenteile, verwitterter Kapitäle und anderer zerstörter Bildhauerarbeiten. Erst bei der jetzigen Restaurierung konnte durch die großzügige Bereitstellung von Mitteln die Wiederherstellung so durchgeführt werden, daß das bauliche Kleinod der Geraer Bevölkerung nunmehr viele Jahrzehnte weiterhin erhalten bleibt.

Mit Beginn der Arbeiten setzte eine Diskussion ein, ob man die teilweise zerstörten Bauteile im Stile des Barocks wiederherstellen sollte, oder ob es nicht zweckmäßiger erscheinen würde, den zu erneuernden Teilen eine Form zu geben, die zwar Anklänge an den vorhandenen Stil zeigten, ihn aber nicht nachahmten. Die Entscheidung fiel für die originalgetreue Wiederherstellung, der sich auch der mit der baulichen und künstlerischen Gesamtleitung beauftragte Verfasser voll und ganz anschloß.

Bei vorliegendem Bauwerk kam noch hinzu, daß die räumliche Ausdehnung so klein ist, daß eine Veränderung der formalen Auffassung im Äußeren die architektonische Wirkung vollkommen zersprengt hätte. Bei der praktischen Durchführung stellte sich jedoch heraus, daß viel mehr Kapitäle erneuert werden mußten als anfänglich angenommen. Die Ornamentik hing nur noch in Form von losen verwitterten Schalen an den Sandsteinkernen. Viele der barocken Kapitäle waren 1936 mit Kunststein (Zement) ergänzt worden, der den Sandstein in der Zwischenzeit weiter zerstört hatte. Durch die verschiedensten Zweckbestimmungen waren störende Veränderungen an der äußeren Architektur vorgenommen worden, so zum Beispiel Zumauern von Öffnungen und Verwendung sprossenloser Fenster, die bei der jetzigen Restaurierung wieder beseitigt werden konnten. In einer mühevollen Kleinarbeit wurden von den noch gut erhaltenen Kapitälen und anderen Architekturteilen Modelle gefertigt. Durch die Vielzahl der an der Wiederherstellung arbeitenden Steinmetzen und Bildhauer war die Gewähr gegeben, daß die feinen Nuancen, die die Originale zeigten, auch bei den erforderlichen Kopien wieder auftraten. Sie wurden aus Nebraer Sandstein hergestellt.

Durch den sehr schlechten Bauzustand hervorgerufen, machte sich eine Aussteifung des Pavillons, in dem sich das Haupttreppenhaus befindet, erforderlich.

So mußte zur Sicherung der Außenwände eine Rahmenkonstruktion eingebaut werden. Diese Maßnahme führte zugleich zur Veränderung des Haupttreppenhauses, das auf Grund der neuen Zweckbestimmung des Gebäudes einen repräsentativen Charakter erhielt. Im Äußeren hat das Gebäude seinen ursprünglichen Farbanstrich erhalten und trägt so mit bei, daß wieder Farbe ins Stadtbild des „grauen Geras" einzieht. Der Grundton ist ockergelb (Weimargelb), und die Pilaster sowie die abgesetzten Architekturteile sind grauweiß.

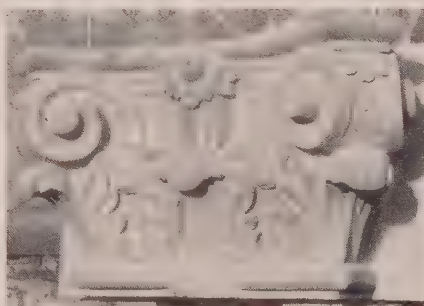
Das Geländer der neuen Haupttreppe wurde in Angleichung nach vorhandenen Originalen des Geraer Kunstschmiedes J. G. Freitag (1724 bis 1811), die sich an den Außenfronten noch befinden, nach neuen Entwürfen gefertigt. Es wurde mit Schlagmetall vergoldet, die äußeren Gitter mit Blattgold. Die Beläge der Stufen, der Podeste sowie der Eingangshalle und des Vestibüls bestehen aus rotem Saalburger Marmor. Die großen halbrunden Ausstellungsräume erhielten Parkettböden, die Säle im Mittelbau des 1. Obergeschosses Stoffbespannung.

Die Räume selbst wurden in verschiedenen pastellfarbigen Tönen gestrichen. Für Beheizung der Räume sorgt eine neu eingebaute Gasheizung.

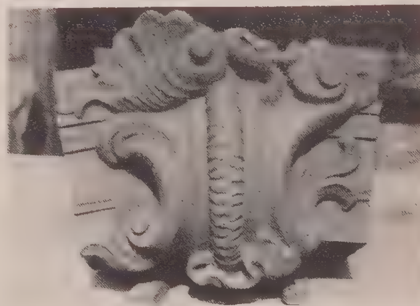
Eine der wertvollsten Geraer Barockplastiken — ein Grabdenkmal des Professors Macher — wurde bei der Wiederherstellung der Orangerie ebenfalls restauriert und fand am südlichen Pavillon eine endgültige Aufstellung.

Betrachtet man heute die fertige Arbeit, so kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die alte Kunst der Steinmetzen auch in Gera zu befriedigenden Lösungen noch fähig ist. Sie haben mit einer großen Anzahl weiterer Werktätiger dazu beigetragen, eines der wertvollsten Geraer Kultur- und Baudenkmale zu erhalten.

W. Lo.



Kapitäl an den Pilastern der eingeschossigen Bauten — Parkseite — nach der Restaurierung



Schlußstein am Mittelteil Obergeschoß nach der Restaurierung



Hauptkapitäl der Säulen am Mitteldurchgang
Der Sandstein ist vollkommen verwittert



Schlußstein am Mittelteil Obergeschoß vor der Restaurierung

Elektrische Strahlungsheizung Infrarot Deckenheizung

Alfred Prochaska
VEB Infrarot Berlin

Die Infrarotheizung ist keineswegs so neu, wie oft vermutet wird. Schon zu Anfang dieses Jahrhunderts hat man sie angewendet. Allerdings benutzte man als Quelle der Wärmestrahlung in der Raumdecke oder in den Außenwänden verlegte Rohre, durch die man Warmwasser oder Dampf leitete.

Wenn sich eine solche Strahlungsheizung ungeachtet der nicht zu leugnenden Vorteile, die bereits in „Deutsche Architektur", Heft 12/1957, Seite 710, von dem Dozenten Garms beschrieben wurden, nicht in dem Maße durchsetzen konnte, wie es die elektrische Strahlungsheizung — auch Infrarotheizung genannt — innerhalb weniger Jahre vermochte, so liegt das daran, daß die elektrische Strahlungsheizung eine einfache Installation, eine nachträgliche Montage, einen bequemen Betrieb und eine denkbar weitgehende Regelmöglichkeit in sich vereint.

Fragt man sich nun, welche die Gründe für das häufig anzutreffende Unverständnis und Mißtrauen gegenüber der Strahlungsheizung sind, da der Mensch doch gerade diese Heizungsart von der Sonne her kennt, so liegt die Antwort eigentlich nahe. Es sind die nicht immer ohne weiteres überschaubaren Zusammenhänge der Wärmeübertragung durch Strahlung auf Personen im Raum. Die Wärmestrahlung bedeutet trägheitslose Energieübergang im Gegensatz zur althergebrachten Konvektionsheizung. Die drei Wärmeübertragungen, Wärmeleitung (Fußplatte), Mitführung (Warmluftheizung) und Strahlung (Skifahrer in der Sonne), werden in einem TGL-Entwurf beschrieben, der in einem der nächsten Hefte der „Standardisierung" erscheint. Die physikalischen Grundlagen sind bereits in der vorerwähnten Arbeit von Garms beschrieben worden. In der Zwischenzeit sind jedoch die Begriffe wie „Hochtemperaturstrahler" im vorstehenden TGL-Entwurf festgelegt worden. Hochtemperaturstrahler, früher Hellstrahler genannt, strahlen mit einer Wellenlänge im Emissionsmaximum von 1,1 bis 1,8 μ. Mitteltemperaturstrahler, früher Dunkelstrahler genannt, strahlen von 1,8 bis 4,0 μ, Niedertemperaturstrahler strahlen von 4 bis 10 μ.

m allgemeinen wird eine Heizung mit Niedertemperaturstrahlern als Deckenheizung bezeichnet, während bei der Verwendung von Hoch- oder Mitteltemperaturstrahlern die Bezeichnung „Infrarotheizung" angewendet wird.



Abb. 1: Langfeldstrahler von je 0,8 kW in einem Museum

Von den drei Heizarten werden nachstehend einige Beispiele gezeigt.

1. Heizung mit Hochtemperaturstrahlern

Hierfür ist eine Heiz- und Lichtkrone entwickelt worden, in die neben den Glühlampen für die Heizung Hellstrahler von 500 W eingeschraubt werden. Diese Anordnung ist erstmalig in der Deutschen Demokratischen Republik in der 32 m hohen Marienkirche in Rostock angewendet worden. Da nur der Altarraum mit etwa 100 m² beheizt werden sollte, war diese Heizart die zweckmäßigste. Der Erfolg bestätigte die Zweckmäßigkeit.

2. Deckenheizung mit Mitteltemperaturstrahlern

Hierfür werden Langfeldstrahler — früher Voutenstrahler genannt — oder Ampelstrahler verwendet. Abbildung 1 zeigt ihre Anwendung in dem Museum für Ur- und Frühgeschichte in Weimar.

3. Deckenheizung mit Niedertemperaturstrahlern

Hier werden Infrarot-Heizplatten — sogenannte Stuwa-Platten — unterhalb der Decke montiert. Abbildung 2 zeigt die Anwendung dieser Heizungsart in einem Kulturraum beim VEB Holzbau Leipzig-Ehrenberg. Die Montage der Infrarotplatten ist sehr einfach und kann auch noch nachträglich bei fertigen Bauten durchgeführt werden. Die elektrische Zuleitung liegt über der Wärmeisolierung. Sie kann auch in den Dachraum verlegt werden, wie es bei der Kirchendeckenheizung üblich ist. Ein Vorteil der Niedertemperaturdeckenheizung ist, daß sie in niedrigen Räumen bis zu 2,60 m angewendet werden kann. Als maximale Raumhöhe für einen möglichen Einbau der Strahlplatten ist 8 m anzusehen. Die installierte Leistung beträgt je nach Raumhöhe 200 bis 350 W/m². Die spezifische Leistung der Platten beträgt 300 bis 400 W/m².

Die Oberflächentemperatur liegt je nach Raumhöhe bei 35 bis 60° C.

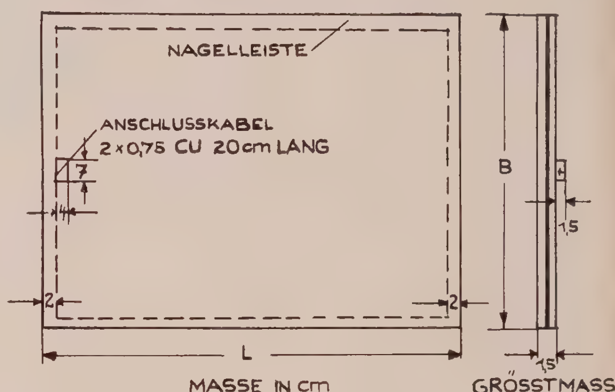
Die Behaglichkeitstemperatur[1] soll im allgemeinen bei 18 bis 20° C liegen. Bei einer Raumtemperatur von 11 bis 15° C erhält der Mensch durch die Strahlung den Rest der zur Behaglichkeit benötigten Wärme. Dem Architekten ist durch die Verwendung verschiedener Farben oder Furnierhölzer beziehungsweise durch Absetzen der Platten die Möglichkeit gegeben, eine individuelle Note für den Raum zu erzielen. Werden fugenlose Decken gewünscht, so werden die Platten mit Papier oder Leinewand beklebt und nach Wahl bestrichen.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Entwicklung der gezeigten Strahler durch den VEB LBL, Zentrale Entwicklungsabteilung Infrarot, Berlin, durchgeführt. Der Leiter, Herr Tag, war so liebenswürdig, das Bildmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Artikelserie wird mit den Themen „Infrarotheizung im Wohnungsbau" und „Infrarotheizungen für spezielle Zwecke" fortgesetzt.

[1] Die zulässige Deckentemperatur ist durch das Arbeitsblatt Nr. 28 festgelegt.



Abb. 2: Niedertemperaturstrahler (Stuwa-Platten) von je 400 W/m² in einem Kulturraum in Verbindung mit ungeheizten Platten, sogenannten Blindplatten



Infrarot-Strahler und Strahlungskörper, eine Klarlegung der Begriffe

Erwärmungsarten

Strahlungswärme ist Energietransport von einem warmen zu einem kälteren Körper mittels elektromagnetischer Wellen.

Leitungswärme ist Wärmeleitug durch Wärmeübertragung innerhalb eines Körpers von Teilchen zu Teilchen.

Konvektionswärme ist Wärmetransport durch Bewegung eines erwärmten Mediums, zum Beispiel der Luft.

Infrarot-Strahlungskörper

Infrarot-Strahlungskörper sind Körper, die durch Erwärmung so hoch erhitzt werden, daß sie vorzugsweise Infrarotstrahlen (Strahlungswärme) aussenden.

Die gebräuchlichsten Formen sind:

Strahlungsstab, Strahlungsrohr, Strahlungspilz, Strahlungsbirne, Strahlungsplatte.

Infrarot-Strahler (IR-Strahler)

Infrarot-Strahler sind Heizgeräte, die — mit Strahlungskörpern ausgerüstet — vorzugsweise Infrarotstrahlen (Strahlungswärme) aussenden.

Infrarot-Hochtemperaturstrahler (Hellstrahler) sind Infrarot-Strahler, deren Wellenlänge im Emissionsmaximum bei $\lambda = 1{,}1$ bis $1{,}8\ \mu$ liegt. Sie werden hauptsächlich in Lampenform für Kükenaufzuchtgeräte, Infrarotöfen und für medizinische und technische Zwecke verwendet.

Infrarot-Mitteltemperaturstrahler (Glühstrahler) sind Strahler, deren Wellenlänge im Emissionsmaximum bei $\lambda = 1{,}8$ bis $4{,}0\ \mu$ liegt. Sie werden hauptsächlich

für Raumbeheizung in Form von Langfeldstrahlern, Strahlungsleisten, Wandstrahlern und Hängestrahlern (Voutenstrahler),

für Beheizung großer und hoher Räume (Ampelstrahler, Großflächenstrahler), für Arbeitsplatzbeheizung und kleinere Arbeitsräume und für Industrieanlagen und -öfen verwendet.

Infrarot-Niedertemperaturstrahler (Dunkelstrahler) sind Strahler, deren Wellenlänge im Emissionsmaximum bei $\lambda = 4$ bis $10\ \mu$ liegt. Sie werden als Strahlerplatte zur Decken-, Wand-, Bank- und Sitzheizung verwendet.

Infrarot-Niedertemperatur-Flächenstrahler (Deckenstrahlplatte)

Nicht angegebene Einzelheiten sind zweckentsprechend zu wählen. Bezeichnung einer Infrarot-Deckenstrahlplatte B für eine Spannung von 220 Volt. Infrarot-Deckenstrahlplatte B/220 TGL

Deckenstrahlplatten müssen VDE 0720 „Vorschriften für Elektrowärmegeräte" entsprechen.

Ausführung: Anschlußkabel vergossen — Hartfaser oder Holz gebeizt

Größe	Länge cm	Breite cm	Nennleistung W ± 10	Nennspannung V	Ausführung in	Wellenlänge λ im Emissionsmaximum μ
A	60	80	200			
B	60	120	300	40		
C	100	100	400	125	Hartfaser, Hartplatte, Furnierplatte	4—10
D	120	120	570			
E	200	100	800	220		

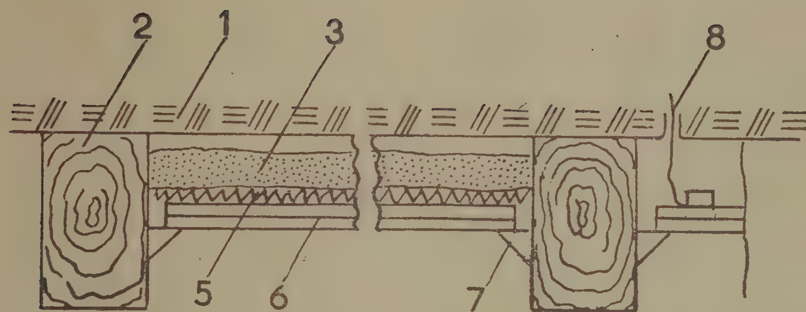
Zulässige Oberflächentemperatur 50 ± 10° C

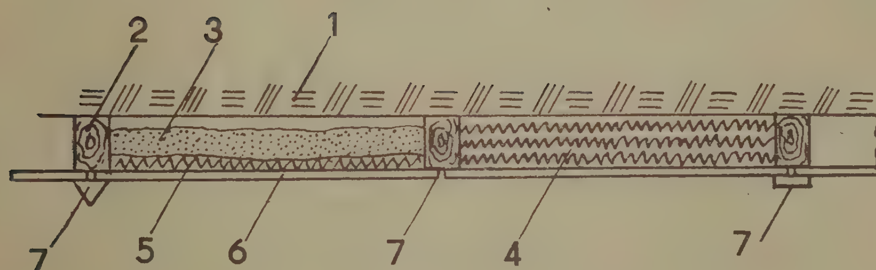
DETAILBLATT NR. 65

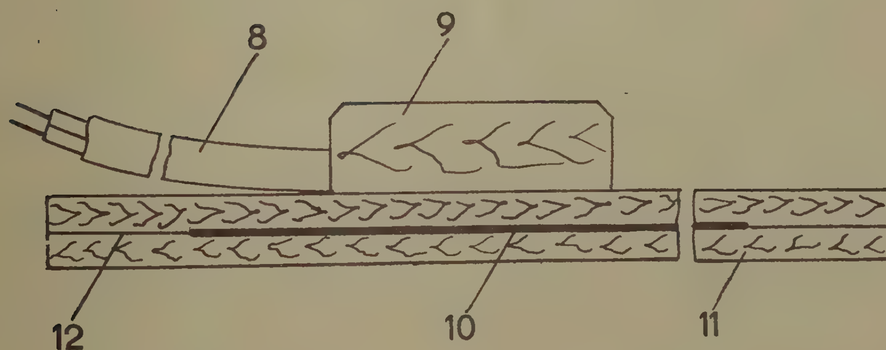
zu Seite 278

Vorschläge zur Verlegung von elektrischen Strahlplatten (Stuwa-Platten) bei Deckenheizung

Alfred Prochaska
VEB Infrarot Berlin







1 Decke
2 Kantholz
3 Isolierung:
Schlackenwolle
Kobaltwolle
Glaswolle oder
Piathermplatten, 40 mm stark
4 Isolierung wahlweise mit 3 bis 5 Lagen Knitterfolie
5 Knitterfolie, eine Lage
6 Infrarot-Großflächenstrahler
7 Abdeck-Fugenleiste
8 Anschlußkabel 2×0,75 Cu 300 Ig
9 Kappe, Holz 40×60 mm
10 Heizleiter, eingepreßt
11 Hartfaser oder Sperrholz
12 Nagelleiste, 2 cm breit

Aluminiumverbundfenster

Entwickelt vom Entwurfsbüro
für Industriebau Dresden,
Brig. Stahl- und Leichtmetallbau

Architekt Suger

A Vertikalschnitt 1 : 4

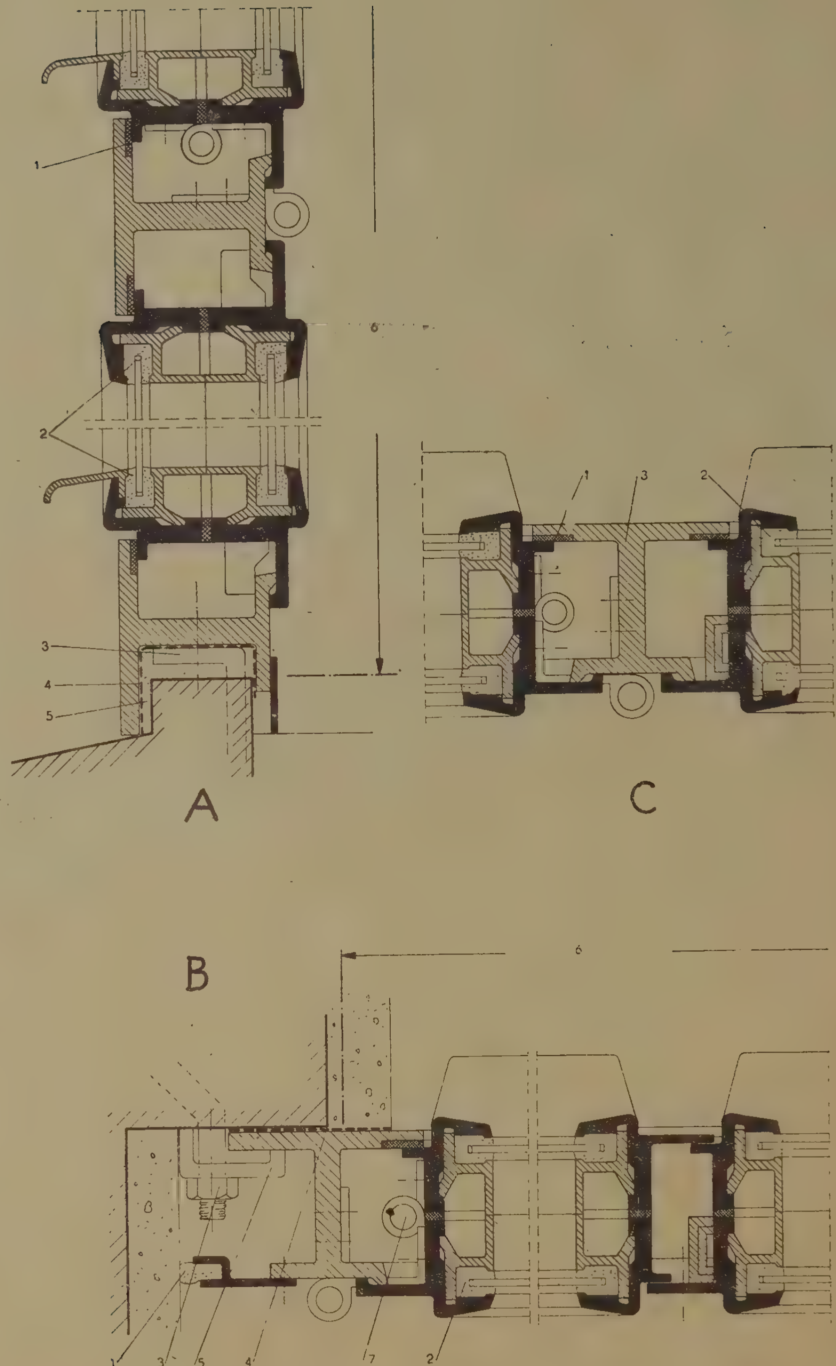
1 Kunststoffabdichtung
2 Gummiprofil oder Spezialkitt
3 Stahlanker
4 Korrosionsschutzbinde
5 Spezialabdichtung (teerfrei)
6 Öffnungsrichtmaß

B Horizontalschnitt 1 : 4

1 Gummiabdichtung
2 Gummiprofil oder Spezialkitt
3 Steinschraube
4 Korrosionsschutzbinde
5 Klemmplatte
6 Öffnungsrichtmaß
7 Bänder

C Horizontalschnitt durch den feststehenden Pfosten 1 : 4

1 Kunststoffdichtung
2 Gummiprofil oder Spezialkitt
3 Feststehender Pfosten



DETAILBLATT NR. 67

zu Seite 272

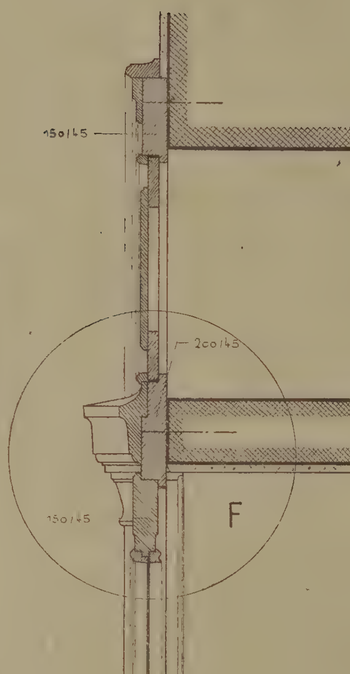
Haustür
Stalin-Museum Gera

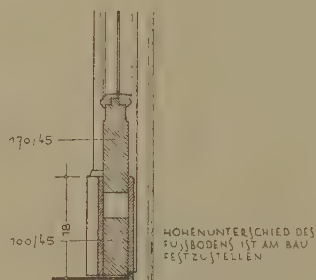
Dipl.-Architekt BDA
Werner Lonitz

A Ansicht 1 : 25
B Schnitt E-F 1 : 12,5
C Schnitt A-B 1 : 5
D Schnitt C-D 1 : 5
E Detail 1 : 5
F Detail 1 : 5

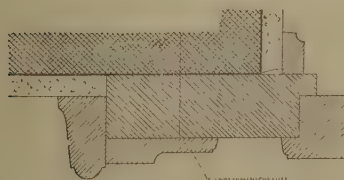


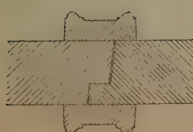
A

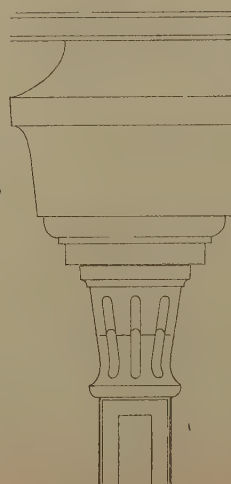


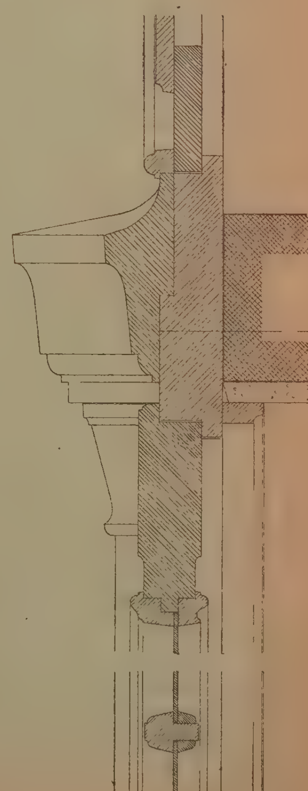


B


C


D


E


F

zu Seite 272

Haustür
Stalin-Museum Gera

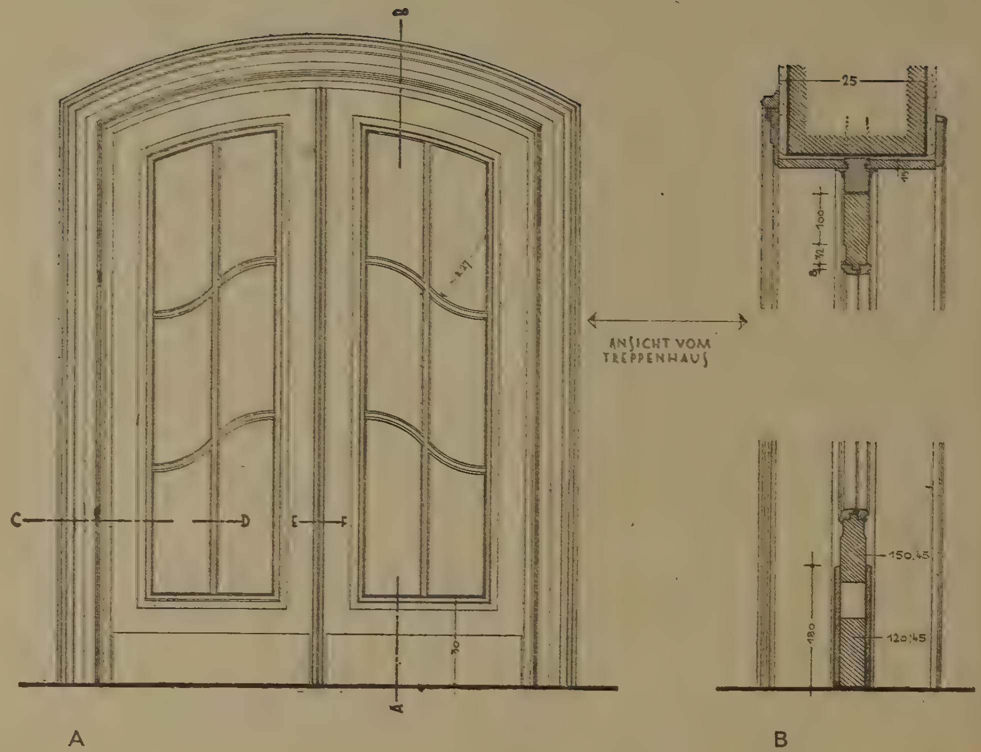
Dipl.-Architekt BDA
Werner Lonitz

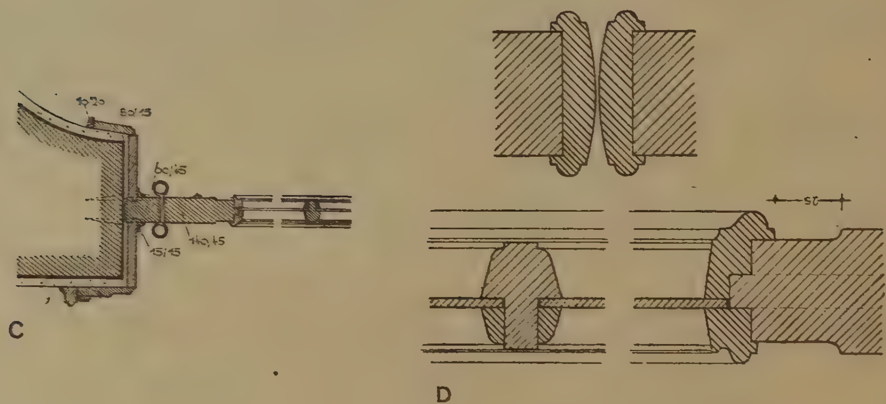
A Ansicht 1 : 25

B Vertikalschnitt 1 : 12,5

C Horizontalschnitt 1 : 12,5

D Details 1 : 2,5





Wir gratulieren

Architekt BDA Hans Förster, Leipzig
1. 6. 1888, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Fritz Zang, Eisfeld
4. 6. 1898, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Fritz Lazarus, Dresden
5. 6. 1903, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Egon Körner, Dresden
6. 6. 1908, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Paul Schulz, Flecken Zechlin, Kreis Neuruppin
12. 6. 1893, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Max Schnabel, Leipzig
23. 6. 1903, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Johannes Koppe, Leipzig
24. 6. 1883, zum 75. Geburtstag

Dr. Gottfried Richter, Karl-Marx-Stad
28. 6. 1898, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Karl Kerger, Potsdam
30. 6. 1908, zum 50. Geburtstag

Zum 76. Geburtstag von Hans Richter, Dresden

In diesem Jahr wurde der Architekt Hans Richter 76 Jahre alt. Er war der Sohn eines Maurers aus Königswalde in der CSR und erlernte in Rumburg das Handwerk seines Vaters. In seine Studienzeit an der Staatsgewerbeschule in Reichenberg und in seine Praktikantenzeit bei einem Schüler des Wiener Architekten Hansen fielen die großen Erfolge der Sezessionisten Otto Wagner und Olbrich. Zu dieser Zeit strahlte die alte Kunststadt Dresden in einem neuen Licht. Die dortige große Kunstgewerbeausstellung 1906 bestärkte Richter, der als Tiefbauingenieur tätig war, sich ganz der Architektur zu widmen. Er studierte an der Dresdner Kunstakademie bei Wallot, Bestelmeyer und Gurlitt und errang viele erste Preise bei Wettbewerben. 1919 ließ sich Richter als Architekt in Dresden nieder. In den zwanziger Jahren fand er seinen eigenen Stil, der Zweckmäßigkeit mit Leichtigkeit und Eleganz verbindet. Nicht bloß einfach zu sein, sondern das Einfache in der Architektur ohne Trockenheit und Strenge zu erreichen, war sein Anliegen. Die Bautechnik entwickelte sich nach der Jahrhundertwende bis zu den dreißiger Jahren immer weiter. Der Architekt Hans Richter nahm an dieser Entwicklung als Architekt einen lebhaften Anteil. In derselben Zeit ging eine widerspruchsvolle und stürmische Entwicklung in der Architektur vor sich, die um die Jahrhundertwende in allen ihren Richtungen noch von den Traditionen beeinflußt war. Einzelne seiner Leistungen gaben dem modernen Dresden neuzeitliche Akzente, so der kristallinisch geformte Wasserturm (1925) in Dresden-Hellerau, der den Nazis ein Dorn im Auge war. Er baute die modernste Siedlung Dresdens 1928-30 in Trachau. In diesen Wohnungsbauten waren die gliedernden Faktoren sehr leicht gelöst; es waren für die damalige Zeit neuartig an Stahlrohren befestigte Balkone mit viel Glasverkleidungen. Die weit überstehenden Dachterrassen gaben mit den vorgezogenen Treppenhäusern und Balkonen den mehrgeschossigen Siedlungsbauten eine leicht akzentuierte Silhouette.

Für die Internationale Hygieneausstellung schuf er 1930 die interessantesten Ausstellungsbauten, die sich durch Einfachheit und Heiterkeit zugleich auszeichneten. Mehrere große Wettbewerbserfolge, darunter 1931 ein Auftrag für ein Hochhaus am Pirnaischen Platz in Dresden, dessen äußere Verkleidung in farbigen Glasplatten zwischen Nirostagerippe gedacht war, seine großzügige Erweiterung der Innenstadt in Teplitz-Schönau mit reizvollen, dem Zweck eines Kurbades entsprechenden Arkaden und Freitreppen und schließlich die mit Stadtbaurat Dr.-Ing. Paul Wolf gemeinsam entworfene großzügige Magistrale für den Wettbewerb Stockholm mit einem 1. Preis ausgezeichnet) wurden in der Zeit der Weltwirtschaftskrise von Richter errungen.

In der Nazizeit war Richter als Vertreter des „Neuen Bauens" langewährenden Angriffen ausgesetzt, die schließlich zu seiner Verhaftung führten. Die Entwürfe Richters nach 1945 zeichnen sich durch sichere Gestaltung der Massenkonzeption und eine ihm eigene Leichtigkeit der gliedernden Faktoren aus. 1952 übertrug man ihm den Ausbau der Innenräume der Volksbühne am Luxemburgplatz (siehe „Deutsche Architektur", Heft 3/1955). Das Zusammentreffen zweier so verschiedener künstlerischer Temperamente in diesem für die deutsche Theaterkultur der Neuzeit wichtigem Bau ist für uns bedeutungsvoll. Zeichnete sich die Gestaltung von Oskar Kaufmann durch eine geschmeidige Verarbeitung traditioneller dekorativer Formen aus, so beschränkte sich Hans Richter auf raumordnende Bauelemente, die er sparsam einsetzte. Mit großer Einfühlung inszenierte er einen schönen, modernen Theaterraum.

Seine Kenntnisse der Traditionen, die er sich als junger Mensch in der Schule des österreichischen Klassizisten Hansen und als Student bei den großen Architekten Dresdens erwarb, befähigten Hans Richter, festliche Theaterräume unserer Zeit zu schaffen, die zwar der Tradition verpflichtet sind, aber das Erbe weiterentwickeln.

Hans Richter ist seinen Weg unbeirrt gegangen. Es wäre wirklich zu wünschen, daß man beim Aufbau Dresdens diesem verdienstvollen Manne eine seiner Begabung entsprechende und seinen großen Erfahrungen angemessene Aufgabe überantwortete.

Rothstein



Kulturhaus, Wettbewerb Leipzig 1951, Ankauf



Wohnungsbau Dresden-Trauchau, Kopernikusstraße, 1928—1931



Sozialversicherungsanstalt, Wettbewerb Dresden 1947, 1. Preis

Fragen an eine theoretische Konferenz

Die Delegierten des III. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten beauftragten den Bundesvorstand, bei der Deutschen Bauakademie eine theoretische Konferenz anzuregen und bei ihrer Durchführung mitzuwirken, um das Zurückbleiben auf dem Gebiet der Architekturtheorie und Architekturkritik zu überwinden.

Die Notwendigkeit einer solchen Konferenz wird durch den Bericht des Politbüros an das 35. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstrichen, in dem Erich Honnecker ausführte, daß auf der Kulturkonferenz zwar die Hauptprobleme der sozialistischen Kulturpolitik geklärt wurden, viele politische und ideologische Probleme spezieller Art aber im Hintergrund blieben. Deshalb, so heißt es weiter, muß dieses Versäumnis in Fachtagungen und Versammlungen der Verbände und Institutionen nachgeholt werden.

Die Redaktion der Zeitschrift hat Anfang des Jahres die Bezirksgruppen des Bundes Deutscher Architekten und die Entwurfsbüros gebeten, die Diskussion in der Zeitschrift zur Vorbereitung der theoretischen Konferenz durch Fragestellungen zu unterstützen. Nachstehend veröffentlichen wir einige Zuschriften:

Architekt BDA Frithjof Staats, Halberstadt, schreibt:

„Ist Architektur — von archi: Erster, Oberster, tekton: Zimmermann; Architekt also dem Sinne nach Erster der Zimmerleute; Tektonik: das Zusammengefügte, beziehungsweise Gefüge — nicht im Anfang das Ergebnis der Tätigkeit der Zimmerleute, die mit Holz als dem ursprünglichsten Baustoff Häuser, Hallen, Tempel und Gerichtslauben bauten?

Ist die Steinarchitektur nicht weitgehend aus der Holzbaukunst abgeleitet?

Ist für die Architektur demnach nicht die Sichtbarmachung des Gefüges, des Gerippes (Skeletts), der Gestaltung (Konstruktion) beziehungsweise der Grundform, wie sie in der Holzbaukunst als einer Architektur par exellence auffällig in Erscheinung tritt, das Wesentliche?

Sind demnach die Formen und Merkmale einer Architektur nicht wesentlich bestimmt durch den Werkstoff und die ihm gemäße Art der Zusammenfügung, darüber hinaus, vor allem in der räumlichen Gestaltung, durch die Zweckbestimmung (Funktion)?

Sind die architektonischen Grundsätze also nicht selbstverständlich und demnach universal?

Unterscheiden sich die Architekturen der Nationen nicht in der Hauptsache durch das schmückende Beiwerk (Zierformen, Ornamente, Dekorationen) und für die eigentliche Architektur unwesentliche Formen?"

Die BDA-Kreisgruppe Plauen/Zwickau formulierte auf ihrer Kreiskonferenz am 7. Februar 1958 folgende Fragen:

„Wann werden die Voraussetzungen vorhanden sein, daß die Industrialisierung im Bauwesen sich nicht nur auf Schwerpunkte, zum Beispiel Hoyerswerda, beschränkt, sondern für das Bauen im allgemeinen in unserer Republik Anwendung finden kann?

Diese Frage taucht auf als Folge der Frage: Welche Voraussetzungen sind im allgemeinen für die Typisierung vorhanden?

Haben die ‚schöpferisch tätigen Architekten' in der Klein- und Mittelstadt die Möglichkeit, komplexe Planungen durchzuführen? Es scheint, daß hier Schwierigkeiten vorliegen, weil im Plangeschehen Aufgaben hierfür kaum vorhanden sein werden.

Eine Monotonie der Städte wird durch geschickte Gruppierung, durch Ausnutzung der Geländeformen und durch Einfügung von Grünanlagen vermieden werden können.

Es ergibt sich trotzdem die Frage, ob nicht eine Uniformierung Platz greift? Durch städtebauliche Gruppierungen wird im wesentlichen die künstlerische Bearbeitung erledigt sein.

Städtebaulich sind einigen schöpferischen Architekten noch Möglichkeiten gegeben. Wird aber die Mehrzahl der Architekten nicht durch Anwendung der Wohnungstypen zum Zeichner herabgemindert?

Wird auf Grund der stattgefundenen Volkskammersitzung eine Auswirkung fühlbar werden hinsichtlich des Aufgabenstandes in positivem Sinne und hinsichtlich der architektonischen Bearbeitung vom baukünstlerischen Standpunkt aus?"

Mitglieder der BDA-Kreisgruppe Jena fragen:

„Was ist unter ‚Sozialistischem Realismus' in der Architektur zu verstehen? Wie kann man diesen Begriff eindeutig und unmißverständlich auslegen und erklären, eventuell an Beispielen — Fotos, Zeichnungen — aus der Praxis? In diesem Zusammenhang wäre auch der Begriff ‚sozialistisch im Inhalt, national in der Form' festzulegen."

Kollegen des Entwurfsbüros für Hochbau Schwerin stellen folgende Fragen zur Diskussion:

„Aus Gründen einer Überbetonung der Bedeutung der Monumentalität in der Architektur wird oft bestimmten Bauten der Gesellschaft ein ihnen innerlich wesensfremder Charakter durch einen zu kompakten Aufbau der Gebäudemassen verliehen.

Die gesellschaftliche Bedeutung zum Beispiel einer Schule in einem Wohnkomplex ist unbestritten. Kann diese Bedeutung im architektonischen Ausdruck jedoch nur durch eine monumentale Steigerung der Baukörper erreicht werden, oder ist vielmehr nicht schon ein Hervorheben aus der umliegenden Wohnbebauung durch die äußere Charakteristik einer Schulanlage gewährleistet? Monumentalität im Schulbau widerspricht der Gefühlswelt des Kindes.

Inwieweit können positive Elemente der ‚Rasterarchitektur', wie sie in den letzten Jahrzehnten in kapitalistischen Ländern häufig bei öffentlichen Bauten Schulen, Bürohäusern angewendet worden ist, auch für die Entwicklung einer sozialistischen Architektur Bedeutung erlangen? Kann der ‚Rasterbau' als Ausdruck der wirtschaftlichsten, sinnvollsten Anwendung von Typenelementen, der Rationalisierung und Industrialisierung gewertet werden? Ist er der sozialistischen Kunstauffassung grundsätzlich fremd? Wo liegen die Grenzen zum Konstruktivismus?

Es sollten einmal eingehend die gesellschaftlichen Grundlagen der Architektur des sozialistischen Wohnungsbaus analysiert werden, wobei besonders auf die Unterschiede gegenüber dem Wohnungsbau in kapitalistischen Ländern eingegangen werden müßte. Dabei sollte nicht nur die städtebauliche Gestaltung, sondern auch die kleinste Zelle — die Wohnung und das Haus selbst — behandelt werden."

*

Bereits die hier wiedergegebenen Fragen lassen erkennen, wie wichtig die Erörterung und Klärung theoretischer Probleme für die Praxis ist.

Die Redaktion der Zeitschrift „Deutsche Architektur" schlägt vor, daß als Hauptthema der theoretischen Konferenz die „Theorie und Praxis des sozialistischen Wohnkomplexes" behandelt wird.

Zur Begründung dieses Themas verweisen wir auf die Ausführungen des Ersten Sekretärs des Zentral-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Walter Ulbricht auf dem 33. Plenum des Zentral-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Dieses Thema ermöglicht es, an einer zentralen gesellschaftspolitischen Aufgabe alle wesentlichen theoretischen und praktischen Probleme der Architektur und des Städtebaus zu erörtern. Bei der Behandlung dieser Thematik sollte die Anwendung der Theorie des sozialistischen Realismus bei der architektonischen und städtebaulichen Gestaltung sozialistischer Wohnkomplexe in den Vordergrund gestellt werden.

Es muß deshalb eine genaue Vorstellung über die Theorie des sozialistischen Realismus in der Architektur ausgearbeitet werden, wobei auf die Erkenntnisse und Erfahrungen der sowjetischen Wissenschaft Bezug genommen werden müßte.

Dieses Thema sollte mit einer gründlichen Analyse unserer bisherigen Entwicklung und einem entschiedenen Kampf gegen bürgerliche Theorien im Städtebau und in der Architektur verbunden werden.

Wir bitten darum, auf den Zusammenkünften der Betriebs- und Bezirksgruppen des BDA die Fragestellungen ausführlich zu beraten und nunmehr zu Diskussionsbeiträgen überzugehen, wobei sich unsere Architekten aus der Praxis, in den wissenschaftlichen Instituten, in den Forschungsstellen und Hochschulen vor allem auch mit der Leninschen Widerspiegelungstheorie und ihrer Bedeutung für Städtebau und Architektur beschäftigen sollten; denn die theoretische Konferenz soll dazu beitragen, das Studium des dialektischen Materialismus zu vertiefen.

Die Redaktion



„Produktivkraft – Wissenschaft" in der Praxis

Bauingenieur Wolfgang Wolter
Deutsche Bauakademie

Es ist unverständlich aber vielleicht auch bezeichnend, daß seit Erscheinen des Buches „Produktivkraft—Wissenschaft" von G. Kosel noch in keiner Weise Diskussionen darüber stattfanden beziehungsweise Stellungnahmen erfolgten, um Schlußfolgerungen für die wissenschaftliche Arbeit zu ziehen. Gerade im Hinblick auf die Vorbereitung des V. Parteitages halte ich eine Diskussion über diese aktuelle Frage der Hilfe der Wissenschaft für die weitere Entwicklung der Produktion und eine Anwendung der Schlußfolgerungen in der wissenschaftlichen Arbeit von besonderer Bedeutung.

Das Bauwesen, in dem zur Zeit eine bedeutende Umstellung zur Erfüllung der vor uns stehenden großen Aufgaben notwendig geworden ist, betreffen die von Kosel gemachten Darstellungen und die daraus gezogenen und zu ziehenden Schlußfolgerungen besonders.

Wenn auch dieses Buch für den Lesenden gewisse Kenntnisse der materialistischen Dialektik voraussetzt, besonders das erste Kapitel — und das ist vielleicht ein Mangel —, so ist es jedoch die Aufgabe der fortschrittlichen Menschen, „die sozialistischen Kenntnisse tiefer in die Arbeiterklasse und in die Massen zu tragen und in Verbindung mit der Lösung der praktischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus das sozialistische Bewußtsein der Menschen stärker und rascher zu entwickeln".[1]

Ein großer Teil unserer Intelligenz — und ganz besonders im Bauwesen — glaubt immer noch, daß unsere Weltanschauung und Methode nichts mit ihrer praktischen Arbeit zu tun hätten. Dies ist aller Wahrscheinlichkeit nach die tiefere Ursache dafür, daß nur ungenügend auf das Erscheinen des obengenannten Buches reagiert wurde.

Wenn schon „berufene" Kräfte wie Dr. Herneck und Dr. M. Strauß, von Kurt Hager in der Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus „Einheit", Heft 1/1958, Seite 41, als „Antidogmatiker" bezeichnet, keine klare Vorstellung von der Wechselwirkung Materialismus und Wissenschaft haben, so darf dies doch nicht bei unseren Bauwissenschaftlern Platz greifen.

Nachdem die 2. Baukonferenz abgeschlossen ist, sollte deshalb mit der Verbesserung der Arbeit im gesamten Bauwesen auch eine Verbesserung der ideologischen Arbeit und damit im Zusammenhang der wissenschaftlichen Arbeit vorgenommen werden, und zwar konsequent auf der Grundlage des dialektischen Materialismus. Ich will deshalb aus den Erkenntnissen, die in Kosels Buch „Produktivkraft—Wissenschaft" dargestellt sind, speziell die wissenschaftliche Arbeit im Bauwesen herausgreifen und der Praxis gegenüberstellen, um daraus Schlußfolgerungen für die Verbesserung der Arbeit, insbesondere der Deutschen Bauakademie, zu ziehen. Es ist jedoch nicht möglich, an dieser Stelle alles bis ins einzelne zu betrachten; es soll aber eine Anregung für eine zu entfaltende Diskussion in der „Deutschen Architektur" gegeben werden.

Es wäre darüber hinaus die Aufgabe der Deutschen Bauakademie, eine eingehende wissenschaftliche Ausarbeitung über die Anwendung der „Produktivkraft—Wissenschaft" speziell im Bauwesen in Angriff zu nehmen, um damit unserer Intelligenz die Verbindung zwischen der materialistischen Dialektik und der Forschungsarbeit im Bauwesen sowie die Notwendigkeit der Anwendung erkannter Gesetzmäßigkeiten aufzuzeigen. Dabei sollte als Fazit eine Verbesserung der Methode in der Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer Anleitung und Kontrolle herauskommen, denn es ist klar nachzuweisen, daß durch eine Nichtbeherrschung der materialistischen Dialektik einem großen Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht möglich ist, die Gesamtzusammenhänge in ihrer Arbeit zu erkennen.

Das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen, das Notwendige zuerst zu bearbeiten, das Gesamtbild der Perspektive aus Mosaiken zusammenzusetzen, erfordert die Kenntnisse unserer gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze. Damit kann man dem Gesamtproblem der „Produktivkraft — Wissenschaft" auch von der ökonomischen Seite Rechnung tragen, die von so großer Bedeutung ist. Es muß uns gelingen, das bei vielen Bauschaffenden zur Zeit herrschende mangelnde Interesse gegenüber einer wissenschaftlichen Arbeit zu überwinden und die Autorität der Deutschen Bauakademie zu heben. Das ist aber nur möglich, wenn eine parteiliche Stellungnahme bezogen wird.

Einige Beispiele und Schlußfolgerungen

Die Forschung im Bauwesen stützt sich in der Hauptsache auf die Ergebnisse der Naturwissenschaften. Sie erweitert und ergänzt diese und erarbeitet neue Ergebnisse auf dem speziellen Gebiet

[1] Vgl. 34. Plenum des ZK der SED

es Bauens (Wärme, Schall, Baustoff-
hemie, Technologie, Mechanik und
och einige andere Gebiete).

ie darüber hinausgehenden Rück-
irkungen gewonnener Erkenntnisse
s Forschungsarbeiten des Bauwesens
uf andere Industriezweige, die uns mit
rer Produktion zuarbeiten müssen,
ompliziert die Arbeit unserer wissen-
chaftlichen Mitarbeiter. Eine Koopera-
on in der wissenschaftlichen Arbeit
fordert deshalb auch eine Kooperation
nd Koordinierung der Produktion
eser Industriezweige als Elemente des
auens.

er Forschungsrat der Deutschen De-
okratischen Republik koordiniert wohl
e in Angriff zu nehmenden Themen,
amit keine Parallelarbeit auftritt, und
ellt die vorrangigen Forschungs-
beiten besonders heraus. Die Reali-
erung gewonnener Erkenntnisse je-
och, die zumeist mit einer Investitions-
tigkeit verbunden ist, verlangt eine
esondere Zusammenfassung der Er-
ebnisse und deren Durchsetzung im
ahmen der Fünfjahr- und Jahrespläne
nserer Wirtschaft. Auf Grund dessen
uß auch eine zielsetzende und eine
rwirklichende Planung von seiten der
eutschen Bauakademie auf wissen-
chaftlicher Grundlage vorgenommen
erden.

n für die Perspektive der Forschung
d Entwicklung aufzustellender Plan
t dem Inhalt, zum Beispiel:

Wie soll 1965 der Wohnungsbau aus-
sehen (Zentralheizung oder Ofen-
heizung? Einbauschränke oder
nicht? Billiger als 22000 DM?)?

Was muß bis wann durch wen er-
arbeitet sein?

Welche Auswirkungen ergeben sich
für bestimmte Industriezweige?

ßt die kollektive wissenschaftliche Ar-
it erkennen, aber auch die Not-
endigkeit, mit der Wissenschaft kühn
ranzuschreiten, um das Leben aller
erktätigen zu verbessern.

es eben ist die Auswirkung der
htig angewandten „Produktivkraft—
issenschaft"!

gibt keine ausschließlich individuelle
beit des Wissenschaftlers mehr, der
abhängig von der objektiven Realität
s erforscht, was ihm am besten liegt.
issenschaftliche Arbeit — zielstrebig
gesetzt — bringt uns den Erfolg.

äre man bisher so planmäßig, wissen-
haftlich, der objektiven Realität ent-
rechend an diese Dinge herange-
ngen, so wäre man zum Beispiel
chtzeitig darauf gekommen, die
rschung auf dem Gebiet der Plasten
das Bauwesen nutzbar zu machen
d wäre imstande gewesen nachzu-
isen, daß Investitionen in dieser
er jener Höhe, in diesem oder jenem
dustriezweig eingesetzt, zum Bei-
iel den Bau von Wohnungen um so
d soviel Prozent verbilligen und
ren spätere Unterhaltung begünsti-
n würden.

les mit dem Ziel, nach Möglichkeit in
rzer Zeit das Mehrfache investierter
mmen durch Einsparungen dem
aat für andere Zwecke zur Verfügung
stellen! Die vorgenannte Abstraktion
zieht sich auf die Herstellung von
ßbodenbelag — 120 cm breit — aus
C mit Schaumunterlage, wozu eine
estition von etwa 1,2 Millionen DM
twendig wäre, um eine Kapazität von
000 m² pro Jahr zu schaffen.

großer Teil der Forschungsarbeiten
in dieser Beziehung überhaupt nicht
ssagekräftig genug.

der richtigen Bearbeitung wirtschaft-
her Fragen kommt aber gerade die
ogressive Bedeutung der „Produktiv-
ft—Wissenschaft" in der Praxis zum
sdruck.

weiteres Beispiel zeigt treffend, daß
bisher gewonnenen Erkenntnisse
der Großblock- und Großplattenbau-
ise gerade in bezug auf die Steige-
ng der Arbeitsproduktivität nicht zu
tsprechenden Schlußfolgerungen für
dere Gebiete benutzt wurden, näm-
h für den Sektor Ausbau.

war bei der Inangriffnahme der
emen „Großblockbauweise" und
„Großplattenbauweise" vorausgesetzt, daß eine Steigerung der Arbeitsproduktivität eintritt. Eine durchgeführte planmäßige, zielstrebige Perspektivforschung hätte eine gleichzeitige Inangriffnahme der Industrialisierung des Ausbaus bereits 1955 verlangt.

Der Unterschätzung des Ausbaus schließt sich die Vernachlässigung der Faktoren an, die eine wirtschaftliche Unterhaltung der Bauwerke ausmachen, sowie die Vernachlässigung der Faktoren, die viele Hausfrauen daran hindern, sich ebenfalls in den Produktionsprozeß einzureihen.

Das ist aber noch nicht alles. Zum Beispiel ist eine der wichtigsten komplexen Probleme die Frage der Kohle, die für das Bauwesen, insbesondere bei der Wärmeerzeugung, deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil durch wärmedichteres Bauen verhindert werden kann, daß ein großer Teil der Wärmeenergie nicht ausgenutzt wird. Dies um so mehr, als die Unterhaltung enorm wirtschaftlicher ist. Bei Anwendung eines stahlarmen Heizungssystems entsteht außer den schon niedriger liegenden Gestehungskosten ein Materialvorteil.

Hier kann und muß die Wissenschaft einsetzen, um Kohle und Unterhaltungskosten zu sparen.

Die Kollektivität wissenschaftlicher Arbeit wurde hier vollkommen unberücksichtigt gelassen. Eine derartige Nichtausnutzung der uns im sozialistischen Staat gegebenen Möglichkeiten, so zu arbeiten, wie es für die Gesellschaft von größtem Nutzen ist, muß Ursachen haben.

Dieser Mangel kann nicht auf eine bloße Vergeßlichkeit zurückgeführt werden, sondern liegt in einer Unkenntnis der Gesamtzusammenhänge in unserer Wirtschaft und damit in einem Mangel der methodischen Planung wissenschaftlicher Arbeiten.

Das aber nicht nur allein, sondern auch in einer ungenügenden Konzentration der Planung wissenschaftlicher Themen, deren Kontrolle, Auswertung und Umsetzung in die Praxis.

Es ist nicht so — wie Kosel auf Seite 97 behauptet —, daß lediglich übernommene negative Elemente kapitalistischer Produktionsverhältnisse, wie Organisationsformen und Methodik, uns hemmen, sondern hier handelt es sich um ein „Loch" in unserer Organisation und Methode. Dieses „Loch" muß durch eine Zentralstelle bei der Deutschen Bauakademie geschlossen werden, die alle Themen des Bauwesens in einem Kollektiv plant, wissenschaftlich auf die Erfordernisse der Volkswirtschaft abstimmt, während und nach der Bearbeitung im Inhalt und auf die Übereinstimmung mit der zu Anfang gegebenen Perspektive kontrolliert, um daraus Schlußfolgerungen für die weitere Perspektivplanung zu ziehen. Das Wichtigste ist dann aber noch die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis, die von dem wissenschaftlichen Kollektiv unter Kenntnis aller Zusammenhänge viel wirksamer vorgenommen werden kann als bisher.

Das tut einer Kooperation und Koordination wissenschaftlicher Institutionen untereinander keinen Abbruch. Weiter!

Verantwortlichen wissenschaftlichen Mitarbeitern, von denen verlangt wird, daß sie mittelbare Erfahrungen in sich aufnehmen, um sie in ihrem Gehirn mit bereits akkumuliertem gesellschaftlichen Wissen (△ Wg) in Kontakt zu bringen, von denen verlangt werden muß, daß sie ein umfangreiches akkumuliertes gesellschaftliches Wissen haben und anreichern, diesen Mitarbeitern wird zum Beispiel die Möglichkeit, die für sie eine Notwendigkeit darstellt, nämlich die 2. Baukonferenz zu besuchen, nicht gegeben. Daß eine Anreicherung mit mittelbaren Erfahrungen von großer Bedeutung ist, weil die wissenschaftliche Arbeit in der heutigen Zeit Kollektivarbeit ist, kann wohl nicht abgestritten werden und wurde von Kosel, Seite 57 bis 62, klar bewiesen. Es taucht also die Frage auf: „Warum ist sich die Leitung der Akademie nicht darüber klar, wer von den wissenschaftlichen Mitarbeitern diesen Denkprozeß in erster Linie durchmachen muß?" Das zeigt, daß ein dialektisches Herangehen auch an alle organisatorischen Fragen die Arbeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter erheblich erleichtert und Lücken in ihrem gesellschaftlichen Wissen (△ Wg) schließen helfen kann.

(△ Wg) ——→ (△ Wg') (Seite 70)
——→ (△ Warch)

Arbeitsbesprechungen, Produktionsberatungen, jeder Erfahrungsaustausch und auch die Ausführungen jeder Konferenz sind für die geistige Produktion unabdingbar. Deshalb ist eine bewußte Lenkung der mittelbaren und unmittelbaren Wissenserweiterung für die Hebung des Niveaus von großer Bedeutung. Ein weiteres Beispiel findet sich in der Kontrolle der Verarbeitung gewonnener Erfahrungen, und zwar wenn wissenschaftliche Arbeiten einer Kontrolle unterzogen werden, wie dies zur Zeit in konzentrierter Form nicht der Fall ist. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, den Bearbeitern fehlerhaftes Denken an Hand der Ergebnisse ihrer Arbeit aufzuzeigen, um damit das bereits akkumulierte gesellschaftliche Wissen zu korrigieren, so wie es Kosel treffend auf Seite 70 darstellt, plus „Bereinigung des Gehirns" durch Kritik.

(△Wg) → (△ Wg') ——→ (△Wg'')
→ (△Warch) - - → (△ Warch')

Diese Verwandlungen im Gehirn, die wir mit Hilfe der Kritik hervorrufen, sind die Voraussetzungen für eine einwandfreie Arbeit und äußern sich darin, daß den Betreffenden gesagt wird, ob ihre Arbeiten, Formulierungen und Materialien den Kern der Sache treffen, was sie hätten besser machen können, welche Angaben auf welchem Gebiet fehlen und wo Erfahrungen angereichert werden müssen, um weiteren Erarbeitungen gegenüber gewappnet zu sein.

Hier kann man ganz besonders auch die Bedeutung der Kritik ermessen. Jede Einwirkung auf schon gesammeltes Wissen hebt das gesamte Wissensniveau, die Sicherheit im Handeln und erleichtert die Arbeit.

Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, daß die Leitkräfte der Akademie erkennen müssen, „welcher" Mitarbeiter „was" wissen muß. Daraus ergibt sich weiterhin, daß man bewußt das Wissen der Mitarbeiter erweitern muß und auch kann, daß die Erziehung der Kader in einer ganz bestimmten Form vor sich gehen muß.

Wird nicht danach verfahren, so ist damit zu rechnen, daß die entsprechenden Mitarbeiter ihre Funktion nicht richtig ausfüllen können und Lücken sowie Fehler in ihrer Arbeit entstehen.

Was ergibt sich aus all dem?

1. Die Notwendigkeit, daß eine Beherrschung der materialistischen Dialektik die Voraussetzung für eine erfolgreichere wissenschaftliche Arbeit darstellt.
2. Die Notwendigkeit einer umfassenden, schnellen, mit der Wirklichkeit gleichlaufenden Wissensübermittlung, die bewußt gefördert werden muß.
3. Die Notwendigkeit, daß sich alle Wissenschaftler klar sind, was ein logischer Denkprozeß für die Gesellschaft ökonomisch bedeutet.
   Diese Erkenntnis muß in allen Handlungen, in unserer Arbeit ihren Niederschlag finden. Dann werden auch viele Fehler und Mängel ausgeschaltet.
4. Die Notwendigkeit, daß die erkannten Fehler und Mängel durch konsequente Veränderungen bei der Planung, Aufstellung und Bearbeitung von Forschungs- und Entwicklungsthemen sowie auch bei deren Einführung in die Praxis beseitigt werden.
5. Die Notwendigkeit, sich darüber klar zu werden, welchen ökonomischen Nutzen jede Handlung und wissenschaftliche Arbeit ergibt; ganz gleich ob es sich um eine Konzentration in der Planung, Lenkung, Kontrolle, um eine richtige, bewußte, umfassende Wissensübermittlung, um eine richtige Kooperation und Koordinierung oder um die Festlegung der richtigen Aufeinanderfolge der zu bearbeitenden Themen handelt.
6. Die Notwendigkeit, wissenschaftliche Kader bewußt zu fördern und mutig einzusetzen.

Die Wissenschaft bewußt zu einer progressiven Produktivkraft machen, das bringt uns gemeinsam mit allen Werktätigen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates schnell und sicher voran!



Der individuelle Wohnungsbau auf dem Lande

Architekt BDA Hans Drost

Ein Beitrag zu dem gleichnamigen Artikel von Architekt Poß im Heft 3/1957

Zu den in dem Artikel von Architekt Poß genannten zwei Hauptwohnungsbauformen ist als dritte Hauptwohnungsbauform der Bau von Wohnhäusern für Angehörige der Intelligenz auf dem Lande hinzuzufügen. Es ist ja hinreichend bekannt, daß auf dem Lande immer noch ein großer Mangel an wissenschaftlichen Kräften herrscht. Es gibt zu wenig Landärzte, Tierärzte, Zoologen, Biologen und Agrarwissenschaftler. Warum? — In den meisten Fällen fehlt der entsprechende Wohnraum, der anderen Gesetzmäßigkeiten als der allgemeine individuelle Wohnungsbau auf dem Lande unterliegt.

Welche Charakteristika sind nun für diese dritte Wohnungsform feststellbar? Außer dem üblichen Schlaf-, dem Kinder- und dem Wohnzimmer ist vor allem das Arbeits- oder Bibliothekzimmer zu nennen, in das sich der betreffende Wissenschaftler zur Durchführung seiner Studien zurückzieht, weshalb dieses im Haus oder in der Wohnung so liegen muß, daß es sich möglichst abseits des normalen Hausbetriebes befindet und verhältnismäßig störungsfrei ist. Die Größe beträgt je nach Berufsart etwa 12 bis 14 m².

Als zweites Charakteristikum ist die Kfz-Garage anzusehen. Diese Forderung ist unabdingbar, da zum Beispiel ein Arzt oder Veterinär auf dem Lande ohne Fahrzeug so gut wie aktionsunfähig ist.

Die Wohnungen für die Intelligenz auf dem Lande sind als Einzel- oder Doppelhäuser zu bauen, wobei das Einzelhaus nur in Ausnahmefällen anzuwenden ist. Etagenwohnungen sind nicht vorteilhaft, da sich die Tätigkeit der Intelligenzler im Hause oft bis in die späten Nachtstunden erstreckt und ihnen auf Grund ihres Berufes und ihrer gesellschaftlichen Stellung eine etwas andere Wohnform im Gegensatz zum übrigen volkseigenen oder individuellen Wohnungsbau zugebilligt werden muß. Es ist also notwendig, für sie eine gewisse Zahl von Typengebäuden zu schaffen, die durchaus Seriencharakter haben. Es sind also Typenserien zu schaffen.

Größtmögliche Flächenausnutzung des vorhandenen Bebauungsplanes

Die Frage der Aufschließung im allgemeinen und das Problem der Straßen im speziellen sind wichtig, auf dem Lande in vielen Fällen das wichtigste Problem.

Es ist allgemein bekannt, daß die „Bauwilligen" meist nur die Kosten für das Gebäude selbst, nicht aber die Höhe der Aufschließungskosten und die Kosten für die Außenanlagen kennen. Sie stimmen also dem Bau zu und sind dann sehr erstaunt, wenn nach genauer Kostenplanung das Gebäude mit Aufschließung um etwa ein Drittel der vorgesehenen Bausumme teurer wird. Das Endergebnis ist dann, daß sie ihre Zustimmung zurückziehen.

Ein weiteres Problem ist die Be- und Entwässerung in unseren ländlichen Gemeinden und Dörfern. Etwa 20 bis 30 Prozent aller Dörfer in der DDR haben ganz oder teilweise Be- und Entwässerung. Aus diesem Grunde ist die Forderung von Herrn Architekt Poß nur zu unterstreichen.

Unserer Industrie erwächst daraus die Aufgabe, Hauswasseranlagen mit Elektroantrieb sowie Kläranlagen aus Fertigteilen, die leicht montierbar sind, nach den bekannten Systemen herzustellen.

Zu den dorfplanerischen Problemen

Selbstverständlich ist das Schließen der Bebauungslücken ein gangbarer Weg. Es hat aber den Anschein, daß der Eigenheimbau im Dorf nicht sehr in Erscheinung treten wird, außer in Dörfern mit einer MTS oder einem MTS-Stützpunkt, einem VEG oder Versuchsgut mit allen ihren Nachfolgeeinrichtungen wie Kulturhäuser, Schulen und Polikliniken. Dagegen wird das genossenschaftliche Bauen — hier im Sinne der LPG — weit intensiver sein. Da aber die Bedingungen für den Bau an LPG-Hauswirtschaften andere sind, sei hier nichts weiter darüber gesagt. Bei den Dörfern mit MTS ist es durchaus möglich, völlig neue Ortsteile anzulegen, da sich dort Arbeitskräfte mit Berufsmerkmalen konzentrieren, die auf dem Lande sonst verhältnismäßig selten sind. Inwieweit der individuelle Wohnungsbau beteiligt ist, soll hier nicht behandelt werden. Diese neuen Ortsteile haben einen völlig anderen Charakter, der sich dem baulichen Charakter der MTS unterordnet oder angleicht. Hierbei kann es sich durchaus ergeben, daß in einigen Fällen die geschlossene Bauweise als Kernbebauung im Anschluß an den landwirtschaftlichen Großbetrieb möglich ist.

Es ist bekannt, daß in der Städteplanung die größten Anstrengungen unternommen werden, durch Auflockerung, Schaffung von Grünflächen, freien Plätzen und Bepflanzung mit Klein- und Großgrün einen parkähnlichen Zustand zu schaffen und das unmittelbare vis-à-vis der Häuser zu vermeiden. Auf dem Lande sollen nun nach Meinung von Architekt Poß wieder das Reihenhaus und die „Zeile" entstehen. Selbstverständlich bieten diese Bauarten einige ökonomische Vorteile. Man soll aber über die Wirtschaftlichkeit nicht die Ästhetik vergessen.

Im Thüringer Wald, in der Altmark, in der Lausitz, im Erzgebirge und im Harz ist eine zweigeschossige Bauweise schon weitaus häufiger anzuwenden, natürlich unter Berücksichtigung der vorhandenen Bausubstanz.

Auf meinen vielen Fahrten durch Deutschland habe ich fast nie feststellen können, daß die Straßenbilder endlos und eintönig sind.

Die Lagepläne sind sehr willkürlich ausgewählt. Die in Heft 3, Seite 154, unter Abb. Nr. 1 und 2 gezeigte Situation stellt keine neuere Planung dar.

Da es sich bei der dort gezeigten geschlossenen Bebauung ausschließlich um Bauernhöfe handelt, kann sie nur sehr bedingt mit dem individuellen Wohnungsbau verglichen werden. Diese Form der Bebauung ist als Neuplanung vom veterinärmedizinischen, hygienischen und brandschutztechnischen Standpunkt abzulehnen und läßt sich nur von den damaligen topografischen, klimatischen und gesellschaftlichen Bedingungen sowie von den Produktionsbedingungen ableiten, niemals von bautechnischen und ökonomischen Bedingungen.

Da die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sich immer weiter festigen — sie bearbeiten heute etwa 23% der Gesamtanbaufläche der DDR —, ist damit zu rechnen, daß man in immer größerem Umfang zur gemeinschaftlichen Ackernutzung und Viehhaltung übergeht. Neue Wirtschafts- und Wohngebäude können nicht sofort und nicht immer errichtet werden. In vielen Fällen sind die vorhandenen Gebäude für diese Zwecke umzubauen. Damit sollte man zugleich eine großzügige Sanierung der dörflichen Bausubstanz durchführen. Es entspricht nur dem allgemeinen Wunsch nach Auflockerung, nach Licht, Luft und Grün, wie es im modernen Städtebau üblich ist, wenn auch auf dem Lande dieses Prinzip in Anwendung gebracht wird.

Um die neu zu bauenden Gebäude im alten Dorf auch gestalterisch einbinden zu können, ist trotz Typenserien besonderer Wert auf die Gestaltung der Gebäude zu legen. Dächer, Gesimse, Fenster, Türen und Farbe der bestehenden guten Bausubstanz beeinflussen das Aussehen und die Form der neuen Gebäude sehr stark.

Anwendung rationeller Baumethoden

Zum Montagebau als die rationellste Bauform eignen sich sowohl die Reihenhäuser als auch die Einzelhäuser und alle ihre Zwischenstufen.

Um den Montagebau im Takt rationell zu gestalten, ist es notwendig, eine größere Anzahl Gebäude zu bauen. Da aber der Eigenheimbau, der genossenschaftliche Bau und Wohnungsbau für Angehörige der Intelligenz im wesentlichen dezentralisiert vor sich geht und nur der Bau von Wohnungen für Angehörige der MTS mehr zentralisiert ist, muß vor allen Dingen die für alle diese Situationen beste Baumethode gefunden werden. Die Großblockbauweise ist immer abhängig von Hebezeugen und Transportmaschinen und daher im Augenblick und auch in der weiteren Zukunft noch nicht anwendbar, denn so lange im städtischen Massenwohnungsbau die Großblockbauweise nicht in größerem Umfang durchgeführt wird, und so lange noch sehr wenig Erfahrungen vorliegen, kann man mit dieser Methode unmöglich auf dem Lande operieren. Um Erfahrungen zu sammeln, baut man jetzt an mehreren Stellen in der DDR Null-Serien in Großblockbauweise.

Die von Architekt Poß im Heft 3/57, Seite 155, aufgeführten Wohnungsbaugenossenschaften Sömmerda, Nordhausen, Gera und Leipzig-Süd haben städtischen Charakter und können nicht als Beweismaterial für ländliche Bauten herangezogen werden.

Der Wohnungsbau auf dem Lande ist von dem Bau von Ställen und der Anlage von Kleingärten nicht zu trennen. Die Annahme, daß Eigenheimgärten entfallen, ist irrig und entspricht nicht den Tatsachen und den Wünschen der Bevölkerung. Auch ein Stall für Kleinvieh wird fast immer verlangt. (Siehe Forderung der Gewerkschaft Land und Forst, 5. Zentralvorstandssitzung, Oktober 1956!)

Das Achtfamilienwohnhaus in der hier gezeigten Form ist für ländliche Zwecke als Einzelobjekt nicht geeignet, da es weder in der äußeren Gestaltung noch in der inneren Aufteilung und Struktur spezifisch ländliche Merkmale aufweist. Die Balkone und Loggien sind nicht typisch ländlich. Sie wirken im zweigeschossigen Wohnungsbau außerdem verteuernd. Bei der Anlage von neuen Dorfteilen und neuen Dörfern kann das Achtfamilienwohnhaus in der vorliegenden Form mit gewissen Einschränkungen angewendet werden, während es beim Bau eines Wohnkomplexes für eine MTS durchaus anwendbar ist. Für den städtischen vielgeschossigen Wohnungsbau dagegen haben der Balkon und die Loggia schon wegen des Fehlens von „Eigentumsgärten" eine gewisse Berechtigung.

Obwohl das Typen-Einzelhaus in größerer Zahl in einem Ort sich auch in monolithischer Bauweise im Taktverfahren rationell errichten läßt, sollte man aber doch wie bei den LPG-Hauswirtschaften das Doppelhaus vorziehen. Es ergibt günstige Baumassen und eine Konzentration der Außenanlagen. Man darf nicht große Baukörper mit hohen Baukörpern verwechseln. Ein Dielenhaus ist ein großer, massiger Baukörper. Er hat ein steiles Dach und die Breite verhält sich zur Höhe wie 1,25:1. Die Neubauten in einem Dorf sollten solchen Häusern in ihrer Form ähnlich sein.

Es scheint mir unbedingt notwendig, die von Architekt Poß apostrophierten Wohnansprüche zu präzisieren.

Zum Begriff der Tageslicht- oder Eßdiele ist auch einiges zu sagen. Wir liegen im Augenblick mit unserem Durchschnitt Wohnfläche Person etwas über dem europäischen Durchschnitt. Da zur Senkung der Baukosten neben vielen anderen auch die Reduzierung der Raumgrößen auf ein normales Maß mit beitragen kann, muß man diesen Faktor besonders beachten und jede Überdimensionierung vermeiden. Die Wohnräume müssen sich für den jeweiligen Zweck gut möblieren lassen (DIN 18011) und den Bedingungen entsprechen, die an Wohnräume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen vorgesehen sind, gestellt werden.

Eine klare Funktionstrennung innerhalb der Wohnung wird selbstverständlich befürwortet.

Der Grundsatz, eine Dreiraumwohnung als kleinste Wohneinheit anzusehen, ist unbedingt abzulehnen. Ein Blick in das statistische Jahrbuch der DDR gibt darüber Aufschluß.

In der DDR gibt es etwa:

20,5 Prozent 1-Personen-Haushalte
30,5 Prozent 2-Personen-Haushalte
23,5 Prozent 3-Personen-Haushalte
14,5 Prozent 4-Personen-Haushalte

89,0 Prozent 1 bis 4-Personen-Haushalte

Man erkennt den Schwerpunkt und kann daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen. Die Zweizimmerwohnung hat unbedingt den Vorrang vor allen anderen Wohnungsgrößen.

Der im Heft 3/57 gebrachte Grundrißvorschlag für ein Achtfamilienwohnhaus soll nun kritisch betrachtet werden. Die sogenannte Wohndiele ist im jetzigen Stadium des Bauens ökonomisch nicht vertretbar. Die Wohnfläche/Bett wird dadurch so hoch getrieben, daß sie weit über dem europäischen Durchschnitt liegt. Der erzielte Nutzeffekt steht in keinem Verhältnis zum Aufwand. Die Transport- und Arbeitswege zwischen Eßplatz und Küche sind zwar sehr kurz; aber diese Tatsache allein rechtfertigt nicht die Propagierung dieser Wohndiele, die außerdem nicht beheizbar ist.

Die Küche ist für ländliche Verhältnisse zu klein. In einer ländlichen Küche muß infolge der etwas anders gearteten Küchenarbeiten Arbeitsplatz für 2 Personen vorhanden sein. Die Größe ist ohne Speisekammerfläche etwa 7 bis 8,5 m². An den hier dargestellten Küchen, die alle keine einheitlichen Abmessungen haben, ist außerdem das Fehlen der Hängeschränke (Oberschränke) über dem Arbeitsbereich der Spüle, der Ablage und der Arbeitsplatte zu bemängeln, denn die Hängeschränke bringen erhebliche arbeitstechnische und innenwirtschaftliche Erleichterungen.

Das Fehlen einer Speisekammer ist ein großer Mangel; denn die Aufbewahrung von Lebensmitteln über einen längeren Zeitraum ist ohne Speisekammer nicht möglich. Eine geräumige Speisekammer ist ein ländliches Spezifikum und daher bei Planungen unbedingt zu berücksichtigen.

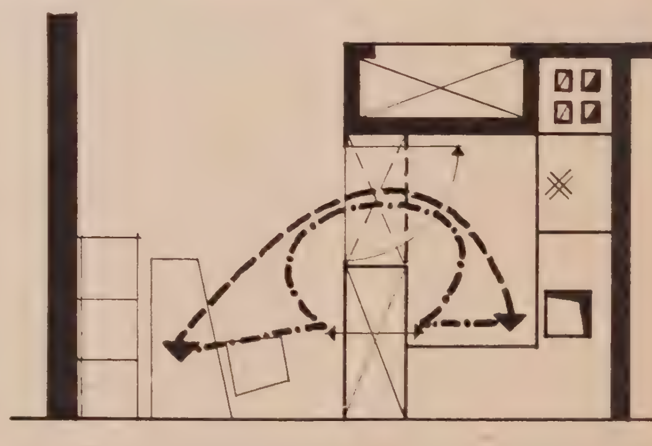
Ein weiteres Merkmal für ländliche Wohnungen ist der Abstellraum. Auch diese Forderung ist bei Befragungen immer wieder festgestellt worden. — Das Fehlen der Abstellräume ist zweifellos ein Mangel, der die Qualität der Wohnungen erheblich mindert.

Das Bad mit WC ist in dem vorliegenden Entwurf stark überdimensioniert. Eine Größe zwischen 3,5 bis 4 m² wäre angebrachter und ist bei Verwendung von Badewannen von 1,56 bzw. 1,72 cm Länge technisch durchaus durchführbar.

Diese Wannen haben sich im volkseigenen Massenwohnungsbau gut bewährt. — Die Lage der Wohnräume zum Bad-WC ist sehr günstig und ergibt kurze Verkehrswege.

Die Schlafzimmer für Eltern und Kinder

Im vorliegenden Fall wird in den Elternschlafzimmern das Kinderbett vermißt. — Durchbauöfen zwischen Eltern- und Kinderschlafzimmer sind nicht als Optimallösung anzusehen, da der Schallschutz nicht gewährleistet und bei Flachrostfeuerung die Heizfläche nicht ausreicht. Für Elternschlafzimmer muß



Wege in einer Küche mit Durchreiche

Bei angenommenem neunmaligen Begehen ergeben Hin- und Rückweg einen Weg, bei dem die Speisen durch die Durchreiche transportiert werden, von einer Länge von etwa 31 km im Jahr. Der Weg jedoch, bei dem die Speisen die Durchreiche nicht passieren, hat eine Länge von nur etwa 22 km im Jahr.

—.—.—.—.—.— Der Weg bei Benutzung der Durchreiche
— — — — — — Der Weg ohne Benutzung der Durchreiche

an bei stationären Keramiköfen etwa 00 m² und für Wohnzimmer 5,00 bis 00 m² Heizfläche annehmen.

ei transportablen Öfen mit Sturz- und teigezug verringert sich die Heizäche um etwa die Hälfte.

ie Kinderzimmer sind im Durchschnitt u klein. Es ist kein Platz für Schränke nd Regale vorhanden. Eine Größe von 2,00 m² würde den Forderungen entprechen (DIN 18011).

ur zwei Wohnungen an ein Treppenaus zu legen, ist ökonomisch nicht ertretbar. Diese Maßnahme mit der rhaltung „der Ruhe und des Friedens" zu begründen, ist nicht stichhaltig. In städtischen Familienhäusern wohnen oft zwölf und mehr Familien an einem Treppenhaus.

Die Größe der Küche ist bereits behandelt worden. Es bleibt nur noch die Inneneinrichtung!

Die Annahme, daß die Durchreiche in vorliegendem Fall arbeitserleichternd wirkt, ist irrig. Das zweimalige Aufnehmen und Absetzen der Speisen wirkt erschwerend und kompliziert den Ablauf der Arbeiten im Komplex Kochen-Essen. Eine kleine Skizze soll das veranschaulichen (Seite 282).



Baustoff Glas

Dr.-Ing. P. Beyersdorfer
und
Architekt BDA A. Pohl



n wichtiger und billiger Baustoff, dem e Bauwelt in der Deutschen Demoatischen Republik noch zu wenig Bechtung schenkt, ist das Glas. Allein as Tafelglas gibt soviel Anwendungsöglichkeiten, daß es von Wert ist, sich amit einmal kurz zu befassen.

ensterflächen beeinflussen unsere chitektonische Gestaltung. Die naürliche Beleuchtung, d. h. große Fenerflächen, die Licht und Luft in die nzelnen Wohnräume bringen, gehört um gesunden Wohnen. Durch große ensterflächen wird der Mensch in einer Wohnung noch besser mit der atur verbunden, wie auch die gärtnesche Gestaltung bei den Wohnblöcken azu beiträgt.

ie natürliche Beleuchtung und sonnige eleuchtung sollen vor allem auch für nsere neuen Schulen, in denen unser achwuchs herangebildet wird, gelten. ür die oberen Scheiben der Fenster ird lichtbrechendes Glas verwendet, m eine Blendung zu vermeiden. lles ist immer auf die Verbesserung er Behaglichkeit auch in Schulen ausrichtet. Stehen Klassenzimmer ebenrdig mit einer Terrasse in Verbindung, önnen Glastüren zum Kippen angerdnet werden, damit die jungen Menchenkinder zur warmen Jahreszeit it der Natur besser verbunden sind.

useen erhalten ihre natürliche Beuchtung durch Scheindecken, die wischen Ausstellungsraum und Dach nzuziehen sind. Bei Theaterbauten ann das Foyer durch natürliche Bechtung und richtige Anwendung des lases architektonisch besonders herusgehoben werden, während bei Sportallen die übliche Verwendung von Fenern durch Glasbausteine zu ersetzen t. Dadurch wird der Baustoff Holz für ndere Zwecke frei. Für die Belüftung nd besondere Lüftungsflügel anzurdnen. Die natürliche Beleuchtung urch die Anordnung von großen Fenern ist auch eine Voraussetzung für en modernen Krankenhausbau. Der rchitekt kann so durch die richtige ahl des Glases bereits zu einem Teil ur Gesundung der Kranken beitragen. er Operationssaal mit seinen Nebenumen erfordert besondere Beachtung.

ie Fenster gewähren durch die Wahl er richtigen Glassorte eine zuverlässie, natürliche Belichtung. Zur Wandvereidung im Operationssaal sind Glaslatten zu bevorzugen. Wo es möglich t, wird über dem Operationstisch och eine Decke von Glasstahlbeton orgesehen. Für unsere Krankenhäuser, anatorien und Erholungsheime muß ei Glas und vor allem das richtige las zur Gesundung der Menschen verendet werden.

In Laboratorien tragen Fenster mit Schwingflügel zur guten Belüftung und Entlüftung bei. Aus praktischen Gründen werden die Tischplatten im Labor gern in Glas ausgeführt. Glaswände können in Ganzglas hergestellt werden. Die Anwendung der Glasfaser bei Rohrisolationen hat sich sehr gut bewährt. In Banken und Sparkassen geben Glasstahlbetondächer dem Kassenraum die natürliche Beleuchtung, die für alle unsere Arbeitsräume unbedingt zur Gesunderhaltung des Menschen zu fordern ist. In besonderen Fällen können noch Scheindecken eingezogen werden, die dem Raum eine gute Lichtstreuung bringen.
Bei der Projektierung und späteren Ausführung von Läden kann Glas innen und außen in den verschiedensten Arten verwendet werden. Ganz besonders ist auch auf das Reflexlicht in Schaufenstern zu achten. Der moderne Hotelbau erfordert die große Glasscheibe im Schwingflügel der Fenster, wie in Windfängen und Eingangshallen. Auch bei Großgaragen ist die natürliche Beleuchtung nicht wegzudenken.

Die Decken der Hallen im Bahnhofsbau können in Glasstahlbeton ausgeführt werden, wodurch eine natürliche Belichtung geschaffen wird, die keinerlei Unterhaltung bedarf. Die Rotunden für die Lokomotiven können beispielsweise als ein auf Säulen ruhendes Schirmdach ausgebildet werden. Die äußere Umfassung ist mit lichtstreuendem Glas geschlossen.
Die landwirtschaftlichen Bauten dürfen hier ebenfalls nicht vergessen werden, denn durch die richtige Anwendung des Glases wird zur Sicherstellung unserer Ernährung beigetragen. Bei Lebensmittel-Lagergebäuden muß die richtige Wahl des Glases getroffen werden. Sonnenschutzglas und Gartenklarglas nehmen neben anderen Spezialgläsern eine besondere Rolle ein.
Industriebauten erhalten ihre natürliche Beleuchtung durch Fenster, Dachoberlichte in der geneigten Dachfläche, Laternen und Sheds. Von dem zur Verwendung kommenden Glas wird eine gute Lichtstreuung gefordert. Dabei ist jedoch Rücksicht auf die einzelnen Industriezweige zu nehmen. Es kommt demnach eine Glasart zur Verwendung, die lichtstreuend oder materialschützend ist oder auch beide Eigenschaften vereinigt. In besonderen Fällen kommt dann wieder ein Sonnenschutzglas zur Anwendung. Es kann an das Glas auch die Anforderung gestellt werden, daß es wärmetechnisch gut ist. Alle diese Fragen sind vom Architekten zu klären.
Bei der Bestimmung der notwendigen Fenstergröße, die ein Achtel bis ein Zwölftel der Grundfläche des einzelnen Raumes betragen soll, ist nicht an eine natürliche Beleuchtung gedacht, ganz abgesehen von der Lichtminderung, die bei einfachen Fenstern mindestens 29 Prozent und bei Doppelfenstern mindestens 36 Prozent der Fensterfläche beträgt. Das Holzwerk der Fensterrahmen und Fenstersprossen kann allein rund 20 Prozent der Fensteröffnung betragen. Ein Lichtverlust von etwa 2 Prozent wird durch die Aufsaugung des Glases selbst erzeugt. Die Absorption des Glases hat ihre Ursache in dem leichten Farbton, welchen das Glas aufzuweisen hat. Durch die Reflexion der Lichtstrahlen tritt dann eine weitere Lichtminderung von 3,5 Prozent für jede Oberfläche des Glases ein. Bei einem einfachen Fenster ist demnach der Verlust 2 mal 3,5 = 7 Prozent und bei dem Doppelfenster sogar 2 mal 3,5 mal 2 = 14 Prozent. Mit zunehmendem Lichteinfallswinkel steigt der Reflexionsverlust noch ganz erheblich an, so daß die Lichtminderung durch Reflexion von 7 Prozent bzw. 14 Prozent gering angesetzt ist. Dazu kommt als Lichtminderung noch die Verschmutzung der Fensterscheiben. Durch Verschmutzung können allein bis zu 50 Prozent der Fensterfläche Lichtverluste eintreten. Auch eine saubere aber gebrauchte Scheibe bringt bereits eine Lichtminderung.

Änderungsvorschlag zur Berechnung der Fenstergrößen

Eine eingehende Aussprache im Bund Deutscher Architekten über die Berechnung der Fenstergrößen wird vorgeschlagen. Danach sollte dem Ministerium für Bauwesen empfohlen werden, die Fenstergrößen von einem Achtel bis einem Zwölftel auf ein Sechstel bis ein Zehntel der Grundfläche der einzelnen Räume als Mindestfläche eines Fensters festzusetzen.

Damit ist die Verwendung der großen Scheibe verbunden, die folgende Vorteile zeigt:

1. großzügige Architektur,
2. Verringerung in der Lichtminderung durch den Wegfall von Fenstersprossen und Fensterrahmen,
3. Einsparung des Baustoffes Holz für andere Zwecke je m² Fensterfläche 0,004 m³ — für die gesamte DDR gesehen ein wichtiger Faktor an Holzeinsparung,
4. die Verwendung einer großen Scheibe ersetzt nicht die Abänderung der Berechnung der Fenstergrößen.

Bereits bei der Projektierung eines Baues wird bedächtig das Problem gewälzt, wie der Neubau gegen Wärme und Kälte sowie in bezug auf Akustik zu planen ist. Dabei spielen die Glasfaser mit ihren einzelnen Erzeugnissen und unser neuer Baustoff Schaumglas eine bedeutende Rolle. Zur Isolierung der Decken werden Glasfasermatten, Glasfasermatratzen und lose Glaswolle neben den Erzeugnissen des Schaumglases verwendet. Die Decke wird dabei wie bei einem schwimmenden Estrich behandelt. Da bei unserer Querwand-Bauweise die Umfassungen in der Längsrichtung keine Deckenlasten aufzunehmen brauchen, kommen wir für diese Wände der Paneel-Bauweise näher. Die Wände bestehen dabei aus zwei Schalen mit Zwischenraum, der die Schaumglasmatte zur Isolierung enthält.

Billiger und besser bauen ergibt sich aus der Verwendung des richtigen Glases an der richtigen Stelle und der Ausnutzung einer Maximalscheibengröße, um großen Verschnitt zu vermeiden.

In der DDR ist ein „Fachausschuß Glas" im Werden, der dann dem Architekten manchen Dienst leisten wird. Den Ausspruch:

„Nütze das Tageslicht und baue mit Glas"

sollte sich jeder Architekt zu eigen machen.

TAGUNGEN UND VORTRÄGE

Die Teilnehmer der 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik richten an alle Bauschaffenden der Deutschen Bundesrepublik folgenden Aufruf:

Bauschaffende Westdeutschlands!

Wir sind von tiefer Sorge über die politische Entwicklung Westdeutschlands erfüllt. Die Monopolherren und Militaristen haben die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Positionen an sich gerissen, bauen Westdeutschland zu einer Angriffsbasis gegen die friedliebenden sozialistischen Länder aus und bedrohen damit auch die Deutsche Demokratische Republik.

Die Spaltung unseres Vaterlandes vertieft sich immer mehr. Unterstützt durch die amerikanischen Imperialisten ist die Adenauer-Regierung dabei, in Westdeutschland Raketenstützpunkte anzulegen. Sie versucht, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu verhindern. Sie will den Rapacki-Plan, der von allen friedliebenden Menschen begrüßt wird, zum Scheitern bringen und eine Gipfelkonferenz, die der Entspannung der internationalen Lage dient, hintertreiben.

Auf unserer 2. Baukonferenz beschäftigten wir uns mit der Perspektive der sozialistischen Entwicklung des Bauwesens und den großen Bauaufgaben unseres zweiten Fünfjahrplans für das Bauwesen in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir berieten über den schnellen Aufbau unserer Städte und Dörfer, über neue fortschrittliche Baumethoden und über Maßnahmen zur Erleichterung der körperlich schweren Arbeit.

Bei uns gibt es keine Ausbeutung durch die Baukonzerne!

Bei uns gibt es keine arbeitslosen Bauarbeiter!

Bei uns ist das Volk der Bauherr!

Deshalb können und werden wir die großen Wohnungsbauvorhaben rascher durchführen und schneller unsere dem Frieden dienenden industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsstätten errichten.

Unsere Arbeit kommt den Werktätigen und unseren Kindern zugute und soll ihnen ein glückliches Leben gewährleisten.

Das ist nur im Frieden möglich.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß auch die Werktätigen Westdeutschlands den Frieden wollen. Gemeinsam tragen wir eine große Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und müssen deshalb auch gemeinsam handeln, damit die deutschen Militaristen nicht zum dritten Male einen Krieg entfesseln können, der uns alle mit Vernichtung bedroht und die Werke zerstört, die durch unsere Hände geschaffen wurden.

Bauschaffende Westdeutschlands!

Fordert einen Volksentscheid über eine atomwaffenfreie Zone in Europa, damit der Frieden erhalten werde!

Macht Schluß mit der Atombomben-Politik Adenauers! Nieder mit dem Militarismus! Tretet für eine Konföderation beider deutscher Staaten ein!

Schafft die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, damit die Kriegsgefahr gebannt, der Frieden gefestigt und die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland geschaffen werden können!

Die Teilnehmer der 2. Baukonferenz
der
Deutschen Demokratischen Republik

2. Baukonferenz der DDR

Berichte über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Komplexes Bauen

Die Erfahrungen aus dem Baugeschehen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die gestellten großen Aufgaben auf dem Gebiet des gesamten Bauwesens ohne ein komplexes Bauen nicht lösbar sind. Das komplexe Planen, Projektieren und die komplexe Durchführung des Baus ist zur Sicherung der sozialistischen Entwicklung auf dem Gebiet des Bauwesens unerläßlich geworden.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, brachte auf dem 33. Plenum des Zentralkomitees bereits sehr deutlich die Forderung nach dem komplexen Planen zum Ausdruck und verlangte, daß endlich das durchgeführt wird, wovon schon jahrelang gesprochen wird.

Auf der 2. Baukonferenz stand die Frage des komplexen Bauens mit im Mittelpunkt der Referate, der Diskussionen und der Beschlußfassung. Unter Beteiligung von über 150 Delegierten beschäftigte sich am zweiten Konferenztag die Arbeitsgruppe „Komplexes Bauen" eingehend mit den vielseitigen Problemen. Das jedem Teilnehmer übermittelte Diskussionsmaterial war von einer Kommission unter Leitung von Herrn Professor Collein erarbeitet worden. Der vorliegende Entwurf für die notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiet des komplexen Bauens zeigt in übersichtlicher Gliederung klar die Wege und Voraussetzungen zur Realisierung des „komplexen Bauens" auf.

Aus der Analyse des derzeitigen Zustandes und der neuen Aufgabenstellung wurden die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen für die Arbeitsgebiete:

Perspektivplanung,
Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung,
Vorplanung,
Projektierung,
Baudurchführung,
Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaften.

In seinen einleitenden Worten stellte Professor Collein heraus, daß die notwendige städtebauliche Ensemblebildung größerer Baugebiete, die Typenprojektierung und die Mechanisierung und Industrialisierung des Bauwesens wesentliche, bestimmende Faktoren für das komplexe Bauen und dessen wirtschaftliche Durchführung sind. Für das „komplexe Bauen" sollte folgende allgemeine Begriffsbestimmung gelten: „Das komplexe Bauen ist eine Forderung, die sich aus der gesellschaftlichen Aufgabenstellung für das sozialistische Bauen, aus der sozialistischen Planwirtschaft, aus der im Sozialismus möglichen Industrialisierung des Bauwesens und aus der Zielsetzung des sozialistischen Städtebaus ergibt.

Das komplexe Bauen ist die Vorbereitung und Durchführung aller Baumaßnahmen eines Bauprogramms, das auf Grund seines Umfanges, seiner Zweckbestimmung, seines Standortes und der Organisation der Baudurchführung eine Einheit bildet."

Eine weitgehende Einschränkung einzelner, voneinander unabhängiger Bauvorhaben ist zugunsten einer Zusammenfassung der Bauprogramme zu größeren Komplexen notwendig. Es gilt, mit dem geringsten Aufwand an Mitteln, Material und Arbeitskraft den höchsten Nutzeffekt zu erzielen. Die Beauftragung eines Hauptprojektanten und eines Hauptauftragnehmers ist ebenfalls unerläßliche Voraussetzung. Dabei kann es sich um örtlich konzentrierte Bauvorhaben, wie Wohnkomplexe, Hochschulkomplexe, Industriekomplexe, MTS- und LPG-Anlagen oder auch um Bauvorhaben handeln, die zu Serien zusammengefaßt sind oder bei denen beispielsweise eine planmäßige Lückenbebauung eines Stadtteils durchgeführt wird.

Die Durchsetzung des komplexen Bauens erfordert eine gründliche Vorbereitung, insbesondere auf dem Gebiet der Perspektivplanung, der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, der Vorplanung und der globalen Finanzierung, nach den Methoden einer langfristigen Planung.

Entsprechend der Forderungen der 1. Baukonferenz war eine Richtlinie für komplexe Projektierung ausgearbeitet worden, die ihren Niederschlag in der Anordnung über komplexe Projektierung vom 8. Dezember 1955 fand. Die Anordnung war aber unzureichend und konnte nicht den gewünschten Erfolg bringen, weil sie nur das Teilgebiet der Projektierung umfaßte und nicht das gesamte komplexe Aufgabengebiet von der Perspektivplanung bis zur komplexen Baudurchführung. Auch fehlten konkrete Festlegungen hinsichtlich der Verantwortlichkeit und der Finanzierung.

Die sich immer wiederholenden Klagen, auch der Bauarbeiter draußen auf der Baustelle, im Hinblick auf den oftmals unkontinuierlichen und sporadischen Bauablauf haben letzten Endes ihre tiefere Ursache in der mangelnden Perspektive und Vorplanung, das heißt auch in dem Mangel einer bestätigten, längere Zeiträume umfassenden Aufgabenstellung und deren zielstrebigen Durchführung.

Die unter Leitung des Kollegen Pisternik geführte Diskussion war sehr rege und zeigte in aller Eindringlichkeit die notwendige schnelle Lösung der bestehenden Probleme auf. Nicht unbegründet entspann sich gerade zu der Frage der Perspektiv- und Gebietsplanung eine rege Aussprache mit den Vertretern der Plankommission, bei der seitens der Delegierten vor allem eine klare Trennung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche sowohl auf der Bezirksebene als auch zur zentralen Ebene sowie ein entsprechender zeitlicher Vorlauf in der ökonomischen Perspektivplanung gefordert wurden. Das Fehlen realer und bestätigter Perspektivpläne ist der Durchführung einer geordneten Bauplanung hinderlich und führt zu falschen Standorten und Fehlplanungen und damit auch zu Fehlinvestitionen.

Der Schwerpunkt der gebietsplanerischen Tätigkeit liegt — und diese Meinung wird auch von der Staatlichen Plankommission geteilt — in vollem Umfang in den Bezirken, das heißt, die eigentliche gebietsplanerische Koordinierung und Projektierung werden in den Bezirken durchgeführt, wobei eine Arbeitsteilung derart vorgesehen ist, daß die ökonomische und technisch-organisatorische Arbeit bei der Wirtschaftskommission des Bezirkes, die technisch-gestalterische Arbeit bei dem Bezirksbauamt beziehungsweise der angeschlossenen Abteilung für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung liegen.

Die Aufgaben und die Abgrenzung der Verantwortlichkeit zwischen dem Bezirksbauamt und der Planungsgruppe bei der Wirtschaftskommission sind gemäß den Schlußfolgerungen durch eine Arbeitsordnung zu regeln. Dabei ist davon auszugehen, daß die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung auch weiterhin organisatorisch eine Einheit bilden. Nach einem in der Diskussion vorgebrachten Vorschlag wäre eine Grobverteilung des Aufgabengebietes — in Maßstabszahlen ausgedrückt — so denkbar, daß das Arbeitsgebiet der vornehmlich ökonomischen und koordinierenden Untersuchung der Planungsgruppe bis zum Maßstab 1 : 25000 reicht, die Arbeiten der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung vornehmlich im Bereich der Planausarbeitungen in den Maßstäben 1 : 25000 bis 1 : 1000 liegen und die Hochbauprojektierung etwa vom Maßstab 1 : 500 an beginnt. Besondere Bedeutung kommt der sorgfältigen Vorplanung zu, die auf der Grundlage der Perspektivplanung und der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung für komplexe Bauprogramme über mehrere Jahre hinweg zu entwickeln ist. Zur Herbeiführung einer allseitig abgestimmten und koordinierten Vorplanung als bindende Grundlage für die Beschlüsse der örtlichen Räte werden für die Aufgaben der komplexen Plangebiete bei den örtlichen Organen jeweils Arbeitsgruppen gebildet. Diese Arbeitsgruppen führen eine eingehende Begutachtung der Vorplanungsergebnisse durch. Die Delegierten vertraten ferner die Auffassung, daß sodann die Bestätigung der Vorplanung nicht wie vorgeschlagen durch eine neue Investkommission, sondern vielmehr durch den Wirtschaftsrat beim Rat des Bezirkes erfolgen sollte. Auch die komplexen zentralen Planungen, die im Bezirksbereich durchgeführt werden, sind künftig dem Wirtschaftsrat des Bezirkes zur Stellungnahme und Überprüfung auch in bezug auf ihre Einordnung vorzulegen.

Auf alle Fälle muß eine Komplizierung des Verfahrensweges vermieden werden, um zu einer rechtzeitigen Baudurchführung zu gelangen.

Die Vorschläge für die Projektierung und Baudurchführung der komplexen Vorhaben fanden im wesentlichen die grundsätzliche Billigung der Delegierten. Es ist jedoch notwendig, eine Anzahl Detailfragen hinsichtlich der komplexen Finanzierung und der Bauleitung noch gründlich zu klären. Im Interesse einer wirtschaftlichen Projektierung, Bauvorbereitung und Durchführung sollen die bestätigten Typen und Typenserien jeweils über mehrere Jahre Gültigkeit haben und keinesfalls kurzfristig außer Kraft gesetzt oder verändert werden. Derartige Änderungen wirken sich nachteilig auf die Projektierung und für die Baubetriebe aus und führen zu wirtschaftlich nicht vertretbaren Umstellungen auch in den Baustoffbetrieben.

Bei dem großen Anteil am Gesamtwohnungsbauprogramm sind AWG-Bauten in die Wohnkomplexe mit einzugliedern. Dabei ist eine neue Form der Eigenleistungen, die bei der industrialisierten Bauweise nicht unmittelbar an der Baustelle abgeleistet werden, zu finden. Die Eigenleistungen könnten durchaus im Rahmen der Steigerung der Bau- und Baustoffkapazität, aber auch auf dem Gebiet des Tiefbaus erbracht werden.

Es ist in der Zukunft notwendig, daß die Arbeiter - Wohnungsbau - Genossenschaften von der bisher üblichen Streubebauung abgehen. Im Interesse des komplexen Bauens wäre es richtig, wenn die Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften sich zu Baugemeinschaften mit einheitlicher Bauleitung und späterer gemeinsamer Grundstücksverwaltung zusammenschlössen. Nachdrücklich wurde auch darauf hingewiesen, daß zur Bewältigung dieser vielseitigen Aufgaben, besonders auch für die Perspektiv- und Gebietsplanung, die Heranbildung entsprechender Kader besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, ebenso wie der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen für die komplexen Planungen.

Die auf Grund der Aussprache von der Redaktionskommission überarbeiteten und ergänzten Schlußfolgerungen des Entwurfes fanden die einmütige Billigung aller anwesenden Delegierten. Zweifellos werden sich vor allem in der Praxis noch viele Fragen ergeben, die im Hinblick auf das komplizierte, sehr verflochtene und die verschiedensten Fachgebiete berührende Geschehen im komplexen Plangebiet zu koordinieren und zu lösen sind.

Es sei nur auf den notwendigen Vorlauf im Straßenbau, im stadttechnischen Ausbau, an die zum Teil über das Plangebiet hinaus notwendigen Folgemaßnahmen und deren Finanzierung sowie auf die termingerechte Bereitstellung der Baustoffe als wichtigstes Schlüsselglied zur Realisierung der Bauvorhaben hingewiesen.

Die 2. Baukonferenz und das Ergebnis der Diskussion in der Arbeitsgruppe haben eindeutig gezeigt, daß die Durchführung des komplexen Bauens keinen Aufschub mehr duldet, und daß die vorgeschlagenen Maßnahmen schnellstens, umfassend und ohne bürokratische Erschwernisse durchgeführt werden müssen, um die bereits im Rahmen des zweiten Fünfjahrplanes gestellten Aufgaben im Interesse des sozialistischen Aufbaus unserer Republik zu erfüllen. Dr. Riehl

Arbeitsgruppe Typenprojekte, Typenwohnungen und Nachfolgeeinrichtungen

Die bautechnische Typung bildet eine wichtige Grundlage für die Industrialisierung des Bauens und die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Bauwesen. Die weitgehende Anwendung von Typen sichert einen ausreichenden Vorlauf in der Projektierung, schafft exakte Unterlagen für die Planung, ermöglicht die Massenproduktion unifizierter Bauelemente und dient zugleich als Mittel zur technisch-ökonomischen und bautechnischen Vorbereitung des Bauwesens.

Vorstehende Grundsätze waren der Arbeitstagung vorangestellt und bildeten die Grundlage für das Eingangsreferat von Direktor Latus.

Die Typung ist als Gesamtaufgabe zu sehen. Eine isolierte Betrachtung nach funktionell - ökonomischen Gesichtspunkten oder nach städtebaulich-gestalterischen würde dem Wesen der Typung nicht gerecht, da auch die Fragen der Technologie der Baudurchführung und der Arbeitsvorbereitung bereits bei der Ausarbeitung eines Typenprojektes eingehend untersucht und festgelegt werden müssen. Dabei wird durch die Zerlegung der Arbeitsgänge in Teil- und Vorfertigung der Einsatz technischer Mittel erleichtert, die Arbeitsproduktivität durch die Bildung von Spezialbrigaden beträchtlich gesteigert.

Die bautechnische Typung übt einen großen Einfluß auf die technologische Planung aus. Durch die Ausarbeitung von Mustertechnologien soll der Baupraxis wertvolle Hilfe geleistet werden. Die gesamte Typenprojektierung muß komplex betrachtet werden. Wir müssen dabei lernen, die gesamte Deutsche Demokratische Republik als eine Baustelle anzusehen. Gehen wir von diesem Gesichtspunkt aus, werden wir bei allen einzuleitenden Maßnahmen stets den richtigen Maßstab finden und entsprechende Perspektivplanungen und Schwerpunkte aufstellen können.

Welche wichtigen Maßnahmen müssen von uns durchgeführt werden? Als Grundlage ist der Perspektivplan der Typenprojektierung aufzustellen, in dem auf Grund der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgabenstellung und unter Beachtung der Nomenklatur der Typenprojekte sowohl die Anzahl und Reihenfolge als auch die Typungswürdigkeit der einzelnen Baukategorien festgelegt werden. Erst aus diesen Untersuchungen ergibt sich im Gegensatz zur bisherigen Praxis, in der die Festlegung der Typenprojekte mehr oder weniger zufällig war, die konkrete Typeneignung. Das Ziel müssen dabei das fertige Typenprojekt und die Typenreihe sein.

Zwischenformen wie Typensegmente, Sektionen, Typengrundprojekte und Wiederverwendungsprojekte sollten nur auf besondere Ausnahmefälle und besondere Baukategorien beschränkt bleiben. Ohne komplexe Typenprojektierung keine Industrialisierung des Bauens, ohne Industrialisierung keine Erfüllung der Aufgaben des Bauwesens!

Die anschließend stattgefundene sehr rege Diskussion zeigte eine Fülle von Problemen, die zu meistern sind und die im wesentlichen aufgeführt werden sollen. Es muß aber vorausgesagt werden, daß alle Teilnehmer der Arbeitsberatung, die sich aus Vertretern staatlicher Stellen, der volkseigenen Projektierungsbüros, der Bauindustrie und der Baustoffindustrie zusammensetzte, sich grundsätzlich für die Typenprojektierung aussprachen und in ihr die wesentliche Aufgabe für die Projektierung in der Deutschen Demokratischen Republik sahen. Es wurde dabei herausgestellt, daß die Typenprojektierung ohne Zweifel zu einer Änderung der bisherigen Entwurfspraxis führt, keinesfalls werden aber an die konstruktive Durchbildung und an die architektonische Qualität weniger hohe Forderungen als bei der individuellen Projektierung gestellt. Die Typenprojektierung verlangt darüber hinaus durch ihre Komplexität, angefangen bei der Planung über die Technologie, städtebauliche Maßnahmen, Projektierung, Bauvorbereitung bis zur Baudurchführung, ein echtes Kollektiv aller Bauschaffenden.

Die Diskussion brachte ferner Klarheit über die Frage: Zentrale Typung oder bezirkseigene Typenprojekte? Dabei bekannten sich die Teilnehmer zur zentralen Typung, weil nur durch eine solche die Industrialisierung des Bauprozesses und die damit verbundene Anwendung unifizierter Massenelemente erreicht werden kann. Die Typenprojekte sollen in den Bezirks- oder Kreisprojektierungsbüros ausgearbeitet, aber zentral angewandt werden.

Welche Probleme ergaben sich im einzelnen?

Es wurde seitens mehrerer Diskussionsredner die Frage nach der Mischung der Wohnungstypen innerhalb der einzelnen Wohnblöcke gestellt, da besonders bei den Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften und bei Wohnungsbauvorhaben in kleineren Orten unbedingt unterschiedliche Wohnungen zu schaffen seien. Die Mehrzahl der Tagungsteilnehmer vertrat hierzu die Auffassung, daß eine Mischung der Typen neben der zusätzlichen Erstellung weiterer Typenreihen nur eine Erschwernis in der Baudurchführung bringt und abzulehnen sei. Lediglich bei kleineren Gemeinden müßten Übergangslösungen gefunden werden. Es wurde vorgeschlagen, bereits bei der Aufstellung der Teilbebauungspläne die Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften einzuschalten. Die Industrialisierung des Bauwesens verlangt auch von diesen Genossenschaften eine Änderung ihrer bisherigen Arbeitsweise. Dabei muß die Frage der Eigenleistung der Bauwilligen auf neuer Grundlage geregelt werden.

Von Bedeutung war ferner die Gültigkeitsdauer der einzelnen Typenprojekte und Typenreihen. Hier wird eine solche von mehreren Jahren gefordert. Da grundsätzlich Wohnungsbauvorhaben nach genehmigten Teilbebauungsplänen durchzuführen sind, wobei bereits Straßenführung und Versorgungsleitungen vor Beginn der Bauarbeiten festzulegen und auszuführen sind, würde eine Änderung der einzelnen Typenreihen besondere Schwierigkeiten bringen, da derartige Teilbebauungen nicht innerhalb kürzester Frist durchgeführt werden können.

Es wurde ferner von den Vertretern der bauausführenden Betriebe hervorgehoben, daß eine Umstellung der Typen in kürzeren Zeiträumen den einzelnen Betrieben viel Geld koste und die Arbeitsproduktivität an der Baustelle und in der Vorfertigung hemme. Experimente und Änderungen sollten künftig nur bei Versuchsbauten durchgeführt und erprobt werden.

Weiter wurde die Forderung erhoben, die Anzahl der Bauelemente herabzusetzen und nur die in den Katalog aufzunehmen, die tatsächlich hergestellt werden. Hierzu wurde festgestellt, daß bereits im jetzigen Bauelementenkatalog ausgewählte Elemente für die Massenproduktion vorhanden sind. Dadurch sei eine Verbilligung dieser Elemente möglich; bei Fenstern ist bereits eine Verbilligung von 18 Prozent erreicht worden.

Zur Frage der besonderen regionalen Bedingungen wurde betont, daß grundsätzlich außer der örtlichen Anpassung an das Baugelände eine bautechnische Anpassung nicht erfolgen solle, daß aber Ausnahmefälle, so zum Beispiel die Frage der Dachneigung in der Rhön, im Thüringer Wald oder in den Ostseegebieten, einer besonderen Prüfung bedürfen.

In der Regel aber müssen Typenprojekte voll verbindlich sein. Es wurde ferner verlangt, Typenfestpreise zu schaffen. Hierzu erklärte Kollege Latus, daß durch das Ministerium für Bauwesen bereits Fertig- beziehungsweise Höchstpreise veröffentlicht werden sollten, daß die Drucklegung sich jedoch verzögert habe, aber in Kürze mit der Herausgabe zu rechnen sei.

In bezug auf die Typung von Nachfolgeeinrichtungen und die übrigen gesellschaftlichen Bauten wurde darauf hingewiesen, daß sich die Arbeit bisher in der Hauptsache auf die Schaffung von Grundlagen beschränkt habe. Es liegen zwar auch einige Typenprojekte für gesellschaftliche Bauten vor, beziehungsweise sie sind in Bearbeitung, wie zum Beispiel Kinderkrippen, Kindergärten, kleinere Schulen, Schulergänzungsbauten, Landambulatorien, Feierabendheime und Wohnheime für medizinisch-technisches Personal. Erforderlich ist aber die Typenprojektierung der gesellschaftlichen Bauten auf Grund der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung, wobei besonders die Typung von Nachfolgeeinrichtungen im Wohnkomplex dringlich sei und in kürzester Frist zu erfolgen habe. Es sollten vor oder gleichzeitig mit Beginn der Bauarbeiten die Nachfolgeeinrichtungen errichtet werden, die während der Bauzeit als Unterkünfte für die Bauarbeiter oder als Lagerräume dienen können. Aus Kreisen der Projektanten der volkseigenen Entwurfsbüros kam die Forderung nach der Typung von Rinderoffenställen. Wenn dies auch nicht unbedingt zum Beratungspunkt der Arbeitsgruppe gehörte, so wurde der Frage jedoch Nachdruck verliehen und eine entsprechende Empfehlung an die Baukonferenz gegeben.

Als letzter Schwerpunkt stand die Methode der Typenprojektierung zur Diskussion. Hier wurde besonders seitens der bauausführenden Betriebe die Forderung erhoben, sich in der Darstellung der Bau- und Ausführungszeichnungen größtmöglicher Einfachheit und Übersichtlichkeit zu befleißigen. Stücklisten müssen unabhängig von den Zeichnungen aufgestellt werden, Numerierungen sollten durchgehen und jede Nummer nur einmal erscheinen. Den Bauschaffenden sei es manchmal nicht leicht, sich in der Vielzahl der Kringel und Kreise zurechtzufinden. Dazu wurde festgestellt, daß bereits ein entsprechendes Musterprojekt angefertigt worden ist, in dem diese Forderungen berücksichtigt sind und das jetzt zur Ausführung gelangt. Es soll die Grundlage für die Überprüfung der bisherigen Arbeitsweise bilden.

Genauso wie von den Architekten und Ingenieuren eine höhere Qualität ihrer bisherigen Arbeit zu fordern sei, so müßten sich auch die Werktätigen an der Baustelle und in der Vorfertigung für ihre neue Aufgabe qualifizieren. Dabei kann ihnen durch frei werdende Kräfte in den Projektierungsbüros, die künftig als Bauleiter und Bauführer tätig sein sollen, wertvolle Hilfe geleistet werden.

Es wurde ferner seitens der Teilnehmer vorgeschlagen, ein Lehrbuch herauszugeben, das besonders den Lehrkräften an den Hoch- und Fachschulen und den Studenten, aber auch den Projektanten die Grundlage und die Methode der Typenprojektierung vermitteln sollte. Ein solches Lehrbuch ist bereits in Bearbeitung. Es soll Ende des Jahres 1958 druckfertig vorliegen.

Von den Teilnehmern wurde noch auf die Schaffung entsprechender Möbel, insbesondere komplettierungsfähiger Möbel, für die neuen Typenwohnungen und auf die Dringlichkeit der Bearbeitung der Fragen des Ausbaus hingewiesen.

Am Schluß der Arbeitsberatung wurde einstimmig der Entwurf einer Empfehlung der Arbeitsgruppe an die 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik angenommen. Hier wurden unter anderem Vorschläge unterbreitet für

die Erarbeitung wissenschaftlicher und methodischer Grundlagen der Typenprojektierung,

Ergänzung des Sortiments der Typenprojekte des Wohnungsbaus,

die Typung der Folgeeinrichtungen des Wohnkomplexes,

die zentrale Entwicklung der Typenbauelemente und Durchsetzung ihrer Anwendung,

die Ausarbeitung von Mustertechnologien und

die Kontrolle der Anwendung der Typenunterlagen. Sachs

Arbeitsgruppe Großblock- und Großplattenbauweise

In der Untergruppe Großblock- und Großplattenbauweise der Arbeitsgruppe Industrielles Bauen wurde von fast 100 Mitarbeitern aus Bau-, Baustoff- und Entwurfsbetrieben sowie aus Forschungs- und Entwicklungsinstituten über die wichtigsten Maßnahmen zur vermehrten Anwendung der Großblock- und Großplattenbauweise beraten.

Einleitend wurden von Dipl.-Ing. Fuchs vom Ministerium für Bauwesen in einem Grundsatzreferat die wichtigsten Probleme der Industrialisierung des Bauwesens erläutert. Er wies besonders darauf hin, daß für die Errichtung von 50000 Wohnungen in Großblockbauweise im Jahre 1960 unbedingt neue Fertigungskapazitäten zu schaffen sind. Besondere Bedeutung kommt dem Aufbau von Fertigungsanlagen nach dem Prinzip der Stasaanlage zu, da in solchen Fertigungsanlagen die Elemente mit einem sehr geringen Arbeitsaufwand vollmechanisiert hergestellt werden können. Um die Anwendung der Großblockbauweise in allen Bezirken steigern zu können, muß die Planung erheblich verbessert werden. Nur durch eine zweckmäßige Planung können die Voraussetzungen für die breiteste Anwendung der industriellen Bauweisen geschaffen werden.

Der Referent warnte vor der Anwendung der Schüttbauweise, die von einigen Bezirken propagiert wird, da diese Bauweise im Wohnungsbau bei einem gesamt-volkswirtschaftlichen Vergleich gegenüber der Großblock- und Großplattenbauweise immer im Nachteil bleiben wird. Er stellte abschließend fest, daß zur vermehrten Anwendung der industriellen Baumethoden die Produktion von bestimmten Baustoffen gesteigert werden muß, daß durch den Maschinenbau die erforderlichen Baumaschinen und Aggregate zur Verfügung zu stellen sind, und daß die Typenprojektierung soweit zu verbessern ist, daß eine Massen- und Serienfertigung der Elemente möglich ist.

In der sich anschließenden Diskussion wurde von den Vertretern der verschiedensten Betriebe und Institute zu den von Dipl.-Ing. Fuchs in seinem Referat aufgeworfenen Problemen Stellung genommen.

Unter anderem wurde von Professor Lewicki erneut die Forderung gestellt, bei den Montagebauweisen Vorfertigung, Transport und Montage in eine Hand zu legen, da durch eine solche Maßnahme die günstigsten Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Bauablauf gegeben werden. Im Zusammenhang mit dieser Forderung wies Professor Ledderboge darauf hin, daß für bestimmte Spezialelemente wie zum Beispiel Schornsteinformteile eine zersplitterte Fertigung in vielen kleinen Werken falsch ist. Es ist anzustreben, solche Fertigteile nur in wenigen hochqualifizierten und spezialisierten Werken herzustellen, um die Einhaltung der Gütebestimmungen zu gewährleisten. Vom Kollegen Felz aus Neubrandenburg wurde die Frage gestellt, ob bei der gesteigerten Anwendung der Großblockbauweise die Versorgung der Herstellerbetriebe mit leichten Zuschlagstoffen gesichert ist.

Durch die unterschiedlichen Kosten der Leichtzuschlagstoffe ist nicht an jedem Ort die Gewähr für eine Kostensenkung bei Anwendung der Großblockbauweise gegenüber den traditionellen Bauweisen gegeben. Es ergibt sich deshalb die Frage, ob die gesteigerte Anwendung der Großblockbauweise richtig ist. Gewöhnlich werden die Baupreise, und zwar die Preise der traditionellen Bauweisen, mit den Preisen der industriellen Bauweisen verglichen. Dabei ist zu beachten, daß bei einigen der für die traditionellen Bauweisen verwendeten Baustoffe die Preise staatlich subventioniert sind, während bei den industriellen Bauweisen für die Baustoffe die tatsächlichen Preise verrechnet werden. Richtig ist aber nur ein Vergleich der volkswirtschaftlich notwendigen Kosten und des Arbeitsaufwandes der verschiedenen Bauweisen. Leichte Zuschlagstoffe stehen zur Zeit in ausreichender Menge zur Verfügung, und durch die Schaffung neuer Kapazitäten wird auch bei einer gesteigerten Anwendung der industriellen Bauweisen die Belieferung der Herstellerwerke gesichert. Das führte Dipl.-Ing. Fuchs als Antwort auf die Frage von Kollegen Felz aus, um die Richtigkeit der vermehrten Anwendung industrieller Baumethoden zu begründen.

Kollege Ritter von der Bau-Union Gera wies in seinem Diskussionsbeitrag darauf hin, daß der Vergrößerung des Anteils der industriellen Bauweisen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung zukommt. Da in Zukunft nicht mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, das Bauvolumen jedoch wesentlich zu steigern ist, müssen alle Möglichkeiten für die Anwendung der Großblock- und Großplattenbauweise ausgeschöpft werden.

In einer großen Zahl von Diskussionsbeiträgen wurden Vorschläge für die Anwendung der Großblock- und Großplattenbauweise auch auf der Bezirksebene, die Verbesserung der komplexen Projektierung und Typenprojektierung, die Möglichkeiten zur Schaffung neuer Kapazitäten für leichte Zuschlagstoffe und eine ganze Anzahl anderer Vorschläge gemacht.

In den bereits vor der Konferenz allen Mitarbeitern zugestellten Empfehlungen der Untergruppe Großblock- und Großplattenbauweise sind die meisten der gemachten Vorschläge bereits enthalten gewesen, so daß, um zu konkreten Vorschlägen zu gelangen, die Besprechung der Empfehlungen Punkt für Punkt erforderlich wurde. Bei der Besprechung der Empfehlungen wurde zu den einzelnen Punkten von verschiedenen Mitarbeitern Stellung genommen. Es ergaben sich insgesamt gesehen nur unwesentliche Änderungen, die in der Endfassung der Empfehlungen berücksichtigt wurden. Die Empfehlungen, die in das Baudokument aufgenommen werden, schaffen nach Bestätigung durch den Ministerrat alle Voraussetzungen für die gesteigerte Anwendung der Montagebauweisen. Wenn die in den Empfehlungen vorgesehenen Maßnahmen von allen beteiligten Stellen unbürokratisch und schnell durchgeführt werden, ist die Errichtung von 50000 Wohnungen im Jahre 1960 in Großblock- und Großplattenbauweise möglich, und der Bevölkerung unserer Republik kann der so dringend benötigte Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Häusler

Arbeitsgruppe Staatlicher, genossenschaftlicher und individueller Wohnungsbau

Auf Grund des Gesetzes über den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. Januar 1958 nimmt der Wohnungsbau eine besondere Stellung in dem Investitionsprogramm ein.

Bis zum Jahre 1960 wird er in verstärktem Maße weiter gefördert. Um jedoch möglichst schnell den durch die beiden Weltkriege und die Vernachlässigung des Massenwohnungsbaus in der Zeit der kapitalistischen Herrschaft entstandenen Wohnraummangel zu beseitigen und jeder Familie eine Wohnung zu geben, müssen wir auch in den darauffolgenden Jahren in verstärktem Maße Wohnungen bauen. Um diese Entwicklung in den nächsten Jahren voranzutreiben, haben sich die Bauschaffenden verpflichtet, alles daran zu setzen, daß ab 1960 jährlich mindestens 100000 Wohnungen gebaut werden können. Da die Erfüllung dieser Aufgabe von realen Voraussetzungen unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Lage abhängig ist, hat sich die 2. Baukonferenz mit den vielen und zum Teil recht umfangreichen Problemen des Wohnungsbaus auseinandergesetzt.

Die Arbeitsgruppe hat sich insbesondere mit der Wirtschaftlichkeit des Wohnungsbaus, der breiten Anwendung industrieller Methoden und der sparsamen Verwendung der zur Verfügung stehenden Baustoffe befaßt. Da die bisherigen Methoden und gesetzlichen Bestimmungen sich vorwiegend auf der Grundlage der Einzelobjekte und der traditionellen Bauweisen entwickelt haben und daher zum Teil ein Hemmnis für die weitere Entwicklung des industriellen Bauens bedeuteten, hat die Arbeitsgruppe eine Reihe von Vorschlägen für die Neuregelung der Vorbereitung und der Durchführung des staatlichen, genossenschaftlichen und individuellen Wohnungsbaus ausgearbeitet.

Die Anwendung der Typen als wichtige Forderung zur Entwicklung des gesamten Wohnungsbaus

Um eine bessere Arbeitsvorbereitung und Spezialisierung der Baustoffindustrie zu erreichen, muß die Forderung nach der Anwendung einheitlicher Typen in allen Eigentumsformen des Wohnungsbaus ohne jegliche Ausnahme durchgesetzt werden. In der Diskussion wurde Übereinstimmung erzielt, daß bei der Aufstellung des Wohnungsbauplanes 1959 nur noch die Typenserien TW 58 und IW 58 als Grundlage zu verwenden sind, einschließlich der noch bis Ende Mai dieses Jahres herauszugebenden Typenunterlagen für die Ein- und Eineinhalb-Zimmerwohnungen.

Es wurde gefordert, daß diese Typen für längere Zeit Gültigkeit haben müssen. Weiterhin wurde empfohlen, auf der Grundlage der in diesen Typen enthaltenen Elemente die bestehenden Serien durch Sektionen mit verbesserten Raumbeziehungen zu ergänzen.

Die ab 1. Januar 1958 gültigen Typen für den traditionellen und industriellen Wohnungsbau gewährleisten, daß bei Anwendung eines entsprechenden Verteilungsschlüssels die festgelegte durchschnittliche Wohnfläche von 55 m² auf jeden Fall eingehalten werden kann. Diese Zahl von 55 m² beruht auf den vorhandenen Möglichkeiten der Bau- und Baustoffproduktion und entspricht der durchschnittlichen Größe der Haushalte in der Deutschen Demokratischen Republik von 2,63 Mitgliedern je Familie. Sie ist als Grundlage für die Planung des Wohnungsbedarfes anzunehmen. Dabei ist es die Aufgabe der örtlichen Organe der Staatsmacht, diese Durchschnittsgröße entsprechend der tatsächlichen Familienzusammensetzung der AWG-Mitglieder zu differenzieren, und die Aufgabe der Vorstände der AWG, durch eine richtige Mitgliederwerbung zu einer solchen Zusammensetzung der Genossenschaft zu kommen, die die Einhaltung der Durchschnittsgröße garantiert.

Zum Fragenkomplex staatlicher Wohnungsbau

Im Wohnungsbau bestand bisher keine einheitliche Auffassung darüber, welche Kosten zu den Baukosten einer Wohnung gehören. Das hat dazu geführt, daß die Kosten für Erschließung und Folgeeinrichtungen oft aus Mitteln des Wohnungsbaus finanziert wurden. Dadurch sind die Baukosten für eine Wohnungseinheit von Jahr zu Jahr scheinbar erheblich gestiegen, wodurch sich ein unreales Bild über die Entwicklung des Wohnungsbaus und den Einsatz der für den Wohnungsbau bereitgestellten Mittel ergibt. Um diesem abzuhelfen, wurde festgelegt, daß die Baukosten für den Wohnungsbau die Gesamtbaukosten für die Wohnfläche einschließlich der Treppenhäuser, der Keller, des Dachgeschosses, und sonstiger Gemeinschaftseinrichtungen in den Wohnhäusern, die zur Nutzung durch den Mieter auf Grund des Mietsverhältnisses bestimmt sind, also die Baukosten, umrissen durch die Leistungsbereiche L I bis IV, einschließlich Kosten für Ausrüstungen, Projektierung und Bauleitung umfassen sollen.

Nach Herbeiführung der Trennung der Baukosten im Wohnungsbau von den Kosten für Erschließung und Folgeeinrichtungen ergibt sich die Frage, auf welche Weise letztere finanziert werden sollen. Die Mittel für die Erschließungsarbeiten und Folgeeinrichtungen müssen im Rahmen der Vorplanung durch die einzelnen Planträger geplant werden. Nach Bestätigung dieser Planmittel sind sie dem Investträger für Wohnungsbau zu übergeben. Dadurch wird gewährleistet, daß sowohl die Mittel für den Wohnungsbau als auch für die Folge- und Erschließungsmaßnahmen zweckgebunden verwendet werden. Der Investräger rechnet diese Mittel gesondert ab.

Im Rahmen der komplexen Planung und Projektierung der Wohnhäuser sollen grundsätzlich gesonderte Einkaufs- und Versorgungszentren vorgesehen werden. Soweit in den Städtebebauungsplänen durch Beschluß festgelegt ist, daß zum Beispiel Läden in die Wohnhäuser eingebaut werden sollen, müssen entsprechende Mittel durch den zuständigen Planträger geplant und dem Investträger für Wohnungsbau zwecks Durchführung des Gesamtbauvorhabens übergeben werden. Als Berechnungsgrundlage soll der Kubikmeter umbaute Raum gelten.

Bisher herrschte Unklarheit darüber, bis zu welchem Umfange die geplanten Grünanlagen aus Wohnungsbaumitteln finanziert werden sollen. Das hatte auch zur Folge, daß Mittel für Grünanlagen nicht immer zweckgebunden verwendet wurden. Damit mit dem Wohnungsbau auch die Grünanlagen errichtet werden können, sind entsprechende Mittel schon bei der Vorplanung einzuplanen und die Grünanlagen im Rahmen der Baudurchführung durch den Investräger für Wohnungsbau auszuführen. In der Diskussion wurde Übereinstimmung erreicht, daß alle Grünanlagen, mit Ausnahme der im Leistungsbereich L II bezeichneten Teile, als selbständige Investitionen zu behandeln sind.

Die komplexe Bauvorbereitung und komplexe Zusammenfassung der Investitionsbauleitungen wurde von der Arbeitsgruppe begrüßt. Es wurde die Notwendigkeit betont, daß die Hauptaufgaben des Bauamtes in der Koordinierung aller Baumaßnahmen im Kreis und in der Stadt einschließlich der AWG liegen und daß es notwendig ist, sämtliche Investitionsvorhaben in einem Komplex von einer Bauleitung durchführen zu lassen.

Planträger für Wohnungsbau wird der Rat des Kreises beziehungsweise der Stadt. Die örtlichen Räte beauftragen die VEB Kommunale Wohnungsverwaltung mit der Durchführung der Aufgaben des Investitionsträgers für den volkseigenen Wohnungsbau. Durch die Wohnungsverwaltungen sind keine eigenen Investitionsbauleitungen zu bilden, sondern diese Aufgaben sind den dem Bauamt unterstehenden Kreisbauleitungen beziehungsweise bei größeren Aufgaben den Entwurfsbüros zu übertragen. Bei der Durchführung dieser Aufgaben sollten die Räte der Bezirke von der Qualifikation der Entwurfsgruppen sowie der Kompliziertheit der Aufgaben ausgehen und zweckmäßige Lösungen anstreben.

Zum Fragenkomplex Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften

Um den AWG die Durchführung ihrer Bauvorhaben zu erleichtern, wurde festgelegt, sämtliche Folgeeinrichtungen aus dem genossenschaftlichen Wohnungsbau herauszunehmen. Sie sind in den Einkaufs- und Versorgungszentren oder im staatlichen Wohnungsbau unterzubringen. Sollte auf Verlangen einzelner Planträger ein Einbau von Folgeeinrichtungen erfolgen, ist die Finanzierung durch den betreffenden Planträger zu übernehmen.

Der Anteil des genossenschaftlichen Wohnungsbaus am Gesamtwohnungsbau steigt in einem derartigen Maße, daß eine Einbeziehung in das komplexe Bauen unabdingbare Forderung ist. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses kleiner AWG zum Zwecke der komplexen Baudurchführung, der Bildung sozialistischer Wohnkomplexe und des industriellen Bauens wurde bestätigt. Dieser Zusammenschluß muß jedoch auf freiwilliger Basis und erst nach ausführlicher und überzeugender Darlegung der Notwendigkeit und der Vorteile erfolgen. Vor allem ist es notwendig, die unkontrollierte Neubildung kleiner und nicht entwicklungsfähiger AWG zu unterbinden. Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß auf Grund der größeren Aufgabenstellung für die AWG und der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie notwendig ist, die AWG-Bewegung auf eine breitere Basis zu stellen.

Zur Frage der Bauleitung der AWG wurde festgestellt, daß durch die beim komplexen Bauen und der Industrialisierung auftretende Notwendigkeit, die Leitung des Baus von nur einer Bauleitung durchführen zu lassen, nicht mehr die Möglichkeit besteht, die Bauleitung den AWG zu überlassen.

Es kann aber dafür eine wirksame Arbeiterkontrolle durch die Mitglieder der AWG organisiert werden.

Bei der industriellen Bauweise ist die Möglichkeit der Erbringung der manuellen Eigenleistung in der bisherigen Form nicht mehr gegeben. Bei der durch Zusammenschluß entstandenen großen AWG sollte ein Büro gebildet werden, das unter anderem auch die organisatorischen Arbeiten für die Durchführung der manuellen Eigenleistungen übernimmt. Dazu gehören: Absprachen mit dem Kreis- oder Stadtbauamt über die geeigneten Objekte und Festlegungen im Bauleistungsvertrag. Für die manuelle Eigenleistung der Genossenschaftler können folgende Möglichkeiten ausgenutzt werden:

1. Erbringung der manuellen Eigenleistungen am eigenen Wohnungsbauvorhaben gemäß Absprache mit dem zuständigen Bauamt unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des Einzelfalles
2. Mitarbeit bei den Investitionsvorhaben im Bereich der AWG (Erdarbeiten für Erschließung, Straßenbau, Grünanlagen)
3. Mitarbeit bei beliebigen anderen Investitionsvorhaben, die vom Kreis- beziehungsweise Stadtbauamt festzulegen sind
4. In den Baustoffbetrieben nach Abstimmung mit dem zuständigen Bauamt und Betrieb
5. Zusätzliche Produktion von Materialien für den Wohnungsbau in den Trägerbetrieben nach Bedarfsabstimmungen mit dem Bauamt
6. Bei Vorhandensein von Möglichkeiten, die Eigenleistung ganz oder teilweise am Bauvorhaben zu erbringen, hat der Baubetrieb nicht das Recht, dies abzulehnen.

Zum Fragenkomplex individueller Wohnungsbau

Als eine Notwendigkeit zur Sicherung des gesamten Wohnungsbauprogrammes wurde die Frage der Fabrikation von Fertigteilen für den individuellen Wohnungsbau, also für die Ein-, Zweifamilien- und Reihenhäuser, behandelt. Gerade in dieser Form des Wohnungsbaus gibt es eine große Zersplitterung der Arbeitskraft und eine sehr lange Bindung an die einzeln verstreuten Bauvorhaben. Darüber hinaus kommt das vorhandene Material unwirtschaftlich zur Anwendung. Es muß also auch hier die Forderung stehen, die Bauvorhaben des individuellen Eigenheimbaus zu konzentrieren, um zu gewissen, wenn auch kleinen Komplexen zu kommen und die industriellen Methoden anzuwenden. Gerade diese Bauten lassen sich sehr gut vorfabrizieren, so daß mit verhältnismäßig wenig Arbeitskräften die Montage durch „fliegende" Brigaden erfolgen kann.

Von der Arbeitsgruppe wurde in Erkenntnis dieser Notwendigkeit vorgeschlagen, daß die Deutsche Bauakademie einen entsprechenden Forschungsauftrag erhält und sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt.

Die Entwicklung des individuellen Eigenheimbaus im Rahmen des Arbeiterwohnungsbaus sollte dahin gelenkt werden, daß unter Beibehaltung des derzeitigen Prozentsatzes am Gesamtwohnungsbau der größere Teil des Eigenheimbaus auf dem Lande erfolgen sollte. In den Städten ist der Anschluß an eine vorhandene AWG möglich.

Für alle Formen des individuellen Wohnungsbaus wurde vorgeschlagen, Typen einzuführen. Vom Institut für Typung müssen allerdings noch die fehlenden materialsparenden Typen auf der Grundlage der Normelemente ausgearbeitet und als verbindlich eingeführt werden.

In den Bebauungsplänen ist das Gelände für Reihenhaussiedlungen, mindestens aber für Doppelhäuser, auch auf dem Lande auszuweisen. In begründeten Fällen sollte mit Zustimmung des Kreis- oder Stadtbauamtes der Bau von zweigeschossigen Eigenheimen mit einer Einliegerwohnung entsprechend den Kreditbestimmungen des Ministeriums der Finanzen gestattet werden, jedoch nur dann, wenn getrennte Kreditanträge gestellt werden, beide Kreditnehmer Eigentümer des Gebäudes werden und der Verkauf der Einliegerwohnung an den anderen Eigentümer nicht zulässig ist.

Die Arbeit in dieser Arbeitsgruppe und auch die Beratungen an den anderen Tagen der Baukonferenz haben bewiesen, daß die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mit großem Interesse an dem Geschehen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus teilnimmt. Darum war es möglich, eine Reihe von wichtigen Festlegungen, die sich aus den bisherigen Erfahrungen ergaben, zu treffen und so dem Ministerium für Bauwesen und dem Ministerrat ein brauchbares Material für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in die Hand zu geben.

Lewitzky

Arbeitsgruppe Ländliches Bauen

Den bedeutenden Aufgaben des ländlichen Bauens, die in den Referaten auf der Konferenz hervorgehoben und in der vom Plenum der Konferenz angenommenen Entschließung unterstrichen wurden, war im Rahmen der Durchführung der 2. Baukonferenz die Beratung der Arbeitsgruppe Ländliches Bauen gewidmet.

Ausgangspunkt der Beratungen, an denen mehr als 160 Vertreter von LPG

und MTS, von Kreisbaubetrieben und örtlichen Organe, der Parteien und Massenorganisationen sowie der zentralen Institutionen des Bauwesens in regen und lebhaften Diskussionen teilnahmen, waren die Beschlüsse des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Die Erfüllung dieser großen volkswirtschaftlichen und bedeutenden politischen Aufgabe stellt besondere Anforderungen an das Bauwesen. Die sozialistische Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert die Schaffung moderner Produktionsstätten der sozialistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe, die ihrerseits wieder dem gesamten Dorf einen neuen Stempel aufprägen. Um aber nur die dringend benötigten Produktionsstätten schaffen zu können, ist eine Steigerung der Bauleistungen von 1957 bis 1960 auf 172 Prozent notwendig. Die Diskussionen in der Arbeitsgruppe zeigten eindeutig, daß die baulichen Aufgaben auf dem Dorfe nicht nur eine fachliche, sondern eine zutiefst politische Frage sind. Das wurde nachdrücklich bei der Diskussion um die Aufgaben der Dorfplanung aufgezeigt. Aus der großen Anzahl der in der Arbeitsgruppe behandelten Fragen können in einem kurzen Beitrag nur einige Schwerpunkte berührt werden.

Der Bau von Offenställen

Der Offenstall in seiner zweckmäßigen, den Erfordernissen der Tierhaltung und Arbeitswirtschaft angepaßten Ausbildung ist eine moderne, fortschrittliche Stallform für Milchvieh und Jungvieh. Er bedarf einer sorgfältigen Planung und vollen Ausrüstung mit allen notwendigen Einrichtungen, insbesondere eines Melkstandes zur hygienischen Gewinnung der Milch. Bei durchdachter Ausbildung und Anwendung moderner, leichter Konstruktionen kann der Offenstall mit bedeutend geringerem Arbeitsaufwand und geringeren Kosten errichtet werden.

Als Empfehlung der Arbeitsgruppe wurden folgende wesentliche Punkte aufgestellt:

- Außer der in Arbeit befindlichen Anfertigung von baureifen Unterlagen für die Melkstände müssen bis zum 1. Juli 1958 der Praxis eine Reihe von Typenunterlagen für Offenställe für das Baujahr 1959 zur Verfügung gestellt werden. Dabei muß auf den Erfahrungen mit den älteren bestehenden und mit den neuen Vorschlägen von Offenställen in den einzelnen Bezirken aufgebaut werden.
- In der baulich-konstruktiven Ausbildung der Offenställe muß der heute vorhandene bedeutende Holzverbrauch durch holzsparende und vorgefertigte Konstruktionen gesenkt werden. Unter besonderer Beachtung der Offenställe müssen dem ländlichen Bauen solche modernen Baustoffe wie Wellasbestzement und gegebenenfalls Aluminium in größerem Umfange zur Verfügung gestellt werden. So soll mindestens die Hälfte der jährlichen Produktion an Wellasbestzement dem ländlichen Bauen gesichert sein.
- Bei der Standortwahl und Errichtung der Offenställe hat vor allem der Bezirk Potsdam unbürokratisch die vorgesehenen Bauten begonnen. Das Beispiel Potsdam, das das Offenstall-Bauprogramm durch Patenschaftsverpflichtungen und freiwillige Hilfe zu einer Sache der ganzen Bevölkerung machte, muß verallgemeinert und den anderen Bezirken und Kreisen zur Nachahmung empfohlen werden.

Der Forschung und Entwicklung werden durch dieses Programm große und dringliche Aufgaben gestellt, insbesondere gilt es, die praktischen Erfahrungen auszuwerten, um zu besseren und günstigeren funktionellen und konstruktiven Lösungen zu gelangen.

Die Dorfplanung

In der Dorfplanung tritt die enge Verbindung zwischen politischen, wirtschaftlichen und baukünstlerischen Fragen besonders eindeutig hervor. In den Dorfbebauungsplänen werden die Perspektive der Entwicklung und das künftige Gesicht des neuen sozialistischen Dorfes niedergelegt sowie die Umgestaltung des Dorfes planerisch dokumentiert. Deshalb kann und darf die Aufstellung von Dorfbebauungsplänen keine Ressortangelegenheit des Baus sein, sondern eine Gemeinschaftsangelegenheit der Gemeinden und Kreise der LPG und MTS, der gesamten Bevölkerung mit den Dorfplanern. Um diesen hohen Anforderungen gerecht zu werden, wurde empfohlen:

1. Die Perspektivplanung auf lange Sicht, insbesondere die räumliche Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion und die Gliederung des ländlichen Raumes, muß Ausgangspunkt der Dorfplanung werden.
2. Da die vorhandenen Entwurfskräfte der Dorfplanung nicht ausreichen, muß durch systematische Kaderausbildung und Qualifizierung Abhilfe geschaffen werden. Vorerst muß das Schwergewicht der Arbeit der Dorfplaner, und zwar zur Vermeidung falscher Standortbestimmungen und Fehlinvestitionen, auf die Aufstellung von Flächennutzungsplänen und nur vereinzelt auf Beispielpläne für komplexe Dorfbebauung gelenkt werden.
3. Bei Ausarbeitung der Dorfbebauungs-, Teilbebauungs- und auch der Flächennutzungspläne muß der wirtschaftlichen Nutzung der vorhandenen Bausubstanz für die Zwecke der sozialistischen Großwirtschaft weit stärker als bisher Beachtung geschenkt werden.

Die Typenprojektierung

Es wurde festgestellt, daß durch die Projektierungsbüros im Auftrag des Instituts für Typung die Forderung der 1. Baukonferenz, der Landwirtschaft ausreichende Typenprojekte zur Verfügung zu stellen, im wesentlichen erfüllt wurde, daß aber ein entschiedener Kampf gegen die Verfälschung der Typenprojekte zu führen ist. Heute ist es eine Hauptaufgabe der Typung, durch Vereinfachung und Entkomplizierung der Technologie und des Bauaufwandes zu zweckmäßigen und billigen Bauten zu gelangen.

1. Zusammen mit der Ergänzung der Typenliste — entsprechend der immer noch nicht abgeschlossenen Arbeit zur Typennomenklatur — sind alle vorhandenen und zu schaffenden Typenprojekte auf einheitliche, konstruktive und bautechnologische Grundlagen mit den entsprechenden Varianten umzuarbeiten und auch damit die unumgänglich notwendige mehrjährige Gültigkeitsdauer der Typenprojekte zu erzielen.
2. Zur Verringerung des Bauaufwandes sind für den Wohnungsbau auf dem Lande grundsätzlich Zweifamilienhäuser und gegebenenfalls auch mehrgeschossige Häuser zu bauen, die in ihrem Programm den städtischen Wohnungen anzunähern sind.

Die Baubrigaden

Heftige Diskussionen wurden zu den Aufgaben und der Stellung der Baubrigaden der LPG, VEG und MTS geführt. Neben einer Reihe guter Ergebnisse sind auch ökonomisch falsche Entwicklungen, vor allem durch falsche Lohnpolitik, aufgetreten, die zum Teil zu einem Absinken der Baukapazität im Kreis durch Abwerben von Arbeitskräften aus dem staatlichen Sektor des Bauwesens anstelle der Erfassung örtlich vorhandener, aber berufsfremd eingesetzter Baufachleute führten. Um eine solche Entwicklung zu unterbinden, hat zum Beispiel die MTS Glöwen mit dem VEB (K) Baubetrieb einen Vertrag geschlossen, in dem sie sich verpflichtet, ohne Zustimmung der Leitung des Baubetriebes keine Bauarbeiter des Kreisbaubetriebes in die MTS-Baubrigade aufzunehmen.

Als besonders dringlich wurden zwei Maßnahmen erachtet:

1. Für die Baubrigaden muß in kurzer Frist eine Ordnung erarbeitet werden, die den Charakter und die Zusammensetzung, Aufgaben, Rechte und Pflichten, wie zum Beispiel Regreßpflicht, festlegt. In Verbindung damit sind die Finanzierungs- und Entlohnungsfrage sowie die differenzierte Anwendung der Gemeinkostenzuschläge zu klären.
2. Die Leistungsmöglichkeit der Baubrigade muß als Baukapazität in den Volkswirtschaftsplan des Kreises aufgenommen und geplant werden.

Die Fachzeitschrift für das ländliche Bauen

Nochmals wies die Arbeitsgruppe darauf hin, daß die Herausgabe einer eigenen Fachzeitschrift für das ländliche Bauen nach dem Beispiel der UdSSR, der Ukrainischen SSR, der Volksrepublik Polen und der CSR bei dem großen Aufgabenumfang des ländlichen Bauens für unumgänglich notwendig und als sofort in Angriff zu nehmen gehalten wird. Die gleiche Forderung wurde schon auf der 1. Baukonferenz erhoben, bis heute aber noch nicht erfüllt. Diese Zeitschrift soll den Bauschaffenden, den landwirtschaftlichen Betrieben und den örtlichen Organen die Kenntnisse und Erfahrungen in der allgemeinen, fachlichen und politischen Entwicklung auf dem Gebiete des ländlichen Bauens vermitteln und dem Erfahrungsaustausch dienen.

Der zweite Fünfjahrplan stellt dem ländlichen Bauen große, in dem Umfange noch nie dagewesene Aufgaben. Die 2. Baukonferenz erfüllte uns alle mit dem festen Willen, diese Aufgaben zu meistern. Gemeinsam erarbeiteten wir uns den Weg, der uns zeigt, wie wir Bauschaffenden zum Aufbau des Sozialismus auf dem Lande beitragen können.

Lammert

Arbeitsgruppe Ausbau

Die Leitung der Arbeitsgruppe hatte Dipl.-Ing. Schüttauf, Leiter der HA Technik im Ministerium für Bauwesen. Anwesend waren etwa 150 Vertreter der Ausbautechnik, vorwiegend Betriebsleiter und Ingenieure volkseigener Betriebe des Ausbaus und Rohrleitungsbaus aus allen Gegenden der Deutschen Demokratischen Republik; aber auch das Ministerium für Bauwesen und das Forschungsinstitut der Deutschen Bauakademie waren vertreten.

Zweck der Tagung war, gemeinsam eine bereits vorbereitete Empfehlung in allen Einzelheiten zu beraten, die dem Ministerium für Bauwesen für den bis zum 30. April 1958 auszuarbeitenden Beschlußentwurf für den Ministerrat als Unterlage dienen soll.

In einem von Kollegen Schüttauf gehaltenen Referat wurde eine kurze Übersicht über den im Bereich der Ausbautechnik erreichten Entwicklungsstand gegeben.

Daraus geht hervor, daß zur Zeit nur etwa 23 Prozent des vom Ausbau zu leistenden Bau- und Reparaturvolumens von volkseigenen Betrieben durchgeführt werden können. Es ist die Aufgabe, die Leistungskapazität der volkseigenen Betriebe soweit zu stärken, daß sie bis 1960 alle Neubauaufgaben bewältigen können, während den Privatbetrieben die Arbeiten zur Erhaltung des Baubestandes zugewiesen werden.

Als erste Maßnahme zur Erlangung dieses Zieles ist eine strukturelle Neuordnung dieser Betriebe nach den Begriffen Haustechnik — Grobausbau — Feinausbau bereits in der Durchführung begriffen.

Die allgemeine Steigerung des Wohnungsbauvolumens von 60000 Wohnungen 1958 bis zu etwa 100000 Wohnungen 1960 ist selbstverständlich auch für die Ausbautechnik Richtlinie. Der volkseigene Sektor Ausbau muß also nicht nur im Sinne der vorgenannten Kapazitätssteigerung verstärkt werden, sondern zugleich in die Lage versetzt werden, die allgemeine Erhöhung des Neubauvolumens zu bewältigen.

Das bedeutet
eine Steigerung des Leistungsvolumens des volkseigenen Ausbausektors bis 1960 um das Sechs- bis Siebenfache. Diese Steigerung muß mit den zur Zeit vorhandenen Arbeitskräften erreicht werden.

Das bedeutet
im Bereich der ausführenden Betriebe eine entsprechende Steigerung der Arbeitsproduktivität, die nur durch sofortige und erfolgsichere Einführung industrieller Baumethoden beziehungsweise durch Mechanisierungsmaßnahmen zu erreichen ist.

Das bedeutet
zugleich eine entsprechende Steigerung des Produktionsvolumens an Rohstoffen und Zwischenfabrikaten der Ausbautechnik, ebenfalls ohne Erhöhung der Zahl der dort zur Zeit tätigen Arbeitskräfte.

Das bedeutet
weiterhin eine wesentliche Erhöhung der Fabrikation von Hilfsmitteln, Werkzeugen und Maschinen der Ausbautechnik, wobei besonderes Gewicht auf Maschinen zu legen ist, welche die Produktivität erheblich steigern.

Das bedeutet
schließlich eine sofortige Vervielfachung der Lenkungs- und Forschungskader zur beschleunigten Einführung komplexen Bauens und einer kontinuierlichen, über das ganze Jahr gleichmäßig verteilten Errichtung der Neubauten, um die vorhandenen Menschen und die anzusetzenden Maschinen und Vorfertigungsstätten voll auslasten zu können. Eine besonders wichtige Aufgabe fällt hierbei der Normung, Typung und Standardisierung zu. Sie hat die Aufgabe, unter ständiger Erfassung anwendungsreifer Ergebnisse der Forschung und Entwicklung Typenelemente ausbautechnischer Konstruktionen und Ausführungsnormen auszuarbeiten, die mit den verbindlichen Typenprojekten des Wohnungsbaus abgestimmt sein müssen und in ihrer Wesensart die produktivitätsteigernde Wirkung industrieller Vorfertigung beziehungsweise mechanisierter Ausführung enthalten. Dabei ist entscheidend, daß für jede Funktion, für jeden Konstruktionsteil oder jede Gewerkstellaufgabe nur eine oder wenige Lösungen zum Standard erhoben oder zum Typ entwickelt werden, um durch Bildung von Großserien zu rationellen Produktionsmethoden zu gelangen.

Als Beispiel wurde das Arbeitsergebnis eines Kollektivs angeführt, das einen Funktionskern des Bereichs Küche und Bad als Vorbereitung der 2. Baukonferenz entwickelt hat, der unverändert für alle Typengrundrisse, alle Bauweisen und Bauprinzipien anwendbar ist und zugleich die verschiedenen Energiequellenarten erfaßt, die zur Versorgung mit Warmwasser und Kochwärme üblich sind (zentrale Warmwasserversorgung, Gas, Starkstrom und Kohle). Das in dieser Gemeinschaftsarbeit von Vertretern der Forschungsinstitute und ausführenden Betriebe enthaltene Prinzip ist überzeugend klar und die daraus entstandene Universallösung soll so schnell wie möglich angewendet werden.

Die Aufgaben im Bereich des Ausbaus konzentrieren sich auf die folgenden Themen:

1. Sicherung der Baustoff- und Bauelementeversorgung
2. Ausreichende Beschaffung der Maschinen und Hilfsmittel
3. Sicherung der ausreichenden Vorfertigungskapazität getypter Montageelemente
4. Entwicklung der Mechanisierung im Ausbau
5. Typisierung und Standardisierung

Diese Hauptaufgaben und viele zur Sicherung der Zielsetzung des gesamten Bauwesens erkennbare, weitere Aufgaben wurden in einer Empfehlung zusammengefaßt, die folgende Gliederung hat:

1. Maßnahmen zur planmäßigen Stärkung des sozialistischen Sektors im Ausbau
2. Durchsetzung der Industrialisierung im Ausbau
3. Sonstige Maßnahmen zur Verbesserung auf dem Gebiet des Ausbaus
4. Kader

Diese Empfehlung wurde unter lebhafter Beteiligung der Versammelten Punkt für Punkt beraten und durch Hinweise und Schlußfolgerungen aus praktischen Erfahrungen ergänzt. Hierbei stellte sich wieder einmal als Mangel heraus, daß die sehr vielen, in dem Begriff „Ausbau" zusammengefaßten Gewerke es erzwangen, daß die wünschenswerte Gründlichkeit durch summarische Behandlung der Probleme ersetzt werden mußte. Es wäre richtiger gewesen, wenn die bei der Neuordnung der Ausbaubetriebe eingeführte Gliederung nach Haustechnik, Grob- und Feinausbau auch hier zur Anwendung gekommen wäre. Das Ergebnis einer dreigeteilten Beratung wäre dann noch besser gewesen.

Titze

Arbeitsgruppe Ausstattung der Wohnungen

Allein die Tatsache, daß zur 2. Baukonferenz eine Arbeitsgruppe „Ausstattung der Wohnungen" gebildet wurde, erweist die Wichtigkeit dieses Gebietes für den sozialistischen Aufbau. Denn was würde der verstärkte Wohnungsbau der Bevölkerung nützen, wenn für diese Wohnungen nicht zweckmäßige und — dem steigenden Lebensstandard entsprechend — schöne Einrichtungen erhältlich wären?

In seinem einleitenden Referat gab der Leiter der Arbeitsgruppe, Architekt Jordan, einen Überblick über die Aufgaben, die sich aus der Typisierung des Bauwesens und den veränderten Wohnbedürfnissen für die Ausstattung von Wohnungen ergeben. Er stellte fest, daß außer der bedarfsgerechten Bereitstellung von Ausstattungsgegenständen die Erhöhung der von der sozialistischen Gesellschaft geforderten Wohnqualität notwendig ist. Er zeigte dann auf, welche Wege die Forschung, die Entwurfsbüros, der Handel und die Industrie einschlagen müßten, um die gegenwärtige Situation der mangelnden Bedarfsdeckung zu überwinden. Für die einzuleitenden Maßnahmen wurden drei Schwerpunkte genannt: Fragen der sozialistischen Wohnkultur, bedarfsgerechte Warenbereitstellung und bedarfsgerechte Produktion von Ausstattungsgegenständen. Er wies abschließend darauf hin, daß die bisher geübte Praxis nicht ausreichen kann, um den aus dem Wohnungsbauprogramm sich ergebenden Bedarf zu befriedigen und schlug vor, die Schwerpunkte nach kurzen Erläuterungen einzeln zu diskutieren und zu einem vorbereiteten Beschlußentwurf Stellung zu nehmen.

Das Korreferat zu den Fragen der sozialistischen Wohnkultur wurde vom wissenschaftlichen Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie, Architekt Bergner, gehalten. Nach einleitenden theoretischen Erörterungen über den Begriff Wohnkultur, der nicht gleichbedeutend mit Wohnkomfort ist und bei uns die Welt- und Lebensauffassung unserer Menschen widerspiegelt, wies der Referent auf das Ziel hin, die Einheit von konstruktiven, funktionellen, ästhetischen und insbesondere von wirtschaftlichen Faktoren in der Ausstattung unserer Wohnungen zu erreichen.

Die wichtigste Forderung ist die höchstmögliche Gebrauchstüchtigkeit, die offenbar dann erreicht ist, wenn der geringste Arbeitsaufwand beansprucht und das höchste Maß an Bewegungsfreiheit geboten werden. Gerade beim Typenwohnungsbau ist letzteres besonders wichtig. Kollege Bergner kritisierte in diesem Zusammenhang die üblichen platzraubenden Schrankmöbel, die durch Einbauten — auf alle Fälle für Küchen — ersetzt werden müßten. Außerdem sollten aber in genügender Anzahl Einzelmöbel und Ausstattungsgegenstände produziert werden, die den Erfordernissen des Typenwohnungsbaus entsprechen. Da das zur Zeit vorhandene Sortiment weder in Abmessungen noch im Charakter als Einzelmöbeltypen diesen Ansprüchen voll genügt, sind geeignete Entwicklungen vorzunehmen und dafür eine entsprechende Maßordnung festzulegen, die als verbindliche Richtlinie für alle Einbauten, Möbel und Lampen gilt. Hierbei wurde auch auf die notwendige Normung und Typisierung als Voraussetzung für eine erhöhte industrielle Fertigung und die damit verbundene Steigerung der Arbeitsproduktivität hingewiesen. Der staatliche und genossenschaftliche Handel wurden aufgefordert, ihrerseits durch entsprechende vertragliche Bindungen dazu beizutragen, daß nur wirklich gute Erzeugnisse auf den Markt gebracht werden. Nach lebhafter und eingehender Diskussion wurden die Empfehlungen zum Beschluß für das Baudokument zum Schwerpunkt 1 „Sozialistische Wohnkultur" angenommen:

1. Ausarbeitung der als verbindliche Richtlinie geltenden Maßordnung als Voraussetzung für die weitere Typisierung
2. Schaffung von Einbaumöglichkeiten für Schrankraum in Typengrundrissen
3. Einbau von Küchen an der Installationswand als obligatorische Bauleistung. Zusätzliche Kücheneinbauten gleichfalls bauseitig, jedoch auf Kosten des Mieters. Einbau von Schränken für Garderobe in 50 Prozent der für Einbauten geeigneten Wohnungen bauseitig auf Kosten des Mieters
4. Stärkere Beeinflussung der Entwurfspraxis durch den künstlerischen Beirat

Für den Schwerpunkt 2 „Bedarfsgerechte Warenbereitstellung" hat Herr Groß, Abteilungsleiter im Ministerium für Handel und Versorgung, den Standpunkt des Handels dargelegt.

Den Mangel an bedarfsgerechten Ausstattungsstücken glaubt das Ministerium für Handel und Versorgung darin zu sehen, daß die Architekten keine klare Haltung in den Fragen der Gestaltung einnahmen und daß die Hauptverwaltung Möbel beim Ministerium für Leichtindustrie sich nur für die zentralgeleitete Industrie, die nur ein Drittel der Gesamtindustrie ausmacht, verantwortlich fühlte, während die restlichen zwei Drittel in der örtlichen Industrie ohne zentrale Anleitung blieben.

Es wurde die Auffassung vertreten, daß sich im Vergleich zu 1956 das derzeitige Möbelsortiment sehr verbessert habe und daß, wenn die neuen Modelle nicht in den Schaufenstern zu sehen seine, das Teilzahlungssystem und das mangelnde Angebot der Produktion die wahren Ursachen sind. Nach einigen durch Zahlenwerte erhärtete Einzelangaben über Forderungen des Handels an das Ministerium für Leichtindustrie und über mangelnde Erfüllung dieser Forderungen wies Herr Groß die allgemeine Kritik zurück, daß der Handel eine ablehnende Haltung in der Frage eines modernen Möbelsortiments eingenommen hätte.

Durch diese Ausführungen angeregt, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, daß die Industrie nur das produzieren könne, was der Handel vertraglich bindet und das Angebot in den Läden doch deutlich zeige, daß die Erzeugnisse nicht den Bedürfnissen entsprechend zu haben sind. Vom Leiter der Arbeitsgruppe mehrfach auf die Empfehlungen zum Beschluß hingewiesen, wurden die einzelnen Punkte zur „Bedarfsgerechten Warenbereitstellung" wie folgt angenommen:

1. Aufstellung von jährlichen Bezirksbedarfsdeckungsplänen bis 1960 und eines Perspektivbedarfsplanes bis 1965 unter besonderer Berücksichtigung der Einzelmöbel und Einbauten
2. Systematische Kollektionsbereinigung und Sortimentserweiterung
3. Herausgabe von Katalogen von sämtlichen in der Produktion befindlichen Ausstattungsgegenständen
4. Ausschreibung eines Wettbewerbes unter den Bezirken um die bestausgestattete Typenwohnung
5. Ausarbeitung von Vortragsreihen mit Bildmaterial für die Popularisierung
6. Einrichtung von Wohnberatungsstellen

Zum Schwerpunkt 3 „Bedarfsgerechte Produktion von Ausstattungsgegenständen" vertrat Herr Horn, Abteilungsleiter im Ministerium für Leichtindustrie, den Standpunkt der HV Möbel. Er stellte zunächst fest, daß die differenzierten Bedürfnisse unserer Menschen in kultureller Hinsicht durch das veränderte gesellschaftliche Leben in unserer Republik bedingt sind. Darin liegt der qualitative Unterschied unseres Lebens gegenüber dem in Westdeutschland, der sich natürlich auch im Wohnen ausdrückt. Für die Industrie heißt das aber, daß sie nicht schlechthin irgendwelche Erzeugnisse produzieren darf, sondern gerade solche, die diesen neuen Bedürfnissen gerecht werden. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die leitenden Organe des staatlichen Handels ihre Aufgabe erkannt hätten, stellte aber andererseits fest, daß in der praktischen Handelstätigkeit der unteren Organe Widersprüche zu den Erkenntnissen der zentralen Organe bestehen. Er wies dies an einem drastischen Beispiel nach. Das Ministerium für Leichtindustrie hat zwei Hauptaufgaben: die Versorgung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten Gebrauchsgütern und die Akkumulationen für den sozialistischen Aufbau unserer Republik. Deshalb ist der Plan kein Zahlenspiel, sondern das Gesetz unseres Handelns. In diesem Zusammenhang wurde auf die Schwierigkeit der Umstellung der Industrie hingewiesen, die aber wieder nur möglich ist, wenn der Handel die entsprechenden Abschlüsse tätigt. Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die erwünschte Bedarfsdeckung in absehbarer Zeit verwirklicht werden kann, wenn Industrie und Handel sich gemeinsam für die Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen einsetzen. Die HV Möbel wird gemeinsam mit dem Ministerium für Handel und Versorgung die für die Wirtschaft verantwortlichen Leiter der Räte der Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt, Gera und Erfurt zu einer umfassenden Beratung bitten, die das Ziel hat, geeignete Produktionskapazitäten in weitaus größerem Umfange als bisher für die Produktion vor allem von komplettierungsfähigen Einzelmöbeln einerseits und modernen sogenannten Garniturmöbeln andererseits nutzbar zu machen.

Nach diesen Ausführungen beriet die gesamte Arbeitsgruppe die für diesen Schwerpunkt empfohlenen Beschlußentwürfe und nahm folgende Forderungen für Eingliederung in das Baudokument an:

1. Ausschreibung eines Wettbewerbes zur Erlangung mehrerer Typensätze von Einzelmöbeln
2. Festlegung von Standardmaßen in TGL-Vorschriften für Herde, Kühlschränke und andere Küchenausstattungsgegenstände
3. Überprüfung von Teppichmaßen entsprechend den von den Typengrundrissen gegebenen Bedingungen und Umstellung der Produktion auf diese neuen Maße
4. Aufgabe der Fachzeitschriften, für das Gebiet der Wohnungsausstattung auf die Bedingungen des Typenwohnungsbaus, auf die Industrialisierung und auf die Prinzipien einer sozialistischen Wohnkultur einzugehen

Das wichtigste Ergebnis der Tagung der Arbeitsgruppe „Ausstattung der Wohnungen" ist die Erkenntnis, daß eine Befriedigung der in der Perspektive auftretenden Bedürfnisse nur durch eine durchgreifende Industrialisierung der Ausstattungsindustrie möglich ist. Die Industrialisierung ist aber abhängig von der Schaffung von für den Wohnungsbau geeigneten Typen. Die Entwicklung dieser Typen ist zugleich eine hohe kulturpolitische Aufgabe, die mit einem ständigen Kampf gegen westliche modische Einflüsse in der Wohnraumgestaltung verbunden ist.

Abschließend wurde hervorgehoben, daß in gemeinsamer Arbeit von Forschung, Entwurf, Handel und Industrie die uns gestellten Aufgaben gelöst werden können.

Der Leiter der Arbeitsgruppe rief alle auf diesen Gebieten Tätigen auf, dem Beispiel der Bauschaffenden zu folgen und sich zu verpflichten, für die jährlich zu bauenden 100 000 Wohnungen zweckmäßige und schöne Ausstattungsgegenstände in ausreichender Anzahl zu produzieren.

Jordan

Arbeitergruppe Baukostensenkung

Die Arbeitsgruppe wurde von Ing. Hirschfeld geleitet und behandelte querschnittartig Fragen des gesamten Bauwesens.

Die Teilnehmer führten einen umfassenden Erfahrungsaustausch über diesen Fragenkomplex durch. Die Frage der Baustoffproduktion kam jedoch dabei etwas zu kurz, weil sie nur von der Warte der Baubetriebe aus behandelt wurde. Es wäre wünschenswert, in Zukunft Vertreter der Baumaschinen und Bauhandwerkzeuge herstellenden Industrie in diese Arbeitsgruppe zu delegieren, weil die hiermit zusammenhängenden Fragen nicht ausdiskutiert werden konnten.

Einen weiten Raum in der Diskussion, an der sich 44 Kollegen beteiligten, nahmen die Fragen der Preisbildung ein, wobei jedoch eindeutig herausgearbeitet wurde, daß die Baukostensenkung in erster Linie eine Frage der Kosten ist und nicht der Preise.

Im Prinzip kann das Ergebnis der Tätigkeit der Arbeitsgruppe in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

1. Die auf der ersten Baukonferenz festgelegte Losung „Schneller, besser und billiger bauen" ist nach wie vor gültig.
2. Die Baukostensenkung ist nicht nur eine Aufgabe der Bauindustrie, sondern aller am Bau Beteiligten, zum Beispiel der Baumaschinenindustrie, der Baustoffindustrie und der Bauhandwerkzeug-Hersteller.
3. Entscheidend für die Senkung der Baukosten ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität.
   Das ist nicht nur ein fachliches Problem, sondern vor allem auch eine ideologische Aufgabe. Es genügt nicht, technologische und organisatorische Maßnahmen durchzuführen. Es muß auch eine wesentliche Verbesserung des politisch-moralischen Niveaus erreicht werden.
4. Ausgehend von der Tatsache, daß es leichter ist, zum Beispiel eine Tonne Stahl einzusparen als eine Tonne Stahl zu produzieren, ist das Sparsamkeitsprinzip nach wie vor von besonderer Bedeutung.
   a) Die Streu- und Bruchverluste und der gesamte Materialverbrauch sind um mindestens ein Prozent zu senken.
   b) Die Warte- und anderen Verlustzeiten sind bei der Abrechnung klar herauszustellen, damit zu erkennen ist, wo man Veränderungen vornehmen muß.
5. Die Qualität der Baumaschinen einschließlich der Ersatzteile und der Handwerkzeuge ist so zu verbessern, daß sie den Anforderungen der Baustelle gerecht werden.

6. Bei der Preisbildung steht die Ausarbeitung von Festpreisen für das Baunebengewerbe sowie von „Komplexfestpreisen" und von „Pauschalfestpreisen für Typenbauten" im Vordergrund.

In der Diskussion wurde vom Kollegen Berger, VEB Montagebau Berlin, außerdem gefordert, die Bautermine nach der wirtschaftlichsten Bauzeit festzulegen. Dabei ist zu bemerken, daß die kürzeste Bauzeit nicht immer zugleich die wirtschaftlichste ist. Auf einer Baustelle des Betriebes sank im vierten Quartal 1957 auf Grund zu kurzer Termine und einer damit verbundenen Überbesetzung mit Arbeitskräften die Arbeitsproduktivität auf 700 DM pro Bauarbeiter im Monat.

In bezug auf die Arbeitsschutzbestimmungen wies Kollege Berger darauf hin, daß es notwendig ist, sie auf überspitzte Forderungen, die die Bauarbeiten behindern, zu überprüfen.

Kollege Mai vom Entwurfsbüro für Hochbau, Berlin, betonte in seinen Ausführungen, daß die Baukostensenkung nicht nur eine Angelegenheit des sozialistischen Sektors ist, sondern daß auch die Privatbetriebe dazu beitragen müssen.

Neben der allgemeinen Verbesserung der Planung forderte Kollege Liese von der Aufbauleitung Hoyderswerda die Materialplanung und Materialversorgung so zu organisieren, daß eine termin- und sortimentsgerechte Auslieferung gewährleistet ist.

Die LPG-Baubrigaden haben sich, wie Kollege Hamann vom Kreisbaubetrieb Röbel erklärte, teilweise in kleine fliegende Baubetriebe verwandelt, die höhere Löhne beziehungsweise andere Zuwendungen zahlen, die die Bauarbeiter in diesen Brigaden ungerechtfertigt günstiger stellen.

Kollege Albrecht vom Ministerium für Bauwesen erklärte dazu, daß bereits eine Preisanordnung zur Regelung dieser Frage im Entwurf fertiggestellt wurde.

Kollege Falkensteiner vom VEB Bau-Union Cottbus stellte fest, daß die Klein-Mechanisierung in ungenügendem Maße vorhanden ist. Durch Erhöhung des Inland-Anteiles an den produzierten Geräten für die Klein-Mechanisierung sei eine wesentliche Erleichterung der Arbeit und Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen.

Mehrere Teilnehmer wiesen in der Diskussion auf die Bedeutung der ideologischen Arbeit hin und beschäftigten sich eingehend mit der Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs.

Karl-Ulrich Möller

Arbeitsgruppe Wert- und Mengenplanung

Die bisherige Planung der Bauproduktion nach Werten, die den Mangel in sich birgt, nicht auf die konkreten Gebrauchswerte eingehen zu können und damit die vielseitigen Baugewerke und betrieblichen Kennziffern nicht spezifisch ausdrückt, ist nicht geeignet, die Qualität der Planung zu heben und die Erfordernisse der planmäßigen Entfaltung der sozialistischen Baubetriebe mit der Hauptforderung der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu verbinden. Während bei den anderen Industriezweigen die Gebrauchswerte nach Mengeneinheiten relativ einfach erfaßt werden können, ist dies bei der Vielseitigkeit der Bauausführungen im Bauwesen weitaus komplizierter. Deshalb bestand die Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe darin, die Vorschläge zur Verbesserung der Planung zu beraten, wobei es insbesondere darauf ankam, eine solche Lösung zu finden, daß die Planung nicht komplizierter als bisher, sondern besser als bisher, aber verständlich für jeden Werktätigen erfolgen soll.

In der Unterscheidung

1. der volkswirtschaftlichen Planung und
2. der betrieblichen Planung

einigte sich deshalb die Arbeitsgruppe darauf, bei der betrieblichen Planung die Mengenplanung als Hilfsmittel neben der Beibehaltung der bisherigen wertmäßigen Planung einzuführen und die volkswirtschaftliche Planung ebenfalls darauf abzustimmen.

Als Größe für die Mengenplanung wurde nach sehr umfangreicher Diskussion der Kubikmeter umbauter Raum anerkannt. Die Mengenplanung soll vorerst auf den Wohnungsbau für das Jahr 1958 bezogen werden, um bis zur Beendigung des 2. Fünfjahrplans auf den gesamten Hochbau überzugehen. Mit dieser Festlegung werden etwa 45 Prozent des gesamten Bauvolumens neben der bisherigen Wertplanung nach einer Mengenplanung erfaßt.

Die Mengenplanung im Wohnungsbau kann deshalb kurzfristig eingeleitet werden, weil die Typisierung im Wohnungsbau weitgehend vorhanden und angewandt wird und damit die Grundlage für die Mengenplanung bietet.

Der Vorteil der schrittweisen Einführung der Mengenplanung liegt zweifellos darin, daß die bisherige Methode der Planbeauflagung auf der Basis der Produktionserfüllung des Vorjahres und der Erfüllung der Arbeitsproduktivität abgelöst wird und nunmehr die Gewichtung der Bautengruppen, die Gewichtung der Bauweisen, die Art der angewendeten Konstruktion und auch der Grad der Fertigstellung der einzelnen Bauwerke berücksichtigt werden. Das bedeutet allerdings nicht, daß damit keine Entwicklung, insbesondere in der Arbeitsproduktivität zugrunde gelegt wird, weil die Basis des Vorjahres bei der Planung nicht mehr angewendet wird. Vielmehr wird gerade auf Grund der spezifischen Planung eine reale Grundlage zur Entwicklung der Produktivität, wie dies nach der bisherigen Methode

$$\frac{P}{AK} = \text{Produktivität}$$

nicht zum Ausdruck kommen kann, eingeleitet.*

Die Einführung der Mengenplanung im Industriebau wird nach entsprechenden Ausarbeitungen und nach dem Ergebnis der Erfahrungen der nunmehr festgelegten Mengenplanung im Hochbau vorgenommen werden.

Es muß aber bei der Mengenplanung grundsätzlich beachtet werden, daß sie ein Hilfsmittel für die Betriebsplanung darstellt und nach drei Fertigstellungsstufen betrachtet wird. Die Fertigstellungsstufe I umfaßt dabei das Kellergeschoß, und zwar das Fundament bis zur Kellerdecke, die Fertigstellungsstufe II den Abschluß des Rohbaus und die Fertigstellungsstufe III die Ausbauarbeiten.

Bei der Einteilung der Fertigstellungsstufen ist man sich einig geworden, daß sie weiter untergliedert werden sollen, insbesondere im Ausbau, zum Beispiel in Roh-Ausbau und Fein-Ausbau. Viele Meinungen gingen dahin, die Fertigstellungsstufe I in Wegfall kommen zu lassen.

Trotzdem ist die allgemein angewandte monolithische Bauweise bei dem Kellergeschoß schließlich ausschlaggebend gewesen, den vorliegenden Vorschlag anzunehmen und den ersten Schritt zu tun, um daraus Verbesserungen abzuleiten.

Im Prinzip wirkt sich die Mengenplanung sowohl auf die rein ökonomische Betriebsplanung als auch auf die Volkswirtschaftsplanung aus und kann in der jetzigen Form noch nicht als Grundlage der technisch-ökonomischen Planung — wie sie in der operativen Planung eines Betriebes zum Ausdruck kommen muß — dienen. Die Operativplanung des Betriebes wird also gegenüber der ökonomischen Planung des Betriebes Abweichungen haben, die spezifisch auf die betrieblichen Belange abgestimmt sind. Es darf hierbei aber nicht verwechselt werden, daß die Mengenplanung sehr wohl als Hilfsmittel für die Planung der Materialversorgung, nämlich in der verbesserten Anwendung der Materialverbrauchsnormen, bei der Planung der Arbeitskräfte durch die verbesserte Planung der Arbeitsproduktivität wie auch im gewissen Umfang in der Planung der Selbstkosten rein betriebliche Auswirkungen haben muß. Wenn auch der Zeitpunkt noch nicht soweit fortgeschritten ist, daß im gleichen Zusammenhang die Selbstkostenplanung in das Verhältnis zur Mengenplanung gebracht werden kann, so werden doch die Baubetriebe und auch die Projektierungsbetriebe auf Grund der neuen Abrechnung Erfahrungen und neue fortschrittliche Kennziffern ermitteln können.

Als Ergebnis der neuen Planungsmethode nach Mengeneinheiten in der Bauindustrie werden neue Bedingungen geschaffen, die wesentlich dazu beitragen werden, die Industrialisierung des Bauwesens voranzutreiben, sei es in der generellen Durchsetzung des Typenbaus im Wohnungsbau und damit des rationelleren Bauens, sei es in einer besseren Erschließung und Ausnutzung der Produktionskapazitäten und damit einer höheren Rentabilität.

Strobach

Arbeitsgruppe Zement und Bindemittel

Die Untergruppe Zement und Bindemittel führte ihre Beratungen unter Leitung von Herrn Apitzsch vom Ministerium für Bauwesen, HV Zement und Bauelemente, durch.

Teilnehmer dieser Besprechung waren Vertreter von Forschungsinstituten, von Prüfdienststellen des DAMW und von Betrieben zur Herstellung von Bindemitteln. Außerdem waren Vertreter von Betonwerken anwesend.

Während der Beratung wurde immer wieder der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß keine besondere Untergruppe Betonwerke gebildet worden sei. Dadurch war die Besprechung der die Betonwerke betreffenden Fragen nur am Rande möglich. Es wurde deshalb gefordert, daß bei Tagungen ähnlicher Art eine besondere Arbeitsgruppe Beton und Betonwerke gebildet wird.

Zement

Zunächst wurden Produktionsverpflichtungen von Zementwerken bekanntgegeben. Danach will das Werk Rüdersdorf III bei Betriebsaufnahme sofort PZ 475 herstellen statt der bisherigen Sorte PZ 425. Karsdorf I erklärte sich bereit, falls erforderlich, sich sofort auf die Herstellung eines PZ 475 umzustellen.

Vom Institut für Zement in Dessau wurde zum Ausdruck gebracht, daß die vom Deutschen Normenausschuß festgelegte Erhöhung der Zement-Normenfestigkeiten von

225 auf 275, 325 auf 375, 425 auf 475 selbstverständlich möglich sei und in allen Betrieben durchgeführt werden müsse.

Durch das Institut für Zement sind Versuche zur Nachmahlung von Zement vorgesehen. Je nach dem Ergebnis dieser Versuche soll darüber entschieden werden, ob in den Betonwerken der Deutschen Demokratischen Republik Schwingmühlen aufzustellen sind. Durch das Nachfeinen des Zementes wird eine wesentliche Verkürzung der Erhärtungszeit von Beton erreicht und damit die Anwendung von Warmbehandlung und Dampfdruckhärtung in vielen Fällen entbehrlich.

In der Sowjetunion sind, so wurde von dem Teilnehmer einer Delegationsreise berichtet, mit dem Feinstmahlen von Zement sehr gute Ergebnisse erzielt worden. In der Umgebung von Moskau wurden bereits in zehn Betonwerken Schwingmühlen aufgestellt.

Gips und Anhydritbinder

Eingehend gesprochen wurde über den zur Zeit herrschenden Überfluß an Baugips. Es wurde gefordert, daß in größerem Umfang Bauelemente für den Innenausbau aus Gips hergestellt werden, gegebenenfalls mit Schilfeinlage zur Erhöhung der Transportfestigkeit.

Vom Institut für Baustoffe wurde darauf hingewiesen, daß in den Deutschen Normen zahlreiche Vorschläge für Gipsdielen und Gipsplatten enthalten sind. Es ist Aufgabe des Instituts für Typung, aus dieser großen Zahl einige Typen festzulegen und Vorschläge für größere Platten bis zu ganzen Wänden zu machen. Ganze Trennwände können nach dem in Kunzewo bei Moskau angewandten Fließbandverfahren für Platten bis zu 6 m Länge und 7 m Höhe mit rings umlaufenden Holzrahmen und leichter Transportbewehrung hergestellt werden. Vom Institut für Baustoffe wurde außerdem erwähnt, daß die Frage, ob die Verwendung von Trockenputzplatten wirtschaftlich tragbar ist, noch nicht entschieden sei. Es müßte jedoch möglich sein, entsprechende Maschinen für die Fertigung von Trockenputzplatten zu entwickeln. Schließlich wurde als ein weiteres Verwendungsgebiet des Baugipses die Herstellung von Schaum- und Porengipselementen vorgesehen. Derartige Versuchsreihen werden zur Zeit im Institut für Baustoffe durchgeführt.[1]

Für Poren- und Schaumanhydritelemente läuft seit Mitte 1957 bei der Prüfdienststelle Dresden des DAMW eine Zulassungsuntersuchung des VEB Anhydritwerke Niedersachswerfen. Diese Prüfungen werden im Rahmen des Zulassungsantrages für dicke und größere Elemente aus Porenanhydrit durchgeführt. Vorgesehen sind Festigkeiten von 25 kg/cm² und 50 kg/cm². Geplant ist auch die Verwendung für Außenwände. Hierbei ist ein Anstrich zum Schutz gegen Witterungseinflüsse vorgesehen.

Vom VEB Anhydritwerk Niedersachswerfen wurde ferner darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Werk selbst noch umfangreicher Siloraum ungenutzt ist. Die Produktion von Anhydritbindern kann dort mit geringen Investitionsmitteln unter Ausnutzung dieser Silos auf das Doppelte gesteigert werden. Anzustreben ist, daß das Zumischen von Salzen unmittelbar im Anhydritwerk und nicht wie bisher in kleinen privaten Mischanlagen erfolgt. Dadurch würde sich der Preis je t Anhydritbinder von bisher über 90 DM auf unter 50 DM senken lassen.

Der VEB Gipswerk Krölpa wies darauf hin, daß das alte Werk im Frühjahr 1958 seine Produktion einstellt und dadurch Fertigungshallen frei werden. Es ist beabsichtigt, in Krölpa aus dem dortigen Anhydrit-Rohgestein nach dem Aufstellen einer Mahlanlage Anhydritbinder herzustellen und in diesen Hallen Schaumanhydritelemente nach den Vorschlägen des Instituts für Baustoffe herzustellen. Dafür sei aber die Bekanntgabe der Größen für diese Elemente durch das Institut für Typung erforderlich.

Schaumanhydrit als Unterestrich wird vom VEB Ausbau Frankfurt/Oder, Sitz Stalinstadt, gemeinsam mit dem Institut für Baustoffe in großem Umfange in Stalinstadt erprobt.[2]

Es wurde gefordert, daß bei den volkseigenen Ausbaubetrieben besondere Verlegebrigaden für Unterestriche aus Anhydritbinder und Schaumanhydrit und für begehbare Anhydritestriche gebildet werden. Nur so sei die Gewähr für ordnungsgemäße Ausführung gegeben.

Vom Institut für Baustoffe wurde besonders die volkswirtschaftliche Bedeutung der reichen Anhydritvorkom-

* P = Produkion (wertmäßig)
AK = Produktionsarbeiter

[1] Platten aus einer Versuchsproduktion befinden sich in der anläßlich der Baukonferenz umgestalteten Bauausstellung im Stand des Instituts für Baustoffe.

[2] Der genannte Ausbaubetrieb hat in seinem Ausstellungsstand in der Bauausstellung Fußböden mit Schaumanhydritunterestrich unter der Bezeichnung „Stawit" ausgestellt.

men in der Deutschen Demokratischen Republik hervorgehoben. Es sei unbedingt notwendig, diesen „Reichtum" auszunutzen.

Vom Gipswerk Krölpa wurde erwähnt, daß für 100000 Wohnungseinheiten 320000 t Gips oder Anhydrit benötigt werden. Für diese Menge sei bisher keine ausreichende Kapazität vorhanden. Diese sollte auf der Basis von Anhydrit erweitert werden.

Von seiten des Instituts für Typung wurde Auskunft darüber erbeten, ob gips- oder anhydritgebundene Platten in feuchten Räumen, zum Beispiel Bad und Küche, eingebaut oder wenigstens auf an feuchte Räume angrenzende Wände aufgebracht werden dürfen, ferner darüber, wie gegebenenfalls der Widerstand gegen die Einwirkung von Feuchtigkeit erhöht werden kann. Außerdem wurde gefragt, ob die Entwicklung von Fußboden-Montageplatten aus Anhydritbinder gelöst sei und wie Gips- und Anhydritplatten an Decken, Wänden und auf der Rohdecke befestigt werden sollen. Diese Fragen werden zur Zeit noch untersucht, so daß eine sofortige Beantwortung nicht möglich war.

Baukalk

Vom Institut für Zement Dessau wurde dann über den Entwicklungsstand der Kalkindustrie berichtet. In Forschungsarbeiten wurden die Aufgaben gelöst, kleinstückigen Kalk zu brennen und ein besseres Löschverfahren für Kalk zu entwickeln. Außerdem wurde die Qualität einzelner Kalke durch Zusatz eines hydraulischen Stoffes (Si-Stoff) verbessert. Weiter wird die Frage der Verminderung des Kohleverbrauches beim Kalkbrennen, besonders durch die Anwendung der Zentraldüse, bearbeitet. Es wurde eine Perspektivplanung der Maschinenentwicklung und Maschinenproduktion für die Baustoffindustrie gefordert, ferner Ausdehnung des Behälterverkehrs auf den Kalktransport.

Die Wirtschaftlichkeit der Rohstoffgewinnung in den Kalkwerken wurde durch die Anwendung des Tiefbohrlochverfahrens und der Millisekunden-Zündung und durch Änderung der Methoden zur Entfernung des Abraumes verbessert.

Es wurde begrüßt, daß endlich auch die volkswirtschaftliche Wichtigkeit des Kalkes erkannt worden ist. Vom VEB Kalkwerk Rudelsburg in Bad Kösen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß für 100000 Wohnungseinheiten 800000 t Kalk gebraucht werden.

Keine Erwähnung fanden während der Sitzung Karbidkalk und Karbidkalkhydrat, wichtige Anfallstoffe der Industrie. Diese entsprechen durchweg den Normen und können ohne weiteres als Baukalk und als Bindemittel für Kalksandsteine verwendet werden. Im VEB Bunawerk erfolgt bei zu geringer Waggongestellung noch immer Abschlämmen auf Halde, da keine Zwischensilos vorhanden sind.

Sonstige Bindemittel

Nicht erwähnt wurden auch die Magnesiabinder, die insbesondere für den Ausbau wichtig sind. Natürliche Magnesiabinder werden in der Deutschen Demokratischen Republik nicht hergestellt. Verfügbar sind aber folgende künstliche Magnesiabinder:

Magnesiabinder K — auf der Basis von Dolomitbranntkalk

Magnesiumsulfat-Abbrand — Anfallstoff bei der Herstellung von Schwefelsäure aus Magnesiumsulfat

Magnesiabinder G — aufbereiteter Abfall, der bei der Herstellung von Sinter-Magnesitsteinen aus Magnesiumsulfat-Abbrand entsteht

Halbsaurer Dolomit — bei niedrigen Temperaturen gebrannter Dolomit mit $\approx 29\%$ MgO und $\approx 71\%$ $CaCO_3$

Diese künstlichen Magnesiabinder sind zur Herstellung von Holzwolle-Leichtbauplatten und von Steinholz-Unterschichten, Magnesiabinder K und Magnesiumsulfat-Abbrand außerdem für Steinholzestriche geeignet. Voraussetzung ist allerdings, daß sie in ihren Eigenschaften bestimmten Anforderungen entsprechen.

Ebenfalls wurden die Mischbinder nicht genannt, die auf vielen Gebieten als Austausch für Zement Verwendung finden können. Die Herstellungsmenge von Mischbindern der Sorte 50 und 125 beträgt zur Zeit über 200000 t im Jahr. Aus volkswirtschaftlichen Gründen sollte die Kapazität stark erhöht werden, zumal brauchbare Industrieanfallstoffe in großer Menge verfügbar sind. Bereits auf der 1. Baukonferenz war gefordert worden, hochwertige Mischbinder in größerem Umfange herzustellen.

Beton

Von den Vertretern der Betonindustrie wurde die plötzliche Erhöhung des Preises von Hochofenschlacken heftig kritisiert. Zur Zeit ist der Zustand eingetreten, daß die Betonwerke keine Aufträge haben, offenbar deshalb, weil die Baubetriebe ihre Betonelemente selbst fertigen. Immer wieder wurde eine Beschränkung der Typen gefordert. Weitere Forderungen bezogen sich auf die ausreichende Herstellung von Leichtzuschlägen und auf die Verbesserung der Güte von schweren Zuschlagstoffen. Für Betonelemente, die nicht den getypten Abmessungen entsprechen, sollten Überpreise gefordert werden.

In früheren Konferenzen war bekannt gegeben worden, daß in der Deutschen Demokratischen Republik nach einem ausländischen Patent ein Mittel zur wesentlichen Verkürzung der Erhärtungszeit und damit zum Fortfall der Warmbehandlung von Betonelementen hergestellt werden solle. Keiner der Teilnehmer der Beratung konnte Angaben darüber machen, wann mit der Auslieferung des Mittels zu rechnen ist.

Sonstige Fragen

Heftige Kritik wurde an den Arbeiten durch das Zentrale Projektierungs- und Konstruktionsbüro geübt, das in Abweichung von seinem Namen gar nicht in der Lage sei, Maschinen zu konstruieren.

Beanstandet wurde die Zersplitterung der Forschungstätigkeit. Die Lösung von Grundsatzfragen sei ebenso notwendig wie die Lösung von Einzelfragen. In der Diskussion wurde, wie während der ganzen Baukonferenz, eingehend über die Aufgaben der Leitbetriebe für den Industriezweig oder für die gleichartigen Betriebe eines Bezirkes, über das Verhältnis zwischen Durchschnittslohn und Arbeitsproduktivität, über die Notwendigkeit, für offene Betonwerke andere Normenkataloge anzuwenden als wie für feste Betonwerke, und über die Kaderentwicklung gesprochen.

Es wurde eine strenge Spezialisierung der Betonwerke gefordert. Gewarnt wurde vor unorganischen Kapazitätsausweitungen. Für sämtliche Baustoffwerke müßten Typenprojekte vorhanden sein. Vorbedingung für die Bereitstellung von Investitionen wären technisch-wirtschaftliche Kennwerte für die erwartete Produktionsmenge und für die Wirtschaftlichkeit der Anlage.

Dr.-Ing. Grimme

Arbeitsgruppe Baustoffe für Roh- und Ausbau

Die Werktätigen der Kalksandsteinindustrie begrüßten die Festlegung des Ministeriums für Bauwesen, daß anläßlich der 2. Baukonferenz die Probleme der Kalksandsteinindustrie in einer getrennten Untergruppe der Arbeitsgruppe 3 behandelt werden konnten.

Die Losung „100 000 Wohnungen im Jahr" bedeutet auch für die Kalksandsteinindustrie, alle Anstrengungen zu machen, der Bauindustrie mehr Steine für den Aufbau zur Verfügung zu stellen. Ausgehend vom Hauptreferat des Staatssekretärs Kosel und von den Ausführungen bei der Zusammenkunft der gesamten Arbeitsgruppe 3 wurden in der Untergruppe Kalksandsteine alle entscheidenden Fragen behandelt.

Zunächst wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeitsausschuß Kalksandsteine der Kammer der Technik im Jahre 1957 in freiwillig technischer Gemeinschaftsarbeit acht Kalksandsteinwerke der Deutschen Demokratischen Republik überprüfte. Anläßlich dieser Überprüfungen wurden den Räten der Bezirke und den Räten der Kreise entscheidende Hinweise in bezug auf die Rekonstruktion und Perspektive der überprüften Werke gegeben. Die Untergruppe stellt für die Räte der Bezirke und Kreise die Aufgabe, sich intensiv mit dem Überprüfungsmaterial zu beschäftigen und, soweit möglich, die gegebenen Hinweise in die Tat umzusetzen. Bei den Überprüfungen und in der gesamten Arbeit des Arbeitsausschusses Kalksandsteine der Kammer der Technik konnte immer wieder festgestellt werden, daß gerade in der Kalksandsteinindustrie der Deutschen Demokratischen Republik noch größere Reserven vorhanden sind. Die Ausschöpfung dieser Reserven ist ohne größere Investmittel möglich.

Eine der wichtigsten Fragen, die behandelt wurden, ist die der Rekonstruktion der vorhandenen Kalksandsteinwerke nach bestimmten, konkreten Kennziffern. Die vor eineinhalb Jahren vom Arbeitsausschuß Kalksandsteine der Kammer der Technik durchgeführte Kapazitätsermittlung der gesamten Kalksandsteinindustrie der Deutschen Demokratischen Republik zeigt derartig unterschiedliche Werte, daß es unbedingt erforderlich ist, in Zukunft konkrete Maßnahmen zu ergreifen und den jetzigen Zustand nicht mehr zu dulden.

Da zum Beispiel die Leistung einer Drehtischpresse mit 16 Stempeln in verschiedenen Werken sehr unterschiedlich ist, wird gefordert, daß eine Kennziffer von 7 Millionen NF-Kalksandsteine/Jahr für alle Werke mit einer Drehtischpresse mit 16 Stempeln festgelegt wird. Voraussetzung für eine Pressenleistung von 7 Millionen NF-Steinen ist der zweischichtige Einsatz der Presse.

Es konnte festgestellt werden, daß die Hälfte aller vorhandenen Kalksandsteinwerke die Pressen im zweischichtigen Betrieb benutzen, während in anderen Werken die Pressen nur einschichtig eingesetzt sind.

Auch der Frage der Leistung der Autoklaven muß in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden, und hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Leistung der Pressen. Es wird gefordert, daß die Leistung des Autoklaven auf 70 000 Steine NF/m³/Jahr gesteigert wird. Bei der Härtung in den Autoklaven muß der dreischichtige Betrieb durchgesetzt werden. Natürlich muß hierbei eine genaue Abstimmung mit der Dampferzeugungsanlage des jeweiligen Betriebes erfolgen. Auch wird sich in vielen Betrieben eine bessere Mechanisierung bei der Beschickung der Autoklaven erforderlich machen.

Als Kennziffer für den Arbeitskräftebedarf pro eine Million NF bei der Rekonstruktion der alten Werke wurden vier Arbeitskräfte festgelegt. Aufgabe der Betriebe wird es sein, durch Mechanisierung und Technisierung den Arbeitskräftebedarf mindestens auf diese Kennziffer zu bringen.

So gibt es zum Beispiel noch Werke, die die Verladung des Sandes in der Grube per Hand vornehmen. Der Einsatz kleinerer Sandfördergeräte würde hier schon zu einer Verringerung des Arbeitskräftebedarfs führen.

Die Brennstoffkosten bei der Herstellung von Kalksandsteinen bilden einen Hauptanteil an den Gesamtkosten. Es muß immer wieder festgestellt werden, daß der Wärmewirtschaft in einem Kalksandsteinbetrieb zu wenig Beachtung geschenkt wird. Dies zeigen die unterschiedlichen Brennstoffverbrauchswerte pro 1000 Stück Kalksandsteine. Bei normalem Betrieb darf der Brennstoffbedarf pro 1000 Stück NF 1 Million Kcal nicht übersteigen.

Da in der Kalksandsteinindustrie fast ausschließlich Flammrohrkessel mit Planrost-Innenfeuerung vorhanden sind, ist erforderlich, an den Brennstoff bestimmte Anforderungen zu stellen. So dürfte der Heizwert bei Rohbraunkohle nicht unter 2000 Kcal/kg und bei Braunkohlenbriketts nicht unter 4500 Kcal/kg liegen.

Bei der Wärmewirtschaft beziehungsweise der Einhaltung dieser Kennziffer ist zum Beispiel darauf zu achten, daß bei Verfeuerung von Rohbraunkohle in einem normalen Flammrohrkessel die Rostfläche durch Hinzulegen einer dritten Stablänge vergrößert werden muß. Auch der Vorwärmung und Reinigung des Kesselspeisewassers wird noch immer zu wenig Beachtung geschenkt. Es gibt unter anderem mehrere Werke, die durchaus in der Lage wären, den Abdampf der Dampfmaschine für das Vorwärmen des Speisewassers zu verwenden.

Ein weiterer Hauptkostenträger bei der Herstellung von Kalksandsteinen ist der Kalk. Durch die Kalklieferungen aus den verschiedensten Kalkwerken entstehen sehr unterschiedliche Kalkverbrauchsnormen. Es muß versucht werden, daß pro 1000 Stück NF nicht mehr als 300 kg gebrannter Stückkalk verwendet werden. Den kleinen bis mittleren Werken wird empfohlen, Buna-Kalk zu verwenden. Allerdings müssen zur Verwendung von Bunakalk die erforderlichen Voraussetzungen für den staubfreien Transport und die staubfreie Entladung gegeben sein.

Zur Rekonstruktion der vorhandenen Werke ist unbedingt erforderlich, daß von seiten eines Projektierungsbetriebes ein Grundprojekt ausgearbeitet wird. In diesem Grundprojekt müssen prinzipielle technische Festlegungen enthalten sein. Besonders festzulegen sind darin die Technologie des Mischens, das heißt der Aufbereitung, die Technologie der Wärmewirtschaft und die Technologie des Transports und Verladens. Es wird immer wieder festgestellt, daß in alten Werken sehr hohe Summen an Investmitteln ausgegeben und nicht genügend nutzbringend verwendet werden. Daher dürfen die aufzuwendenden Investmittel bei der Rekonstruktion die Höhe von 100 000 DM/1 Million Steine nicht überschreiten.

In verschiedenen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik besteht die Absicht, neue Kalksandsteinwerke zu bauen. Um davon abzukommen, daß mehr oder weniger nach eigenen Gedankengängen von Architekten und Bauingenieuren gebaut wird, müssen Typenprojekte für den Bau neuer Werke ausgearbeitet werden. Damit die Wirtschaftlichkeit dieser neuen Werke von vornherein gegeben ist, wäre als Größenordnung zu wählen: Werke mit einer Kapazität von 20 bis 25 Millionen NF und von 25 bis 50 Millionen NF.

Beim Bau dieser neuen Werke muß die Technologie so ausgearbeitet sein, daß pro 1 Million NF nicht mehr als ein bis zwei Arbeitskräfte benötigt werden. Es ist bekannt, daß zum Bau eines Kalksandsteinwerkes nur etwa ein Drittel der Investsumme wie für den Bau eines gleichgroßen Ziegelwerkes benötigt wird. Die aufzuwendenden Investmittel pro 1 Million Kalksandsteine dürfen deshalb die Höhe von 200 000 DM nicht überschreiten.

Auch die Wärmewirtschaft ist so festzulegen, daß im Mittel für 1000 Steine NF nicht mehr als 750 000 Kcal benötigt werden.

Der bei alten Werken hohe Kalkverbrauch liegt in erster Linie daran, daß der feinsten Siebung des Kalkes zu wenig Beachtung geschenkt wird beziehungsweise auf Grund der alten Technologie eine Veränderung schlecht möglich ist. Der Einbau von Kugelmühlen mit Windsichteranlagen in neuen Werken wird es ermöglichen, den Kalkbedarf pro 1000 Steine unter 250 kg zu halten.

Grundsätzlich ist bei der Kalkverbrauchsnorm zu beachten, daß der CaO-Gehalt bei mindestens 85 Prozent liegen muß.

Der Bau neuer Kalksandsteinwerke bei Einhaltung der genannten Kennziffern erfordert, daß von seiten des Schwermaschinenbaus die alten Maschinen weiter entwickelt beziehungsweise neue Maschinen entwickelt werden. Um der Forderung der Bauindustrie nach großformatigeren Steinen gerecht zu werden, sind Pressen für die Produktion von $2^1/_4$ und 3 NF gelocht zu entwickeln und herzustellen.

Da die Kalksandsteinindustrie durchaus in der Lage ist, Großblöcke für Innenwände herzustellen, muß die Fertigstellung des bereits begonnenen Automaten für die Herstellung von Blöcken mit den maximalen Abmessungen 210×87,5×19 cm beschleunigt werden.

Fast alle Werke haben ständig darunter zu leiden, daß nicht die erforderlichen Arbeitskräfte für die Abnahme der Rohlinge von den Drehtischpressen zur Verfügung stehen. Das liegt in der sehr schweren körperlichen Arbeit begründet. Aus diesem Grund fordert die Kalksandsteinindustrie vom Maschinenbau die Entwicklung einer Vollautomatik mit Abnahme und Stapeleinrichtung für die bereits vorhandenen Drehtischpressen. Der Einsatz einer derartigen Vollautomatik würde mit sich bringen, daß die bereits genannten Kennziffern — in erster Linie die des Arbeitskräftebedarfs — in der Zukunft noch mehr gesenkt werden können.

Die Koordinierung in der Kalksandsteinindustrie der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte bisher durch den Arbeitsausschuß Kalksandsteine der Kammer der Technik. Um die erforderlichen Perspektiven und Aufgaben in der Kalksandsteinindustrie in den nächsten Jahren konkret durchzusetzen, ist die Frage zu untersuchen, für den gesamten Industriezweig einen Leitbetrieb zu benennen.

Die im Mai 1955 für das Gebiet der Bundesrepublik in Kraft getretene DIN 106 muß schnellstens auch für das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik als verbindlich erklärt werden. Bei den bisherigen Verhandlungen wurde immer wieder die Frage des Schornsteinbaus mit Kalksandsteinen aufgeworfen. Sollte in diesem Punkt keine Einigung erzielt werden können, wird es erforderlich sein, eine TGL für Kalksandsteine auszuarbeiten.

Für die Einhaltung der Kennziffer für den Kalkverbrauch müssen die VEB Baustoffversorgungen der Räte der Bezirke verpflichtet werden, dafür Sorge zu tragen, den Kalksandsteinwerken gleichbleibende Kalksorten und Qualitäten zu liefern. Dadurch wird ein Einhalten der Kalkverbrauchsnorm, der Qualität aber auch der Selbstkosten möglich sein.

In den Fachkreisen gibt es laufend Unklarheiten über die Herstellung und Verwendung der Kalksandsteine. Es macht sich erforderlich, ein Fachbuch über die Kalksandsteinindustrie herauszugeben, das die Gewähr bietet, die bestehenden Unklarheiten in der Frage der Herstellung und Verarbeitung der Kalksandsteine zu beseitigen.

Allen Bauschaffenden ist klar, daß die gesteckten Ziele nur dann erreicht werden können, wenn die Qualifizierung, vor allen Dingen der mittleren Kader wie Meister und Brigadiere, mit der Entwicklung der Technik Schritt hält.

Einen speziellen Unterricht über die Probleme der Kalksandsteinindustrie gab es bis zum heutigen Tage in den Berufs- oder Fachschulen nicht.

Um also das Niveau der vorhandenen Kader in den Kalksandsteinbetrieben zu erhöhen, wird empfohlen, in dem zu benennenden Leitbetrieb vierteljährlich Konsultationen über die Probleme der Kalksandsteinindustrie durchzuführen. Ein an der Fachschule für Baustoffe ...polda einzuberufender Meisterlehrgang, speziell für die Kalksandsteinindustrie, würde besonders begrüßt werden.

Die Untergruppe Kalksandsteine schlug den Räten der Bezirke vor, die neu zu bauenden Kalksandsteinwerke nach den von der Untergruppe erarbeiteten Kennziffern vorzunehmen.

Die Untergruppe Kalksandsteine der Arbeitsgruppe 3 war sich während ihrer Beratung anläßlich der 2. Baukonferenz darüber im klaren, daß jeder Betrieb verpflichtet ist, das größtmögliche für unseren Staat zu leisten. Es herrschte aber auch darüber Klarheit, daß zum Aufbau des Sozialismus in erster Linie Menschen mit sozialistischem Bewußtsein erforderlich sind. Die Erziehung der Werktätigen zum sozialistischen Denken und Handeln muß daher in jedem Betrieb an erster Stelle stehen. Langer

Arbeitergruppe Baubestimmungen

Die Arbeitsgruppe Baubestimmungen tagte unter Vorsitz des Leiters der Staatlichen Bauaufsicht im Ministerium für Bauwesen, Kollegen Bönicke. Sie hatte die Aufgabe, sich in baurechtlicher Beziehung mit den Problemen der sozialistischen Entwicklung unseres Bauwesens auseinanderzusetzen und stand unter dem Motto: „Sozialistisches Baurecht ist die Voraussetzung für sozialistisches Bauen". Das Baurecht ist, was Kollege Bönicke einleitend betonte, wie jedes andere Recht Ausdruck der ihm zugrunde liegenden Gesellschaftsordnung. Wir bauen einen sozialistischen Staat auf und brauchen dazu ein sozialistisches Baurecht. Als Bestandteil des Überbaus soll das Recht aber seine Basis nicht nur widerspiegeln, sondern zu einem Teil der gewaltigen aktiven Kraft werden, die ihrerseits dazu beiträgt, die Basis zu formen und zu festigen. Den Kadern im Bauwesen muß mit dem Baurecht ein wirksames Mittel an die Hand gegeben werden, die sozialistische Entwicklung in Planung, Technik und Gestaltung zu fördern und das Bauen nach Typen sowie die sparsame Verwendung der Materialkontingente durchzusetzen. Die alten, durch unsern Staat zunächst übernommenen Baugesetze der kapitalistischen Ära waren der zur Rechtsnorm erhobene Wille der damals herrschenden Klasse. Sie können nicht mehr unser Recht sein. Das Ziel muß sein, sie durch baurechtliche Normen zu ersetzen, die den gesellschaftlichen Verhältnissen unserer volksdemokratischen Ordnung entsprechen. Ein großer Teil von ihnen ist bereits abgelöst. Insbesondere hat die Deutsche Bauordnung eine bedeutende Bereinigung gebracht. Doch genügt das noch nicht. Man schätzt die Zahl der noch geltenden Baubestimmungen aus der bürgerlich-kapitalistischen Zeit auf über zweihundert. Die Arbeitsgruppe war sich darüber einig, daß alle baurechtlichen Bestimmungen künftig enthalten sein sollen:

1. in dem künftigen deutschen Baugesetz

   Dieses Baugesetz wird die neu zu fassenden Bestimmungen des bisherigen Aufbaugesetzes unter Verwendung des Teiles I des bekannten Entwurfs zur Deutschen Bauordnung aufnehmen. Es soll das Zusammenwirken der ökonomischen und der technisch-gestalterischen Planung von Gebieten, Städten und Dörfern, das Planungsverfahren sowie die Rechtsverbindlichkeit und die Rechtsfolgen der Pläne grundsätzlich regeln und das Verfahren zur Ermittlung und Bestätigung der gebiets- und ortsbildenden Faktoren festlegen. Es wird ferner die Regelung der Baulandbeschaffung für staatliche, genossenschaftliche und private Zwecke einschließlich der Verfahrensvorschriften und der Entschädigungsbestimmungen, die Vorschriften über Baulandumlegung und Zusammenlegung von Grundstücken sowie das Anliegerrecht und die Bestimmungen zur Aufschließung von Bauland enthalten müssen.

2. in der Deutschen Bauordnung mit ihrer gesetzlichen Anlagensammlung

   Sie wird ergänzt werden durch die Teile „Städtebauliche Einordnung von Einzelbauwerken", „Garagen und Parkplätze", „Industriebauten", „Bauten des Gesundheitswesens", „Bauten für Erziehung und Unterricht" und „Bauten für Handel und Versorgung". — Die Arbeitsgruppe empfahl darüber hinaus zur Förderung der sozialistischen Entwicklung in der Landwirtschaft die Aufnahme eines Teiles „Landwirtschaftliche Bauten".

Sonderbauvorschriften anderer zentraler Bereiche sollen der Deutschen Bauordnung angehängt werden.

3. in den baurechtlichen Ortssatzungen

   Diese sollen für den Ortsbereich verbindliche Bestimmungen für einzelne Baugebiete, zum Beispiel für Ortsteile und Straßen, für die bauliche Nutzbarkeit der Grundstücke sowie zur einheitlichen Gestaltung des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes einschließlich der Grünplanung und zum Schutz von Bau- und Naturdenkmälern enthalten.

4. in der Deutschen Bauenzyklopädie

   In ihr werden insbesondere alle verbindlichen Entwurfsrichtlinien, technischen Normen, staatlichen Standards und Typenprojekte für alle Kategorien von Objekten des Hoch- und Industriebaus aufgenommen. Sie stellt die Quintessenz des baulichen Erfahrungsschatzes unserer Werktätigen dar.

Die Arbeitsgruppe billigte die vorgeschlagenen Maßnahmen für die Ausarbeitung des Entwurfs des Deutschen Baugesetzes bis zum 30. September 1958 unter Federführung des Ministeriums für Bauwesen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß zunächst völlige Klarheit über die Abgrenzung der Aufgabenstellung zwischen dem Ministerium für Bauwesen und der Staatlichen Plankommission in bezug auf die Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung besteht, die unverzüglich herbeigeführt werden muß. Die Arbeitsgruppe erörterte die Termine für die Vervollständigung der Deutschen Bauordnung, die bis zum 31. Juli 1959 abgeschlossen sein soll. Sie befaßte sich sodann mit der Frage der Überprüfung technisch-konstruktiver Baubestimmungen und gab Richtlinien zu deren Durchführung. Insbesondere forderte sie die Institutionen, die außerhalb des Bereichs des Ministeriums für Bauwesen bauaufsichtliche Befugnisse ausüben, auf, in ihrem Bereich ebenfalls eine Überprüfung und Bereinigung dieser Bestimmungen vorzunehmen. Die Arbeitsgruppe forderte weiterhin in Zusammenhang mit den Bestimmungen über sparsamen Holzverbrauch vom Ministerium für Bauwesen die Verhinderung der serienmäßigen Produktion von Holzhäusern. Abschließend befaßte sich die Arbeitsgruppe eingehend mit zwei zur Diskussion gestellten Entwürfen. Der erste betraf die Herausgabe von Empfehlungen für die Aufstellung baurechtlicher Ortssatzungen der Städte und Gemeinden. Der zweite enthielt die Neufassung der Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht auf der Grundlage der Verordnung des Ministerrats vom 13. Februar 1958 über die Organisation auf dem Gebiete des Bauwesens. Beide Vorlagen wurden von der Arbeitsgruppe nach Form und Inhalt befürwortet und sollen demnächst mit den Bezirken und Kreisen beraten werden.

Im Schlußwort brachte Kollege Bönicke zum Ausdruck, daß die Organe der Staatlichen Bauaufsicht durch Veränderung ihres Arbeitsstils sich künftig noch mehr als bisher berufen fühlen müssen, die sozialistische Gesetzlichkeit im Bauen im Interesse der Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne durchzusetzen. Dr. Linkhorst

Industriebaukonferenz in Leipzig

Berichte über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Planung und Projektierung im Industriebau

Es war die Aufgabe der Arbeitsgruppe Planung und Projektierung im Industriebau, die bautechnische Projektierung im Industriebau unter besonderer Berücksichtigung der Typenprojektierung und der genormten Elemente zu analysieren. Die Arbeitsgruppe, für die der Leiter der HV Industrieentwurf, Herr Engemann, verantwortlich war, teilte sich in zwei Untergruppen mit den Themen:

Analyse des Standes der Projektierung im Industriebau auf der Grundlage der bisher gebauten Objekte und

Stand der Typenprojektierung im Industriebau und ihre weitere Entwicklung.

Die erste Untergruppe untersuchte sowohl Einzweckbauwerke der Bereiche Energie, Kohle und Baustoffindustrie sowie deren Nebengebäude, und zwar Büro- und Verwaltungsgebäude, als auch Mehrzweckbauwerke verschiedener Industriezweige, wie Flach-, Hallen- und Stockwerkbauten. Zusammengestellt wurden folgende Merkmale der Bauwerke:

Baukosten L III
Kapazität
L III/Kapazitätseinheit
Bauwerkabmessungen (Länge, Breite, Höhe)
Geschoßzahl
Deckenausbildung
Deckenbelastung
Systemmaße (Achsabstand in Gebäudetiefe)
Krananlage (Tragkonstruktion, Ausfachung, Dachkonstruktion)
Fenster
Umbauter Raum
Produktionsfläche
Material/Kapazitätseinheit (Stahl, Zement, Holz)
Umbauter Raum/Kapazitätseinheit

Die Analyse umfaßte jeweils:

1. Unterlagen und Gesichtspunkte der Auswertung
2. Funktionelle Feststellungen
3. Ergebnis und Schlußfolgerungen

Die Auswertung der Analysen fand ihren Niederschlag in dem Entwurf der Empfehlungen über Grundsätze und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit im Industriebau, die der Konferenz zur Beschlußfassung vorgelegt wurden.

Daneben beschäftigte sich die Untergruppe mit der Methode und der Organisation der Industrieprojektierung, wobei wesentliche Vorschläge für eine Verbesserung der Projektierungsarbeit in die Empfehlungen der Konferenz eingeflossen sind.

Die zweite Untergruppe analysierte eingehend den gegenwärtigen Stand der Typung im Industriebau und deren weitere Entwicklung, wobei die Aufgaben der Typung klar herausgestellt und hieraus sich ergebende Forderungen eindeutig formuliert wurden.

Zum Schluß seien folgende Feststellungen getroffen:

1. Die Konferenz hat klar gezeigt, daß die Notwendigkeit der Typung im Industriebau bereits für alle Anwesenden eine Selbstverständlichkeit war.

2. Die Diskussionsbeiträge auf der Konferenz brachten wesentliche Ergänzungen zu den vorgelegten Empfehlungen.

3. Die von der Konferenz beschlossenen Empfehlungen werden, wenn sich alle Bauschaffenden für ihre Verwirklichung einsetzen, wesentlich dazu beitragen, das gesteckte Ziel, nämlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Industrialisierung des Bauens, zu erreichen. Frost

Arbeitsgruppe Bauweisen im Industriebau unter besonderer Berücksichtigung der Industrialisierung

Im Rahmen der Arbeitsgruppe wurden die Bauweisen und Konstruktionen der Industriebaukomplexe:
Geschoßbauten im Industriebau,
Hallenbauten,
Behälter, Silos, Bunker,
Kühltürme, Industrieschornsteine,
Bandbrücken, Rohrbrücken, Freikranbahnen und Heizkanäle

einer speziellen Untersuchung unterzogen. Es galt, die Anwendungsbereiche der Bauweisen und Konstruktionen so festzulegen und abzugrenzen, daß volkswirtschaftlich optimale Lösungen erzielt werden. Für die Bewertung der Bauweisen wurden herangezogen:

der Aufwand an Arbeit,
der Aufwand an Baustoffen, insbesondere an Mangelbaustoffen, wie Stahl, Holz, Aluminium,
der Aufwand an Mechanisierung und Ausrüstung,
die Bauzeit und die Baukosten.

Diese Untersuchungen waren dringend erforderlich, denn bisher bestand im Industriebau keine ausreichende Klarheit über die Abgrenzung und Anwendungsbereiche der einzelnen Bauweisen, Konstruktionen und Verfahren. Die individuellen Erfahrungen der Architekten und Konstrukteure sowie Büros waren bestimmend für die Wahl der Konstruktionen und Bauweisen. Gute Lösungen wurden ungenügend publiziert und nicht durch systematische Untersuchungen verallgemeinert. Dadurch konnte auch die Typung der Bauelemente nicht im objektiv möglichen Umfang erfolgen. Die Spezialisierung der Bauproduktion und die Festlegung verbindlicher Technologien und Standardausrüstungen für unsere volkseigenen Industriebetriebe waren damit nicht möglich, und im Hinblick auf die Industrialisierung konnten nur einzelne Teilprobleme gelöst werden. Die Untersuchungen der Arbeitsgruppe wurden dadurch erschwert, daß für die einzelnen Bautengruppen in den meisten Fällen keine technischen Nachkalkulationen vorhanden sind und die derzeitigen Kosten- und Preisvergleiche, insbesondere im L 1- und L 4-Bereich, nicht den industriellen Bauweisen Rechnung tragen.

Ausgehend von den Erfahrungen der Entwurfsbüros, der Baubetriebe und Forschungsinstitute unterbreitete die Arbeitsgruppe daher den Konferenzteilnehmern Vorschläge, die beitragen sollen, eine klare Ordnung der einzelnen Bauweisen im Industriebau herzustellen.

Für die Erfüllung der dem Industriebau gestellten Aufgaben ist es von hervorragender Bedeutung, das Bauvolumen auf das jeweils unbedingt erforderliche Maß zu beschränken. Daher ist die Freibauweise im größtmöglichen Umfang anzuwenden.

Ein überzeugendes Beispiel ist hierfür der Bau des Zementwerkes Karsdorf, das vom Entwurfsbüro für Industriebau Halle projektiert ist. Das Modell konnte von allen Konferenzteilnehmern in den Tagungsräumen besichtigt werden.

Ein weiterer wesentlicher Faktor bei der Wahl der Bauweisen ist die Einsparung von Stahl. Darum ist den Stahlbeton- und Spannbetonkonstruktionen absolut der Vorzug zu geben. Stahlkonstruktionen sind nur im einzelnen Fall mit exaktem Nachweis der technischen oder wirtschaftlichen Notwendigkeit anzuwenden.

Mischbauweisen sind bei allen Industriebauten weitestgehend zu vermeiden, um eine Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Anwendung einer einheitlichen Technologie zu erreichen. Für Ausfachungen sind an Stelle von Ziegeln und Klinkern großformatige Elemente in Form von Platten und Blöcken zu entwickeln und anzuwenden.

Die Montage von Elementen aus Stahlbeton, Spannbeton und unbewehrtem Beton ist in wesentlich größerem Umfang als bisher auch im Industriebau anzuwenden.

Die monolithischen Bauweisen sind vorzugsweise anzuwenden bei
Geschoßbauten mit großer dynamischer Beanspruchung,

Bauwerken mit großer Höhenentwicklung,

Stahlbetonschornsteinen, Kühltürmen und hohen Silos.

Eine weitgehende Einsparung von Baustoffen wird bei der Anwendung von Flächentragwerken und Bogentragwerken — monolithisch und vorgefertigt — erreicht.

Im technischen Prozeß der Ausführung von Stahlbetonkonstruktionen kann ein ökonomischer Nutzen

bei der Bewehrung durch Anwendung hochwertiger Stähle, zentraler Vorfertigung, Schweißung von Bewehrungskörben und -matten und Vollmontage der Bewehrung,

bei der Herstellung des Betons durch Anwendung hoher Betongüten,

bei der Schalung durch Vorfertigung der Schalung und Vollmontage der Schalungselemente erzielt werden.

Für die einzelnen Bautengruppen wurden durch die Arbeitsgruppe noch weitere detaillierte Arbeitsthesen für die anzuwendenden Bauweisen ausgearbeitet, auf die hier im einzelnen nicht näher eingegangen werden soll.

Als weiteres Ergebnis der Beratungen wurden die Entwurfsbüros für Industriebau verpflichtet, im Einvernehmen mit den Leitbüros auf den Großbaustellen, bei den Aufbauleitungen und in den Baubetrieben die getroffenen Festlegungen in der Projektierung zu berücksichtigen. Über die Anwendung neuer Bauweisen im Industriebau wurde der Deutschen Bauakademie empfohlen, einen umfassenden Erfahrungsaustausch zu organisieren und weitere Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf diesem Gebiet durchzuführen wie

technisch-wirtschaftliche Vergleiche der Bauweisen,
Festlegung der wirtschaftlichen Gewichtsklassen für Bauelemente,
Anwendung einheitlicher Technologien für ein Bauwerk,
Spezialisierung der Fertigungs- und Montagekapazitäten, (Betriebe und Betriebsabteilungen),
komplexe Mechanisierung und Ausrüstung der Betriebe,
Ausarbeitung von Richtlinien der technisch-wirtschaftlichen und zweckmäßigsten Anwendung von Spannbetonkonstruktionen.

Auf der Grundlage der mit den neuen Bauweisen gemachten Erfahrungen in der Praxis und auf der Grundlage der Forschungsergebnisse werden verbindliche Richtlinien für Bauweisen und Baumethoden ausgearbeitet, um zu einer Perspektivplanung der weiteren Industrialisierung des Industriebaus zu gelangen.
Die Industriebaukonferenz wurde in Vorbereitung der 2. Baukonferenz durchgeführt. Ihre Ergebnisse werden zweifellos dazu beitragen, unseren volkswirtschaftlichen Bedingungen und Erfordernissen entsprechend weitere wesentliche Fortschritte im Industriebau zu machen. Es kommt jetzt jedoch darauf an, diese Ergebnisse von allen Ingenieuren, Architekten und Produktionsarbeitern, die im Industriebau tätig sind, in der Praxis zu verwirklichen.

A. Förster

Kolloquium im Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands veranstaltet gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulen seit 1956 Kolloquien zur Architektur- und Kunstwissenschaft. In diesen Kolloquien werden Hochschullehrer und Doktoranden des genannten Fachgebietes zusammengefaßt, die der Partei angehören und an Akademien, Universitäten und Hochschulen tätig sind. Die Kolloquien dienen der systematischen marxistisch-leninistisch fundierten Entwicklung der in Forschung und Lehre tätigen Spezialisten und sollen die Nachteile überwinden helfen, die aus der oft isolierten Tätigkeit dieser Kräfte an den einzelnen Institutionen resultieren.

Das fünfte dieser Kolloquien fand am 12. und 13. März 1958 im Institut für Theorie und Geschichte der Baukunst (Deutsche Bauakademie) statt. Genosse Dipl.-Ing. Junghanns (Deutsche Bauakademie) referierte über „Die

Auswirkungen der Klassenkämpfe des 19. Jahrhunderts auf die Entwicklung des Städtebaus in Deutschland", Ge-nosse Dr. phil. Hütt (Universität Halle) über „Der kritische Realismus und die Anfänge der proletarischen Kunst in Deutschland". Die Diskussion zu beiden Referaten wird in dem für Mai vorgesehenen Kolloquium fortgesetzt.

nsgesamt werden 1958 vier Kolloquien stattfinden. Sie gelten Themen der Architektur und bildenden Kunst der letzten 100 Jahre und sollen zur Klärung der Probleme des Realismus beitragen. Auf dem letzten Kolloquium wurde be-schlossen, in Zukunft für eine baldige Veröffentlichung der Ergebnisse der Kolloquien zu sorgen, um einen breiten Meinungsaustausch anzuregen und die Ergebnisse vielseitig wirksam zu machen. Außerdem werden in Zukunft n jedem Kolloquium Publikationen des ozialistischen und kapitalistischen Be-eiches analysiert werden, um auch auf liese Weise die ideologische und fach-che Auseinandersetzung zu fördern.

Drei Genossen des Kunsthistorischen nstituts der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg übernahmen die Selbstverpflichtung, bereits im Mai ine ausführliche Analyse der sozio-ogischen Kunstwissenschaft zu geben, ie als Reflex reformistischer Auf-assungen in Westdeutschland eine roße Rolle spielt. Diese Selbstver-flichtung wurde eingegangen im Hin-lick auf den bevorstehenden V. Partei-ag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In den folgenden Kollo-uien werden ähnliche Analysen sich nit Erscheinungen des Mystizismus efassen, der unter kirchlicher Förde-ung in der bürgerlichen Kunstwissen-chaft zur Zeit weit verbreitet ist.

Dr. G. Strauß

Die Regeneration eines Altstadt-bezirks von Quedlinburg

m Institut für Theorie und Geschichte er Baukunst der Deutschen Bau-kademie stand ein städtebaulicher Sanierungsvorschlag für einen Alt-tadtbezirk von Quedlinburg am 8. März zur Diskussion. Die Referenten, Architekt BDA Dipl.-Ing. Paul Schneider und Architekt Adolf Baumann, berichteten in einem Kollo-uium über ihre Arbeit, welche Grund-agen für eine Verbesserung der Wohn-erhältnisse in der Altstadt Quedlin-urgs schaffen will. Durch Entker-ungsmaßnahmen sollen unhygie-ische Hinterhofbauten und Anbauten n mittelalterliche Fachwerkhäuser und ie besonders schlechte Bausubstanz eseitigt werden, die durch bessere eubauten ersetzt werden soll. Zu-ächst wurde ein Maximalprogramm rarbeitet, daß allen Wohnungen ein igenes Bad und einen eigenen Abort ur Verfügung stellt. Die Hofbauten — meist Stallungen mit darüberliegenden chlechten Wohnungen — sollen ein-eschossig bleiben. Sie liegen ange-ehnt an eine alte Wehrmauer.

er Vorschlag sieht seine Aufgabe icht nur darin, einen wertvollen historischen Stadtkern vor Verfall und Verschandelung zu bewahren, sondern will unter Anpassung an das historische Straßenbild neuzeitlichen Wohnforde-rungen gerecht werden. Die Diskussion brachte eine Fülle von Anregungen. Man empfahl eine Bilanz der Kosten, detaillierte Schadenspläne unter Ein-schluß der Be- und Entwässerungs-anlagen, eine juristische Bearbeitung der notwendigen Umlegungen und vor allem einen stärkeren Kontakt mit den lokalen Organisationen. Rst.

Kurzlehrgang der Denkmalpflege in Berlin-Schmöckwitz

Das Institut für Denkmalpflege führte am 16. und 17. März 1958 im FDGB-Erholungsheim „Berthold Brecht" in Berlin-Schmöckwitz den dritten Kurz-lehrgang für die ehrenamtlichen Mit-arbeiter der Denkmalpflege aus den Bezirken Potsdam und Frankfurt/Oder durch. Weiterhin waren die Mitarbeiter der Abteilungen Kultur und Aufbau bei den örtlichen Räten, die Leiter der Heimatmuseen und Mitarbeiter der Entwurfsbüros für Hochbau eingeladen. In jedem Kreisgebiet ist mindestens ein ehrenamtlicher Helfer der Denkmal-pflege, der sogenannte Kreisdenkmal-pfleger, tätig. Im Verlauf der letzten Jahre sind viele der Kreisdenkmal-pfleger zu bewährten Helfern der In-stitute geworden, zum Beispiel bei der listenmäßigen Erfassung und Über-wachung des Bestandes an Kunst- und Kulturdenkmalen in ihren Heimat-gebieten.

Die Zunahme der Verantwortung bei den Volksvertretungen und örtlichen Räten verlangt eine entsprechende Ent-wicklung in der denkmalpflegerischen Arbeit, das bedeutet auch, daß unsere Helfer in den Kreisen mehr als vorher als Vertreter des gesellschaftlichen Interesses an der Bewahrung unseres kulturellen Erbes fungieren müssen. Von ihrer Mitarbeit in den ständigen Kommissionen für Kultur und Aufbau, von ihrer Zusammenarbeit mit den Natur- und Heimatfreunden des Deut-schen Kulturbundes, von ihrer Wach-samkeit und Überzeugungsarbeit wird viel abhängen, wenn es darum geht, das Verständnis der Menschen für die Schönheit der Heimat und ihre Kunst-schätze zu entwickeln, wenn es darum geht, neue Kräfte für die Erhaltung und Einbeziehung der Kulturdenkmale in unser Leben zu aktivieren.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, bedürfen unsere freiwilligen Mitarbeiter einer festen kollegialen Bindung an das Institut und aneinander, einer ständigen Verbreiterung ihres fachlichen Wissens, eines regelmäßigen Gedanken- und Erfahrungsaustausches in bezug auf ihre gesellschaftliche Funktion. Hierzu ist mit den drei seit dem Januar 1957 durchgeführten Wochenendlehrgängen ein Anfang gemacht worden.

Während dieser Lehrgänge wurden je sechs bis acht Vorträge — n der Mehr-zahl von den Mitarbeitern des Instituts — gehalten.

Diese Vorträge, erste Abschnitte einer auf längere Zeit geplanten Reihe, ver-suchten, zunächst einen Überblick über diejenigen Abschnitte der Kunst- und Baugeschichte zu geben, die in engerer Beziehung zum Bestand auf märkischem Boden stehen. Dazu gehören zum Bei-spiel Vorträge über märkische Geschichte, mittelalterliche Städte in der Mark, Entwicklung der Bauern- und Bürgerbauten, Möbel der Vergangen-heit und mittelalterliche Plastiken. Eine andere Gruppe von Referaten be-gann eine Einführung in die Elemente der historischen Baukonstruktion.

Daneben wurde mit der Erörterung der Grundsätze bei der Restauration von Werken der Schnitzkunst und von Gemälden (durch die Restauratoren Doerk und v. Koppingen als Gäste) bei der Restauration von Gebäuden und bei der Sanierung von historischen Stadtkernen begonnen.

Man darf bei der Beurteilung des historischen Teils der Vorträge die Schwierigkeiten nicht übersehen, die bei der Verknüpfung des in der ver-wandten Literatur isoliert dargestellten Fachwissens mit der Entwicklung der geschichtlichen Gesellschaftsverhält-nisse in unserer Heimat entstanden. In dieser Blickrichtung ist eine Arbeit begonnen worden, die großer An-strengungen zur Vertiefung bedarf.

Bei den Vorträgen über die Grundsätze der Restauration gaben besonders architektonische und städtebauliche Fragen bei der Ergänzung historischer Bauten, vor allem bei der Baulücken-schließung, Anlaß zu gemeinsamer Klärung des Standpunkts. Dabei wurde insbesondere die Denkmalpflege gegen Imitation und Historismus scharf abge-grenzt. Folgerichtig wurde weiterhin die Pflicht der Bauschaffenden unserer Zeit entwickelt, das Wesentliche in der Komposition des Ensembles zu er-fassen, es durch unsere Bauten taktvoll zu ergänzen und zu bereichern und bei Gebrauch neuer gestalterischer Möglich-keiten höchsten künstlerischen Quali-tätsanspruch zu stellen.

Gerade in diesen Zusammenhängen wurde die Diskussion vom Haupt-architekten des Bezirks Frankfurt/Oder und den Kollegen aus den Entwurfs-büros, die aus Brandenburg und Pots-dam besonders zahlreich der Einladung gefolgt waren, erfreulich belebt.

Wenn man neben den Diskussionen anläßlich der Vorträge und der ab-schließenden Aussprache die Kon-takte und Auseinandersetzungen in Gesprächen in den Pausen und des Abends in Betracht zieht, so ergibt sich die Verpflichtung, diese Form der gemeinsamen Arbeit fortzusetzen und auszubauen. In diesem Zusammenhang sei das Wachsen der Teilnehmerzahl von 50 auf 80 erwähnt. Es würde aller-dings die Tagungen in ihrer Auswirkung auf die praktische Denkmalpflege noch fruchtbarer machen, wenn die Be-teiligung durch Funktionäre der ört-lichen Räte und Massenorganisationen zunähme. Deiters

An unsere Leser!

Für den Jahrgang 1957 sind ab sofort

Einbanddecken

in Ganzleinen zum Preise von 5,— DM zu beziehen.

In beschränkter Anzahl stehen noch Einbanddecken für den Jahrgang 1956 zur Verfügung.

Bestellungen nimmt die Vertriebsabteilung des Verlages entgegen.

Die Zusendung erfolgt per Nachnahme zuzüglich Porto.

Zur Ergänzung können Sie noch Einzelhefte erhalten. (Nr. 1 bis 5/57 bereits vergriffen)

HENSCHELVERLAG KUNST UND GESELLSCHAFT

Berichtigung: In dem Bericht „Arbeits-gruppe Wohnungsbau" vom III. Bun-deskongreß des Bundes Deutscher Architekten im Heft 3/58 auf Seite 158 wurde der Leiter der Arbeitsgruppe Wohnungsbau, der Architekt BDA Hans Karthaus, fälschlicherweise als Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Aufbau bezeichnet. Kollege Karthaus ist stellvertretender Hauptabteilungslei-ter. Hauptabteilungsleiter der Hauptab-teilung Städtebau und Dorfplanung ist Architekt BDA Werner Schneidratus.

Das neue sozialistische Vertragsgesetz

Eine Teilkodifikation des neuen sozialistischen Zivilrechts hat die Volkskammer am 11. Dezember 1957 in der Form des Gesetzes über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft — kurz Vertragsgesetz genannt — beschlossen[1]. Es ist am 1. Januar 1958 in Kraft getreten[2] und vom Magistrat von Groß-Berlin auch für Berlin für gültig erklärt worden[3]. Das Gesetz löst die bisherige Regelung ab, die seit der Einführung des allgemeinen Vertragssystems in der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1951 galt[4]. Es trägt der inzwischen stattgefundenen Weiterentwicklung unserer sozialistischen Wirtschaft Rechnung und schließt zahlreiche in der ersten gesetzlichen Regelung naturgemäß noch vorhanden gewesene Lücken. Das Vertragssystem ist ein Mittel der sozialistischen Wirtschaftsplanung. Es setzt sie fort, indem mit seiner Hilfe die für die Planerfüllung erforderlichen wechselseitigen Verpflichtungen zur Leistung auf eine konkrete Grundlage gestellt werden. Hierin liegt die besondere Bedeutung des sozialistischen Vertrages. Er ist nicht mehr das Ergebnis wechselseitigen Profitstrebens, sondern Ausdruck des übereinstimmenden Willens beider Vertragspartner zur gemeinsamen Planerfüllung und zur Durchsetzung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus. Daher bestimmt das Vertragsgesetz (§ 4) ausdrücklich, daß die sozialistischen Betriebe vor und bei dem Vertragsabschluß ebenso wie bei der Vertragserfüllung kameradschaftlich zusammenzuarbeiten haben. Jeder Vertragspartner ist verpflichtet, dem andern Partner bei der Vertragserfüllung und damit bei der Planerfüllung behilflich zu sein und stets die Auswirkungen seines Verhaltens auf die Planerfüllung seines Partners zu berücksichtigen. Dieser Grundsatz der Zusammenarbeit, dessen schuldhafte Verletzung zum Schadensersatz verpflichtet, ist ein immanenter Bestandteil aller von sozialistischen Betrieben abgeschlossenen Verträge.

Auf wen findet das Vertragsgesetz Anwendung? Unter sozialistischen Betrieben, auf die das Vertragsgesetz anzuwenden ist, sind einmal die volkseigenen Betriebe zu verstehen. Ferner zählen zu ihnen die sozialistischen Genossenschaften nebst ihren rechtlich selbständigen Einrichtungen, beispielsweise also die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG), die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), die Produktionsgenossenschaften des Handwerks (HPG), die bäuerlichen Genossenschaften der VdgB (BHG) und die Konsumgenossenschaften. Sozialistische Betriebe im Sinne des Vertragsgesetzes sind schließlich auch die den volkseigenen Betrieben und den sozialistischen Genossenschaften gleichgestellten Betriebe, so die Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Das Vertragsgesetz gilt aber darüber hinaus auch für nichtsozialistische Betriebe, sofern sie Planaufgaben erhalten haben, und für Haushalts- und gesellschaftliche Organisationen, soweit sie an Verträgen beteiligt sind, welche die Lieferung und Abnahme von Erzeugnissen oder die Herstellung und Abnahme von Werken oder sonstigen Leistungen auf der Grundlage und in Übereinstimmung mit den Zielen des Volkswirtschaftsplanes zum Gegenstand haben. Das trifft zum Beispiel zu auf Treuhandbetriebe. Als Haushaltsorganisationen fallen die bautechnischen Entwurfsbüros[5] darunter.

Was sind Global- und vorbereitende Verträge? Zur Koordinierung der Pläne der verschiedenen Wirtschafts- und Industriezweige und zur planmäßigen Organisierung der wechselseitigen Beziehungen ihrer Betriebe können zwischen den Organen der staatlichen Verwaltung verwaltungsrechtliche Vereinbarungen, sogenannte Globalvereinbarungen, oder statt dessen bereits durch Vertragsstrafen gesicherte und der Zuständigkeit des Regierungsvertragsgerichts unterliegende Globalverträge abgeschlossen werden. Sie werden, wie der Berichterstatter des Rechtsausschusses der Volkskammer hervorhob[6], die Hauptform sein, in der die neu zu schaffenden VVB der zentralgeleiteten Industrie und die VVB der Bezirke ihre Aufgaben bei der Verbesserung der Zusammenarbeit der Betriebe durchführen werden. Die sozialistischen Betriebe selber können zur Vorbereitung der Produktion sogenannte vorbereitende Verträge abschließen, die ebenfalls jetzt erstmals in unserm Recht ihre gesetzliche Regelung gefunden haben. Sie sind Vorläufer der später abzuschließenden Liefer- und Leistungsverträge, deren Verpflichtungen bereits möglichst konkret in die vorbereitenden Verträge aufzunehmen sind. Zweck dieser Verträge sind die Sicherung der Kontinuität der Produktion im Übergang der einzelnen Planabschnitte und die Gewinnung des Produktionsvorlaufes.

Einiges über Liefer- und Leistungsverträge! Der umfangreichste Teil des Vertragsgesetzes ist den Liefer- und Leistungsverträgen gewidmet. Es schöpft hier in vieler Hinsicht aus den Ergebnissen der bisherigen Rechtsprechung des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung. Geklärt wird das Verhältnis zwischen Plan und Vertrag. Liefer- und Leistungsverträge, die bei Abschluß mit den staatlichen Aufgaben der Vertragspartner nicht übereinstimmen, sind — falls es sich nicht um eine zulässige Planübererfüllung handelt — unwirksam. Das zur Erfüllung eines solchen Vertrages Geleistete kann zurückgefordert werden. Ist die Herausgabe nicht mehr möglich und die Gegenleistung noch nicht erbracht, so ist der Wert zu ersetzen. Ein Anspruch auf die Erbringung der vorgesehenen Vertragsleistung besteht aber nicht. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß die Produktion grundsätzlich nur beginnen darf, wenn der Absatz und die Abnahme der Erzeugnisse durch Liefer-, Leistungs- oder vorbereitende Verträge gesichert sind. Ausnahmen hiervon, die insbesondere in der Grundstoffindustrie geboten sein können, sind an besondere Voraussetzungen gebunden. Für die allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen wird klargestellt, daß sie eine vom Vertragsgesetz abweichende Regelung nur enthalten dürfen, wenn diese Abweichung wegen bestehender Besonderheiten tatsächlich erforderlich ist und die Festigung der Vertragsdisziplin dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die im Gesetzblatt veröffentlichten allgemeinen Bedingungen sind allgemeinverbindlich und gelten für alle einschlägigen Verträge. Die Form der Verträge ist die Schriftform. Hierunter sind nicht nur die Urkundenform, sondern auch Briefwechsel, Telegramm und Fernschreiben zu verstehen. Ein Verstoß hiergegen macht den Vertrag ebenfalls unwirksam.

Was gilt über die materielle Verantwortlichkeit? Die materielle Verantwortlichkeit der sozialistischen Betriebe ist eingehend geregelt. Die Handlungen aller Mitarbeiter des Betriebes bei der Vorbereitung der Vertragsabschlüsse, dem Abschluß der Verträge selbst und bei der Vertragserfüllung begründen bei Verletzung vorvertraglicher oder vertraglicher Pflichten die Verantwortlichkeit des Betriebes. Er kann sich nicht mit der Behauptung entlasten, er habe auf die Geeignetheit des Mitarbeiters vertrauen dürfen. Im übrigen wird der Vertragspartner von seiner Verantwortung nur frei, wenn er nachweist, daß die Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung seiner Vertragsleistung durch Umstände bedingt ist, die er nicht abwenden konnte. Es gilt also für die Haftung das Verschuldensprinzip

mit der Maßgabe, daß der Schuldner der Leistung sein Unverschulden nachweisen muß. Dieser Nachweis ist aber in einigen Fällen gesetzlich ausgeschlossen, nämlich wenn der Erfüllungsmangel im betrieblichen Geschehen begründet liegt, ferner wenn der Schuldner nicht über die zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit erforderlichen Geldmittel verfügt und endlich bei Zurückführung der Nichterfüllung auf Weisungen des dem Betriebe übergeordneten Organs. Grundsätzlich ist der Betrieb auch für seine Subunternehmer dem Vertragspartner gegenüber verantwortlich, auch wenn ihn selber kein Verschulden trifft. In diesen Fällen kann er sich seinerseits im Regreßwege bei dem Subunternehmer schadlos halten. Seinen Vertragspartner kann er aber nicht einfach an den Subunternehmer verweisen.

Vertragsstrafe und Schadenersatz

Die in den Verträgen vorzusehende Vertragsstrafe steht nicht mehr außerhalb des Schadenersatzes. Sie stellt vielmehr einen normierten Schadenersatz dar,dessen Höhe nur dann nachgewiesen zu werden braucht, wenn der geschädigte Vertragspartner den Schuldner über die Vertragsstrafe hinaus auf Ersatz von Schaden in Anspruch nehmen will. Dann hat er die Höhe des Mehrschadens nachzuweisen. Dagegen kann der Schuldner gegenüber der Verpflichtung zur Zahlung von Vertragsstrafe nicht geltend machen, daß dem Partner in dieser Höhe ein Schaden gar nicht entstanden sei. Bei Zahlungsverzug hat der Gläubiger Verspätungszinsen zu beanspruchen, die zur Zeit auf 8 Prozent festgesetzt sind[7]. Nicht in allen Fällen besteht eine Pflicht des Berechtigten zur Berechnung und Geltendmachung von Vertragsstrafe. Sie besteht aber bei nicht qualitätsgerechter Leistung und bei Nichteinhaltung der Vereinbarungen über das Sortiment und über die Art und Weise der Verpackung sowie dann, wenn die Berechnung und die Geltendmachung in gesetzlichen Bestimmungen vorgeschrieben sind. Zu diesen gesetzlichen Bestimmungen zählen insbesondere auch die allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen. Hier darf von der Berechnung nur abgesehen werden, wenn die Vertragsstrafe monatlich den Betrag von 100 DM und von der Geltendmachung, wenn sie monatlich den Betrag von 500 DM nicht übersteigt. Im übrigen sind Berechnung und Geltendmachung der pflichtgemäßen Entscheidung des Betriebs überlassen. Ist für eine Vertragsverletzung, ihren Umfang oder ihre Dauer der andere Vertragspartner mitverantwortlich, so kann der Schuldner der Vertragsstrafe oder des sonstigen Schadenersatzes ganz oder teilweise davon befreit werden. Auch ohne solches Mitverschulden des Vertragspartners kann das Staatliche Vertragsgericht in Ausnahmefällen die Vertragsstrafe oder den darüber hinausgehenden Schadenersatz herabsetzen. Von der Berechnung von Verspätungszinsen kann abgesehen werden, wenn die Kosten der Einziehung in keinem angemessenen Verhältnis zur Höhe stehen.

Besonderes über die Verjährung

Ein Abschnitt des Gesetzes ist der Verjährung bestimmt. Besonders zu erwähnen ist, daß bei schwerwiegenden Gründen ausnahmsweise die Geltendmachung der Forderung auch noch nach Ablauf der Verjährungsfrist, die sich im einzelnen aus dem Vertragsgesetz oder den allgemeinen Liefer- und Leistungsbedingungen ergibt, zugelassen werden kann und daß andererseits das bloße Anerkenntnis der Forderung die Verjährung nicht unterbricht.

Die Fülle der im Vertragsgesetz mit seinen insgesamt 97 Paragraphen geregelten Materie konnte hier nur angedeutet werden. Das Gesetz erübrigt im allgemeinen das Zurückgreifen auf die alten übernommenen Bestimmungen des BGB, die auf die sozialistischen Rechtsverhältnisse in vieler Hinsicht nicht mehr passen. Einzelfälle, die besonders das Bauwesen berühren, werden an Hand der zu erwartenden Rechtsprechung zu gegebener Zeit hier erläutert werden. Dr. Linkhorst

[1] GBl. I S. 627

[2] Die Bestimmungen über die Behandlung nicht erfüllter Verträge am Ende des Planzeitraums sind bereits am 15. Dezember 1957 wirksam geworden

[3] Durch Verordnung vom 20. Dezember 1957 (VOBl. I S. 641)

[4] Vor allem die Verordnung vom 6. Dezember 1951 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft (GBl. S. 1141) nebst ihren Durchführungsbestimmungen

[5] § 5 der Anordnung vom 28. Oktober 1954 über die Organisation der bautechnischen Projektierung durch die staatlichen Entwurfsbüros des Ministeriums für Aufbau und die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke (ZBl. S. 541)

[6] Siehe „Neue Justiz“ Nr. 1/1958, S. 20

[7] § 3 der Anordnung vom 20. Dezember 1957 über die Übergangsbestimmungen zum Vertragsgesetz (GBl. I S. 682)

Tag	Ort	Veranstalter	Veranstaltung
Juni 1958			
3.	Schwerin	Bezirksgruppe Schwerin	Aussprachеabend mit den bildenden Künstlern
*		Bezirksgruppe Potsdam	Besuch im Institut für Landmaschinentechnik in Bornim
*	Dresden	Bezirksgruppe Dresden	Prof. Bauch: Farblichtbildervortrag über Albanien
*	Karl-Marx-Stadt	Kreisgruppe Karl-Marx-Stadt	Dipl.-Ing. Oehme: Aktuelle Probleme beim Wiederaufbau von Karl-Marx-Stadt
*		Kreisgruppen Gera, Saalfeld und Jena	Besichtigung des Pumpspeicherwerks Amalienhöhe
*	Potsdam	Bezirksgruppe Potsdam	Eröffnung der Architektur-Ausstellung der BDA-Bezirksgruppe in der Orangerie im Park von Sanssouci
17.	Schwerin	Bezirksgruppe Schwerin	Städtebauliche Fragen Schwerins in der Perspektive
*	Frankfurt (Oder)	Bezirksgruppe Frankfurt (Oder)	Vortrag über die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Veränderung des Dorfbildes
*		Bezirksgruppe Dresden	Besichtigung von Großblockbauten in Hoyerswerda
*	Karl-Marx-Stadt	Betriebsgruppe im Entwurfsbüro für Industriebau	Besprechung von Projekten des Entwurfsbüros für Hochbau, für Industriebau sowie freischaffender Architekten
*	Dresden	Bezirksgruppe Dresden	Dipl. rer. pol. Stein: Warum muß sich der Architekt mit gesellschaftspolitischen Problemen befassen? (4. Fortsetzung)

* Der Termin der Veranstaltungen wird den Mitgliedern rechtzeitig bekanntgegeben.

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Asphaltbeläge

Leipzig, Asphaltwerk Rob. Emil Köllner, Bitumenfußbodenbelag AREKTAN gemäß DIN 1996 für Straßen, Industriebau, Tierställe usw. N 24, Abtnaundorfer Straße 56, Tel. 6 55 62

Aufzugs- und Maschinenbau

Mylau i. V., VEB Vogtl. Aufzugs- und Maschinenbau, Personenaufzüge mit Lastenbeförderung, Kleinlastenaufzüge

Aufzüge

Wilsdruff/Sa., Bräuer & Möhlmann KG., Gerüstloser Kleinlastenaufzug für 100 kg Nutzlast, Tel. 130



Leipzig, Willy Arndt Kom.-Ges. Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13, Tel. 50907

Betoneisen-Biegeapparate

Siehe Rubrik **Biegeapparate**

Beton- und Stahlbetonbau

Karl-Marx-Stadt, F. Otto Semmler, Betonsteinwerk Steinmetzbetriebe, Leninstr. 16, Tel. 401 48/49

Biegeapparate



Gera, MORITZ PERTHEL Spezialfabrik für Eisen- und Rohrbiegeapparate für Industrie und Handwerk, Hainstr. 10, Tel. 44 00

Bodenbeläge

Auerbach/Vogtl., Bauer & Lenk, Inh. Willi Lenk, Parkett-Fußböden, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Dresden, Baustoff-Haupold, Fußbodenspezialbetrieb, A 1, Kohlenbahnhof, Einfahrt Bauhofstr., Tel. 4 59 12

Dresden, Otto Reinsch, Cellubit-Papierstein, Betex-Kunstharzspachtel u. a., Industriegelände, Tel. 5 41 75

Dresden, Rowid-Gesellschaft, Dietz & Co., Rowidfußböden, Spachtelbeläge, Porenrowid-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, Bautzner Straße 17, Tel. 5 33 23

Hirschfeld, Kreis Zwickau/Sa., Parkettfabrik Hirschfeld, Inh. Willi Lenk, Tel. Kirchberg 3 57

Hohenfichte, Kreis Höha/Sa., „ParkettfabrikMetzdorf", Herbert Schwarz, Tel.: Augustusburg 2 19

Oberlichtenau, MICHAEL'S SÄURIT - ZEMENTIT - SPACHTEL — ein neuartiger fugenloser, staubfreier Spachtel-Fußbodenbelag auf PVC-Basis für alle unnachgiebigen Untergründe

Beratung durch die Produktionsstätte der Michael-Lacke: Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Weimar, Baustoffproduktion Menge KG, Rowidfußböden, Ruboplastic-Spannteppich, Rießner Straße, Tel. 36 05

Weimar, Fritz Grau, Parkettfußböden, Mosaikfußböden und neuzeitlicher Fußbodenbelag, Seifengasse 5, Tel. 37 63

Bücher — Zeitschriften

Berlin, Buchhandlung Handel und Handwerk, Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 03

Bürogeräte



Dresden, Philipp Weber & Co., KG, Arbeitsplatzleuchten, Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

Wer liefert was?

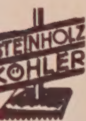
Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM, bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Luckenwalde, Wilhelm Pieper, Kartei-, Registratur- und Organisationseinrichtungen, Ernst-Thälmann-Straße 17, Tel. 23 26

Einbauten

Waldheim/Sa., Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 1 73

Estriche und Steinfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Leipzig, Iwan Otto Kochendörfer, Papiersteinfußböden, C 1, Str. d. Befreiung 8. Mai 1945 Nr. 25, Tel. 6 38 17

Leipzig, Gerhard Tryba, Terrazzofußböden, W 31, Naumburger Straße 45, Tel. 4 18 11

Farben und Lacke

Oberlichtenau, Michael-Lacke, Böhme & Michael, Lackfabrik, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Fenster

Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Fensterbeschlag



Schmalkalden/Thür. Wald
Joseph Erbe K. G., Striegelfabrik, gegr. 1796,
Dreh-Kipp-Fensterbeschlag
— die ideale Belüftung —

Fertigteile für Wohnungs-, Kultur- und Sozialbauten



Berlin-Friedrichsfelde, VEB Stuck und Naturstein, Hohenschönhauser Weg, Tel. 55 51 91

Festhartbeton

Leipzig, Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton, W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

Fotobücher — Fotozeitschriften

Halle (Saale), fotokinoverlag-halle, Mühlweg 19

Gewerbliche und industrielle Einrichtungen

Friedrichroda, Ewald Friedrichs, Verdunklungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 381 u. 382

Neukirchen/Erzgeb., Carl-Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Harmonika-Türen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Tel. 4 03 23

Hartbeton

Berlin-Friedrichsfelde, KEDU - Spezial - Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

Haustechnik

Leipzig, VEB Montagewerk Leipzig C 1, Bitterfelder Straße 19, Ruf 5 07 57



Wir projektieren und montieren:
Heizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungs-Anlagen, Be- und Entwässerungen, Gas- und sanitäre Anlagen, Spezialität: Einrichten von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

Dresden, VEB Montagewerk Leipzig, Dresden A 45, Pirnaer Landstraße 23, Ruf 2 82 50, Heizungs-, Lüftungs- und sanitäre Anlagen

Karl-Marx-Stadt, VEB Montagewerk Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3, Ruf 4 06 67, Heizungs-, Lüftungs- und sanitäre Anlagen

Heizungsbau

Erfurt, Ing. W. Mehner
Bau von **Heizungsanlagen** sämtlicher Systeme, **Melkanlagen** nach sowjetischer und deutscher Bauart, Straße der Einheit 10, Fernruf 2 12 06

Holz und Holzplatten

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Waldheim/Sa., Rockhausen, Ernst, Söhne, A 36, Holzprofilleisten mit jedem beliebigen Metallbelag



Industriefußböden

Freital I, Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten **nur** für Industrie, Tel.: Dresden 88 12 75

Industrielle Einrichtungen

Apolda, VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk (komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

Dresden, VEB Laborbau, Laboreinrichtungen, N 23, Großenhainer Straße 99, Tel. 5 08 44

Zwickau/Sa., VEB Zwickauer Möbel- und Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

Isolierungen

Hermsdorf/Thür., W. Hegemann & Söhne, Hematect-Werk, Hematect bituminöse Dichtungs- u. Sperrstoffe f. Bauwerkabdicht. nach DIN u. AIB, Ruf 505 u. 506

Isolierungen Kälte und Wärme

Dresden, Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

Karl-Marx-Stadt, Otto Westhoff, Isolierungen für Kälte und Wärme, Lutherstraße 89, Tel. 5 19 30

Isolierungen Schall und Erschütterungen



Berlin, VEB (K) **GUMMI-METALLWERK** VELTEN
AKUSTIK-ISOLIERUNGEN
N 4, Linienstraße 145

Siehe besondere Anzeige

Installationstechnik



Halle/Saale, VEB Montagewerk
Ausführung und Projektierung
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen, sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

Kachel- und Wandplatten-Verlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung C 10 150 zum Kleben abgefallener und neu zu verlegender Kacheln bzw. Wandplatten

Das Verkleben mit Granatina-Dichtung C 10 150 spart zeitraubendes Abschlagen des Putzes. Schnelles, sauberes Verarbeiten des Klebers und ebenso rasches Anziehen und Festbacken der Platten

Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage beim Herstellerbetrieb

Böhme & Michael, Chem.-techn. Werke, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kegelsportanlagen

Leipzig, Alfred Ahlborn, Werkstätten für Kegelsport-Anlagen, W 33, Angerstraße 18, Tel. 4 59 10

Kinoanlagen

Dresden, VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

Klaviere

Erfurt, Werner Uschmann, Eichenstraße 1, Tel. 2 48 17

Kunsthandwerk



Friedrichroda/Thür., Georg Reichert, Kunstschmiede, Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

Leipzig, Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr



Oelsnitz i. Vogtl., Paul O. Biedermann, Iltis - Kunstschmiede, Türbeschläge, Laternen, Gitter

Kessel-Einmauerung

Gera/Thür., Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 66 00

Kunststoffbeläge

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler KG, Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89 Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Ladeneinrichtungen

Waldheim/Sa., Rockhausen, Ernst, Söhne



A 36, Ladenmöbel in altbekannter solider Qualität

Landwirtschaftliche Geräte

Gera-Langenberg, William Prym, Hobeleisen, Schraubzwingen, Spaten, Landmasch.-Ersatzteile und Handschlepprechen, Langenberger Straße 21, Ruf 207/208, Gera-Langenberg

Linoleumestriche

Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Str. 85-89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Lufttechnische Anlagen

Leipzig, Marcus, Helmbrecht & Co., lufttechn. Anlagen für alle Industriebauten, O27, Glafeystr. 19, Ruf 6 30 60

Modellbau

Leipzig, Atelier für Formgestaltung, E. F. K. Wagert-Waszinski, künstlerischer Feinmodellbau und plastische Entwicklungsstudien für die Projektierung C 1, Paul-Gruner-Straße 63, Tel. 3 39 32 und 3 02 96

Naturstein



Berlin-Friedrichsfelde, VEB Stuck und Naturstein, Hohenschönhauser Weg, Tel. 55 51 91

Natursteinplatten

Jena, Jenaer Muschelkalkstein für Wand- und Fußbodenverkleidung, Fenstersohlbänke usw. Otto Kramer, Steinmetzmeister, Jena, Kötschauweg 8, Tel.: Wohnung 21 84, Werkstatt 31 67

Ofenrohre

Leipzig S 3, Curt Benkwitz, Elof-Patent-Ofenrohre, Kurt-Eisner-Straße 64, Tel. 3 02 68

Parkettverlegung

Oberlichtenau, Michael's Granatina-Dichtung C 10 150 zum Verlegen von Dünnparkettstäben — der bewährte Kleber mit schnellem Antrocknungsvermögen und einer gewissen Dauerelastizität

Alle technischen Einzelheiten über den Kleber selbst und über seine Verarbeitung durch den Herstellerbetrieb

Böhme & Michael, Chem.-techn. Werke, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Putz und Stuck

Crimmitschau/Sa., Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

Ehrenfriedersdorf/Erzgeb., Otto Heidel, Stuck- und Rabitzarbeiten — Lieferung von Trockenstuck — Tel. 2 67

Karl-Marx-Stadt, Hans Werner, Stukkateurmeister, Dimitroffstraße 54, Tel. 4 53 62



Karl-Marx-Stadt, Max Selle, Stukkateurmeister, Stuck- und Rabitzbau, Karl-Immermann-Straße 43, Tel. 4 29 82

Rabitz-Gewebe

Neustadt/Orla, VEB Metallweberei, Rabitz - Gewebe-Fugendeckstreifen, Tel. 4 81/4 84

Reißzeug

Bad Liebenwerda, VEB (K) Reißzeug- und Gerätebau, Präzisions-Reißzeuge

Sitzmöbel

Dresden, Stuhl-Fischer, N 6, Glacisstraße 5, Tel. 5 15 66

Sonnenschutzrollos

Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82

Neukirchen/Erzgeb., Carl - Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Schornsteinbau

Gera/Thür., Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 6600

Sperrholztüren

Leipzig, Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

Steinfußbodenplatten

Erfurt, Heinze & Kraner, Steinfußbodenplatten, Brühler Straße 45, Tel. 2 17 39

Steinholzfußböden



Berlin-Niederschönhausen, „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

Zwickau/Sa., Albin Förster, Inh. Ernst Förster, gegr. 1904, Linolith-Fußböden, Robert-Müller-Straße 40/42, Tel. 59 33

Stuck



Berlin-Friedrichsfelde, VEB Stuck und Naturstein, Hohenschönhauser Weg, Tel. 55 51 91

Technischer Korrosionsschutz



Leipzig, VEB Säurebau — Technischer Korrosionsschutz, Säurebau, säure- und laugenfeste Auskleidungen für sämtliche korrosionsgefährdeten Anlagen, Richard-Wagner-Straße 10, Tel. 2 02 26 / 2 08 65

Teppiche



Oelsnitz (Vogtl.), VEB Halbmond-Teppiche

Wir fertigen: Durchgewebte Doppelplüsch-, Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegeware

Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht

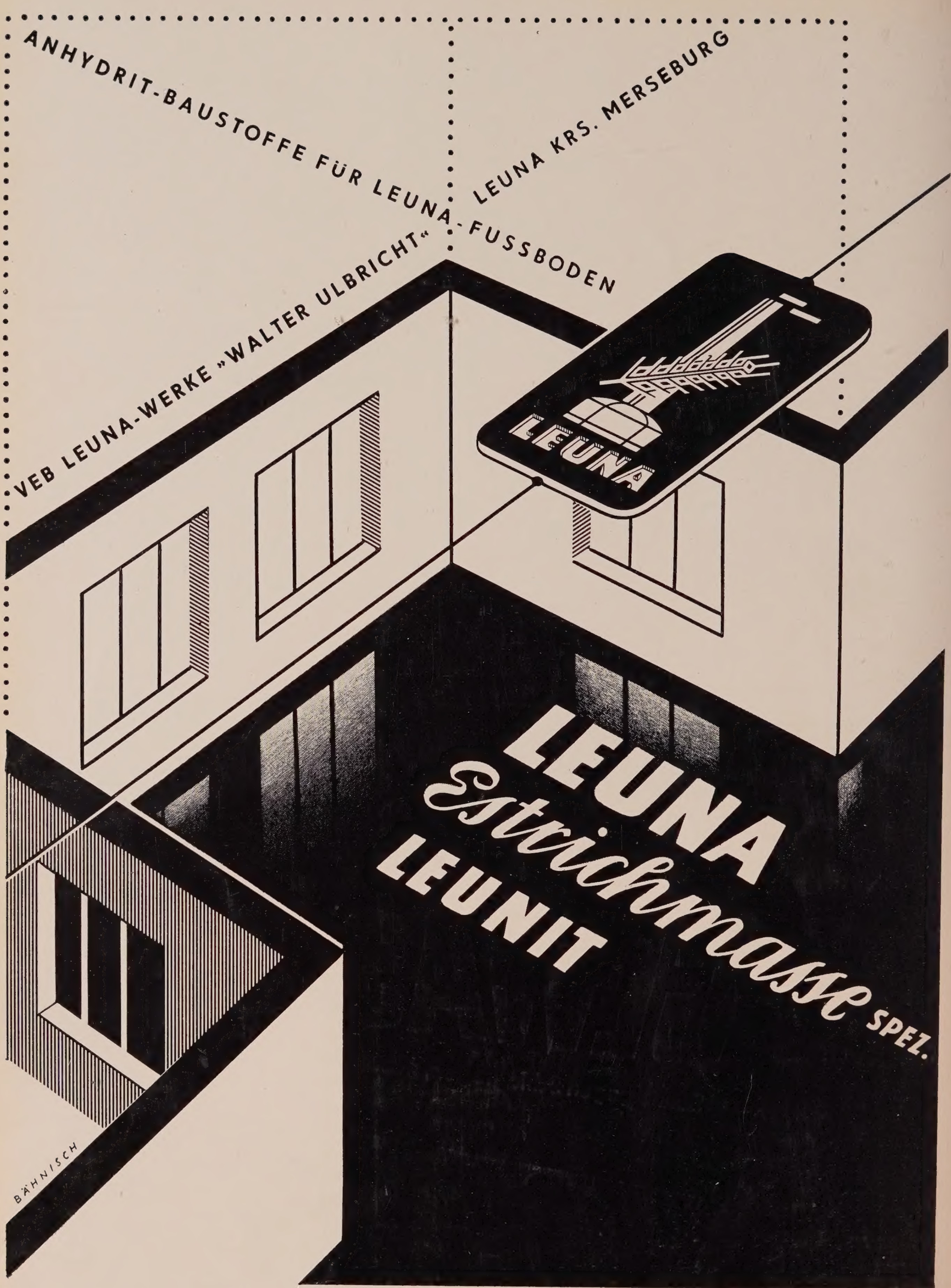
Verdunklungsanlagen

Friedrichroda/Thür., Ewald Friederichs, Verdunklungsanlagen, Tel. 381 und 382

Neukirchen/Erzgeb., Carl - Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

Verlage

Berlin, Henschelverlag Kunst und Gesellschaft, N 4, Oranienburger Straße 67, Tel. 42 53 71


ANHYDRIT-BAUSTOFFE FÜR LEUNA-FUSSBODEN
LEUNA KRS. MERSEBURG
VEB LEUNA-WERKE »WALTER ULBRICHT«
LEUNA
LEUNA
Estrichmasse SPEZ.
LEUNIT
BÄHNISCH

Preis 2,50 DM